

# EUROBAROMETER 72

## Die öffentliche meining in der Europäischen Union

### BERICHT

Befragung: Oktober – November 2009

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert („Forschung und Verfassen von Reden“ Unit).

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

# **Standard-Eurobarometer 72 Herbst 2009**

## **Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union**

### **Teil 1**

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der  
Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Generaldirektion Kommunikation

TNS Opinion & Social  
Avenue Herrmann Debroux, 40  
1160 Brüssel  
Belgien

## INHALTSANGABE

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>I. DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION .....</b>	<b>11</b>
<b>1. PERSÖNLICHE ASPEKTE .....</b>	<b>12</b>
1.1 Die gegenwärtige persönliche Lebenssituation der europäischen Bürger .....	12
1.2 Die Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation .....	17
1.2.1. Die berufliche Situation .....	17
1.2.2. Die finanzielle Situation .....	20
1.2.3. Die Kaufkraft .....	23
1.3 Die Erwartungen an die nahe Zukunft .....	27
1.3.1. Die persönliche Lebenssituation .....	27
1.3.2. Die finanzielle Situation .....	31
1.3.3. Die berufliche Situation .....	35
1.4 Die Sorgen der europäischen Bürger .....	39
<b>2. SOZIALE ASPEKTE .....</b>	<b>47</b>
2.1 Die Meinungen über die Situation im eigenen Land .....	47
2.1.1 Die nationalen Lebenshaltungskosten im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	47
2.1.2 Die nationalen Energiepreise im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	49
2.1.3 Die nationale Situation der Lebensqualität im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	51
2.2 Die Umweltsituation .....	56
2.2.1 Die Umweltsituation auf nationaler Ebene .....	56
2.2.2 Die nationale Umweltsituation im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	58
2.2.3 Die Erwartungen an die Zukunft in Bezug auf das Thema Umwelt .....	59
<b>3. WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE .....</b>	<b>63</b>
3.1 Die Meinung über die gegenwärtige Wirtschaftslage .....	63
3.1.1 Die nationale Wirtschaftslage .....	63
3.1.2 Die europäische Wirtschaftslage .....	67
3.1.3 Die globale Wirtschaftslage .....	70
3.1.4 Die nationale Wirtschaftslage im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	72
3.1.5 Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt .....	74
3.1.6 Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt im Vergleich zum europäischen Durchschnitt .....	78
3.2 Die Erwartungen an die Zukunft .....	81
3.2.1 Die nationale Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten .....	81
3.2.2 Die Lage der europäischen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten .....	85
3.2.3 Die Lage der Weltwirtschaft in den nächsten 12 Monaten .....	90
3.2.4 Die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt in den nächsten 12 Monaten .....	93
3.3 Die größten nationalen Sorgen .....	98

4. POLITISCHE ASPEKTE .....	110
4.1 Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln .....	110
4.1.1 Die Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln .....	110
4.1.2 Die Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln .....	114
4.1.3 Die Richtung, in die sich die Dinge in den Vereinigten Staaten entwickeln .....	119
4.2 Das Vertrauen in die nationalen Institutionen .....	120
4.2.1 Das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen .....	120
4.2.2 Das Vertrauen in die nationalen Streitkräfte .....	125
4.2.3 Das Vertrauen in die Justiz .....	126
4.2.4 Das Vertrauen in die politischen Parteien .....	127
4.2.5 Das Vertrauen in die Medien .....	130
5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄER .....	135
II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER .....	141
1. VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION .....	141
1.1 Was bedeutet die Europäische Union? .....	141
1.2 Die Unterstützung der Zugehörigkeit zur Europäischen Union .....	147
1.3 Die Wahrnehmung der Vorteile einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union .....	151
2. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION .....	154
2.1 Die Wahrnehmung der Bürger, wie die nationale und die europäische Demokratie funktioniert .....	154
2.2 Berücksichtigung der nationalen Interessen durch die Europäische Union .....	161
3. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN .....	164
3.1 Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen .....	164
3.2 Vertrauen in die europäischen Institutionen .....	171
3.3. Vertrauen in die Europäische Union .....	184
3.4. Vertrauen in die Vereinten Nationen und die NATO .....	188
3.5. Das Bild der Europäischen Union .....	195
4 DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE .....	199
4.1 Die Europäische Union als Rahmenstruktur, um den globalen Herausforderungen besser begegnen zu können .....	199
4.2 In welche Richtung entwickelt sich die Europäische Union .....	201
5. DIE FUNKTIONSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION .....	206
5.1 Kenntnisse über die Funktionsweise der Europäischen Union .....	206
5.2 Objektive Kenntnisse über die Europäische Union .....	209
5.3 Die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union .....	214
III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND IN DER ZUKUNFT .....	220
1. DIE KOMPETENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION .....	220
1.1 Die Bewertung der besten Entscheidungsebene (europäische, nationale, regionale oder lokale Ebene) .....	220
1.2 Die Bewertung der besten Entscheidungsebene in bestimmten Bereichen: gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene oder durch die nationale Regierung .....	226
2. UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK .....	237
2.1 Die Einheitswährung (Euro) .....	237
2.2 Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union .....	241
2.3. Die Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus .....	245
3. PRIORITÄTEN FÜR EINE KÜNFTIGE STÄRKUNG DER EU .....	247
4. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION .....	252
SCHLUSSFOLGERUNG .....	256
TECHNISCHER HINWEIS .....	260



## EINLEITUNG

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009 in 31 Ländern oder Gebieten durchgeführt<sup>1</sup>: den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den drei Kandidatenländern (Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei) und dem Teil der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

### ***2008-2009: Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929***

Die Jahre 2008-2009 werden zweifelsohne in die Geschichte der Wirtschaft eingehen, denn sie sind die schlimmsten Krisenjahre seit den 30er Jahren. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nicht nur eine weltweite Krise in Bezug auf ihre Ursachen, sondern auch aufgrund ihrer Auswirkungen, denn die Mechanismen der globalen Ausbreitung waren extrem stark und der Rückgang des internationalen Handels, ebenso wie die Verlangsamung der Kapitalflüsse, haben eine Schockwelle ausgelöst, vor der keine Region der Welt verschont geblieben ist. Während der IWF noch im Juli 2008 eine Wachstumsrate für die Weltwirtschaft von 3,9% vorhergesagt hatte, so kündigte er ein Jahr später in seinen Prognosen einen Rückgang um 1,4% an<sup>2</sup>.

Diese Wirtschaftskrise führte zu Bemühungen der staatlichen Akteure wie sie bisher noch nicht dagewesen waren. Die Regierungen haben aus der Krise der 30er Jahre gelernt, denn deren Ausmaß war durch ungeeignete Regierungspolitik nur verschlimmert worden. Um somit das Szenario der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu verhindern, haben die Zentralbanken durch massive Finanzspritzen eingegriffen, gefolgt von einer sehr rapiden Senkung der Zinssätze. Gleichzeitig haben die Regierungen versucht, die von der Insolvenz bedrohten Geldinstitute mit staatlichen Geldern zu retten; und um die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen zu gewährleisten, wurden von ihnen darüber hinaus umfangreiche Pläne für den Aufschwung aufgestellt<sup>3</sup>.

Dank dieser Bemühungen gab es im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder gewissermaßen Raum für Hoffnung und Optimismus: den jüngsten Konjunkturumfragen zufolge könnte ab Ende 2009 wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen (innerhalb der EU soll das Bruttoinlandsprodukt, was die deutsche und französische Wirtschaft betrifft, während der zweiten Jahreshälfte um 0,3%, und für die polnische Wirtschaft um 0,5% gestiegen sein<sup>4</sup>). Dieser Trend könnte, in Verbindung mit dem sprunghaften Wachstum der Wirtschaft in den aufstrebenden Ländern, ein Durchstarten der Weltkonjunktur bedeuten.

---

<sup>1</sup> Siehe technische Hinweise für die genauen Daten der einzelnen Länderbefragungen.

<sup>2</sup> Internationaler Währungsfonds: <http://www.imf.org/external/index.htm>

<sup>3</sup> Die bedeutendsten Konjunkturprogramme auf nationaler Ebene waren der deutsche Finanzplan (€ 32 Milliarden über zwei Jahre), der spanische Finanzplan (€ 27 Milliarden) und der französische Finanzplan mit € 26 Milliarden.

<sup>4</sup> Eurostat/Pressemitteilungen/Euroindikatoren – 7. Oktober 2009:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/2-07102009-AP/DE/2-07102009-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-07102009-AP/DE/2-07102009-AP-DE.PDF)

Die Bemühungen zur Verhinderung eines Zusammenbruchs des Finanzsystems und zur Unterstützung des Aufschwungs haben jedoch zu Haushaltsdefiziten geführt, die den im Maastrichter Vertrag festgelegten Schwellenwert von 3% des Bruttoinlandsproduktes weitaus überschreiten. So haben zahlreiche Länder mittlerweile Defizite, die zwei- bis dreimal über dem von der Kommission erlaubten Höchstniveau liegen: eine Situation, die vor knapp einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre.

Wenngleich sich alle über die Tatsache einig sind, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre staatlichen Finanzen sanieren müssen, so zögern doch viele Länder vorerst, ihre Ausgaben zu reduzieren, da sie befürchten, dies könne sich auf den gerade beginnenden Aufschwung negativ auswirken.

Auch wenn die makro-ökonomischen Indikatoren mittlerweile wieder ansteigen und auf eine Überwindung der Krise hinweisen, so setzt sich der Trend der steigenden Arbeitslosigkeit weiter fort: den jüngsten Zahlen von Eurostat<sup>5</sup> zufolge liegt das Niveau der Arbeitslosigkeit derzeit bei 9,2% in der Europäischen Union und bei 9,7% in der Eurozone.

### ***Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union angesichts der Herausforderungen der Krise***

Anhand der Eurobarometer-Umfrage läßt sich der Einfluss auf die öffentliche Meinung der europäischen Bürger und deren Reaktionen angesichts dieses besonderen Kontextes messen. So war zunächst ein Wandel der öffentlichen Meinung von einem Gefühl des Wohlbefindens und des relativen Optimismus im Frühjahr 2007 hin zu einem eher pessimistischen Gefühl der Besorgnis im Herbst 2008 festzustellen, welches durch bestimmte Eurobarometer-Spezialumfragen der ersten Jahreshälfte 2009<sup>6</sup> bestätigt wurde.

Die letzte Eurobarometer-Umfrage (Frühjahr 2009) ergab, dass die europäischen Bürger insbesondere angesichts der Arbeitslosigkeit und ihrer persönlichen wirtschaftlichen bzw. finanziellen Lage äußerst besorgt waren. Dennoch zeigten die Ergebnisse gewisse Zeichen einer moderaten Stärkung des Vertrauens in Bezug auf die persönliche Zukunft, aber auch in Bezug auf die Institutionen und die Europäische Union selbst. Diese erneute Stärkung des Vertrauens schien im wesentlichen auf der Wahrnehmung zu beruhen, dass die Europäische Union über die notwendigen Kapazitäten zur Bekämpfung der Krise verfügte und in der Lage ist, den Bürgern zu helfen, sich angesichts der Auswirkungen der Globalisierung zu behaupten.

---

<sup>5</sup> Eurostat/Pressemitteilungen/Euroindikatoren – 30. Oktober 2009:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-30102009-AP/DE/3-30102009-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30102009-AP/DE/3-30102009-AP-DE.PDF)

<sup>6</sup> Siehe insbesondere Eurobarometer-Spezial 308, *Die europäischen Bürger im Jahr 2009*

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_308\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_308_en.pdf)

Sechs Monate nach dieser Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009 und ein Jahr nach Beginn der Krise scheint die Umfrage des EB72 gewisse Zeichen des Meinungsaufschwungs zu bestätigen. Tatsächlich sind die **europäischen Bürger heute häufiger als im Frühjahr 2009 der Meinung, dass die Krise ihren Höhepunkt erreicht hat**. Auch hat sich die Besorgnis angesichts der Wirtschaftslage etwas gelegt, und **die kurzfristigen Erwartungen angesichts der Wirtschaftslage gehen mittlerweile wieder in eine positive Richtung**. Dennoch bleibt die **Arbeitslosigkeit** bei den europäischen Bürgern weiterhin die **größte Sorge** in Bezug auf ihr eigenes Land, und die Prognosen, denen zufolge die nationale Beschäftigungslage sich weiter verschlechtern soll, beherrscht weiterhin sehr stark die öffentliche Meinung: bei diesem Indikator ist keinerlei Verbesserung zu verzeichnen. Diese verschiedenen Aspekte sollen im vorliegenden Bericht im Einzelnen analysiert werden.

Darüber hinaus war die zweite Jahreshälfte 2009 nach den Europawahlen von Juni 2009 auch von anderen bedeutenden Wahlen in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union geprägt<sup>7</sup>. Diese Aspekte des nationalen Kontextes können bei der Lektüre dieses Berichtes aufschlussreiche Einblicke bieten.

\* \* \*

---

<sup>7</sup> Dieser Fall gilt insbesondere für Bulgarien (Juli 2009), Österreich (September 2009), Deutschland (September 2009), Portugal (September 2009), Griechenland (Oktober 2009), Irland (Oktober 2009) und Rumänien (November 2009).

Der vollständige Bericht des Standard-Eurobarometers besteht aus zwei Teilen. Der vorliegende erste Teil (Teil 1) befasst sich mit den Ergebnissen der chronologischen Indikatoren des Standard-Eurobarometers. Der zweite Teil (Teil 2) geht auf die aktuelle öffentliche Meinung der europäischen Bürger zu sonstigen Themen ein: die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Werte der Bürger und die Prioritäten der Europäischen Union.

Dieser Teil 1 des Berichts ist in drei Hauptteile aufgeteilt. Der erste Teil befasst sich mit dem Leben in der Europäischen Union gemäß den Wahrnehmungen der Bürger in den Bereichen der persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte. Hier werden die persönliche und finanzielle Lage der Bürger sowie ihre wichtigsten Sorgen und Erwartungen angesichts der Zukunft beleuchtet; darüber hinaus werden jene Aspekte der sozialen Wirklichkeit untersucht, die das tägliche Leben der europäischen Bürger beeinflussen.

In diesem ersten Teil des Berichts werden die Meinungen der europäischen Bürger dahingehend untersucht, inwiefern sich die Dinge in ihrem eigenen Land sowie in der Europäischen Union entwickeln. In diesem Zusammenhang wird ausserdem das Vertrauen der europäischen Bürger in die nationalen Institutionen untersucht.

Im zweiten Teil des Berichtes werden die Trendindikatoren vorgestellt, die ein Bild der Wahrnehmungen und Meinungen der Bürger über die Europäische Union und ihre Institutionen vermitteln, wie z.B. die Befürwortung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Union und die damit verbundenen Vorteile. Dieser Teil befasst sich auch mit den Meinungen der europäischen Bürger über die Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union sowie mit dem Kenntnisstand der Bürger über die Funktionsweise der Europäischen Union. Schließlich werden in diesem zweiten Teil auch die Meinungen der Bürger über die gegenwärtige und künftige rotierende Präsidentschaft des Rates der Europäischen Gemeinschaft (Schweden und Spanien) ermittelt.

Der dritte Teil des Berichtes befasst sich im Wesentlichen mit den Kompetenzen der Europäischen Union und der Bewertung der besten Beschlussfassungsebene. Hier werden die Aspekte untersucht, auf die ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden müsste, um die Europäische Union künftig zu stärken, und es werden auch die Meinungen der europäischen Bürger über die politischen Maßnahmen der Union beleuchtet. Den Abschluss bildet eine Analyse der Meinungen der Bürger über die Zukunft der Europäischen Union.

Die Ergebnisse werden prinzipiell auf drei Ebenen kommentiert:

- der Ebene des europäischen Durchschnitts der 27 Mitgliedstaaten
- der nationalen Ebene bzw. dem Ländervergleich, d.h. in welchem Maße sie von einem Land zum anderen variieren
- nach dem soziodemografischen Profil, d.h. den verschiedenen Ergebnissen je nach bestimmten soziodemografischen Kriterien der Befragten sowie anderen Meinungsindikatoren, wie z.B. dem Bild, das die Bürger von der Europäischen Union haben, ihrem Vertrauen in die Europäische Union, ihren Kenntnissen über die Union sowie ihrer Positionierung auf der politischen Links-Rechts-Skala.

Sowohl die allgemeine als auch die soziodemografische Analyse basieren auf den in der EU27 ermittelten Ergebnissen, d.h. dem Mittelwert der Ergebnisse aus den 27 Mitgliedstaaten. Dieser Mittelwert wird nach der jeweiligen Bevölkerung der einzelnen Mitgliedstaaten gewichtet. Die Mittelwerte für die vorangegangenen Jahre repräsentieren die Ergebnisse aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach deren Zusammensetzung zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Studie.

Dieses Eurobarometer wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social durchgeführt. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und politische Analyse“) für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt.

Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigelegt. Darin werden die Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.

Wir weisen noch einmal darauf hin, dass es für die Standard-Eurobarometer-Umfragen vier Arten von Berichten gibt:

**1) Erste Ergebnisse:** Dieser Bericht bietet eine Zusammenfassung der markantesten Ergebnisse in Bezug auf die Tendenzindikatoren und bietet somit einen schnellen und operationellen Überblick über die öffentliche europäische Meinung zu entscheidenden Fragen.

**2) Kompletter Bericht:** Eine detaillierte Analyse der Ergebnisse zu allen Fragen.

**3) Nationale Berichte:** Eine Analyse mit hauptsächlichem Schwerpunkt auf dem Vergleich zwischen den nationalen Ergebnissen und dem für die Europäische Union ermittelten Durchschnitt. Diese Berichte werden von den nationalen Vertretungen der Europäischen Kommission veröffentlicht und in den jeweiligen Landessprachen verfasst. Darüber hinaus gibt es auch Kurzversionen bzw. Zusammenfassungen dieser nationalen Berichte, die in englischer Sprache auf der Eurobarometer-Website veröffentlicht werden.

**4) Ländermerkblätter:** Eine graphische Darstellung der Ergebnisse für jedes Land oder Gebiet, das an der Studie teilgenommen hat. Hierdurch ermöglichen sie Vergleiche zwischen den nationalen Ergebnissen und dem europäischen Durchschnitt.

*Die Eurobarometer-Website kann unter der  
folgenden Adresse besucht werden:  
[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)*

*Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit  
genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre  
diese Untersuchung nicht möglich gewesen.*

In diesem Bericht sind die Länder mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Im Folgenden ein Überblick über die verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen:

ABKÜRZUNGEN	
EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
D-E	Ostdeutschland
DE	Deutschland*
D-W	Westdeutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern **
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien***

\* Die in diesem Bericht veröffentlichten Daten beziehen sich ausschließlich auf Deutschland insgesamt, wobei in den Datentabellen im Anhang auch jeweils die Daten für „Ostdeutschland“ und „Westdeutschland“ aufgeführt sind.

\*\* Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der „gemeinschaftliche Besitzstand“ („*acquis communautaire*“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU-Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews wurden unter der Kategorie „CY(tcc)“ ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft*].

\*\*\* Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

Die spezifischen Ergebnisse für CY(tcc), HR, TR und MK sind im Anhang zu diesem Bericht enthalten, in dem sich die Datentabellen befinden.

## *1. DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION*

In diesem Teil wird der Kontext definiert, im dem die öffentliche Meinung über die Europäische Union zu interpretieren ist. Hier werden die Ergebnisse zu den Fragen über die folgenden Themenbereiche analysiert:

**1) Persönliche Aspekte:** Die Zufriedenheit der europäischen Bürger angesichts ihrer persönlichen Lebenssituation, ihrer beruflichen und finanziellen Situation, ihrer Erwartungen an die Zukunft in Bezug auf die persönliche Lebenssituation, aber auch auf die finanzielle und berufliche Situation, und schließlich ihre wichtigsten persönlichen Sorgen.

**2) Soziale Aspekte:** Eine Bewertung der Lebenshaltungskosten, der Energiepreise und der Lebensqualität in den einzelnen Mitgliedstaaten im Vergleich zum europäischen Durchschnitt; die nationale Umweltsituation und die Meinung der europäischen Bürger hierüber im Vergleich zum europäischen Durchschnitt sowie ihre Erwartungen an die Zukunft in Bezug auf dieses Thema.

**3) Wirtschaftliche Aspekte:** Die Meinung der europäischen Bürger über die Wirtschaftslage auf nationaler, europäischer und globaler Ebene sowie die Lage ihrer nationalen Wirtschaft im Vergleich zum europäischen Durchschnitt; die Zufriedenheit der europäischen Bürger in Bezug auf die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt im Vergleich zum europäischen Durchschnitt; die Erwartungen an die Zukunft in Bezug auf die Lage der Wirtschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene sowie auf die Lage am Arbeitsmarkt, und schließlich die wichtigsten Sorgen in Bezug auf das eigene Land.

**4) Politische Aspekte:** Die Wahrnehmung, wie sich die Dinge auf nationaler Ebene sowie in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten entwickeln; das Vertrauen in die nationalen Institutionen (politische Institutionen, Justiz, Streitkräfte) und in die Medien.

**5) Das Leben der künftigen Generationen:** Die Bewertung der Lebenssituation der künftigen Generationen und ihrer möglichen Situation, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.



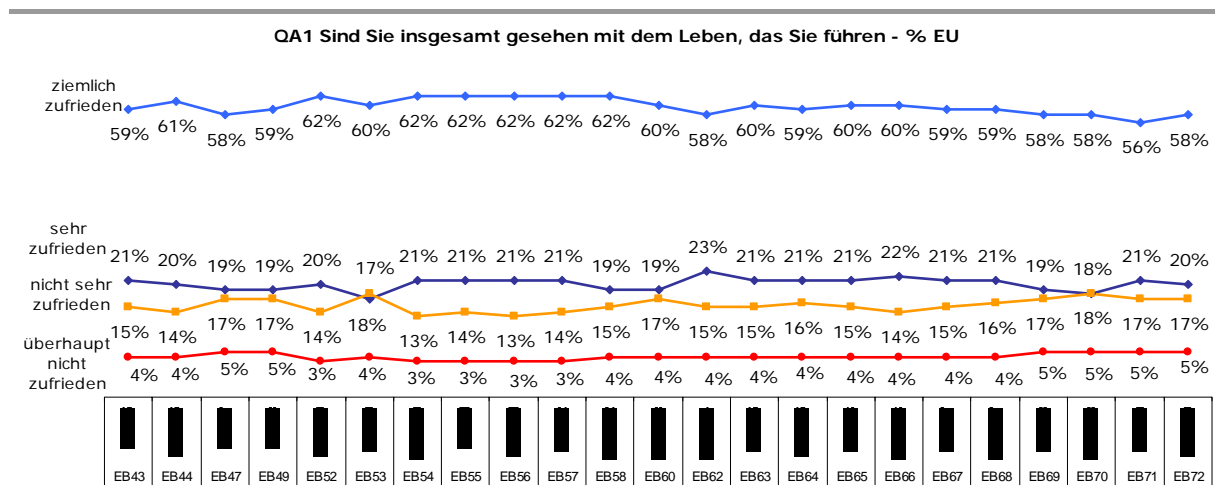
# 1. PERSÖNLICHE ASPEKTE

## 1.1 Die gegenwärtige persönliche Lebenssituation der europäischen Bürger

### - Die große Mehrheit der europäischen Bürger erklärt sich mit ihrer derzeitigen persönlichen Lebenssituation zufrieden -

Die große Mehrheit der Bürger der Europäischen Union (78%) erklärt sich mit ihrer derzeitigen persönlichen Lebenssituation zufrieden; das ist ein Anstieg um einen Prozentpunkt im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009<sup>8</sup>. Gut zwei von zehn Befragten (22%) erklären sich demgegenüber unzufrieden; dieser Anteil ist im Vergleich zur Frühjahrsumfrage unverändert geblieben.

Ein Fünftel der Befragten (20%) erklärt sich mit der persönlichen Lebenssituation „sehr zufrieden“; das ist ein Prozentpunkt weniger als im Frühjahr 2009; 58% der Befragten erklären sich „ziemlich zufrieden“ (+2 Prozentpunkte), 17% „nicht sehr zufrieden“ (diese Zahl ist im Vergleich zum Frühjahr unverändert geblieben), und 5% „überhaupt nicht zufrieden“ (auch diese Zahl ist im Vergleich zum Frühjahr so gut wie unverändert geblieben).


































Die Analyse der Länderergebnisse zeigt sehr starke Unterschiede von einem Land zum anderen. Fast die Gesamtheit der Befragten der skandinavischen Länder (98% in Dänemark, 96% in Schweden und 95% in Finnland) erklärt sich mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden; das Gleiche gilt für 96% der Befragten in Luxemburg, 95% in den Niederlanden sowie jeweils neun von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (91%) und in Belgien (89%).

<sup>8</sup> QA1 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

Im Gegensatz hierzu wird diese Meinung nur von einer kleinen Mehrheit der Befragten in Litauen (55%) und in Portugal (53%), von weniger als der Hälfte in Rumänien (47%) und in Ungarn (42%) und von nur 38% in Bulgarien vertreten. In den letzteren drei Ländern erklärt sich eine Mehrheit der Befragten mit ihrer persönlichen Lebenssituation unzufrieden.

Die Entwicklung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen persönlichen Lebenssituation der europäischen Bürger variiert bisweilen beträchtlich von einem Land zum anderen. So ist in Griechenland ein sehr starker Anstieg des Anteils derjenigen Befragten zu verzeichnen, die sich zufrieden erklären (+14 Prozentpunkte). Dies gilt in geringerem Umfang auch in fünf weiteren Mitgliedstaaten (jeweils +3 Punkte in Lettland und in der Slowakei, +2 Punkte in Österreich, in Portugal und im Vereinigten Königreich). Dieser Anteil ist jedoch stark rückläufig auf Malta (-10 Punkte) und in geringerem Maße in sieben weiteren Mitgliedstaaten (-4 Punkte auf Zypern, -3 Punkte in Irland und -2 Punkte in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Litauen und Ungarn). In sieben Ländern schließlich ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 überhaupt keine Veränderung zu verzeichnen.

## QA1 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen -

	% Total zufrieden	EB70 Hbt.2008	EB71 Fr.2009	EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009- Fr.2009
 EU27		76%	77%	78%	+1
 EL		53%	44%	58%	+14
 LV		62%	54%	57%	+3
 SK		72%	69%	72%	+3
 AT		79%	83%	85%	+2
 PT		46%	51%	53%	+2
 UK		87%	89%	91%	+2
 DE		85%	84%	85%	+1
 IT		63%	70%	71%	+1
 CZ		83%	82%	82%	=
 DK		96%	98%	98%	=
 EE		74%	73%	73%	=
 LU		90%	96%	96%	=
 RO		47%	47%	47%	=
 SI		85%	86%	86%	=
 SE		97%	96%	96%	=
 ES		84%	75%	74%	-1
 NL		98%	96%	95%	-1
 PL		76%	76%	75%	-1
 FI		95%	96%	95%	-1
 BE		87%	91%	89%	-2
 BG		38%	40%	38%	-2
 FR		80%	84%	82%	-2
 LT		58%	57%	55%	-2
 HU		46%	44%	42%	-2
 IE		88%	88%	85%	-3
 CY		85%	85%	81%	-4
 MT		84%	82%	72%	-10
CY (tcc)		51%	53%	50%	-3
 HR		68%	63%	63%	=
 MK		63%	67%	66%	-1
 TR		63%	61%	59%	-2




Die Mehrheit der Bürger in den Bewerberländern erklärt sich mit ihrer derzeitigen persönlichen Lebenssituation zufrieden: dies gilt für 66% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, für 63% der Kroaten und für 59% der Türken.

Die Zufriedenheitswerte zeigen in Abhängigkeit der soziodemografischen Merkmale der befragten Personen einige Unterschiede. So erklären die jüngsten Befragten am häufigsten ihre Zufriedenheit mit ihrer persönlichen Lebenssituation (85% der Befragten der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 76% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber). Auch ist festzustellen, dass der Grad der Zufriedenheit mit der Zahl der im Haushalt lebenden Personen steigt, was mit Wahrscheinlichkeit ein Alterseffekt ist, denn die ältesten Befragten bilden häufiger Ein-Personen-Haushalte.

Auch mit dem Bildungsniveau der Befragten steigt die Neigung, sich mit der derzeitigen persönlichen Lebenssituation zufrieden zu erklären: so erklären 86% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden zu sein, im Vergleich zu 69% derjenigen, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr abgeschlossen haben.

Mehr als neun von zehn Führungskräften (91%) bringen ihre Zufriedenheit zum Ausdruck, im Vergleich zu 77% der Arbeiter, 82% der Angestellten und nur etwa der Hälfte der Arbeitslosen (55%). Somit scheint der Lebensstandard verständlicherweise ein entscheidender Faktor der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation zu sein. Bemerkenswert ist die Bedeutung der Kaufkraft, die sich aus den Antworten der europäischen Bürger ergibt. Tatsächlich erklärt eine sehr hohe Mehrheit der Befragten, die niemals Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen, mit ihrer Lebenssituation zufrieden (88%) zu sein. Dies im Vergleich zu einer Minderheit (44%) derjenigen, die, im Gegensatz hierzu, Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen fristgemäß zu begleichen, und im Vergleich zu zwei Drittel der Befragten (66%), die behaupten, dieses Problem „von Zeit zu Zeit“ zu haben.

## QA1 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen -

	Total zufrieden	Total nicht zufrieden	WN
EU27	78%	22%	-
<b>Alter</b>			
15-24	85%	15%	-
 25-39	78%	22%	-
40-54	76%	24%	-
55 +	76%	24%	-
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	69%	30%	1%
 16-19	75%	25%	-
20+	86%	14%	-
Studiert noch	90%	10%	-
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
Selbständig	81%	18%	1%
 Leitende(r) Angestellte(r)	91%	9%	-
Andere(r) Angestellte(r)	82%	17%	1%
Sonstige Arbeiter	77%	23%	-
Hausfrauen / Hausmänner	73%	26%	1%
Arbeitslos	55%	45%	-
Rentner / Pensionäre	75%	24%	1%
Studenten	90%	10%	-
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	44%	56%	-
Gelegentlich	66%	33%	1%
Nahezu nie/ nie	88%	12%	-

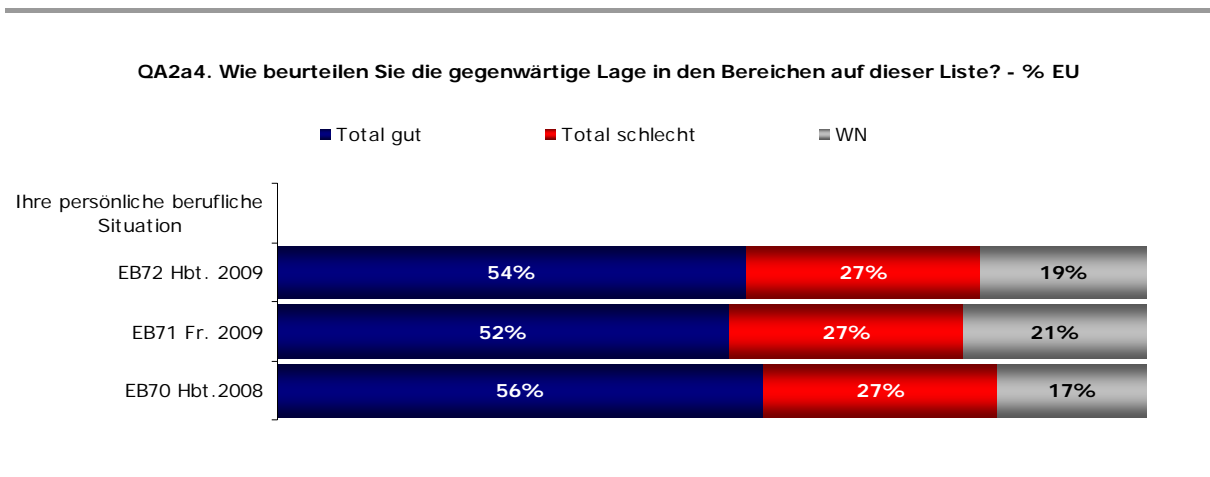
## 1.2 Die Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation

### 1.2.1. Die berufliche Situation

#### **- Die Zufriedenheitswerte der europäischen Bürger angesichts ihrer persönlichen Lebenssituation und ihrer finanziellen Lage sind unverändert -**

Über die Hälfte der europäischen Bürger (54%) zeigt sich mit der beruflichen Situation zufrieden; dieses Ergebnis liegt um +2 Punkte über dem der Frühjahrsumfrage 2009 und knapp unter dem der Herbstumfrage 2008 (-2 Punkte); gut ein Viertel (27%) bezeichnet die eigene berufliche Situation als „schlecht“; dieser Anteil stimmt vollkommen mit den Ergebnissen der Frühjahrsumfrage 2009 sowie der Herbstumfrage 2008 überein<sup>9</sup>.

12% der Befragten bezeichnen ihre berufliche Situation als „sehr gut“, 42% als „ziemlich gut“, 18% als „ziemlich schlecht“ und 9% schließlich als „sehr schlecht“. Diese Ergebnisse sind im Vergleich zum Frühjahr 2009 vollkommen unverändert, mit Ausnahme des Anteils der Befragten, die ihre berufliche Situation als „ziemlich gut“ bezeichnen: hier gibt es einen Zuwachs um +2 Punkte.


































Auch hier bringen wiederum drei Viertel der Befragten der skandinavischen Länder ihre Zufriedenheit zum Ausdruck: dies gilt für 76% der Befragten in Dänemark (davon 45%, die ihre berufliche Situation als „sehr gut“ bezeichnen), 75% in Schweden (40% „sehr gut“) und 73% in Finnland (42% „sehr gut“). Nahezu sieben von zehn Befragten (69%) in Österreich, zwei Drittel der Befragten in den Benelux-Ländern (66% der Belgier und der Luxemburger und 65% der Niederländer) sowie 64% der Deutschen teilen diese Meinung.

Die negativen Meinungen sind in sechs Mitgliedstaaten mehrheitlich vertreten; so bezeichnen 58% der Befragten in Ungarn, 53% in Bulgarien, 45% in Portugal und 42% in Litauen ihre persönliche berufliche Situation als „schlecht“. Die Mehrheit der Befragten in Griechenland (38%) und in Rumänien (35%) bringt eine ähnliche Meinung zum Ausdruck.

<sup>9</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 4. Ihre persönliche berufliche Situation.





Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ist eine schwindende Zufriedenheit in den folgenden Mitgliedstaaten zu verzeichnen: –7 Punkte in Slowenien, –6 Punkte in Belgien und jeweils –5 Punkte in Frankreich, Ungarn und in Irland. Demgegenüber ist in den folgenden Ländern eine wachsende Zufriedenheit zu verzeichnen: +9 Punkte in Griechenland, +8 Punkte in Deutschland und +7 Punkte im Vereinigten Königreich. Insgesamt ist in zehn Mitgliedstaaten ein zunehmendes Maß an Zufriedenheit zu verzeichnen, während es in vierzehn Ländern abnimmt und in drei Ländern unverändert geblieben ist.

**QA2\_4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
- Ihre persönliche berufliche Situation**

% Sehr gut + Ziemlich gut		EB 70 Hbt.2008	EB71 Fr.2009	EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009 - Fr.2009
	EU27	56%	52%	54%	+2
	EL	37%	28%	37%	+9
	DE	64%	56%	64%	+8
	UK	57%	54%	61%	+7
	SK	56%	50%	53%	+3
	PL	56%	52%	54%	+2
	DK	78%	75%	76%	+1
	IT	48%	52%	53%	+1
	NL	72%	64%	65%	+1
	PT	36%	40%	41%	+1
	SE	73%	74%	75%	+1
	EE	52%	43%	43%	=
	AT	69%	69%	69%	=
	RO	40%	32%	32%	=
	CZ	67%	57%	56%	-1
	LV	58%	46%	45%	-1
	ES	60%	49%	47%	-2
	LT	47%	37%	35%	-2
	FI	72%	75%	73%	-2
	BG	41%	37%	34%	-3
	LU	70%	69%	66%	-3
	CY	50%	53%	49%	-4
	MT	68%	58%	54%	-4
	IE	55%	46%	41%	-5
	FR	53%	54%	49%	-5
	HU	25%	25%	20%	-5
	BE	67%	72%	66%	-6
	SI	63%	63%	56%	-7
	CY (tcc)	60%	54%	49%	-5
	MK	41%	39%	40%	+1
	TR	37%	37%	34%	-3
	HR	43%	43%	35%	-8

Im Gegensatz zu den Ergebnissen im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen sich die Befragten in den drei Kandidatenländern mehrheitlich unzufrieden mit ihrer beruflichen Situation. Dies gilt für mehr als die Hälfte der Befragten in der Türkei (55%) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (51%, davon 31% „sehr schlecht“) sowie für 48% der Kroaten, die diese Meinung teilen (21% davon „sehr schlecht“).

Bei dieser Analyse sind je nach dem soziodemografischen Profil der Befragten gewisse Unterschiede festzustellen: die Männer (57%) zeigen sich zufriedener als die Frauen (51%), die Ergebnisse der jüngsten Befragten (50% der 15- bis 24-Jährigen) liegen über jenen der Älteren (44% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber), die der Führungskräfte (88%) über jenen der Angestellten (76%) und der Arbeiter (70%), und schließlich liegen auch die Ergebnisse derjenigen Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau (69% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben) über den Ergebnissen derjenigen, die die Schule bereits früher beendet haben (40% der Befragten, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben).

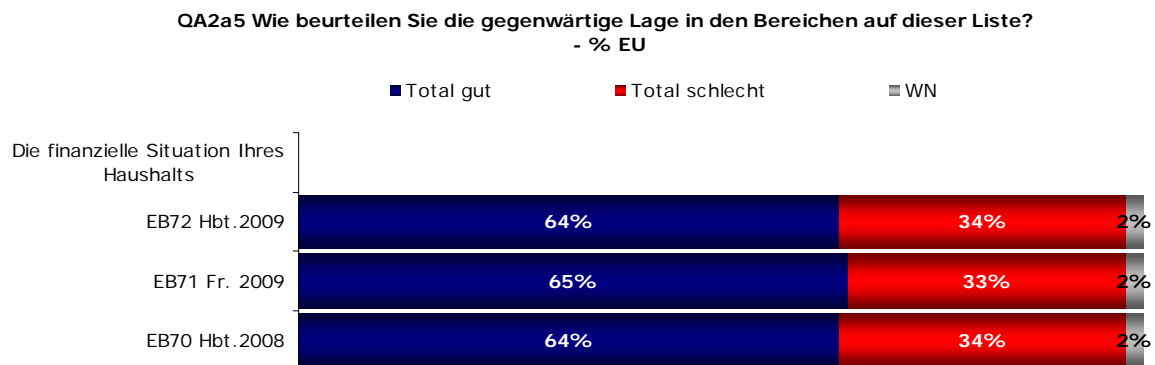
<b>QA2a.4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?</b>			
<b>Ihre persönliche berufliche Situation</b>			
	<b>Total gut</b>	<b>Total schlecht</b>	<b>WN</b>
EU27	54%	27%	19%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	57%	28%	15%
Weiblich	51%	27%	22%
<b>Alter</b>			
 15-24	50%	27%	23%
25-39	62%	33%	5%
40-54	62%	33%	5%
55 +	44%	19%	37%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	40%	31%	29%
16-19	54%	31%	15%
20+	69%	20%	11%
Studiert noch	45%	21%	34%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	68%	29%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	88%	11%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	76%	22%	2%
Sonstige Arbeiter	70%	28%	2%
Hausfrauen / Hausmänner	37%	30%	33%
Arbeitslos	13%	81%	6%
Rentner / Pensionäre	37%	18%	45%
Studenten	45%	21%	34%



### 1.2.2. Die finanzielle Situation

Zwei Drittel der europäischen Bürger (64%) bezeichnen die finanzielle Lage ihres Haushalts als „gut“, ein Drittel hingegen bezeichnet sie als „schlecht“ (34%)<sup>10</sup>. Diese Zahlen sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 unverändert geblieben (-1 Punkt bzw. +1 Punkt) und entsprechen genau dem Stand von Herbst 2008.

8% der Befragten bezeichnen die finanzielle Lage ihres Haushalts als „sehr gut“ (dieser Anteil ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 unverändert), 56% als „ziemlich gut“ (-1 Punkt), 26% als „ziemlich schlecht“ (keine Veränderung im Vergleich zur vorherigen Erhebung) und schließlich 8% als „sehr schlecht“ (+1 Punkt).


































Auch hier sind in 21 der 27 Mitgliedstaaten mehrheitlich positive Meinungen vertreten. Besonders hoch sind die Werte wiederum in den nordischen Ländern (88% der Befragten in Schweden und in Finnland sowie 84% in Dänemark) sowie bei den Befragten der Benelux-Länder (91% in Luxemburg, 88% in den Niederlanden und 78% in Belgien). Im Vereinigten Königreich werden die positiven Meinungen von 77% der Befragten geteilt. Im Gegensatz hierzu bezeichnen nahezu acht von zehn Befragten in Ungarn (77%), 70% in Bulgarien, 59% in Portugal und 53% in Rumänien ihre finanzielle Situation als negativ. Auch die Mehrheit der Letten (53%) und der Litauer (51%) teilen diese pessimistische Meinung.

Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ist eine deutliche Abnahme der Zufriedenheit in Irland, Spanien und auf Malta (jeweils -8 Punkte) sowie in geringerem Maße in Slowenien und in Dänemark (jeweils -5 Punkte) festzustellen. In anderen Mitgliedstaaten hingegen ist ein Zuwachs der positiven Meinungen zu verzeichnen. Dies gilt für die Slowakei (+5 Punkte), Zypern (+3 Punkte), Griechenland, Luxemburg und das Vereinigte Königreich (jeweils +2 Punkte). Insgesamt ist in sieben Mitgliedstaaten ein wachsendes Maß der Zufriedenheit zu verzeichnen, im Vergleich zu einer Abnahme in 16 Mitgliedstaaten und einem unveränderten Anteil in vier Mitgliedstaaten.

<sup>10</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 5. Die finanzielle Situation Ihres Haushalts.


**QA2\_5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
- Die finanzielle Situation Ihres Haushalts**

% Sehr gut + Ziemlich gut		EB 70 Hbt.2008	EB71 Fr.2009	EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009 - Fr.2009
	EU27	64%	65%	64%	-1
	SK	61%	53%	58%	+5
	CY	64%	66%	69%	+3
	EL	46%	48%	50%	+2
	LU	79%	89%	91%	+2
	UK	72%	75%	77%	+2
	AT	71%	71%	72%	+1
	RO	44%	43%	44%	+1
	DE	74%	73%	73%	=
	LV	58%	46%	46%	=
	NL	92%	88%	88%	=
	SE	91%	88%	88%	=
	BE	79%	79%	78%	-1
	PL	60%	57%	56%	-1
	FI	89%	89%	88%	-1
	CZ	68%	64%	62%	-2
	FR	67%	69%	67%	-2
	IT	52%	61%	59%	-2
	PT	30%	41%	38%	-3
	BG	34%	32%	28%	-4
	EE	73%	72%	68%	-4
	LT	56%	52%	48%	-4
	HU	25%	26%	22%	-4
	DK	86%	89%	84%	-5
	SI	62%	70%	65%	-5
	IE	62%	61%	53%	-8
	ES	58%	62%	54%	-8
	MT	60%	63%	55%	-8
	CY (tcc)	68%	54%	54%	=
	MK	49%	50%	52%	+2
	TR	44%	44%	38%	-6
	HR	48%	49%	40%	-9

Die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, ebenso wie die Befragten im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der EU27, zeigen sich angesichts der finanziellen Lage ihres Haushalts mehrheitlich zufrieden (52%).

Im Gegensatz hierzu wird eine ähnliche Meinung nur von einer Minderheit der Befragten in Kroatien und in der Türkei geteilt (jeweils 40% und 38%). Darüberhinaus hat die Zufriedenheit der Bürger in diesen beiden Ländern auch im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 jeweils abgenommen (-9 Punkte in Kroatien; -6 Punkte in der Türkei).

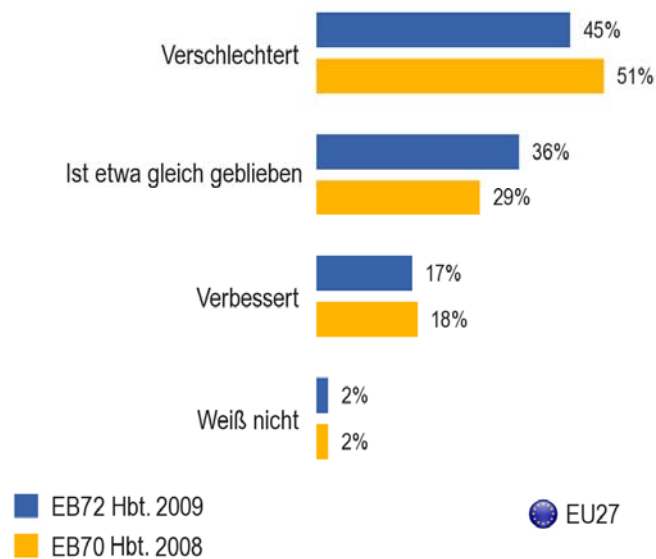
86% der Führungskräfte erklären sich mit ihrer finanziellen Lage zufrieden, im Vergleich zu nahezu drei Viertel der Angestellten (72%), knapp zwei Drittel der Arbeiter (63%) und schließlich einer Minderheit der Arbeitslosen (31%). Verständlicherweise sind es diejenigen, die am häufigsten Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen, die sich am seltensten mit der finanziellen Lage ihres Haushalts zufrieden erklären (17%, im Vergleich zu 43% derjenigen, die behaupten, dass sie manchmal Probleme dieser Art haben, und einer breiten Mehrheit der Befragten, die niemals solche Schwierigkeiten haben - 82%).

QA2a.5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?			
Die finanzielle Situation Ihres Haushalts			
	Total gut	Total schlecht	WN
EU27	64%	34%	2%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	68%	31%	1%
Leitende(r) Angestellte(r)	86%	13%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	72%	27%	1%
Sonstige Arbeiter	63%	35%	2%
Hausfrauen / Hausmänner	54%	44%	2%
Arbeitslos	31%	67%	2%
Rentner / Pensionäre	64%	34%	2%
Studenten	69%	25%	6%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	17%	82%	1%
Gelegentlich	43%	55%	2%
Nahezu nie/ nie	82%	16%	2%

### 1.2.3. Die Kaufkraft

**- Die europäischen Bürger sehen die Kaufkraft in der Krise, doch mittlerweile hat sich die Lage merklich gebessert -**

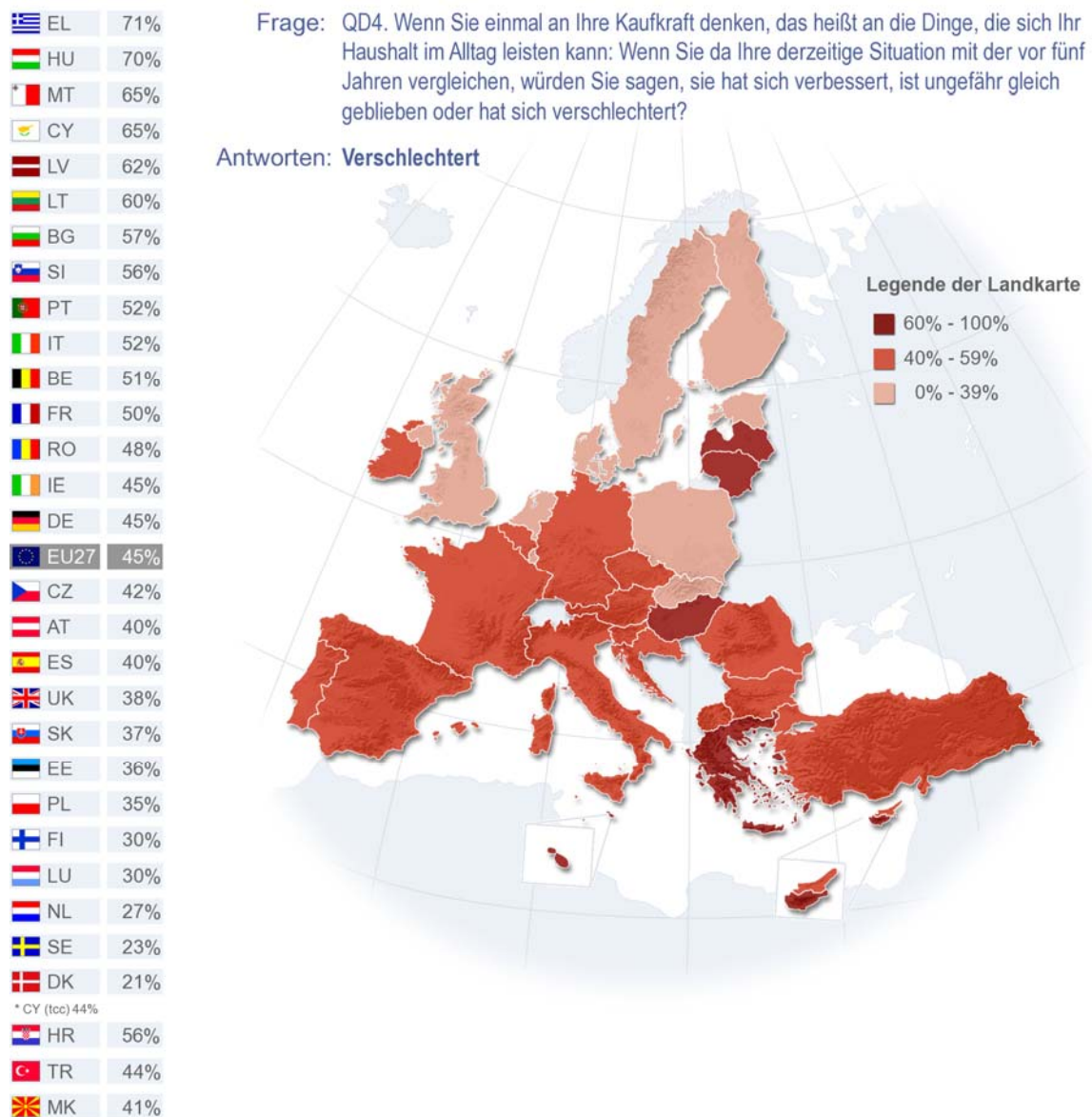
QD4. Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?



Die europäischen Bürger sind weiterhin der Ansicht, dass sich ihre Kaufkraft verschlechtert; dies ist ein Trend, der bereits seit den letzten fünf Jahren zu verzeichnen ist, wobei er sich jedoch im Vergleich zum Herbst 2008 abgeschwächt hat<sup>11</sup>. 45% der europäischen Bürger sind effektiv der Meinung, dass sich ihre Kaufkraft in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. 36% sind der Meinung, dass sie unverändert geblieben ist, und nur 17% sind der Meinung, sie habe sich verbessert.

Der Anteil der europäischen Bürger, die das Gefühl haben, ihre Kaufkraft habe sich verschlechtert, ist jedoch mittlerweile deutlich geringer (-6 Punkte) im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 (EB70). Symmetrisch hierzu ist beim Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass die Lage seit fünf Jahren quasi unverändert geblieben ist, ein Zuwachs zu verzeichnen (+7 Punkte). Somit bleibt das Gefühl der Verschlechterung der Kaufkraft sehr wohl reell, obwohl es heute als weniger einschneidend empfunden wird als vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im September 2008.

<sup>11</sup> QD4 Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?



In 12 Mitgliedstaaten der EU wird von einer absoluten Mehrheit der Befragten eine Verschlechterung der Kaufkraft im Laufe der letzten fünf Jahre diagnostiziert. Dies gilt für Griechenland (71%), Ungarn (70%), Malta (65%), Zypern (65%), Lettland (62%), Litauen (60%), Bulgarien (57%), Slowenien (56%), Portugal (52%), Italien (52%), Belgien (51%) und Frankreich (50%).





Umgekehrt ist die angespannte Lage in Bezug auf die Kaufkraft in Dänemark (nur 21% der Befragten in diesem Land sind der Ansicht, dass sich die Kaufkraft verschlechtert hat), in Schweden (23%), in den Niederlanden (27%) und in Finnland (30%) weitaus weniger ausgeprägt.

Die Meinungsentwicklungen im Vergleich zum Herbst 2008 sind von Land zu Land sehr unterschiedlich, wodurch möglicherweise die unterschiedliche Intensität zum Ausdruck kommt, mit der die europäischen Bürger die Krise empfinden. So sind in den folgenden Ländern recht starke Zuwächse beim Gefühl der Verschlechterung der Kaufkraft festzustellen: in Litauen (+19 Punkte), Rumänien (+18) und in Lettland (+17).

Demgegenüber ist dieses Gefühl in Luxemburg (-30), in Deutschland (-20), in Österreich (-18) und in Frankreich (-15) sehr stark rückläufig.

Es scheint, als ob die wohlhabendsten Länder der EU, in denen schon vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im September 2008 eine starke Sorge um die Kaufkraft herrschte, jetzt das Gefühl haben, dass sich die Lage in dieser Hinsicht gebessert habe, während die Bürger der weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten der EU, die im übrigen von der Krise stark betroffen sind, ihrerseits die sehr realen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihr tägliches Leben deutlich wahrnehmen.

Verständlicherweise wird die Verschlechterung der Kaufkraft am stärksten von den schwächsten Bevölkerungskategorien empfunden; so erklären 74% derjenigen, die behaupten, dass sie finanzielle Schwierigkeiten haben, 63% der Arbeitslosen, 61% derjenigen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie einstufen, und 56% derjenigen mit einem geringen Bildungsniveau, dass sie über die letzten fünf Jahre eine Verschlechterung ihrer Kaufkraft festgestellt haben. Dieses Gefühl trifft auch für die Rentner zu (52%).

QD4 Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?				
	Verbessert	Ist etwa gleich geblieben	Verschlechtert	Weiß nicht
EU27	17%	36%	45%	2%
<b>Geschlecht</b>				
 Männlich	20%	35%	43%	2%
Weiblich	15%	37%	46%	2%
<b>Alter</b>				
 15-24	25%	35%	35%	5%
25-39	25%	33%	41%	1%
40-54	17%	36%	46%	1%
55 +	9%	40%	50%	1%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
 15-	8%	35%	56%	1%
16-19	14%	36%	48%	2%
20+	29%	36%	34%	1%
Studiert noch	25%	39%	31%	5%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
 Selbständig	19%	38%	42%	1%
Leitende(r) Angestellte(r)	38%	32%	29%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	23%	36%	39%	2%
Sonstige Arbeiter	19%	36%	44%	1%
Hausfrauen / Hausmänner	9%	39%	50%	2%
Arbeitslos	11%	24%	63%	2%
Rentner / Pensionäre	8%	39%	52%	1%
Studenten	25%	39%	31%	5%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	6%	18%	74%	2%
Gelegentlich	10%	33%	56%	1%
Nahezu nie/ nie	23%	41%	35%	1%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>				
Niedrig (1-4)	10%	27%	61%	2%
Mitte (5-6)	18%	38%	43%	1%
Hoch (7-10)	26%	41%	32%	1%

Auch das soziodemografische Profil spielt eine Rolle: Zwar ist es in Bezug auf das Geschlecht der Befragten nur von geringer Bedeutung (so empfinden die Frauen eine deutlichere Verschlechterung als die Männer), doch macht es sich je nach dem Alter der Befragten immer deutlicher bemerkbar. Tatsächlich steigt das Gefühl der Verschlechterung der Kaufkraft in den letzten fünf Jahren mit dem steigenden Alter der Befragten allmählich an; so sind in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen 35% der Befragten der Meinung, ihre Kaufkraft habe sich verschlechtert, im Vergleich zu 50% derjenigen Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber.

### 1.3 Die Erwartungen an die nahe Zukunft

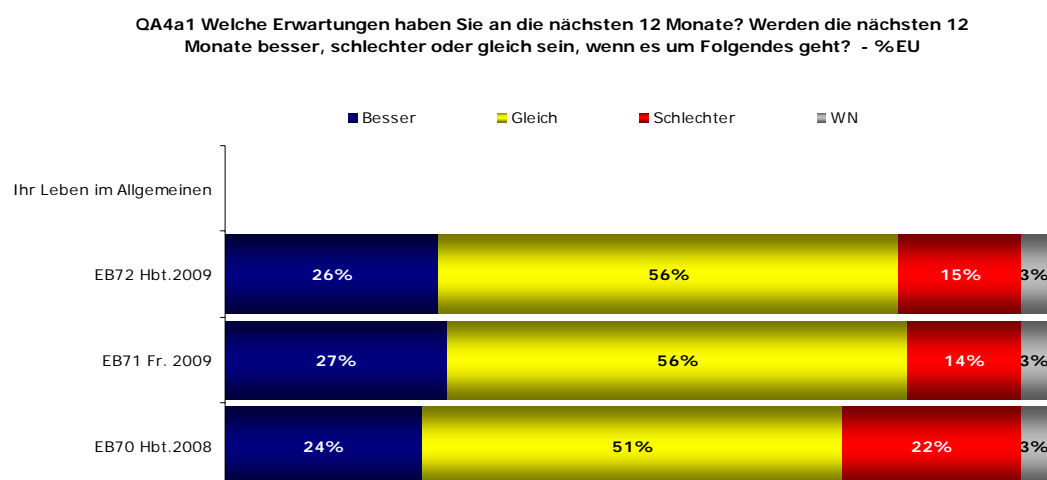
- Die Mehrheit der europäischen Bürger erwartet in den nächsten 12 Monaten keine realen Veränderungen in ihrer persönlichen oder beruflichen Lebenssituation oder ihrer finanziellen Lage -**

#### 1.3.1. Die persönliche Lebenssituation

Auch wenn die europäischen Bürger mehrheitlich mit ihrer augenblicklichen persönlichen Lebenssituation zufrieden sind, so zeigen sie sich wesentlich verhaltener bei der Frage über die kurzfristige Einschätzung ihrer persönlichen Zukunft: ein Viertel (26%) von ihnen geht in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung aus, 56% sind der Meinung, dass die Lage im kommenden Jahr unverändert bleiben wird, und 15% der Befragten schätzen schließlich, dass sich ihre persönliche Lebenssituation verschlechtern wird<sup>12</sup>.

Der Optimismus, der sich angesichts der nahen Zukunft in Bezug auf das Leben im Allgemeinen zeigt, ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 leicht rückläufig (-1 Punkt). Der Anteil der europäischen Bürger, die der Meinung sind, ihre Lebenssituation werde sich in den nächsten 12 Monaten nicht verändern, entspricht dem **Anteil, der in der Frühjahrsumfrage 2009 festgestellt wurde, während der Pessimismus um 1 Punkt zugenommen hat.**

Im Vergleich zum Herbst 2008 (EB70) ist der Anteil der pessimistischen Meinungen, der mehr als ein Fünftel der Befragten ausmachte, um 7 Prozentpunkte gefallen. Dieser Rückgang wirkt sich günstig auf die positiven Erwartungen aus, die um 2 Punkte angestiegen sind, doch führt dieser Trend vor allem zu einem Zuwachs des Anteils der Befragten, die in den nächsten 12 Monaten keinerlei Veränderung in ihrem persönlichen Leben erwarten (+5 Punkte).



<sup>12</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 1. Ihr Leben im Allgemeinen.


































In der Länderanalyse sind zu diesem Punkt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten festzustellen. Nahezu die Hälfte der Befragten in Schweden (48%), jeweils etwa ein Drittel im Vereinigten Königreich (37%), in Frankreich (34%) und Estland (33%) sowie 32% in Dänemark und 31% in Spanien gehen in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung ihrer persönlichen Lebenssituation aus.

Dahingegen liegen in 10 Mitgliedstaaten die negativen über den positiven Erwartungen. So gehen nahezu vier von zehn Befragten in Litauen und in Ungarn (39% bzw. 38%), 29% in Rumänien und 28% in Lettland davon aus, dass sich ihre allgemeine Lebenssituation in den nächsten 12 Monaten verschlechtern wird.

Mit dem Ziel, die Trends in den Erwartungen der europäischen Bürger möglichst genau darzustellen, wurde ein Index aufgestellt, der der bestehenden Differenz zwischen den optimistischen Antworten („besser“) und den pessimistischen Antworten („weniger gut“) Rechnung trägt. Das Ergebnis dieser Indizes kann positiv sein (d.h. der Optimismus überwiegt im Verhältnis zum Pessimismus) oder negativ; je höher das Ergebnis, desto stärker das Vertrauen in die nahe Zukunft. Dieser Index liefert eine zusätzliche Dimension bei der Erfassung der Erwartungswerte, die sich sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene analysieren lassen. Außerdem ist er ein sehr hilfreiches Mittel zur Erfassung der nationalen Entwicklungen seit der letzten Umfrage vom Frühjahr 2009: So werden wir die Differenz des Indexes zwischen den beiden letzten Umfragen (Herbst 2009 – Frühjahr 2009) analysieren. Eine positive Differenz bedeutet somit, dass sich die Lage hin zu einem größeren Optimismus verbessert hat.

Was die Erwartungen der europäischen Bürger im Bereich ihrer persönlichen Lebenssituation betrifft, so ist in 12 Mitgliedstaaten eine positive Differenz und in den übrigen 15 Mitgliedstaaten eine negative Differenz zu verzeichnen. Die Differenz liegt bei +15 Punkten in Griechenland und bei +11 Punkten in Estland. Somit haben sich die Erwartungen in Bezug auf die allgemeine Lebenssituation in diesen beiden Ländern deutlich verbessert. Umgekehrt beträgt die Differenz -18 Punkte auf Malta, -13 Punkte in Litauen, -12 Punkte in Rumänien, -11 Punkte auf Zypern und in Irland und -10 Punkte in Italien.

**QA4.1 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein,  
wenn es um Folgendes geht?  
-Ihr Leben im Allgemeinen**




	EB71 Fr.2009 Besser- Schlechter	EB72 Hbt.2009 Besser- Schlechter	UNT. Hbt.2009- Fr.2009
 EU27	+13	+11	-2
 EL	-6	+9	+15
 EE	+6	+17	+11
 LV	-16	-11	+5
 SE	+37	+42	+5
 DE	+1	+5	+4
 FR	+19	+23	+4
 LU	+16	+20	+4
 AT	+1	+4	+3
 NL	+17	+19	+2
 FI	+23	+25	+2
 DK	+29	+30	+1
 PT	-9	-8	+1
 UK	+31	+29	-2
 CZ	+1	-2	-3
 ES	+21	+18	-3
 HU	-21	-24	-3
 SK	-3	-6	-3
 BE	+15	+11	-4
 SI	+10	+6	-4
 BG	-2	-8	-6
 PL	+10	+4	-6
 IT	+14	+4	-10
 IE	+6	-5	-11
 CY	+14	+3	-11
 RO	+5	-7	-12
 LT	-9	-22	-13
 MT	+15	-3	-18
CY (tcc)	+11	-3	-14
 MK	+18	+12	-6
 HR	-5	-12	-7
 TR	=	-7	-7

Mehr als drei von zehn Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (31%) zeigen sich angesichts der Entwicklung ihrer persönlichen Lebenssituation in den nächsten 12 Monaten optimistisch, im Vergleich zu nur 18% der Befragten in Kroatien und einem Viertel in der Türkei (24%), die diese Meinung teilen. 31% der Türken und 30% der Kroaten gehen von einer Verschlechterung ihrer Lage aus, im Vergleich zu nur 19% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. In den drei Kandidatenländern, wie auch in der Europäischen Union selbst, erwartet die Mehrheit der Befragten keinerlei Veränderung.

Zu dieser Frage sind erhebliche Unterschiede je nach dem soziodemografischen Profil der Befragten festzustellen. Auch hier wiederum zeigen die Befragten der jüngsten Altersgruppe und die mit dem höchsten Bildungsniveau den stärksten Optimismus: 44% der 15- bis 24-Jährigen gehen von einer Verbesserung ihrer persönlichen Lebenssituation in den nächsten 12 Monaten aus, im Vergleich zu nur 13% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, die am seltensten von einer Verbesserung ihrer Lebenssituation in der nahen Zukunft ausgehen.

Ebenso zeigt sich ein Drittel der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (33%), angesichts der Zukunft optimistisch, im Vergleich zu weniger als einem Sechstel derjenigen, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (15%). Schließlich ist festzustellen, dass nahezu vier von zehn Arbeitslosen (38%) von einer Verbesserung ihrer Lebenssituation in den nächsten 12 Monaten ausgehen; dies gilt auch für etwa ein Drittel der Führungskräfte (35%), aber nur für 28% der Angestellten und 27% der Arbeiter.

**QA4a.1 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?  
Ihr Leben im Allgemeinen**

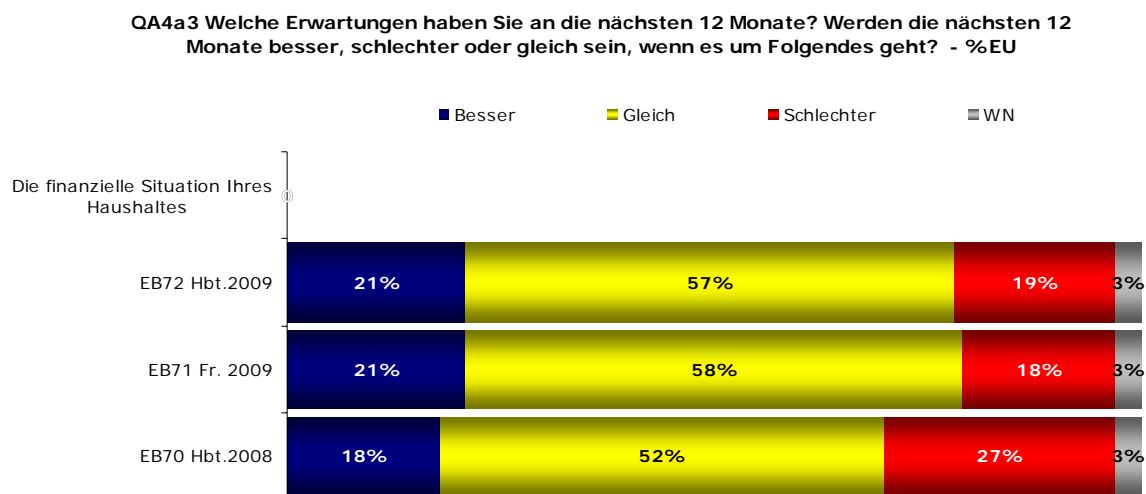
	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	26%	15%	56%	3%
<b>Alter</b>				
 15-24	44%	10%	43%	3%
25-39	36%	14%	47%	3%
40-54	23%	16%	58%	3%
55 +	13%	17%	67%	3%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	15%	21%	61%	3%
 16-19	24%	16%	57%	3%
20+	33%	11%	53%	3%
Studiert noch	43%	8%	46%	3%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
 Selbständig	28%	16%	53%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	35%	10%	53%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	28%	13%	55%	4%
Sonstige Arbeiter	27%	15%	55%	3%
Hausfrauen / Hausmänner	21%	16%	59%	4%
Arbeitslos	38%	21%	37%	4%
Rentner / Pensionäre	11%	18%	68%	3%
Studenten	43%	8%	46%	3%

### 1.3.2. Die finanzielle Situation

Ein Fünftel der europäischen Bürger (21%) schätzt, dass sich die finanzielle Lage ihres Haushalts im Laufe des nächsten Jahres verbessern wird, im Vergleich zu über der Hälfte (57%), die von keinerlei Veränderung ausgehen und 19%, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den nächsten 12 Monaten erwarten<sup>13</sup>.

Diese Ergebnisse sind unverändert. Der Anteil der optimistischen Meinungen ist identisch mit dem der letzten Umfrage vom Frühjahr 2009, der Anteil der Befragten, die keinerlei Veränderung erwarten, ist um 1 Prozentpunkt zurückgegangen, während der Anteil der Befragten, die von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den nächsten 12 Monaten ausgehen, um einen Punkt gestiegen ist.

Im Vergleich zum Herbst 2008 hat sich der Anteil der pessimistischen Meinungen, der ein Jahr zuvor über ein Fünftel der Gesamtstichprobe ausmachte, deutlich verringert und ist um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. Dieser Rückgang wirkt sich günstig auf die positiven Erwartungen aus, die um 3 Prozentpunkte gestiegen sind; vor allem jedoch führt er zu einem Zuwachs des Anteils jener Befragten, die in den nächsten 12 Monaten keine Veränderung ihrer persönlichen Lebenssituation erwarten (+5 Punkte).



Auch hier sind bei der Länderanalyse wiederum erhebliche Unterschiede festzustellen. In 12 der 27 Mitgliedstaaten ist der Anteil der optimistischen Meinungen höher als der Anteil derjenigen Befragten, die von einer Verschlechterung der finanziellen Lage ihres Haushalts ausgehen. Am optimistischsten zeigen sich die Befragten in Schweden: 32% von ihnen sind der Meinung, dass sich ihre finanzielle Lage in den nächsten 12 Monaten verbessern wird. Diese Meinung teilen 30% der Befragten im Vereinigten Königreich, 29% in Estland und 27% in Spanien.
































<sup>13</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 3. Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes.

Dahingegen erwartet die Hälfte der Befragten in Ungarn eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage (49%, d.h. die Mehrheit der Befragten in diesem Land). Diese Meinung wird geteilt von den Befragten in Litauen (40%), Irland (35%), auf Zypern und in Lettland (jeweils 33%), Rumänien (31%) und Bulgarien (30%).

Was die Meinungsentwicklung betrifft, so ist die Differenz des Indexes zwischen den beiden letzten Umfragen in 10 Mitgliedstaaten positiv und in den 17 übrigen negativ. Auch hier ist in den folgenden Ländern ein starker positiver Trend festzustellen: in Griechenland (+21 Punkte) und in Estland (+14 Punkte). Deutlich negative Trends sind auf Malta (-19 Punkte), in Irland (-12 Punkte), auf Zypern (-11 Punkte) und in Rumänien (-10 Punkte) festzustellen.

Eine starke Verschlechterung der Erwartungen in diesem Bereich ist in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft festzustellen: hier hat der Index seit der Frühjahrsumfrage 2009 17 Punkte verloren.

**QA4.3 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich  
sein, wenn es um Folgendes geht?  
-Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes**

	EB71 Fr.2009 Besser- Schlechter	EB72 Hbt.2009 Besser- Schlechter	UNT. Hbt.2009- Fr.2009
 EU27	+3	+2	-1
 EL	-19	+2	+21
 EE	-1	+13	+14
 PT	-18	-11	+7
 LU	+9	+14	+5
 DE	-6	-2	+4
 SK	-12	-8	+4
 FI	+11	+15	+4
 LV	-21	-18	+3
 AT	=	+2	+2
 DK	+19	+20	+1
 SE	+21	+20	-1
 UK	+19	+18	-1
 FR	+13	+11	-2
 BG	-12	-16	-4
 NL	+8	+4	-4
 SI	+3	-1	-4
 PL	=	-5	-5
 CZ	-5	-11	-6
 ES	+15	+9	-6
 IT	+1	-5	-6
 HU	-31	-37	-6
 BE	+10	+2	-8
 LT	-18	-26	-8
 RO	-2	-12	-10
 CY	-8	-19	-11
 IE	-13	-25	-12
 MT	+3	-16	-19
CY (tcc)	+3	-14	-17
 MK	+4	+6	+2
 TR	-10	-15	-5
 HR	-10	-21	-11

Mehr als ein Viertel der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (27%) geht davon aus, dass sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den nächsten 12 Monaten verbessern wird, während sich mehr als ein Drittel der Befragten in der Türkei und in Kroatien pessimistisch zeigen (jeweils 34% und 35% erwarten eine Verschlechterung).

Wiederum ist der größte Optimismus bei der jüngsten Altersgruppe der Befragten festzustellen (so erwarten 33% der 15- bis 24-Jährigen eine Verbesserung, im Vergleich zu nur 9% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber). Ebenso gilt auch hier: je höher das Bildungsniveau der Befragten, desto stärker ihr Optimismus hinsichtlich der persönlichen Zukunft (26% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, im Vergleich zu nur 12% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben); das Bildungsniveau korreliert eng mit dem ausgeübten Beruf und folglich mit der finanziellen Lage. Dies trägt zu einer Erklärung des stärkeren Optimismus bei den Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau bei.

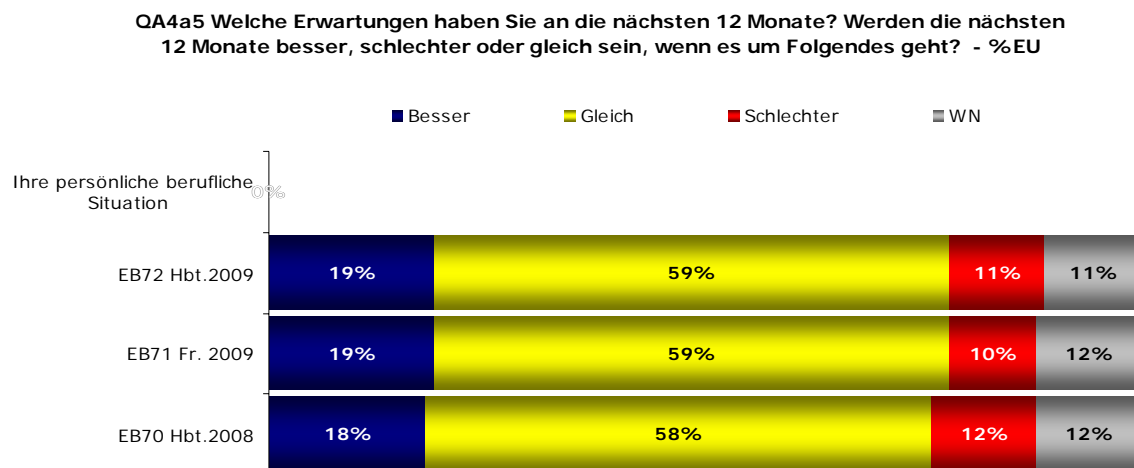
Interessant ist auch die Feststellung, dass die Arbeitslosen häufig ihren Optimismus zum Ausdruck bringen: 31% von ihnen erwarten eine Verbesserung der finanziellen Lage ihres Haushalts, im Vergleich zu 27% der Führungskräfte, 24% der Angestellten und 23% der Arbeiter. Dieser Optimismus angesichts der Zukunft ist besonders bei den Arbeitslosen in den skandinavischen Ländern ausgeprägt, wie z.B. in Schweden (65% der Arbeitslosen gehen davon aus, dass sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den nächsten 12 Monaten verbessern wird) und in Dänemark (57%), aber auch in Luxemburg (51%), in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich (jeweils 46%).

**QA4a.3 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes**

	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	21%	19%	57%	3%
<b>Alter</b>				
15-24	33%	13%	49%	5%
25-39	31%	19%	47%	3%
40-54	20%	20%	57%	3%
55 +	9%	21%	68%	2%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	12%	24%	61%	3%
16-19	20%	21%	56%	3%
20+	26%	14%	58%	2%
Studiert noch	30%	11%	53%	6%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
Selbständig	27%	18%	52%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	27%	12%	59%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	24%	17%	56%	3%
Sonstige Arbeiter	23%	20%	54%	3%
Hausfrauen / Hausmänner	17%	22%	59%	2%
Arbeitslos	31%	27%	37%	5%
Rentner / Pensionäre	7%	22%	69%	2%
Studenten	30%	11%	53%	6%

### 1.3.3. Die berufliche Situation

Da die Ergebnisse einen engen Zusammenhang zwischen der finanziellen Lage des Haushalts und der beruflichen Situation der Befragten aufzeigen, überschneiden sich die Antworten in Bezug auf ihre beruflichen Erwartungen mit den bereits zuvor beschriebenen Ergebnissen<sup>14</sup>. So gehen sechs von zehn der Befragten (59%) von keinerlei Veränderung ihrer beruflichen Situation im Laufe der nächsten 12 Monate aus, während ein Fünftel der Befragten (19%) von einer Verbesserung ausgeht und ein geringer Anteil (11%) eine Verschlechterung befürchtet.



Im Vergleich zu den Ergebnissen der letzten Frühjahrsumfrage sind der Anteil der Befragten, die von einer Verbesserung ihrer beruflichen Situation ausgehen, und der Anteil der Befragten, die keinerlei Veränderung erwarten, gleich geblieben, während der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung befürchten, um 1 Prozentpunkt gestiegen ist.

Wenn man weiter zurückgeht, so ist im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 ein Rückgang der pessimistischen Meinungen um 1 Punkt festzustellen, während umgekehrt der Anteil der Befragten, die in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung ihrer beruflichen Situation ausgehen, um 1 Punkt zugenommen hat. Auch beim Anteil der Befragten, die keinerlei Veränderung ihrer beruflichen Situation erwarten, ist ein Zuwachs um 1 Punkt zu verzeichnen.

<sup>14</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 5. Ihre persönliche berufliche Situation.


































Die Befragten in Frankreich (26%), Spanien und im Vereinigten Königreich (jeweils 25%) und in Schweden (24%) zählen zu denjenigen mit dem stärksten Optimismus. Litauen wiederum unterscheidet sich durch den erheblichen Anteil an Befragten, die ihren Pessimismus zum Ausdruck bringen: 40% der Befragten, d.h. 29 Punkte über dem europäischen Durchschnitt. Auch in Ungarn befürchten nahezu vier von zehn Befragten (37%) eine Verschlechterung ihrer beruflichen Situation innerhalb der nächsten 12 Monate.

Die Analyse der Trends zeigt, dass der Optimismus angesichts der Entwicklung der beruflichen Situation des Haushalts der Befragten in Griechenland (+14 Punkte), wo im Oktober 2009 ein neues Parlament gewählt wurde, deutlich zugenommen hat. In weitaus geringerem Maße ist auch in der Slowakei und in Portugal (+5 Punkte), sowie in Deutschland, Frankreich und in Lettland (jeweils +4 Punkte) ein wachsender Optimismus zu verzeichnen.

Die Differenz des Indexes zwischen dieser und der letzten Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009 fällt demgegenüber in Italien und in Ungarn (jeweils -11 Punkte), in Rumänien (-8), in Litauen und Belgien (jeweils -7 Punkte) sowie auf Malta (-6) negativ aus.

Auch bei dieser Frage ist eine sehr deutliche Verschlechterung der Situation in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu verzeichnen: Hier ist der Index seit dem Frühjahr 2009 um -21 Punkte gesunken. Während im Frühjahr 2009 (mit einem Index von +8) noch eine optimistische Haltung vorherrschte, so wird diese mittlerweile weitestgehend von einer Minderheit vertreten (-13).

**QA4.5 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich  
sein, wenn es um Folgendes geht?  
-Ihre persönliche berufliche Situation**

	EB71 Fr.2009 Besser- Schlechter	EB72 Hbt.2009 Besser- Schlechter	UNT. Hbt.2009- Fr.2009
 EU27	+9	+8	-1
 EL	-8	+6	+14
 PT	-10	-5	+5
 SK	-8	-3	+5
 DE	+4	+8	+4
 FR	+16	+20	+4
 LV	-10	-6	+4
 EE	+8	+11	+3
 LU	+11	+14	+3
 AT	+4	+7	+3
 FI	+12	+14	+2
 NL	+11	+12	+1
 SE	+19	+20	+1
 DK	+17	+17	=
 CY	+2	+1	-1
 SI	+5	+4	-1
 BG	-3	-5	-2
 IE	-2	-6	-4
 PL	+10	+6	-4
 UK	+23	+19	-4
 CZ	+2	-3	-5
 ES	+18	+13	-5
 MT	+8	+2	-6
 BE	+13	+6	-7
 LT	-23	-30	-7
 RO	+3	-5	-8
 IT	+7	-4	-11
 HU	-18	-29	-11
CY (tcc)	+8	-13	-21
 MK	+2	+5	+3
 HR	-5	-10	-5
 TR	-5	-13	-8

Die Mehrheit der Befragten in den Kandidatenländern erwartet im Laufe der nächsten 12 Monate keinerlei Veränderung der Situation: das gilt für 52% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 50% in Kroatien und 44% in der Türkei.

Auch hier zeigen sich die jüngsten Befragten und diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau am häufigsten optimistisch angesichts der Entwicklung ihrer beruflichen Situation in der Zukunft. So zeigen mehr als ein Drittel der Befragten der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen (35%) eine optimistische Haltung, im Vergleich zu nur 6% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Ebenso ist nahezu ein Viertel der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (23%), der Meinung, dass sich ihre berufliche Situation innerhalb der nächsten 12 Monate verbessern wird, im Vergleich zu nur 9% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben. Und schließlich erklärt auch ein Viertel der Führungskräfte (24%), 20% der Angestellten und 22% der Arbeiter optimistisch zu sein, wobei dieses Gefühl von einer relativen Mehrheit der Arbeitslosen (38%) geteilt wird. Ebenso wie bei den Erwartungen angesichts der finanziellen Situation des Haushalts zeigen auch hier die Arbeitslosen in den skandinavischen Ländern den stärksten Optimismus angesichts der Entwicklung ihrer beruflichen Situation in der nahen Zukunft. Dies gilt insbesondere für Dänemark und Schweden (jeweils 71%), Frankreich (65%), aber auch in geringerem Umfang für das Vereinigte Königreich (49%) und für Spanien (48%).

**QA4a.5 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**Ihre persönliche berufliche Situation**

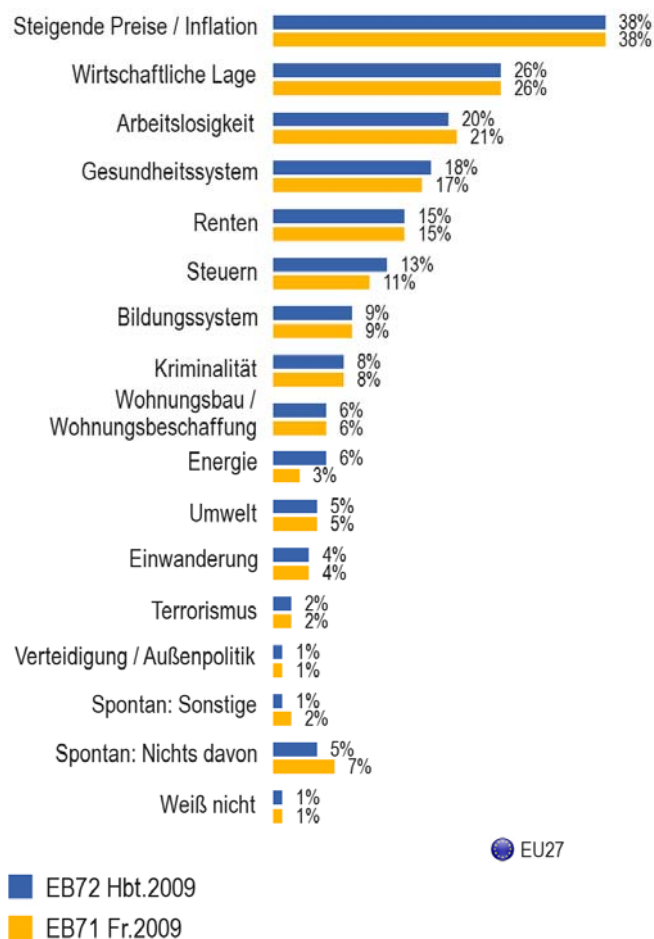
	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	19%	11%	59%	11%
<b>Alter</b>				
15-24	35%	9%	44%	12%
25-39	29%	13%	53%	5%
40-54	17%	14%	63%	6%
55 +	6%	9%	65%	20%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	9%	13%	62%	16%
16-19	19%	13%	58%	10%
20+	23%	8%	61%	8%
Studiert noch	30%	6%	48%	16%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
Selbständig	24%	14%	58%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	24%	8%	66%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	20%	12%	63%	5%
Sonstige Arbeiter	22%	13%	61%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	11%	13%	60%	16%
Arbeitslos	38%	22%	31%	9%
Rentner / Pensionäre	4%	8%	64%	24%
Studenten	30%	6%	48%	16%

## 1.4 Die Sorgen der europäischen Bürger

### **- Inflation, Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit liegen weiterhin an der Spitze der wichtigsten persönlichen Sorgen der europäischen Bürger -**

Das größte Problem, mit dem sich die europäischen Bürger in ihrem persönlichen Leben konfrontiert sehen, ist die Inflation<sup>15</sup>. Von den vierzehn abgefragten Bereichen, die den Befragten vorgelesen wurden, nennt über ein Drittel (38%) die Inflation bzw. die steigenden Preise: ein Ergebnis, das dem der Frühjahrsumfrage 2009 entspricht. An zweiter Stelle der größten aktuellen Probleme der europäischen Bürger steht die Wirtschaftslage, die von 26% genannt wird, gefolgt von der Arbeitslosigkeit (20%), dem Gesundheitssystem (18%), den Renten (15%), den Steuern (13%), dem Bildungssystem (9%), der Kriminalität (8%), dem Wohnungsbau und der Energie (jeweils 6%). Die übrigen abgefragten Bereiche machen weniger als 6% der Ergebnisse zu dieser Frage aus: dabei handelt es sich um die Themen Umwelt (5%), Einwanderung (4%), Terrorismus (2%) und Verteidigung/Außenpolitik (1%).

QA6a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?



<sup>15</sup> QA6a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN)

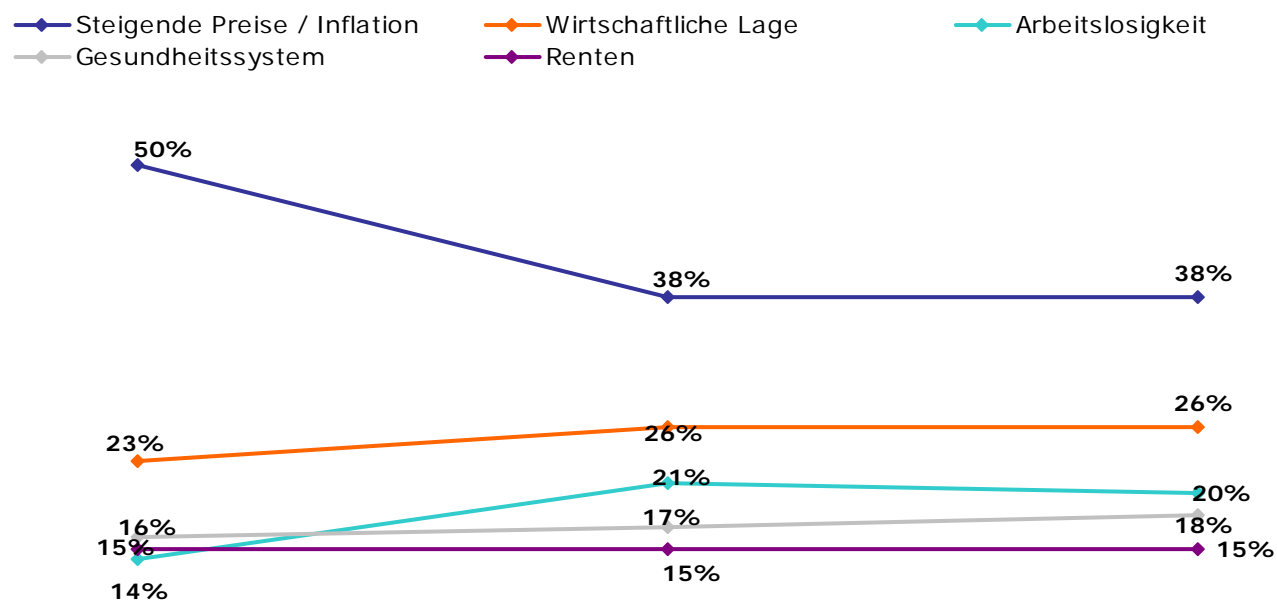
Inflation, Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit: Mit diesen drei Problemen, die die europäischen Bürger an oberster Stelle ihrer Sorgen nennen, bringen sie ihre starken Befürchtungen angesichts der wirtschaftlichen Fragen zum Ausdruck. Zweifelsohne beeinflusst die Wirtschaftskrise die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Europa. Denn nach wie vor stehen die Inflation bzw. der Preisanstieg, die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit, wie schon im Frühjahr 2009, an erster Stelle der Sorgen der europäischen Bürger.

Wenngleich die Ergebnisse auch im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 weitestgehend unverändert geblieben sind, so sollte dieser Trend dennoch über einen längeren Zeitraum analysiert werden, und zwar im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2008 (EB70), in der die Frage nach den persönlichen Sorgen mit Beginn der Wirtschaftskrise zum ersten Mal gestellt wurde.

Auch wenn die größte Sorge der europäischen Bürger nach wie vor die Inflation ist (38%), so hat dieses Ergebnis zwischen Herbst 2008 und Herbst 2009 dennoch deutlich abgenommen (-12 Punkte), während beim Anteil der Befragten, die angesichts der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit persönlich beunruhigt sind, in demselben Zeitraum ein leichter Zuwachs (jeweils um +3 Punkte und +6 Punkte) zu verzeichnen ist. Wenngleich es in den europäischen Ländern heute wieder Zeichen für einen beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung gibt, so ist die Besorgnis angesichts der Wirtschaftslage (26%) und der Arbeitslosigkeit (20%) dennoch nach wie vor ebenso verbreitet wie im Frühjahr 2009.

Nur beim Thema Energie ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 ein deutlich ansteigender Trend (+3 Punkte) zu verzeichnen; dies könnte eine mögliche Auswirkung der wachsenden Umweltprobleme und der zunehmenden Bedeutung der Energieprobleme sein. Auch bei den Steuern ist ein Zuwachs um 2 Prozentpunkte, und beim Gesundheitswesen ein Zuwachs um 1 Punkt zu verzeichnen.

**QA6a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN) - % EU**



Hbt. 2008  
EB 70

Fr. 2009  
EB 71

Hbt. 2009  
EB 72

Die Inflation steht in 18 der 27 Mitgliedstaaten an erster Stelle, darunter in Ungarn (61%), auf Malta (60%), auf Zypern (51%), in Österreich und Rumänien (jeweils 50%) sowie in Bulgarien (48%). Demgegenüber wird die Inflation von weniger als einem von fünf Befragten in den skandinavischen Ländern (11% der Schweden und 17% der Dänen) genannt, während die Befragten dieser beiden Länder das Gesundheitssystem als ein wichtiges Problem nennen, mit dem sie persönlich konfrontiert sind (jeweils 35% und 20%).

Das zweitwichtigste Problem ist nach Meinung der europäischen Bürger die Wirtschaftslage (26%). Dieses Problem steht in fünf Mitgliedstaaten an erster Stelle, so in Griechenland (47%), Lettland (46%), Irland (44%), Spanien (42%), Estland (34%) und in Dänemark (23%). 40% der Befragten auf Zypern und 37% der Befragten in Rumänien bezeichnen die wirtschaftliche Lage als eines der Hauptprobleme, mit denen sie sich in ihrem persönlichen Leben konfrontiert sehen.

Nach diesen beiden ersten abgefragten Bereichen folgen die Arbeitslosigkeit (20%), die von einem Drittel der Befragten in Lettland, Spanien und in Irland (jeweils 33%, 32% und 32%) genannt wird, das Gesundheitssystem (18%), das von mehr als einem Drittel in den Niederlanden und in Schweden (jeweils 33%) und von 32% in Finnland genannt wird (wobei dieser Punkt bei den Befragten dieser drei Länder an erster Stelle steht), die Renten (15%), die von einem Viertel der Slowenen genannt werden (24%) und die Steuern (13%), die von 23% der Litauer, 22% der Italiener und 20% der Belgier und der Esten genannt werden.
































Die übrigen abgefragten Bereiche machen weniger als 10% der Ergebnisse auf europäischer Ebene aus. Allerdings ist festzustellen, dass sich 21% der Befragten in den Niederlanden und jeweils 17% in Luxemburg und Schweden Sorgen angesichts des Bildungssystems machen. Dies im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 9%.

Im Vereinigten Königreich (16%) und in Irland (15%) wird die Kriminalität als eines der Hauptprobleme genannt, mit dem die Befragten sich in ihrem persönlichen Leben konfrontiert sehen, im Vergleich zu 8% im europäischen Durchschnitt. 14% der Befragten in Luxemburg und jeweils 12% in der Tschechischen Republik und in Schweden zeigen sich, im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 6%, über das Problem des Wohnungsbaus bzw. der Wohnungsbeschaffung besorgt. 29% der Befragten auf Malta – im Vergleich zu 6% im europäischen Durchschnitt – erklären, dass sie sich von den Energieproblemen betroffen fühlen.

Ein Viertel der Befragten in Schweden (24%), im Vergleich zu 5% im europäischen Durchschnitt, nennt die Umweltprobleme. Und schließlich nennen zwar nur 4% der europäischen Bürger insgesamt das Problem der Einwanderung, so wird dieses jedoch von 12% der Befragten auf Malta als eines der Hauptprobleme bezeichnet, mit dem sie sich persönlich konfrontiert sehen.

In der Türkei wird von den abgefragten Bereichen zumeist die wirtschaftliche Lage als größtes Problem genannt (45%). Auch in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (44% der Befragten) und in Kroatien (ein Drittel der Befragten - 35%) wird dieses Problem genannt. An erster Stelle wählen diese Letzteren allerdings die Inflation bzw. den Preisanstieg (52%), ein Problem, über das sich auch 19% der Befragten in der Türkei und 29% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien besorgt zeigen. Die Letzteren wiederum sehen die Arbeitslosigkeit als das größte Problem, mit dem sie persönlich konfrontiert sind (48%). Diese Meinung wird von vier von zehn Befragten (43%) in der Türkei und einem Viertel in Kroatien (23%) geteilt.

QA6 Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN)

		Steigende Preise / Inflation	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Gesundheitssystem	Renten	Steuern	Bildungssystem
	EU27	38%	26%	20%	18%	15%	13%	9%
	BE	<b>43%</b>	22%	15%	7%	14%	20%	6%
	BG	<b>48%</b>	34%	28%	22%	20%	6%	8%
	CZ	<b>43%</b>	28%	12%	16%	19%	8%	6%
	DK	17%	<b>23%</b>	15%	20%	11%	7%	14%
	DE	<b>36%</b>	23%	14%	28%	17%	12%	12%
	EE	24%	<b>34%</b>	28%	28%	12%	20%	10%
	IE	28%	<b>44%</b>	32%	26%	9%	15%	10%
	EL	43%	<b>47%</b>	19%	12%	10%	12%	12%
	ES	27%	<b>42%</b>	32%	6%	11%	12%	8%
	FR	<b>44%</b>	16%	19%	15%	18%	15%	10%
	IT	<b>44%</b>	32%	19%	8%	7%	22%	8%
	CY	<b>51%</b>	40%	14%	11%	8%	5%	9%
	LV	22%	<b>46%</b>	33%	23%	14%	17%	13%
	LT	<b>46%</b>	29%	29%	19%	13%	23%	7%
	LU	<b>28%</b>	16%	20%	13%	7%	8%	17%
	HU	<b>61%</b>	30%	29%	14%	22%	9%	7%
	MT	<b>60%</b>	19%	14%	10%	9%	8%	5%
	NL	20%	31%	12%	<b>35%</b>	16%	6%	21%
	AT	<b>50%</b>	21%	18%	16%	18%	10%	9%
	PL	<b>45%</b>	12%	24%	29%	20%	8%	7%
	PT	<b>42%</b>	32%	24%	18%	15%	11%	6%
	RO	<b>50%</b>	37%	15%	23%	19%	10%	7%
	SI	<b>40%</b>	15%	15%	18%	24%	16%	10%
	SK	<b>38%</b>	30%	15%	19%	14%	7%	11%
	FI	25%	20%	19%	<b>32%</b>	17%	14%	8%
	SE	11%	24%	22%	<b>35%</b>	21%	8%	17%
	UK	<b>29%</b>	19%	19%	16%	16%	11%	9%
	CY (tcc)	24%	51%	37%	14%	3%	7%	11%
	MK	29%	44%	<b>48%</b>	9%	9%	7%	6%
	HR	<b>52%</b>	35%	23%	13%	21%	10%	7%
	TR	19%	<b>45%</b>	43%	12%	9%	5%	7%

\* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.



QA6 Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN)

	Kriminalität	Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	Energie	Umwelt	Einwanderung	Terrorismus	Verteidigung / Außenpolitik
EU27	8%	6%	6%	5%	4%	2%	1%
BE	11%	6%	13%	7%	7%	1%	1%
BG	10%	3%	3%	2%	0%	1%	0%
CZ	3%	12%	6%	4%	3%	0%	0%
DK	15%	7%	4%	11%	7%	4%	1%
DE	4%	2%	11%	4%	2%	1%	1%
EE	7%	4%	3%	4%	0%	0%	0%
IE	15%	3%	2%	2%	1%	0%	0%
EL	13%	1%	0%	6%	5%	2%	1%
ES	6%	11%	1%	5%	5%	4%	2%
FR	7%	10%	7%	10%	1%	0%	0%
IT	9%	3%	2%	5%	6%	4%	2%
CY	12%	8%	2%	1%	7%	0%	1%
LV	5%	6%	1%	1%	1%	0%	0%
LT	6%	5%	4%	1%	1%	0%	0%
LU	10%	14%	5%	7%	4%	4%	2%
HU	4%	5%	6%	2%	1%	0%	1%
MT	2%	2%	29%	11%	12%	0%	0%
NL	11%	6%	7%	9%	2%	1%	1%
AT	11%	7%	4%	4%	6%	2%	2%
PL	3%	5%	3%	2%	1%	1%	0%
PT	13%	2%	1%	1%	1%	1%	1%
RO	9%	5%	1%	4%	1%	2%	1%
SI	3%	8%	2%	5%	0%	0%	1%
SK	4%	11%	11%	6%	0%	1%	1%
FI	7%	9%	6%	10%	3%	1%	1%
SE	9%	12%	5%	24%	5%	1%	1%
UK	16%	10%	11%	3%	9%	2%	2%
CY (toc)	11%	4%	2%	4%	2%	2%	19%
MK	9%	5%	4%	5%	2%	1%	2%
HR	6%	7%	2%	2%	0%	0%	0%
TR	3%	2%	2%	3%	2%	19%	2%





\* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die soziodemografische Analyse ergibt einige Unterschiede: so wird von nahezu drei von zehn der jüngsten Befragten die Arbeitslosigkeit als eines der beiden Hauptprobleme genannt, mit denen sie konfrontiert sind (28% der Befragten der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 10% derjenigen, die der Alterskategorie von 55 Jahren und darüber angehören), während mehr als ein Drittel der älteren Befragten die Renten nennen (35% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, im Vergleich zu nur 2% der 15-bis 24-Jährigen) und mehr als ein Viertel (27%) das Gesundheitssystem (im Vergleich zu nur 9% der Jüngsten) wählt.

Die Inflation und die Wirtschaftslage werden andererseits häufiger von den Befragten der Altersgruppen der 25- bis 39-Jährigen und der 40- bis 54-Jährigen als von den Jüngeren oder Älteren als Probleme genannt, mit denen sie in ihrem persönlichen Leben konfrontiert sind. Auch je nach dem Bildungsniveau sind gewisse Unterschiede festzustellen. So wird die Inflation häufiger von denjenigen genannt, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (40%) als von denjenigen, die sie bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (34%). Demgegenüber zeigen allerdings letztere eine größere Besorgnis angesichts des Bildungssystems (11%) als diejenigen, die ihre Ausbildung früher beendet haben (3%). Verständlicherweise zeigen sich 73% der Arbeitslosen ganz besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen; so nennen sie dieses Problem an erster Stelle, mit großem Abstand vor der Wirtschaftslage (31%) und der Inflation (30%). Die Arbeitslosigkeit wird von 20% der Arbeiter, 15% der Angestellten und 9% der Führungskräfte genannt. Bei dieser Frage über die persönlichen Sorgen erweisen sich insbesondere die Schwierigkeiten, die eigenen Rechnungen zu begleichen, als Kriterium, das in besonders hohem Maße Unterschiede nach sich zieht: So werden von den Befragten, die am Ende eines Monats regelmäßig finanzielle Schwierigkeiten haben, häufiger die Wirtschaftslage (36%), die Inflation (42%), aber vor allem die Arbeitslosigkeit (42%) genannt als von denjenigen, die so gut wie niemals Probleme haben, ihre Rechnungen zu begleichen (jeweils 21%, 34% und 14% der Nennungen). Demgegenüber sind für Letztere das Bildungssystem (11%) oder das Gesundheitssystem (21%) wichtigere Probleme als für diejenigen, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (jeweils 6% und 13%).

Nur sehr geringfügige Unterschiede können aufgrund der Einordnung auf der politischen Rechts-Links-Skala verzeichnet werden, wenngleich auch festzustellen ist, dass die Befragten, die sich im politischen Spektrum eher links einordnen, etwas häufiger über das Bildungssystem besorgt sind (12%) als die Befragten, die politisch rechtsorientiert sind (8%).

## QA6a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN)

	Steigende Preise / Inflation	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Gesundheitssystem	Renten
EU27	38%	26%	20%	18%	15%
<b>Geschlecht</b>					
 Männlich	36%	29%	20%	16%	14%
Weiblich	39%	24%	20%	21%	17%
<b>Alter</b>					
 15-24	34%	23%	28%	9%	2%
25-39	40%	32%	26%	14%	3%
40-54	40%	31%	22%	17%	8%
55 +	36%	20%	10%	27%	35%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>					
15-	40%	25%	18%	21%	29%
 16-19	41%	28%	21%	19%	14%
20+	34%	26%	17%	20%	11%
Studiert noch	28%	24%	23%	9%	2%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>					
Selbständig	37%	37%	13%	13%	6%
 Leitende(r) Angestellte(r)	34%	24%	9%	20%	9%
Andere(r) Angestellte(r)	40%	32%	15%	16%	8%
Sonstige Arbeiter	45%	30%	20%	16%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	45%	29%	22%	19%	11%
Arbeitslos	30%	31%	73%	10%	3%
Rentner / Pensionäre	37%	17%	8%	29%	40%
Studenten	28%	24%	23%	9%	2%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>					
Meistens	42%	36%	42%	13%	14%
Gelegentlich	44%	34%	25%	14%	12%
Nahezu nie/ nie	34%	21%	14%	21%	17%
<b>Links-Rechts Skala</b>					
(1-4) Links	36%	27%	20%	18%	15%
(5-6) Mitte	37%	26%	20%	19%	16%
(7-10) Rechts	37%	26%	17%	18%	15%

## 2. SOZIALE ASPEKTE

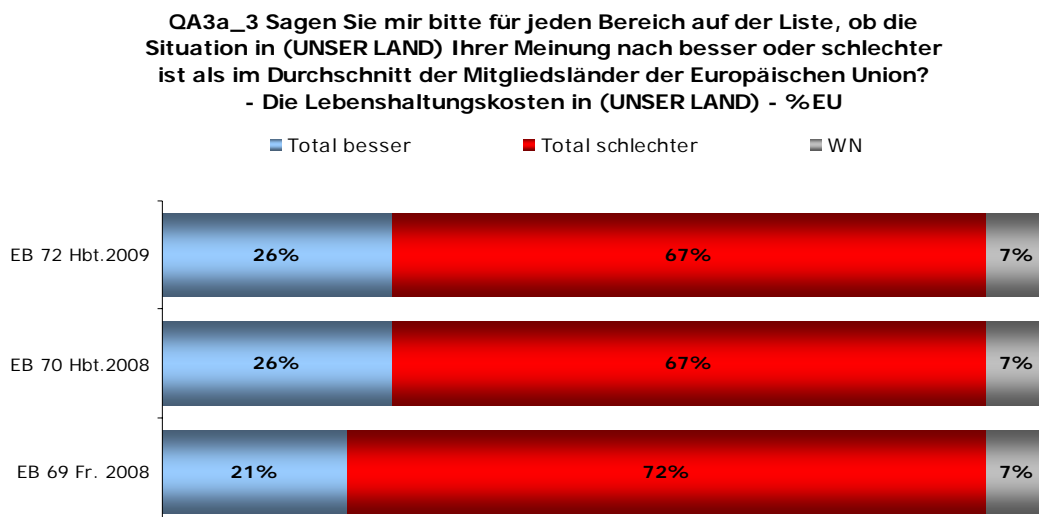
### 2.1 Die Meinungen über die Situation im eigenen Land

Bei der Frage nach einem Vergleich der Situation im eigenen Land mit der Situation im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen sind die europäischen Bürger mehrheitlich der Meinung, dass die Situation in ihrem eigenen Land - nach der Vorstellung, die sie sich davon machen - weniger günstig ist als im europäischen Durchschnitt. Dahingegen zeigen sie sich geteilter Meinung, was den Vergleich der Lebensqualität und der Umwelt in ihrem Land mit dem Durchschnitt der EU27 betrifft.

#### 2.1.1 Die nationalen Lebenshaltungskosten im Vergleich zum europäischen Durchschnitt

Was die Lebenshaltungskosten betrifft, die aus persönlicher Sicht die größte Sorge der europäischen Bürger darstellen, so ist eine überwiegende Mehrheit der Befragten (67%) der Meinung, dass die Lage im eigenen Land weniger günstig ist als im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Union, wobei einer von vier Befragten allerdings gegenteiliger Ansicht ist (26%)<sup>16</sup>.

Diese Zahlen sind im Vergleich zur Herbstumfrage (EB70) vollkommen unverändert. Der Anteil der europäischen Bürger, die der Meinung sind, dass die Lage bezüglich der Lebenshaltungskosten in ihrem Land günstiger sei als im europäischen Durchschnitt, liegt jedoch um 5 Prozentpunkte über dem Ergebnis der Frühjahrsumfrage 2008 (EB 69), und das trotz der Wirtschaftskrise der letzten Monate.



<sup>16</sup> QA3a. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? 3. Die Lebenshaltungskosten in (UNSEREM LAND).

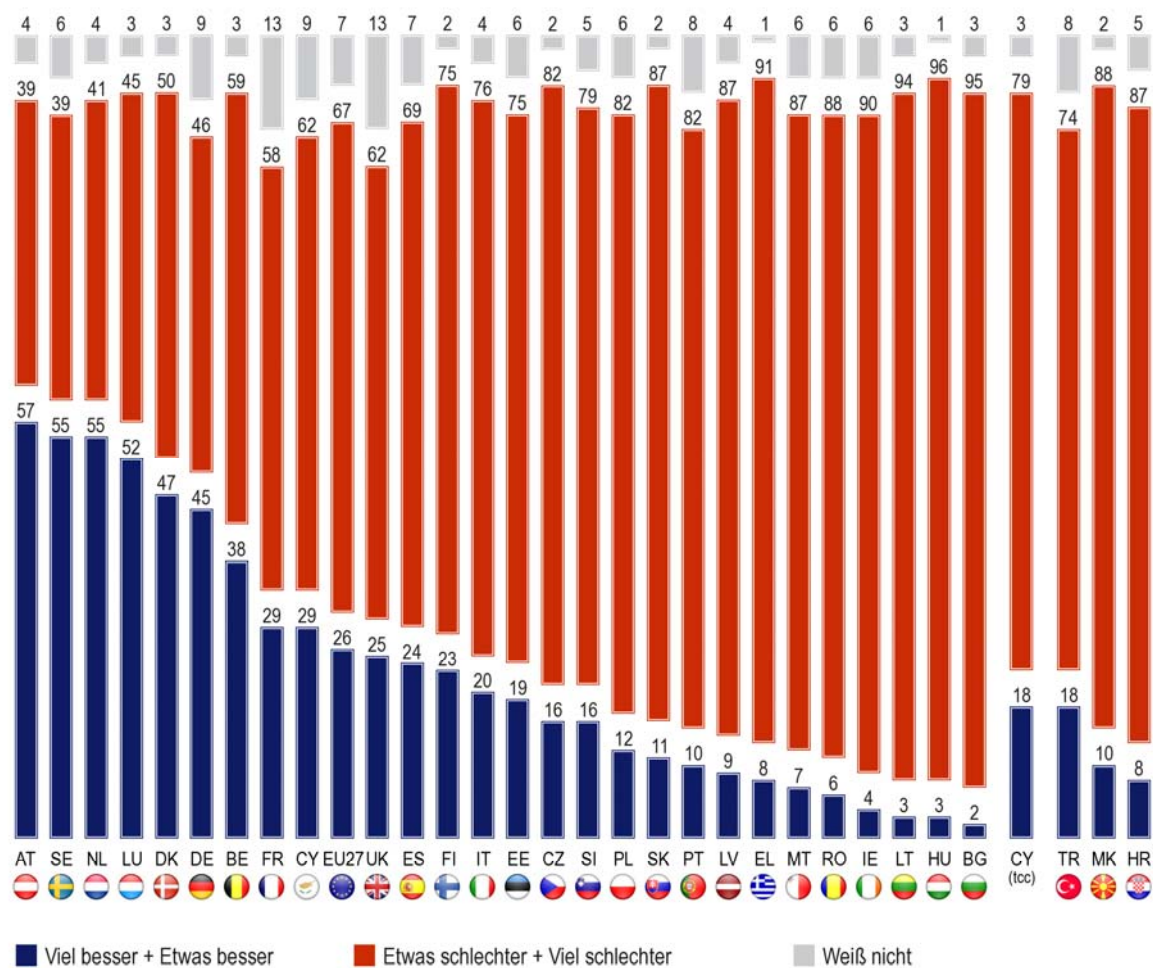
Die Befragten in Österreich (57%), Schweden, den Niederlanden (jeweils 55%) und in Luxemburg (52%) sind mehrheitlich der Meinung, dass die Situation in Bezug auf die Lebenshaltungskosten in ihrem Land besser sei als im europäischen Durchschnitt.

In Dänemark und Deutschland allerdings zeigen sich die Befragten geteilter Meinung, wobei jeweils 47% und 45% der Befragten erklären, dass die Lebenshaltungskosten in ihrem Land geringer sind als im europäischen Durchschnitt, während ein quasi gleich hoher Anteil (50% in Dänemark und 46% in Deutschland) dieser Meinung nicht zustimmt.

Fast die Gesamtheit der Befragten in Ungarn (96%), Bulgarien (95%) und Litauen (94%), aber auch in Griechenland (91%), Irland (90%) und Rumänien (88%) sowie in der Slowakei, Lettland und auf Malta (jeweils 87%) sind davon überzeugt, dass die Lebenshaltungskosten in ihrem Land über dem europäischen Durchschnitt liegen.

QA3 .3. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?

Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND)



Für CY(tcc); Die Lebenshaltungskosten in unserer Gemeinschaft

Die nationalen Trends sind je nach Mitgliedstaaten unterschiedlich: Der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass die Lebenshaltungskosten in ihrem Land günstiger sind als im europäischen Durchschnitt, ist um +9 Punkte in Schweden, +8 Punkte in Österreich und +6 Punkte in Estland gestiegen. Im Gegensatz hierzu ist dieser Anteil jeweils um -7 Punkte in Belgien und in Spanien und um 6 Punkte in der Slowakei rückläufig.

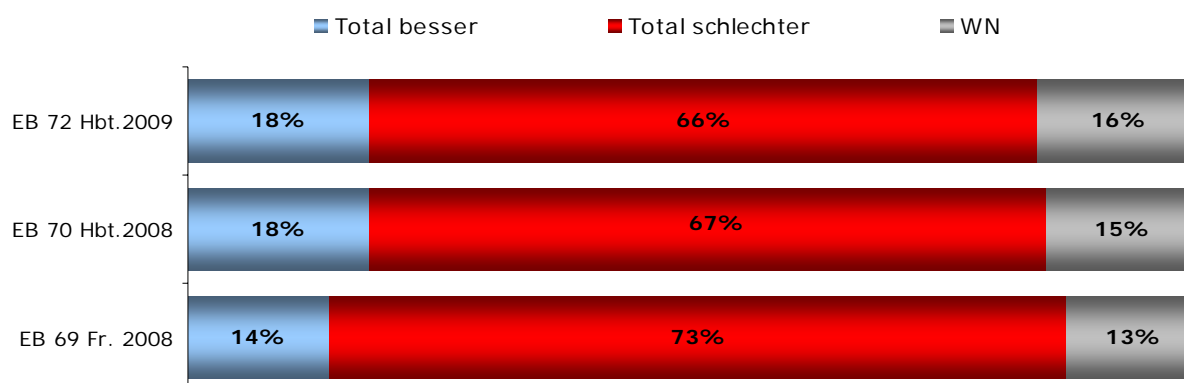
Die große Mehrheit der Befragten in den Kandidatenländern ist der Meinung, dass die Lebenshaltungskosten im eigenen Land über dem europäischen Durchschnitt liegen: Diese Meinung vertreten 88% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 87% der Kroaten sowie drei Viertel der Türken (74%).

### **2.1.2 Die nationalen Energiepreise im Vergleich zum europäischen Durchschnitt**

Zwei Drittel der europäischen Bürger (66%) sind der Meinung, dass die Lage bezüglich der Energiepreise in ihrem eigenen Land weniger günstig ist als im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (-1 Punkt im Vergleich zum Herbst 2008). Nur 18% sind gegenteiliger Meinung<sup>17</sup>.

Auch hier ist festzustellen, dass der Anteil Befragter, die der Meinung sind, die Situation der Energiepreise in ihrem Land sei weniger günstig als im europäischen Durchschnitt, im Vergleich zum Frühjahr 2008 (EB69) rückläufig (-7 Punkte) und im Vergleich zum Herbst desselben Jahres unverändert ist.

**QA3a\_4 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?**  
- Die Energiepreise in (UNSER LAND) - %EU



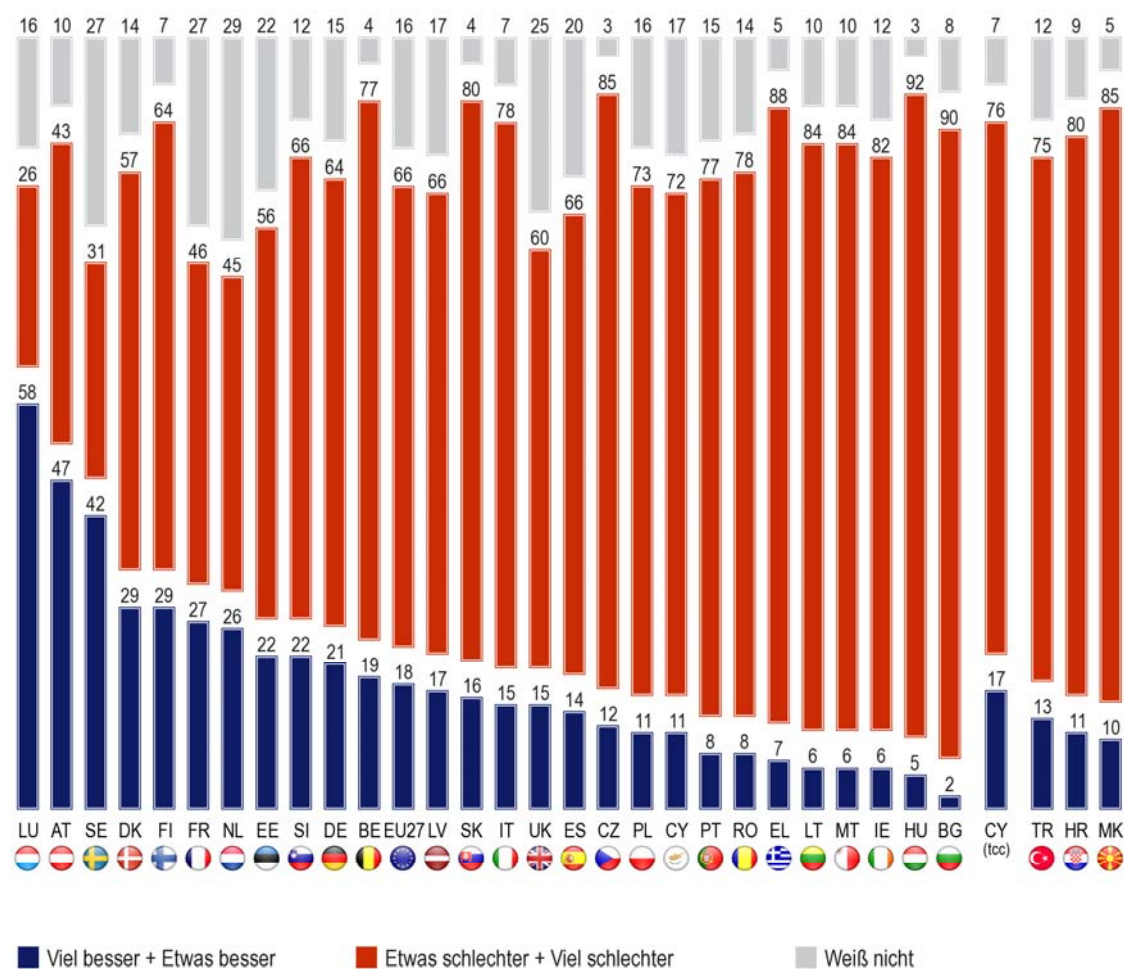
<sup>17</sup> QA3a. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? 4. Die Energiepreise in (UNSEREM LAND).

Bei dieser Frage gibt es im Ländervergleich erhebliche Unterschiede: So sind die Befragten in Luxemburg, die von günstigeren Kraftstoffpreisen im Vergleich zu ihren Nachbarn profitieren, als einzige mehrheitlich der Meinung, dass die Situation bezüglich der Energiepreise in ihrem Land günstiger ist als im Durchschnitt der EU27 (58%). Nahezu die Hälfte der Österreicher (47%) und 42% der Schweden sind ähnlicher Meinung.

Im Gegensatz hierzu ist eine überwiegende Mehrheit der Befragten in Ungarn (92%), Bulgarien (90%) und Griechenland (88%) entgegengesetzter Meinung.

QA3 .4. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?

Die Energiepreise in (UNSER LAND)



Für CY(tcc); Die Energiepreise in unserer Gemeinschaft

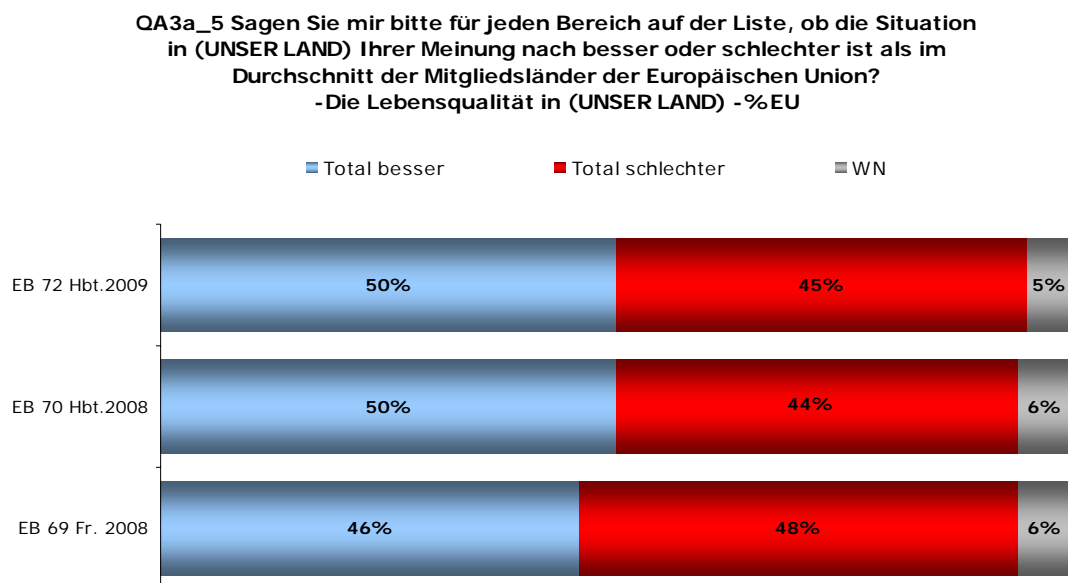
Bei den nationalen Trends gibt es bisweilen erhebliche Unterschiede von Land zu Land: So ist der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass die Situation bezüglich der Energiepreise in ihrem Land günstiger ist als im europäischen Durchschnitt um +8 Prozentpunkte in Finnland, um +7 Punkte in Schweden, um +5 Punkte in Luxemburg, um +3 Punkte im Vereinigten Königreich und um +2 Punkte auf Zypern gestiegen.

Im Gegensatz hierzu ist dieser Anteil um jeweils -13 Punkte in Spanien und Slowenien, um -10 Punkte in Belgien, um -7 Punkte in der Tschechischen Republik, um -6 Punkte in Bulgarien und um -5 Punkte in Irland gesunken.

Eine große Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (85%), in Kroatien (80%) und in der Türkei (75%) ist, ebenso wie die Befragten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Meinung, dass die Energiepreise in ihrem Land über dem europäischen Durchschnitt liegen.

### **2.1.3 Die nationale Situation der Lebensqualität im Vergleich zum europäischen Durchschnitt**

Und schließlich sind die europäischen Bürger hinsichtlich der Bewertung der Lebensqualität im eigenen Land im Vergleich zum Durchschnitt der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr geteilter Meinung. Im Gegensatz zu den Ergebnissen bei den wirtschaftlichen Indikatoren ist bei dieser Frage festzustellen, dass die Meinungen der Befragten sich zu gleichen Teilen aufteilen: So ist die Mehrheit (50%) der Ansicht, dass die Lebensqualität in ihrem Land über dem europäischen Durchschnitt liegt, während 45% entgegengesetzter Meinung sind.<sup>18</sup> Zu dieser Frage ist der Anteil der Befragten, die die Lebensqualität im eigenen Land als besser beurteilen als den europäischen Durchschnitt, im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 (EB70) gleich geblieben. Dort war bereits ein Zuwachs dieses Anteils im Vergleich zu der vorangegangenen Umfrage verzeichnet worden und der Anteil derjenigen, die die Lebensqualität im eigenen Land als besser bewertet hatten als den europäischen Durchschnitt, lag über dem Anteil derjenigen, die entgegengesetzter Meinung waren.



<sup>18</sup> QA3a. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? 5. Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND).



Bei dieser Frage sind erhebliche Unterschiede je nach dem Datum des Beitritts zur Europäischen Union zu verzeichnen: So sind die Befragten in den Ländern, die der EU ab 2004 beigetreten sind, mehrheitlich der Meinung, dass die Lebensqualität in ihrem Land weniger hoch sei als im europäischen Durchschnitt (85% im Vergleich zu nur 11%, die der Meinung sind, dass sie in ihrem Land höher sei). Dahingegen ist in den Ländern, die bereits vor 2004 Mitglied der EU waren, das gegenteilige Phänomen festzustellen, d.h. eine deutliche Mehrheit der Befragten (60%, im Vergleich zu 35% „weniger gut“) ist demgegenüber der Meinung, dass ihr Land eine bessere Lebensqualität bietet als die übrigen Ländern der Union. Dieses Phänomen der geteilten Meinung findet sich auch in den Ergebnissen der Länderanalyse: Die Befragten in nahezu der Hälfte der Mitgliedstaaten (13 von 27) sind der Meinung, dass sie eine höhere Lebensqualität im eigenen Land genießen als der europäische Durchschnitt.

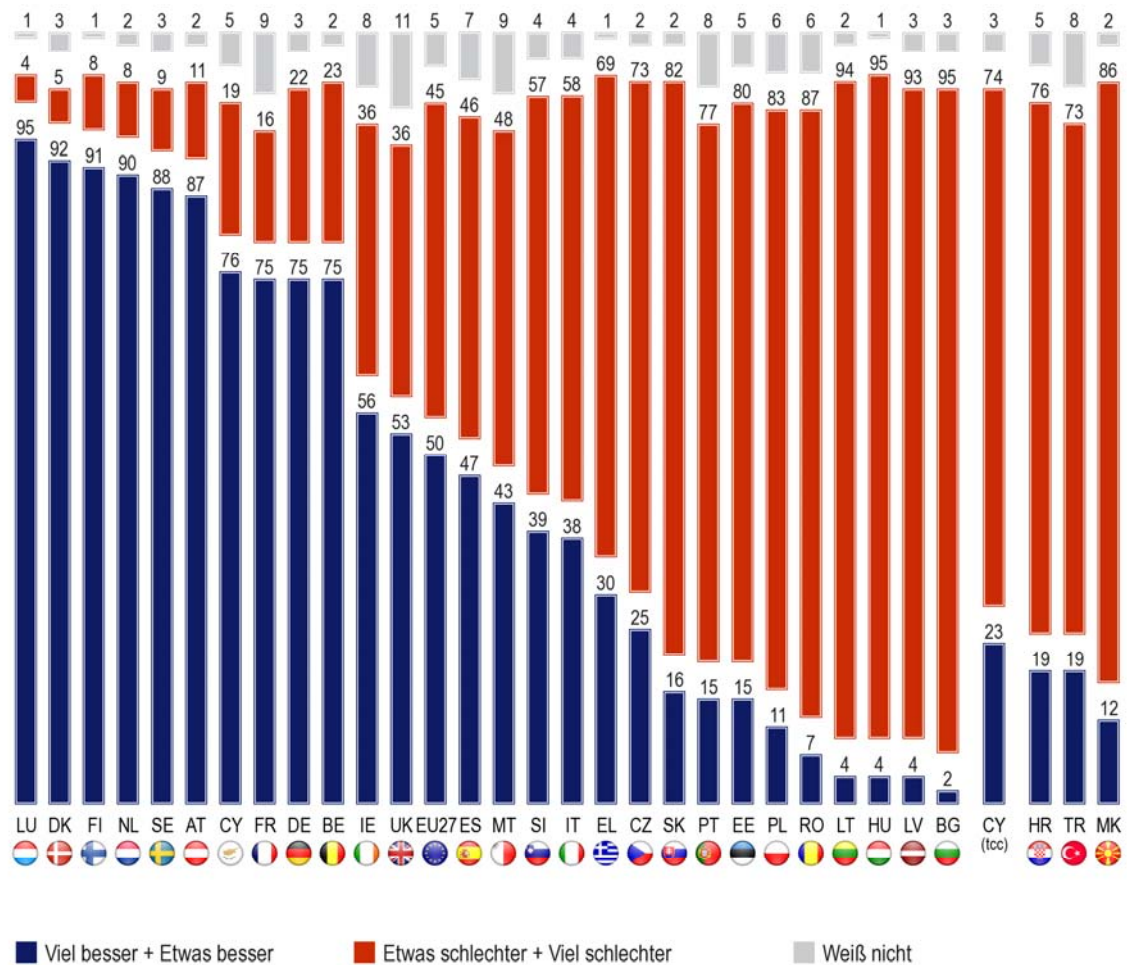
Am zufriedensten zeigen sich die Befragten in Luxemburg (95%) und in den skandinavischen Ländern (jeweils 92% der Dänen, 91% der Finnen und 88% der Schweden). Diese Meinung wird geteilt von drei Vierteln der Zyprioten (76%), der Franzosen und der Deutschen (jeweils 75%).

Im Gegensatz hierzu ist fast die Gesamtheit der Befragten in Ungarn und Bulgarien (jeweils 95%), in Litauen (94%) und Lettland (93%) davon überzeugt, dass die Lebensqualität in ihrem Land unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Nahezu neun von zehn Rumänen (87%), 83% der Polen, 82% der Slowaken und 80% der Esten vertreten eine ähnliche Meinung.

QA3 .5. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?

Die Lebensqualität in (UNSER LAND)



Für CY(tcc); Die Lebensqualität in unser Gemeinschaft



In einigen Mitgliedstaaten ist beim Anteil der Befragten, die die Lebensqualität in ihrem Land als höher einschätzen als im europäischen Durchschnitt, ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, so um +13 Punkte in Luxemburg, um +7 Punkte in Schweden und um jeweils +5 Punkte in Dänemark und in Deutschland. Dahingegen ist dieser Anteil um 12 Punkte in Slowenien, um 10 Punkte in Spanien, um 9 Punkte in Griechenland und um jeweils 7 Punkte in Litauen und in Irland zurückgegangen.

Auch ist festzustellen, dass nahezu drei Viertel der Befragten der türkisch-zyprischen Gemeinschaft (74%) der Meinung sind, dass die Lebensqualität in ihrem Land weniger hoch ist als im Durchschnitt der EU27, im Vergleich zu weniger als einem Viertel der Befragten, die entgegengesetzter Meinung sind (23%).

Die Meinungen der Befragten in den Kandidatenländern unterscheiden sich bei dieser Frage deutlich vom europäischen Durchschnitt. In der Tat beurteilen 86% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 76% der Kroaten und 73% der Türken die Lebensqualität in ihrem Land als weniger gut als im Durchschnitt der EU27. 61% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, d.h. die Mehrheit von ihnen, betrachten sie sogar als „viel schlechter“, im Vergleich zu 37% der Kroaten und 30% der Türken.

Was diese drei Bereiche betrifft, so sind in Bezug auf Alter und Geschlecht nur geringe Unterschiede festzustellen. Jedoch zeigen sich weit deutlichere Unterschiede in Bezug auf die Kriterien des Bildungsniveaus und der Beschäftigungskategorie der Befragten: so sind 32% der Führungskräfte bzw. leitenden Angestellten der Meinung, dass die Lebenshaltungskosten in ihrem Land weniger hoch sind als im europäischen Durchschnitt, im Vergleich zu 21% der Arbeitslosen und zu einem Viertel der Arbeiter und der Angestellten (jeweils 26%). Ebenso erklären 57% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr bzw. darüber hinaus fortgesetzt haben, sich davon überzeugt, dass die Lebensqualität in ihrem Land besser sei als im Durchschnitt der EU27, im Vergleich zu 46% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung bereits spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben. Bei diesen Fragen ist der Lebensstandard ausschlaggebend, was auch durch die sozialen Kriterien bestätigt wird. So erklären 20% der Befragten, die behaupten, dass sie niemals Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen, dass die Energiepreise in ihrem Land ihrer Meinung nach weniger hoch seien als im europäischen Durchschnitt, im Vergleich zu 11% derjenigen, die angeben, dass sie von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten haben, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Ebenso wird diese Meinung auch von knapp einem Viertel (23%) derjenigen geteilt, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, im Vergleich zu weniger als einem Fünftel (14%) derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren.

**QA3a.3,4,5. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?**

	Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND)			Die Energiepreise in (UNSER LAND)			Die Lebensqualität in (UNSER LAND)		
	Total besser	Total schlechter	WN	Total besser	Total schlechter	WN	Total besser	Total schlechter	WN
EU27	26%	67%	7%	18%	66%	16%	50%	45%	5%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>									
 15-	23%	68%	9%	15%	68%	17%	46%	45%	9%
16-19	25%	68%	7%	17%	69%	14%	47%	48%	5%
20+	30%	64%	6%	21%	62%	17%	57%	39%	4%
Studiert noch	28%	62%	10%	19%	57%	24%	56%	39%	5%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>									
 Selbständig	25%	69%	6%	18%	71%	11%	46%	50%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	32%	63%	5%	22%	61%	17%	61%	36%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	26%	70%	4%	19%	70%	11%	47%	49%	4%
Sonstige Arbeiter	26%	68%	6%	18%	67%	15%	51%	44%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	26%	66%	8%	16%	66%	18%	48%	44%	8%
Arbeitslos	21%	71%	8%	14%	70%	16%	42%	52%	6%
Rentner / Pensionäre	26%	64%	10%	17%	65%	18%	49%	43%	8%
Studenten	28%	62%	10%	19%	57%	24%	56%	39%	5%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>									
Meistens	14%	79%	7%	11%	75%	14%	33%	61%	6%
Gelegentlich	20%	74%	6%	15%	72%	13%	40%	55%	5%
Nahezu nie/ nie	31%	61%	8%	20%	62%	18%	59%	36%	5%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>									
Niedrig (1-4)	19%	72%	9%	14%	69%	17%	41%	52%	7%
Mitte (5-6)	27%	66%	7%	17%	67%	16%	52%	43%	5%
Hoch (7-10)	34%	61%	5%	23%	63%	14%	58%	38%	4%
<b>Vertrauen in die EU</b>									
Eher vertrauen	30%	64%	6%	21%	65%	14%	53%	43%	4%
Eher nicht vertrauen	24%	69%	7%	15%	70%	15%	48%	46%	6%
<b>Bild der EU</b>									
Positiv	32%	62%	6%	22%	64%	14%	55%	41%	4%
Neutral	23%	68%	9%	16%	66%	18%	49%	45%	6%
Negativ	18%	74%	8%	10%	75%	15%	42%	51%	7%

## 2.2 Die Umweltsituation

### 2.2.1 Die Umweltsituation auf nationaler Ebene

**- Angesichts der Umweltsituation in ihrem Land sind die europäischen Bürger geteilter Meinung, obwohl sie sich mit Blick auf die Zukunft optimistischer zeigen -**

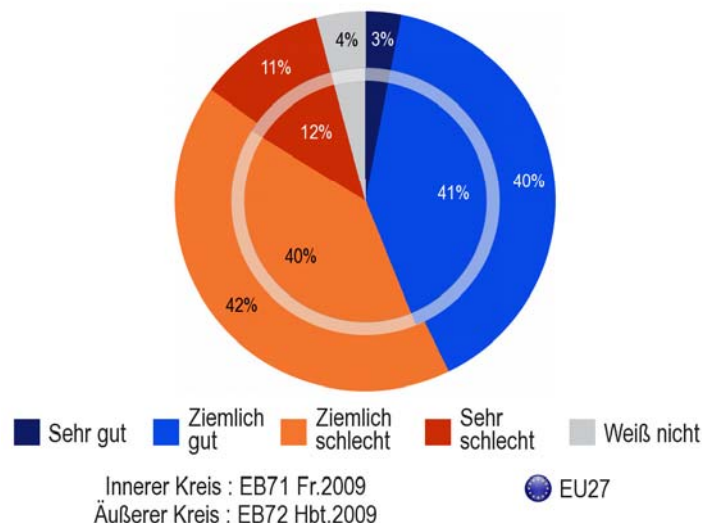
Diese Eurobarometer-Umfrage wurde nur wenige Wochen vor dem Kopenhagener Klimagipfel durchgeführt<sup>19</sup>. Daher konnte zum Zeitpunkt der Befragung niemand sagen, ob die Staats- und Regierungschefs der Welt in der Lage sein würden, einen Konsens zu finden. Diese Umfrage fand jedoch in jedem Fall in einem allgemeinen Klima der wachsenden Besorgnis über das Thema Umwelt statt.

Eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger (53%) betrachtet die Situation der Umwelt in ihrem Land als negativ; dies entspricht einem Zuwachs um 1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2009. Dahingegen bringen mehr als vier von zehn Befragten (43%, -1 Punkt) ihre Zufriedenheit angesichts der Situation zum Ausdruck<sup>20</sup>.

Es ist jedoch festzustellen, dass die große Mehrheit der Befragten eher gemäßigt ist. So sind 40% der Meinung, die Situation der Umwelt sei „ziemlich gut“, und 42% „ziemlich schlecht“. Nur 11% bezeichnen sie als „sehr schlecht“ und 3% als „sehr gut“.

QA2a.7. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)



<sup>19</sup> 7.-18. Dezember 2009: <http://unfccc.int>

<sup>20</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND).

Die Befragten aus den skandinavischen Ländern zeigen sich angesichts der Umweltsituation in ihrem Land sehr zufrieden: Dies gilt für 86% der Finnen, 73% der Schweden und 65% der Dänen. Nahezu acht von zehn Luxemburgern (78%), drei Viertel der Österreicher (76%), jeweils zwei Drittel der Slowenen und der Deutschen (65%, bzw. 64%), 63% der Niederländer und 62% der Tschechen sind ähnlicher Meinung.



Dahingegen teilen diese Meinung nur 13% der Bulgaren, 19% der Rumänen, 21% der Spanier, 24% der Ungarn, 26% der Griechen und der Italiener, 29% der Malteser und 30% der Portugiesen.

Die Analyse der Trends zeigt einige recht bedeutende Veränderungen seit Frühjahr 2009, d.h. der Anteil der Befragten, die sich angesichts der Umweltsituation in ihrem Land zufrieden erklären, hat in Griechenland (+10 Punkte), in Luxemburg (+8), in der Slowakei (+7), in Schweden (+6) und in Slowenien (+5) stark zugenommen. Im Gegensatz hierzu ist dieser Anteil in Spanien um 7 Punkte und um jeweils 5 Punkte in Ungarn, in Litauen und im Vereinigten Königreich zurückgegangen.

Während die Position der Befragten in Kroatien zu dieser Frage ähnlich ist wie die der Befragten in der Europäischen Union, so ist die Mehrheit der Türken (72%) und die Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (67%) angesichts der Lage der Umwelt in ihrem Land unzufrieden.

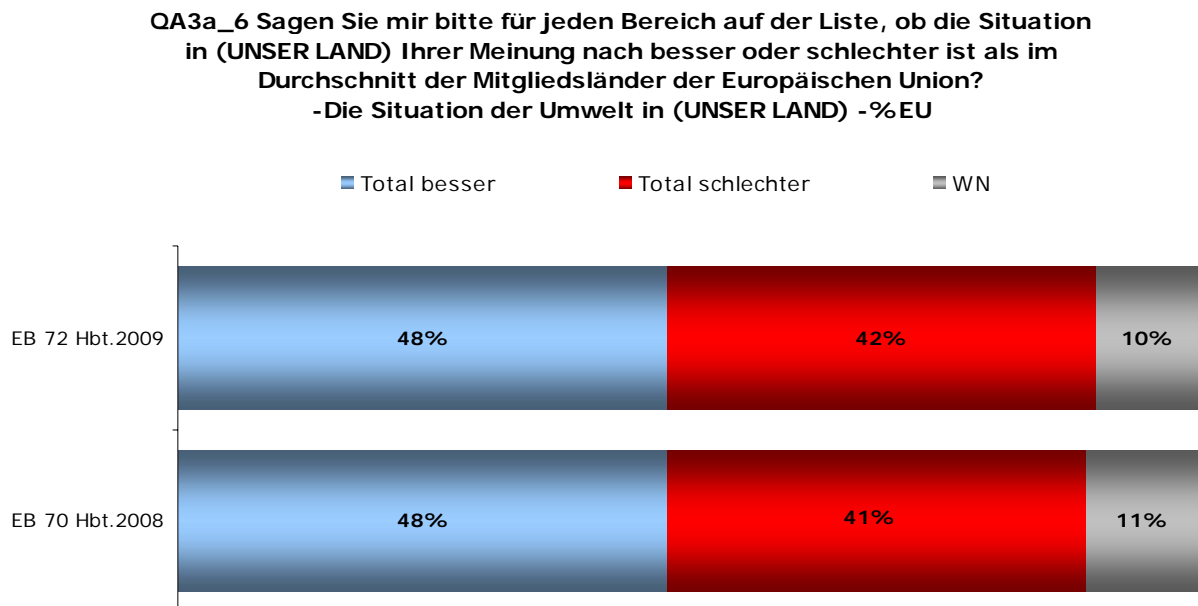
Die Ergebnisse zu dieser Frage sind eng verbunden mit dem Bildungsniveau, der Beschäftigungskategorie und der Meinung über die wirtschaftliche Lage im eigenen Land. So neigen diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau und diejenigen der oberen Berufsgruppen eher zu einer positiven Sichtweise der Situation. Im übrigen beurteilen nahezu sieben von zehn Befragten (68%), die ihre Zufriedenheit über die wirtschaftliche Lage in ihrem Land zum Ausdruck bringen, auch die Umweltsituation in ihrem Land eher positiv, im Vergleich zu nur 35%, die ihre Unzufriedenheit zu diesem Thema zum Ausdruck bringen.

**QA2a.7 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)**

	Total gut	Total schlecht	WN
EU27	43%	53%	4%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	38%	56%	6%
 16-19	43%	53%	4%
20+	48%	50%	2%
Studiert noch	44%	53%	3%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
Selbständig	42%	55%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	49%	49%	2%
 Andere(r) Angestellte(r)	43%	55%	2%
Sonstige Arbeiter	43%	53%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	35%	60%	5%
Arbeitslos	40%	55%	5%
Rentner / Pensionäre	44%	51%	5%
Studenten	44%	53%	3%
<b>Nationale Wirtschaftslage</b>			
Gut	68%	30%	2%
Schlecht	35%	61%	4%

### 2.2.2 Die nationale Umweltsituation im Vergleich zum europäischen Durchschnitt

Die Mehrheit der europäischen Bürger schätzt die Umweltsituation im eigenen Land als besser ein als im europäischen Durchschnitt (48%)<sup>21</sup>. Dieses Ergebnis entspricht demjenigen aus der Herbstumfrage 2008 (EB70). Dahingegen erklärt ein etwas geringerer Anteil der Befragten, dass sie die Situation der Umwelt in ihrem Land für schlechter halten als im Vergleich zum Durchschnitt der EU27 (42%, +1 Punkt).



Die Befragten in den skandinavischen Ländern zeigen sich deutlich davon überzeugt, dass sie in Ländern leben, in denen die Umweltsituation besser ist als die, die in der Europäischen Union insgesamt zu beobachten ist: Dies behaupten 96% der Finnen, 96% der Schweden und 92% der Dänen. Nahezu neun von zehn Luxemburgern und Österreichern (88%, bzw. 87%) sowie 79% der Deutschen äußern eine ähnliche Meinung. Bei dieser Frage ist ein sehr starkes Gefälle zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern der EU festzustellen. So sind nur 8% der Bulgaren, 13% der Rumänen, 16% der Maltesen, 25% der Spanier, 27% der Portugiesen, 29% der Griechen und 32% der Italiener der Meinung, dass die Umweltsituation im eigenen Land besser sei als im europäischen Durchschnitt. Im europäischen Gesamtdurchschnitt sind es 48% der Befragten.

<sup>21</sup> QA3a. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? 6. Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND).

In zwei der Mitgliedstaaten sind bedeutende Veränderungen festzustellen, wenngleich diese auch gegensätzlich sind: Während in Luxemburg der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass die Umweltsituation in ihrem Land besser sei als im europäischen Durchschnitt, um 13 Punkte zugenommen hat, so ist in Spanien ein gleich hoher Rückgang dieses Anteils zu verzeichnen.

Drei Viertel der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (76%), sieben von zehn Türken (70%) und mehr als die Hälfte der Kroaten (53%) teilen die Meinung, dass die Situation der Umwelt in der Europäischen Union besser als in ihrem Land ist.

Schließlich ist eine große Mehrheit der Befragten in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft (77%) damit einverstanden.

### *2.2.3 Die Erwartungen an die Zukunft in Bezug auf das Thema Umwelt*

Diese Eurobarometer-Umfrage fand nur wenige Wochen vor dem UN-Klimagipfel von Kopenhagen im Dezember 2009 statt. Es ist vorstellbar, dass sich der Kontext der bevorstehenden internationalen Konferenz, in Verbindung mit einer allen Umweltfragen gegenüber sehr positiven Grundstimmung, in gewisser Weise auf die Erwartungen der Bürger der EU-27 zu diesem Thema ausgewirkt hat.

Knapp ein Viertel der Befragten (24%) erwarten in den nächsten 12 Monaten eine Verbesserung der Umweltsituation in ihrem Land, während nahezu ein Fünftel (19%) entgegengesetzter Meinung ist, und ungefähr die Hälfte (51%) schätzt, dass die Situation unverändert bleiben wird<sup>22</sup>. Im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 ist ein Zuwachs der optimistischen Meinung (+3 Punkte) und ein Rückgang der pessimistischen Meinungen (-8 Punkte) festzustellen.

Es ist also ein Wandel in der öffentlichen Meinung festzustellen: Während der Anteil der Befragten, die eine optimistische Meinung zum Thema Umwelt zum Ausdruck brachten, im Herbst 2008 bei 21% lag, im Vergleich zu einer entgegengesetzten Meinung von 27%, so gibt es ein Jahr später eine Umkehr, d.h. 24% der Befragten zeigen sich optimistisch, im Vergleich zu 19%, die sich eher pessimistisch zeigen.

Am optimistischsten zeigen sich die Skandinavier: 38% der Dänen und der Schweden gehen von einer Verbesserung aus. Diese Meinung wird geteilt von einem gleich hohen Anteil der Franzosen und einem Drittel der Niederländer (34%). Im Gegensatz hierzu sind 36% der Ungarn sowie jeweils drei von zehn Italienern und Griechen (30% , bzw. 29%) entgegengesetzter Meinung und befürchten innerhalb der nächsten 12 Monate eine Verschlechterung der Umweltsituation in ihrem Land.

---

<sup>22</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 8. Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND)


































Auch hier ermöglicht die Entwicklung des Indexes, d.h. der Differenz zwischen positiven und negativen Erwartungen, die Feststellung, dass auf europäischer Ebene eine positive Entwicklung des Trends vorliegt, denn die Differenz des Indexes zwischen der Eurobarometer-Umfrage 72 und dem Eurobarometer 70 vom Herbst 2008 beträgt +11 Punkte für die EU27. Diese Differenz ist in 24 Mitgliedstaaten der EU positiv und nur in drei Ländern negativ (Ausdruck einer negativen Entwicklung in diesen Ländern im Vergleich zur vorherigen Umfrage). In Griechenland ist ein Zuwachs um 33 Punkte, in Luxemburg ein Zuwachs um 24 Punkte, in den Niederlanden um 23 Punkte, in Dänemark und Portugal um jeweils 20 Punkte, im Vereinigten Königreich um 19 Punkte, in Frankreich und in Österreich um jeweils 18 Punkte, in Finnland um 15 Punkte, in Spanien um 14 Punkte, in Estland und in Schweden um jeweils 12 Punkte, in Belgien um 11 Punkte und in Deutschland um 10 Punkte zu verzeichnen.

Dahingegen beträgt die Differenz auf Malta -15 Punkte. In geringerem Umfang ist auch in Lettland (-2 Punkte) und in Ungarn (-1 Punkt) ein negativer Trend festzustellen.

**QA4.8 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**

**- Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)**

**INDEX BESSER-SCHLECHTER  
(Prozentpunkte)**

	<b>EB70 Hbt.2008 Besser- Schlechter</b>	<b>EB72 Hbt.2009 Besser- Schlechter</b>	<b>UNT.Hbt. 2009- Hbt.2008</b>
 EU27	-6	+5	+11
 EL	-40	-7	+33
 LU	-11	+13	+24
 NL	-2	+21	+23
 DK	+12	+32	+20
 PT	-26	-6	+20
 UK	-9	+10	+19
 FR	+5	+23	+18
 AT	-10	+8	+18
 FI	-8	+7	+15
 ES	-10	+4	+14
 EE	+7	+19	+12
 SE	+20	+32	+12
 BE	-7	+4	+11
 DE	-6	+4	+10
 IE	-15	-6	+9
 BG	-10	-3	+7
 CY	-14	-8	+6
 LT	-14	-8	+6
 SI	-8	-2	+6
 SK	-14	-9	+5
 IT	-16	-12	+4
 CZ	+2	+4	+2
 PL	+5	+6	+1
 RO	-6	-5	+1
 HU	-21	-22	-1
 LV	+8	+6	-2
 MT	+23	+8	-15
CY (tcc)	-15	-24	-9
 TR	-33	-14	+19
 HR	-8	-4	+4
 MK	+16	+6	-10

Für CY(tcc); Die Situation der Umwelt in unser Gemeinschaft

Die Ergebnisse, die unter den Befragten in den Kandidatenländern festzustellen sind, liegen nahe an denen der Europäischen Union selbst. In diesen Ländern erwartet die Mehrheit der Befragten in den nächsten 12 Monaten keinerlei Veränderung. Am optimistischsten jedoch zeigen sich die Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien: 29% von ihnen gehen von einer Verbesserung der Umweltsituation in ihrem Land aus; diese Meinung teilen jeweils ein Fünftel der Türken und der Kroaten (20% , bzw. 19%).

Auch ist festzustellen, dass mehr als drei von zehn Befragten der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen (32%) der Meinung sind, dass sich die Umweltsituation in ihrem Land innerhalb der nächsten 12 Monate verbessern wird, im Vergleich zu nur einem Fünftel der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (20%). Diese Meinung wird außerdem geteilt von mehr als einem Viertel derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (27%), im Vergleich zu knapp einem Fünftel (19%) derjenigen, die ihre schulische Ausbildung schon mit dem 16. Lebensjahr beendet haben.

### 3. WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE

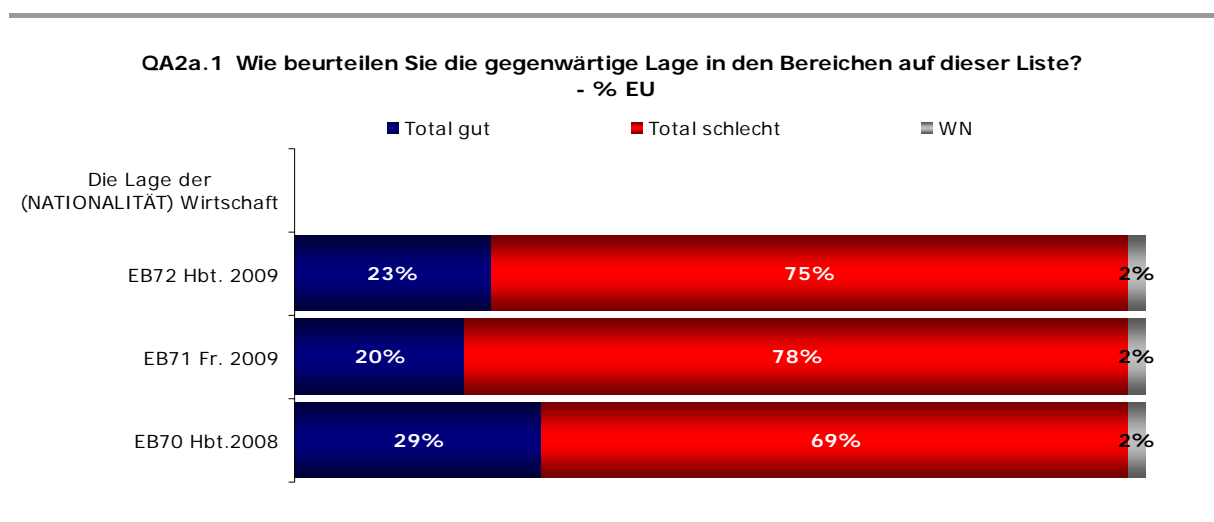
#### 3.1 Die Meinung über die gegenwärtige Wirtschaftslage

**- Auch wenn die europäischen Bürger angesichts der Wirtschaftslage nach wie vor mehrheitlich unzufrieden sind, zeigen sie sich mittlerweile etwas optimistischer als in der Frühjahrsumfrage -**

##### 3.1.1 Die nationale Wirtschaftslage

Drei Viertel der Befragten in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (75%) erklären sich angesichts der Wirtschaftslage in ihrem Land unzufrieden, im Vergleich zu knapp einem Viertel (23%), die die Situation als positiv einschätzt<sup>23</sup>, wobei bei den positiven Meinungen auch hier im Vergleich zum Frühjahr 2009 ein leichter Zuwachs zu verzeichnen ist, und zwar um +3 Prozentpunkte für diejenigen, die Zufriedenheit zum Ausdruck bringen, und -3 Punkte für diejenigen, die entgegengesetzter Meinung sind.

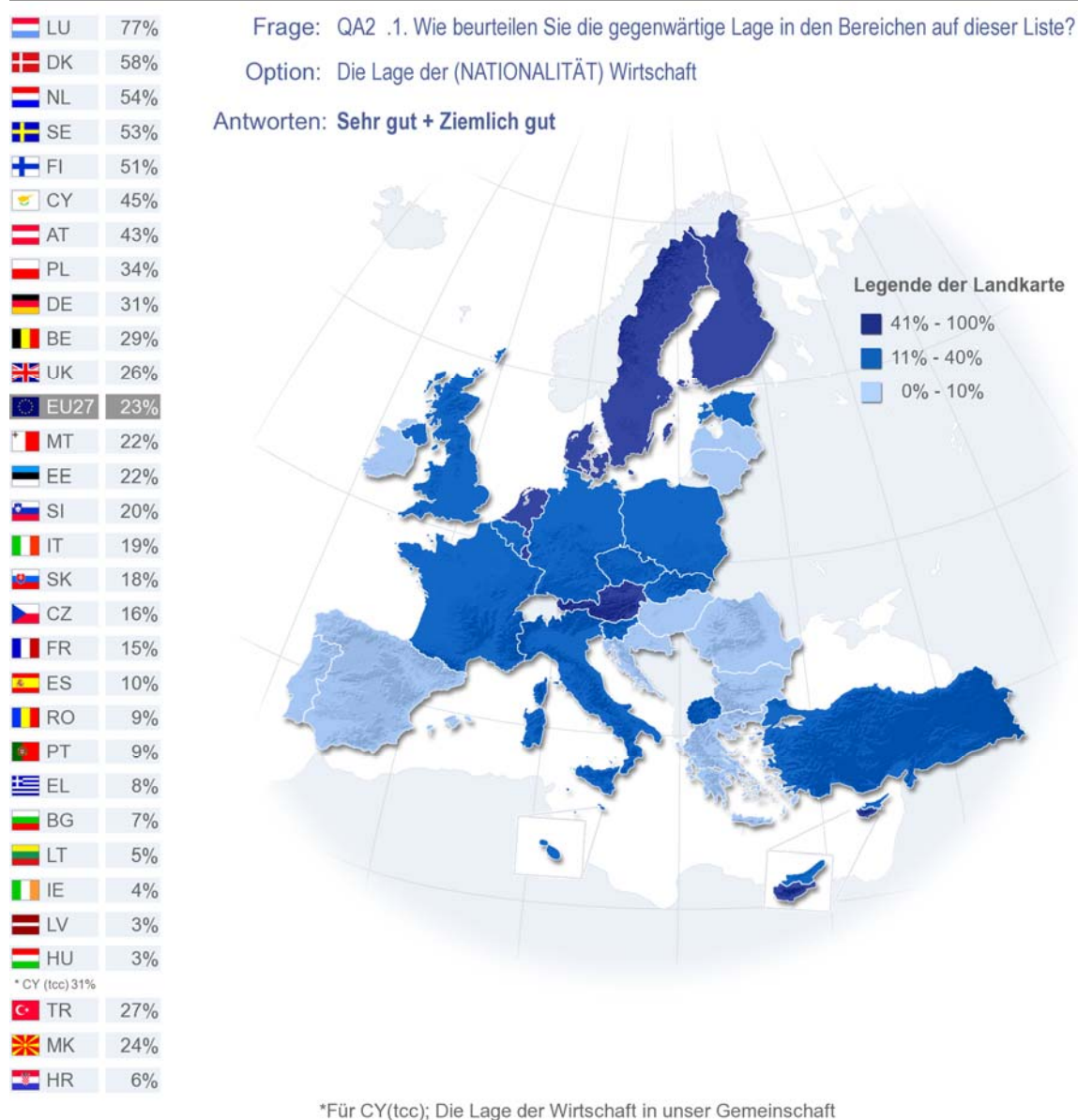
Nur 1% der Befragten bezeichnet die Wirtschaftslage im eigenen Land als „sehr gut“ (dieses Ergebnis entspricht der Frühjahrsumfrage 2009), 22% betrachten sie als „ziemlich gut“ (+3 Punkte), eine Mehrheit von 53% beurteilt sie als „ziemlich schlecht“ (auch dieses Ergebnis entspricht dem der Frühjahrsumfrage 2009), und nahezu ein Fünftel (22%) betrachtet sie als „sehr schlecht“ (-3 Punkte).



Die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage variiert stark von einem Land zum anderen, wobei die Befragten in fünf Mitgliedstaaten mehrheitlich optimistisch sind, und zwar in Luxemburg (77%), Dänemark (58%), den Niederlanden (54%), Schweden (53%) und Finnland (51%). Diese Meinung teilen mehr als vier von zehn Zypern und Österreichern (jeweils 45% und 43%).

<sup>23</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 1. Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

Fast die Gesamtheit der Befragten in Ungarn und Lettland (jeweils 97%), in Irland (95%), Litauen (94%) und Griechenland (92%) zeigt sich demgegenüber angesichts der Lage ihrer nationalen Wirtschaft unzufrieden. Diese Meinung wird geteilt von einer überwiegenden Mehrheit der Portugiesen und der Bulgaren (jeweils 90%), der Spanier (89%) und der Rumänen (88%).


































Was die Meinungsentwicklung betrifft, sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) deutliche Veränderungen festzustellen. So sind beim Anteil derer, die Zufriedenheit äußern, im Vergleich zum Frühjahr 2009 erhebliche Zuwächse in Schweden (+17 Punkte) zu verzeichnen, und in geringerem Umfang auch im Vereinigten Königreich und in Deutschland (jeweils +8 Punkte) sowie in Belgien, Luxemburg und Österreich (jeweils +7 Punkte).

Im Gegensatz hierzu ist dieser Anteil auf Zypern (-13 Punkte), in Dänemark (-11 Punkte), auf Malta (-10 Punkte) und in Slowenien (-7 Punkte) stark rückläufig.

Dennoch ist, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der beiden vorangegangenen Eurobarometer-Umfragen, festzustellen, dass die Zufriedenheitswerte in manchen Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Schweden zwischen Herbst 2008 und Frühjahr 2009 drastisch gesunken waren. Somit sind die starken Zuwächse in dieser Umfrage zum Teil als ein „Aufholen“, eine gewisse Rückkehr zum normalen Niveau der Werte zu erklären.

**QA2.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

**- Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft**

% Sehr gut + Ziemlich gut		EB70 Hbt.2008	EB71 Fr.2009	EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009 - Fr.2009
	EU27	29%	20%	23%	+3
	SE	54%	36%	53%	+17
	DE	49%	23%	31%	+8
	UK	18%	18%	26%	+8
	BE	28%	22%	29%	+7
	LU	60%	70%	77%	+7
	AT	60%	36%	43%	+7
	FR	12%	11%	15%	+4
	FI	78%	47%	51%	+4
	NL	67%	51%	54%	+3
	EE	28%	20%	22%	+2
	IT	15%	18%	19%	+1
	LV	7%	2%	3%	+1
	PL	39%	33%	34%	+1
	PT	8%	10%	9%	-1
	RO	22%	10%	9%	-1
	SK	54%	19%	18%	-1
	IE	14%	6%	4%	-2
	EL	10%	10%	8%	-2
	HU	5%	5%	3%	-2
	BG	14%	10%	7%	-3
	CZ	39%	19%	16%	-3
	ES	19%	13%	10%	-3
	LT	15%	8%	5%	-3
	SI	52%	27%	20%	-7
	MT	39%	32%	22%	-10
	DK	70%	69%	58%	-11
	CY	53%	58%	45%	-13
	CY (tcc)	44%	40%	31%	-9
	TR	21%	27%	27%	=
	MK	30%	25%	24%	-1
	HR	11%	10%	6%	-4

Für CY(tcc); Die Lage der (Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil) Wirtschaft





Auch etwa drei Viertel der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (75%) und der Türken (71%) beurteilen die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als negativ. Diese Meinung wird fast einhellig (zu 92%) von den Befragten in Kroatien vertreten. In diesen Ländern - mit Ausnahme der Türkei, wo das Niveau unverändert bleibt - nimmt der Grad der Zufriedenheit überall ab, so um -4 Punkte in Kroatien und um -1 Punkt in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Schließlich erklären nur drei von zehn Befragten in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, angesichts der Lage ihrer nationalen Wirtschaft zufrieden zu sein; dies ist ein Rückgang um 9 Punkte im Vergleich zum Frühjahr 2009.

Die Analyse der Ergebnisse nach dem soziodemografischen Profil der Befragten ergibt einige Unterschiede, insbesondere bezüglich der Beschäftigungskategorie der Befragten. So erklärt eine von drei Führungskräften (31%), mit der Wirtschaftslage des eigenen Landes zufrieden zu sein, im Vergleich zu einem Viertel der Angestellten, 22% der Arbeiter und knapp zwei von zehn der Arbeitslosen (17%). Trotz dieser Unterschiede und trotz des bereits zuvor erwähnten Anstiegs der positiven Meinungen über die nationale Wirtschaftslage fallen die Meinungen für alle soziodemografischen Kategorien weitestgehend negativ aus.

**QA2a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

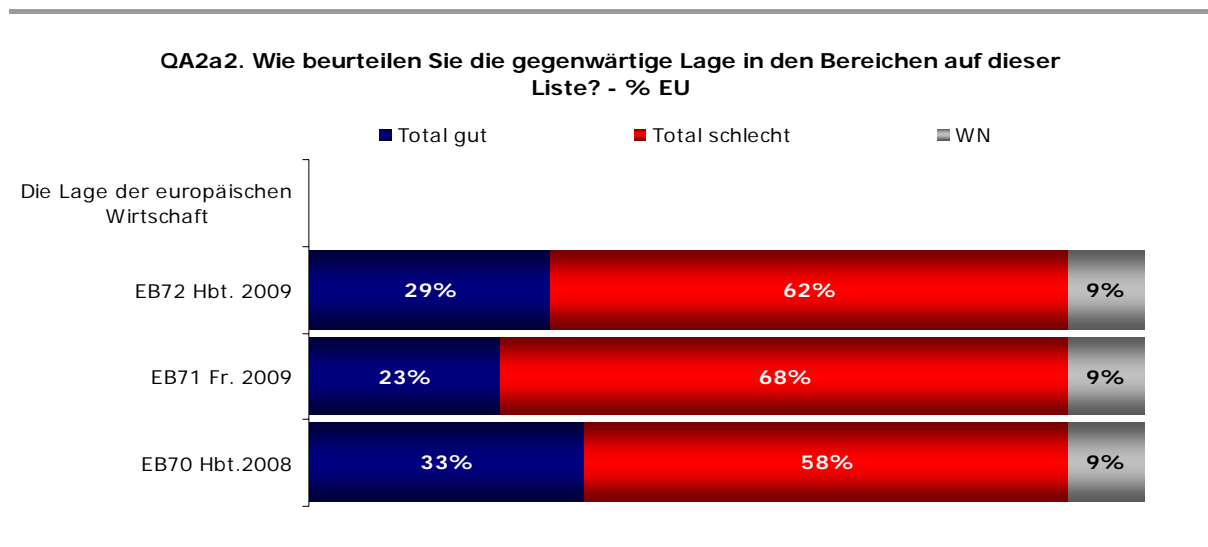
**Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft**

	Total gut	Total schlecht	WN
EU27	23%	75%	2%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	25%	74%	1%
Weiblich	21%	76%	3%
<b>Alter</b>			
 15-24	30%	66%	4%
25-39	24%	74%	2%
40-54	21%	78%	1%
55 +	21%	77%	2%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	16%	83%	1%
 16-19	21%	77%	2%
20+	29%	69%	2%
Studiert noch	31%	64%	5%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	24%	75%	1%
Leitende(r) Angestellte(r)	31%	68%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	25%	74%	1%
Sonstige Arbeiter	22%	77%	1%
Hausfrauen / Hausmänner	18%	79%	3%
Arbeitslos	17%	81%	2%
Rentner / Pensionäre	21%	77%	2%
Studenten	31%	64%	5%
<b>Links-Rechts Skala</b>			
(1-4) Links	23%	76%	1%
(5-6) Mitte	24%	74%	2%
(7-10) Rechts	28%	71%	1%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	28%	70%	2%
Eher nicht vertrauen	18%	81%	1%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	29%	69%	2%
Neutral	20%	78%	2%
Negativ	12%	87%	1%

### 3.1.2 Die europäische Wirtschaftslage

Bei der Frage zur gegenwärtigen europäischen Wirtschaftslage bringen mehr als sechs von zehn Befragten (62%) eine negative Meinung zum Ausdruck, während eine Minderheit die Situation als eher gut (28%), wenn nicht sogar als sehr gut (1%) bezeichnet<sup>24</sup>. Dennoch ist das Vertrauen in die europäische Wirtschaft im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 um sechs Prozentpunkte gestiegen, wobei die aktuelle Lage der europäischen Wirtschaft von 1% der Befragten sogar als „sehr gut“ bewertet wird (diese Zahl entspricht derjenigen vom Frühjahr 2009); 28% bezeichnen sie als „ziemlich gut“ (+6 Punkte), im Gegensatz zur Hälfte der Befragten, die sie als „ziemlich schlecht“ (51%, -1 Punkt) und 11%, die sie sogar als „sehr schlecht“ (-5 Punkte) bezeichnen.

Angesichts der nationalen wie auch der europäischen Wirtschaftslage kann hinsichtlich der Zufriedenheit der europäischen Bürger eine aufsteigende Tendenz verzeichnet werden, wobei diese Tendenz allerdings bei der europäischen Wirtschaftslage noch deutlicher ausfällt.



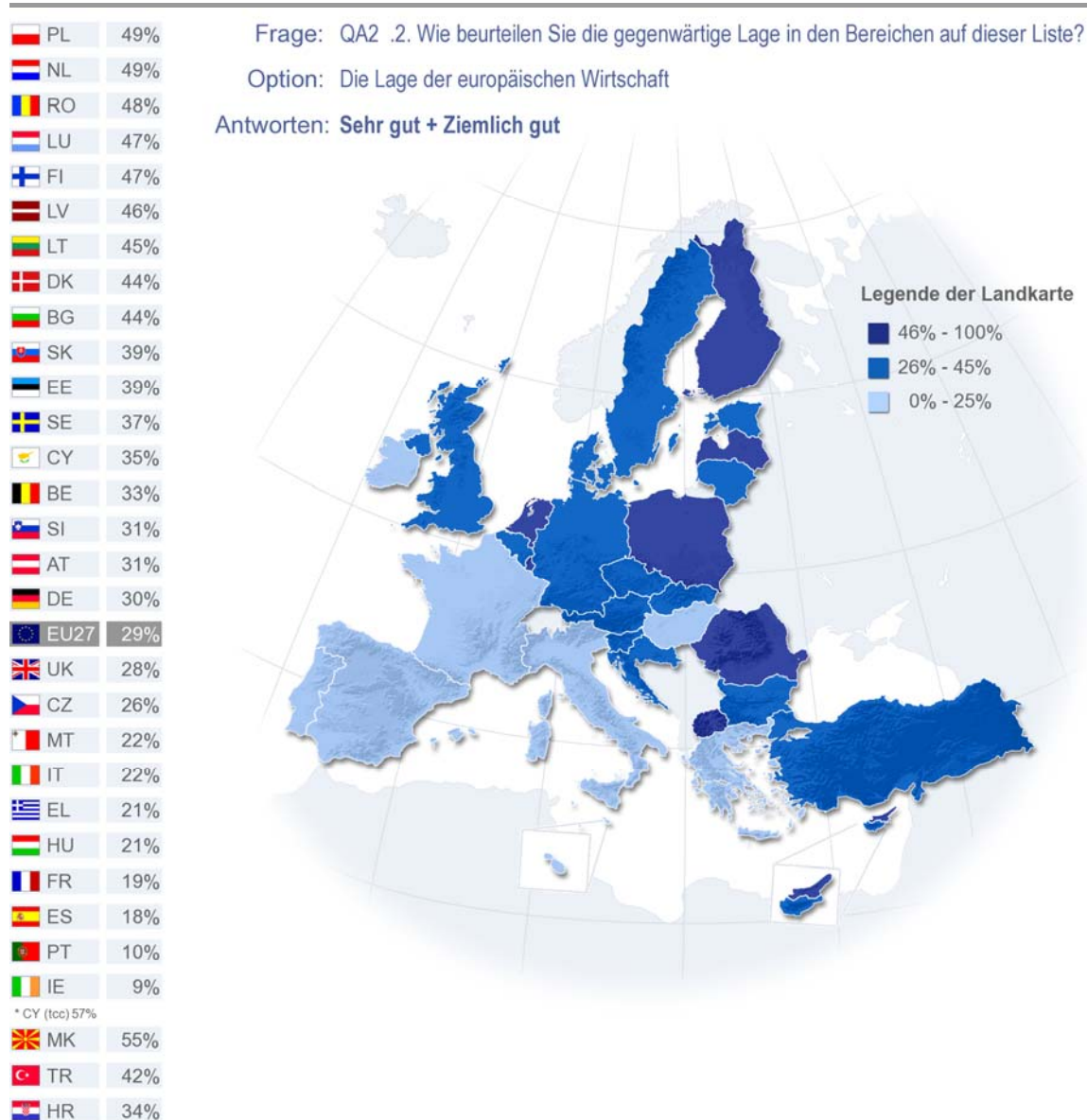
In fünf Mitgliedstaaten überwiegt die Zufriedenheit: die Werte erreichen jeweils 49% der Befragten in den Niederlanden und in Polen, 48% in Rumänien, 46% in Lettland und 44% in Bulgarien. Mit Ausnahme der Niederlande stimmen die Mitgliedstaaten, in denen die Befragten ihre Zufriedenheit angesichts der europäischen Wirtschaftslage erklären, jedoch nicht mit denjenigen überein, in denen die Einwohner ihre Zufriedenheit angesichts der nationalen Wirtschaftslage erklären. Vielmehr ist die Zufriedenheit angesichts der gesamteuropäischen Wirtschaftslage insgesamt in einigen Mitgliedstaaten wie Lettland, Bulgarien oder Rumänien umso höher als das Gefühl der Zufriedenheit mit der nationalen Wirtschaftslage nur gering ist.

<sup>24</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 2. Die Lage der europäischen Wirtschaft



Ebenfalls hoch ist die Zufriedenheit mit der europäischen Wirtschaftslage in Luxemburg und Finnland (jeweils 47%) sowie in Litauen (45%) und Dänemark (44%), auch wenn diese Meinung in diesen Ländern nicht von einer Mehrheit vertreten wird.

Im Gegensatz hierzu erklärt sich kaum einer von zehn Iren und Portugiesen (9%, bzw. 10%) mit der europäischen Wirtschaftslage zufrieden; ein Drittel der Iren (32%) bezeichnet sie sogar als „sehr schlecht“.






Ein deutlicher Zuwachs an Zufriedenheit ist hingegen in Luxemburg (+13 Punkte), Rumänien und Lettland (jeweils +12 Punkte), im Vereinigten Königreich (+11 Punkte), in Schweden (+9 Punkte) und in den Niederlanden (+8 Punkte) zu verzeichnen. Ein deutlicher Rückgang zeigt sich auf Zypern (-8 Punkte).

In den Kandidatenländern wird die Lage der europäischen Wirtschaft jeweils von einer Mehrheit der Befragten in der Türkei (42%) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (55%) als positiv bezeichnet, während diese Meinung von nur einem Drittel der Kroaten (34%) geteilt wird; hier erklärt sich die Mehrheit (56%) als unzufrieden.

Während die Unterschiede zwischen den einzelnen soziodemografischen Kategorien in Bezug auf die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage relativ geringfügig waren, so sind sie bei der Frage nach der Lage der europäischen Wirtschaft erheblicher: So zeigen sich die Befragten der jüngsten Altersgruppe am zufriedensten (40%, im Vergleich zu einem Viertel - 25% - der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber); ebenso erklären sich die Männer häufiger als zufrieden (32%, im Vergleich zu 27% der Frauen). Dies gilt ebenso für diejenigen Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (35%, im Vergleich zu 20% derjenigen, die die Schule bereits mit dem 16. Lebensjahr beendet haben) sowie für die Unterstützer der Parteien des rechten Spektrums (35%, im Vergleich zu 28% derjenigen, die den linksgerichteten Parteien nahestehen). Verständlicherweise erklären sich auch diejenigen, die ein stärkeres Vertrauen in die Europäische Union haben, als doppelt so häufig (40%) zufrieden wie diejenigen, die ihr Misstrauen zum Ausdruck bringen (20%). Ebenso wird das Gefühl der Zufriedenheit auch von nahezu vier von zehn Befragten geteilt, die ein positives Bild von der EU27 haben (39%), im Vergleich zu nur 14% derjenigen, die ein negatives Bild von ihr haben). Diese Unterschiede, die mit dem Maß des Vertrauens der Befragten in die Europäische Union und dem Bild, das sie sich von ihr machen, zusammenhängen, sind auch in Bezug auf die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage festzustellen, wenngleich sie hier weniger ausgeprägt sind.

**QA2a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

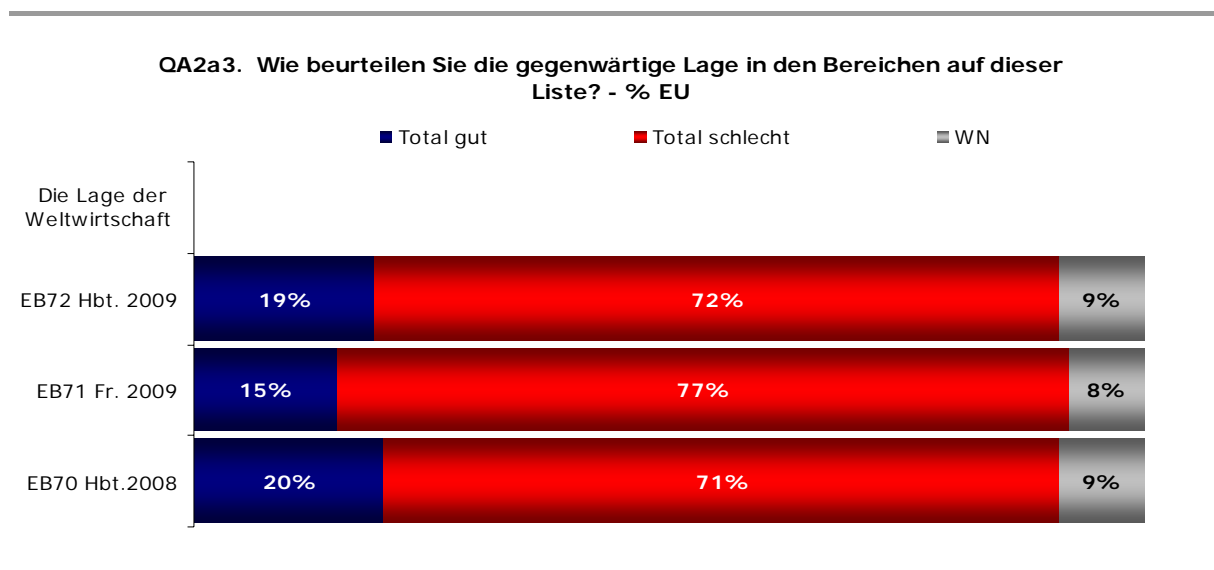
**Die Lage der europäischen Wirtschaft**

	Total gut	Total schlecht	WN
EU27	29%	62%	9%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	32%	61%	7%
Weiblich	27%	62%	11%
<b>Alter</b>			
 15-24	40%	49%	11%
25-39	32%	61%	7%
40-54	28%	65%	7%
55 +	25%	64%	11%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	20%	69%	11%
16-19	28%	63%	9%
20+	35%	58%	7%
Studiert noch	42%	47%	11%
<b>Links-Rechts Skala</b>			
(1-4) Links	28%	65%	7%
(5-6) Mitte	30%	62%	8%
(7-10) Rechts	35%	58%	7%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	40%	55%	5%
Eher nicht vertrauen	20%	71%	9%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	39%	55%	6%
Neutral	25%	64%	11%
Negativ	14%	77%	9%

### 3.1.3 Die globale Wirtschaftslage

Die europäischen Bürger zeigen sich angesichts der derzeitigen globalen Wirtschaftslage als nicht zufrieden: Nahezu drei Viertel der Befragten (72%) bezeichnen sie als „schlecht“ (-5 Punkte im Vergleich zum letzten Frühjahr), nur ein Fünftel (19%) beurteilt sie positiv, wobei diese Zahl jedoch um 4 Prozentpunkte gestiegen ist<sup>25</sup>.

Eine verschwindend kleine Minderheit der Europäer bezeichnet die derzeitige globale Wirtschaftslage als „sehr gut“ (1%, dieses Ergebnis ist identisch mit dem vom Frühjahr 2009), 18% bezeichnen sie als „ziemlich gut“ (+4 Punkte), 57% als „ziemlich schlecht“ (+1 Punkt) und 15% als „sehr schlecht“ (-6 Punkte). Es ist festzustellen, dass nicht nur der Grad der Zufriedenheit wächst, auch der Anteil der „sehr schlecht“-Nennungen ist deutlich rückläufig.

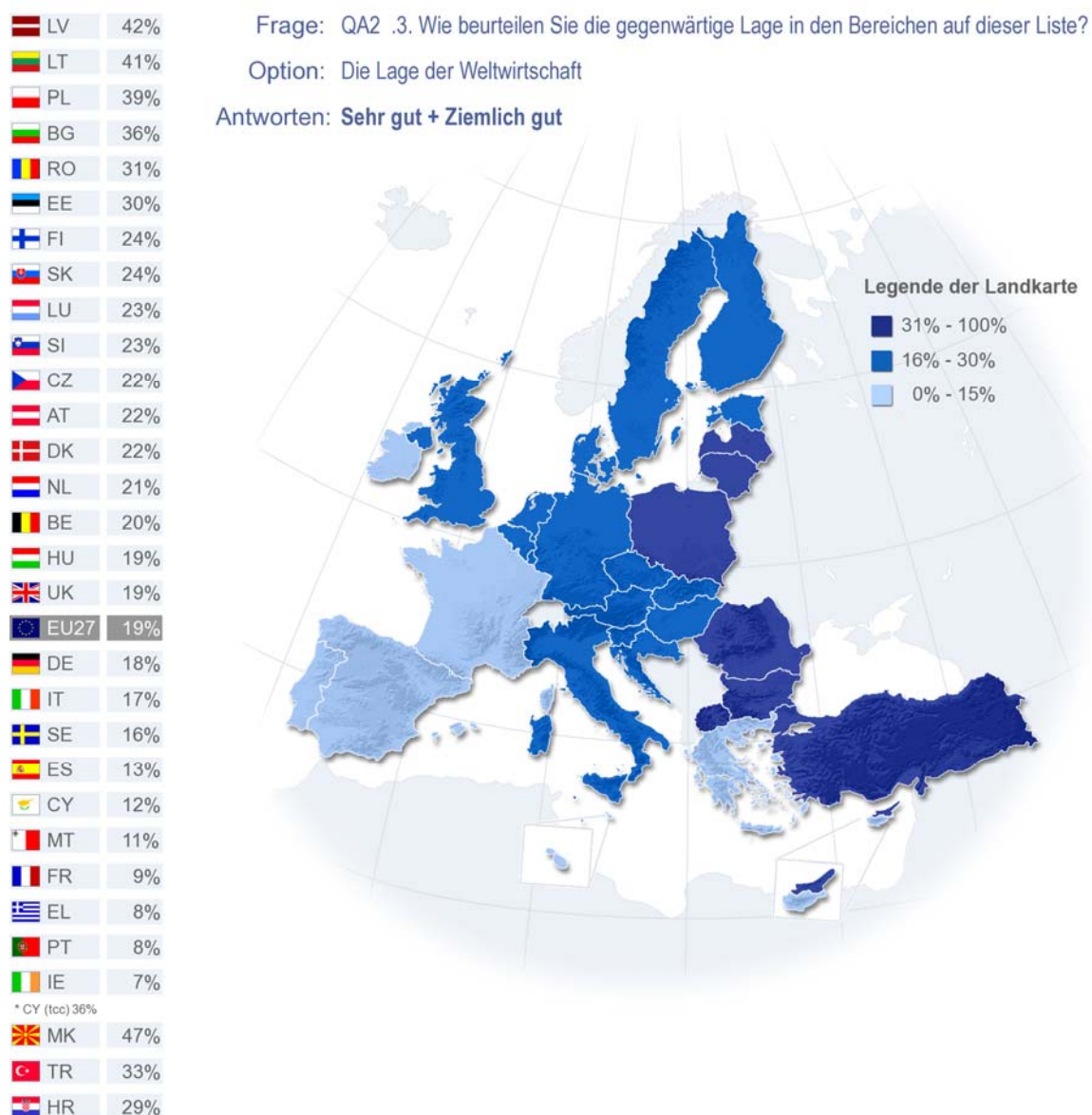


Mehr als vier von zehn Letten und Litauern (42%, bzw. 41%), ebenso wie 39% der Polen, 36% der Bulgaren, 31% der Rumänen und 30% der Esten erklären sich angesichts der Lage der Weltwirtschaft zufrieden. Nur 7% der Iren, je 8% der Portugiesen und der Griechen und 9% der Franzosen teilen diese Meinung.

Auch hier ist wiederum festzustellen, dass die Länder, in denen die Befragten ihre nationale Wirtschaftslage am negativsten beurteilen, zu denen gehören, die die globale Wirtschaftslage am positivsten einschätzen.

Die Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind die einzigen, die mehrheitlich ihre Zufriedenheit erklären (47%); diese Meinung wird von den Türken und den Kroaten nicht geteilt (46% bzw. 61% negative Meinungen).

<sup>25</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 3. Die Lage der Weltwirtschaft



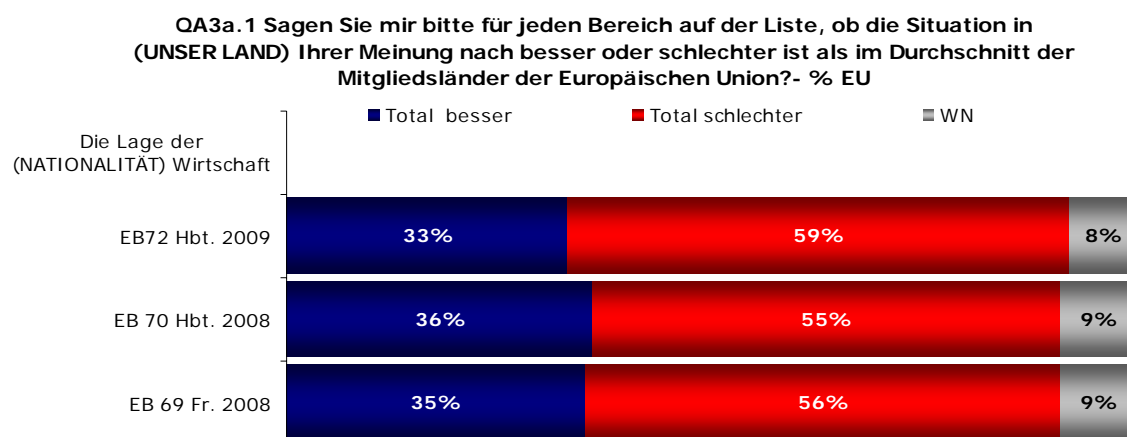
Somit zeigen sich die europäischen Bürger angesichts der Wirtschaftslage als mehrheitlich unzufrieden. Dies gilt vor allem für das eigene Land (75% unzufrieden; 23% zufrieden), aber auch auf globaler Ebene (72% vs. 19%), und schließlich, jedoch in geringerem Umfang, auf europäischer Ebene (62% vs. 29%).

### 3.1.4 Die nationale Wirtschaftslage im Vergleich zum europäischen Durchschnitt

Bei der Frage nach der Lage der nationalen Wirtschaft im Vergleich zum Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bringt die Mehrheit der Befragten eine negative Meinung zum Ausdruck: So beurteilen 59% von ihnen die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als weniger gut als jene der EU27, gegenüber 33% der Befragten, die sie im Vergleich mit jener der EU für besser halten.

Der Anteil der Befragten, die eine negative Meinung zum Ausdruck bringen, ist im Vergleich zum Herbst 2008 um 4 Punkte gestiegen, während der Anteil derjenigen, die ihre eigene nationale Wirtschaft für leistungstärker halten als jene im europäischen Durchschnitt, um 3 Punkte zurückgegangen ist.

Dabei sollte jedoch noch einmal darauf hingewiesen werden, dass der Zeitpunkt der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2008 quasi mit dem Beginn der Wirtschaftskrise zusammenfiel.



Bei dieser Frage sind die Unterschiede bei den Länderergebnissen ganz besonders ausgeprägt. Fast die Gesamtheit der Luxemburger (94%), 88% der Dänen, jeweils acht von zehn Österreichern und Niederländern (jeweils 80%), 79% der Schweden und 73% der Finnen halten die Lage ihrer nationalen Wirtschaft für besser als jene des Durchschnitts der 27 Mitgliedstaaten der EU. Diese Meinung teilen mehr als sechs von zehn Deutschen und Zypern (62%, bzw. 61%).





Im Gegensatz hierzu bringt eine große Mehrheit der Letten (98%), der Ungarn (96%), der Bulgaren und der Litauer (jeweils 95%) und der Griechen (94%) eine entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck. Auch 88% der Rumänen und der Slowaken, 85% der Zypriern, der Tschechen und der Spanier, 84% der Portugiesen, 83% der Esten und 82% der Iren halten die Lage ihrer nationalen Wirtschaft für weniger gut als die Lage der Wirtschaft im europäischen Durchschnitt.

Der Anteil Befragter, die die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als besser einschätzen als jene des europäischen Durchschnitts, steigt in Österreich um 8 Punkte und in Luxemburg um 6 Punkte an. Demgegenüber ist dieser Anteil in den folgenden Ländern deutlich zurückgegangen: um 24 Punkte in Irland, um 19 Punkte in Slowenien, um 18 Punkte in der Slowakei und um 17 Punkte in Spanien.

Die große Mehrheit der Befragten in den Kandidatenländern hält die Lage ihrer nationalen Wirtschaft für weniger gut als die Lage der Wirtschaft im europäischen Durchschnitt: Diese Meinung vertreten 92% der Kroaten, 87% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und sieben von zehn Türken (70%).

In der soziodemografischen Analyse werden folgenden Unterschiede deutlich: Die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (43%) sowie die Führungskräfte (44%) sind häufiger als diejenigen, die die Schule vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (27%) sowie die Angestellten (34%), Arbeiter (33%) und Arbeitslosen (24%) der Meinung, dass die Lage ihrer nationalen Wirtschaft besser sei als die Lage der Wirtschaft im europäischen Durchschnitt.

**QA3a.1 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?**  
**Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft**

	Total besser	Total schlechter	WN
EU27	33%	59%	8%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	35%	59%	6%
Weiblich	31%	60%	9%
<b>Alter</b>			
 15-24	35%	55%	10%
25-39	32%	62%	6%
40-54	33%	60%	7%
55 +	33%	58%	9%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	27%	63%	10%
16-19	31%	61%	8%
20+	43%	52%	5%
Studiert noch	36%	56%	8%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	33%	62%	5%
Leitende(r) Angestellte(r)	44%	49%	7%
Andere(r) Angestellte(r)	34%	61%	5%
Sonstige Arbeiter	33%	60%	7%
Hausfrauen / Hausmänner	28%	63%	9%
Arbeitslos	24%	68%	8%
Rentner / Pensionäre	33%	57%	10%
Studenten	36%	56%	8%
<b>Links-Rechts Skala</b>			
(1-4) Links	37%	56%	7%
(5-6) Mitte	35%	58%	7%
(7-10) Rechts	37%	58%	5%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	37%	58%	5%
Eher nicht vertrauen	31%	61%	8%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	38%	56%	6%
Neutral	31%	60%	9%
Negativ	24%	67%	9%



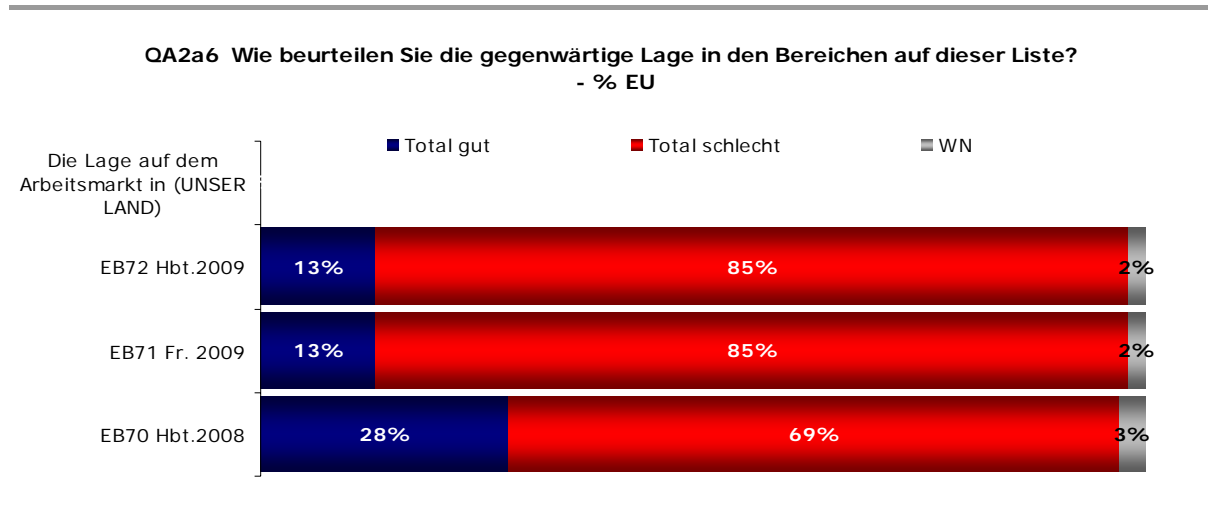
### 3.1.5 Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt

#### - Eine große Mehrheit der europäischen Bürger äußert sich unzufrieden in Bezug auf die Arbeitsmarktlage im eigenen Land -

Im Anschluss an die Analyse der Meinungen der europäischen Bürger über die Lage der Wirtschaft im eigenen Land, in der Europäischen Union sowie auf globaler Ebene ist auch die Analyse der Meinungen über die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt aufschlussreich. Dieses Thema steht in engem Zusammenhang mit den bereits untersuchten Fragen, hat aber noch direktere Auswirkungen auf die Befragten.

Eine sehr große Mehrheit der Befragten (85%) erklärt sich angesichts der Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land für unzufrieden<sup>26</sup>. Nur 13% sind entgegengesetzter Meinung. Diese Zahlen stimmen vollkommen mit jenen aus der Frühjahrsumfrage 2009 überein.

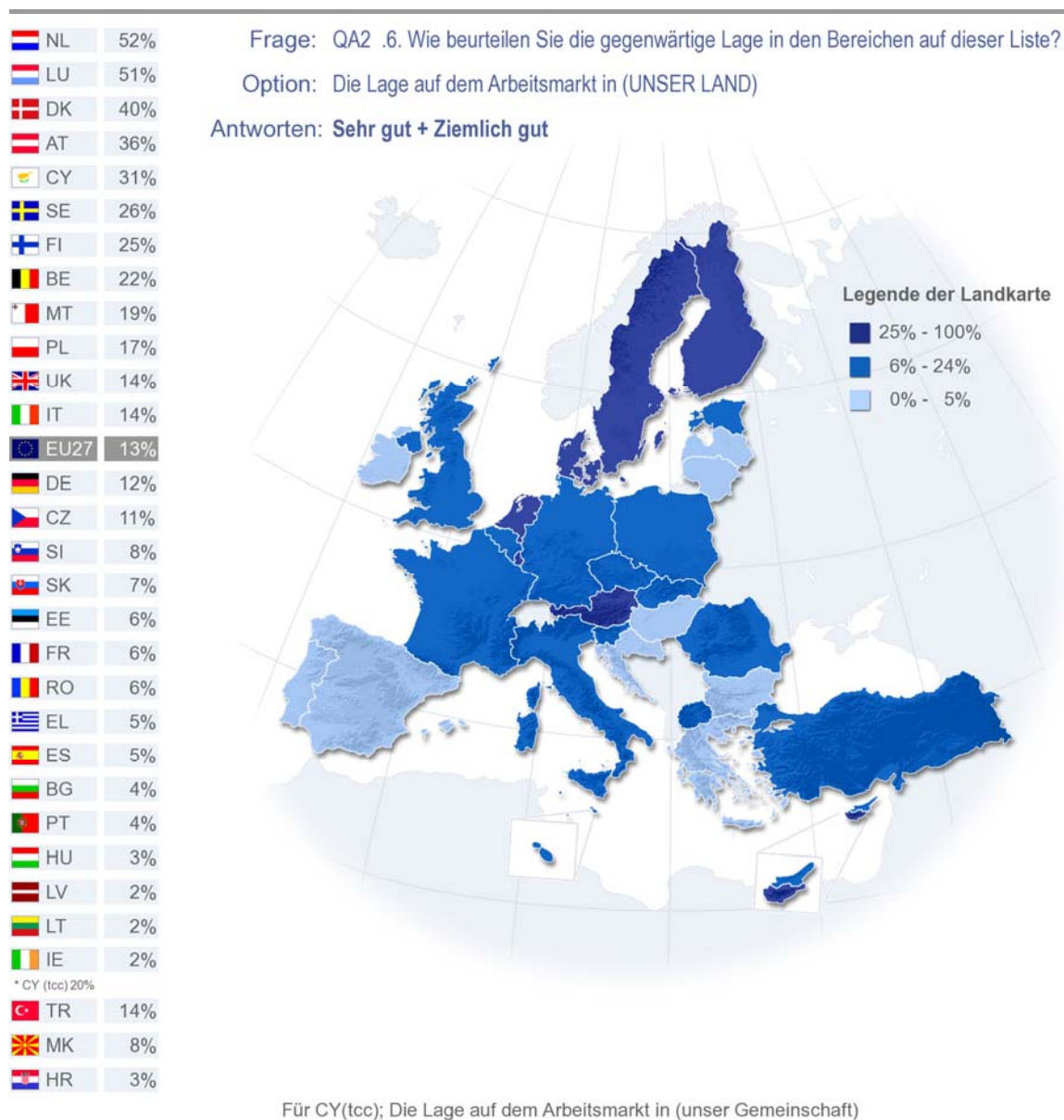
Wenngleich sich die europäischen Bürger angesichts der Wirtschaftslage heute optimistischer zeigen als noch vor sechs Monaten, so sind sie in Bezug auf die Lage am Arbeitsmarkt noch deutlich verhaltener. Auch wenn sie sich wohl bewusst sind, dass der Beginn eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs allmählich in Sicht ist, so scheinen sie von einer möglichen Besserung der Lage am Arbeitsmarkt noch nicht überzeugt zu sein. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zeigen deutlich das Vorhandensein einer realen Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und der Lage am Arbeitsmarkt.



Auch bei diesem Indikator ergeben sich beim Ländervergleich erhebliche Unterschiede: In nur zwei Mitgliedstaaten wird die Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land mehrheitlich positiv beurteilt, nämlich in den Niederlanden (52%) und in Luxemburg (51%). Vier von zehn Dänen, über ein Drittel der Österreicher (36%), 31% der Zyprioten und etwa ein Viertel der Schweden und der Finnen (jeweils 26% und 25%) teilen ebenfalls diese positive Meinung.

<sup>26</sup> QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 6. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)

Im Gegensatz hierzu wird von annähernd der Gesamtheit der Befragten der baltischen Länder (98% der Letten, 95% der Litauer und 92% der Esten), von 97% der Iren, 96% der Ungarn, 95% der Portugiesen, jeweils 94% der Griechen und der Spanier, jeweils 92% der Franzosen und der Slowaken sowie mehr als neun von zehn Bulgaren und Slowenen (jeweils 91%) die Lage am Arbeitsmarkt der jeweiligen Länder als negativ beurteilt. Unter den Befragten dieser Mitgliedstaaten sind auch jene zahlreich, die angesichts der Lage ihrer nationalen Wirtschaft dieselbe Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten.


































Die optimistischen Meinungen sind in Dänemark (-11 Punkte) sowie, in geringerem aber doch deutlichem Umfang, auf Zypern und Malta (jeweils -6 Punkte) stark rückläufig. Im Gegensatz hierzu ist bei den positiven Meinungen ein Anstieg um jeweils 6 Punkte in Österreich und Luxemburg zu verzeichnen.



**QA2.6 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**


**-Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)**

<b>% Sehr gut + Ziemlich gut</b>	<b>EB70 Hbt.2008</b>	<b>EB71 Fr.2009</b>	<b>EB72 Hbt.2009</b>	<b>Unt. Hbt.2009- Fr.2009</b>
 EU27	28%	13%	13%	=
 LU	44%	45%	51%	+6
 AT	61%	30%	36%	+6
 BE	39%	17%	22%	+5
 NL	88%	50%	52%	+2
 ES	10%	4%	5%	+1
 FR	10%	5%	6%	+1
 IT	13%	13%	14%	+1
 SE	48%	25%	26%	+1
 UK	30%	13%	14%	+1
 DE	41%	12%	12%	=
 LV	16%	2%	2%	=
 HU	5%	3%	3%	=
 EL	8%	6%	5%	-1
 LT	21%	3%	2%	-1
 PT	4%	5%	4%	-1
 RO	18%	7%	6%	-1
 FI	72%	26%	25%	-1
 BG	25%	6%	4%	-2
 EE	29%	8%	6%	-2
 IE	17%	4%	2%	-2
 SK	33%	9%	7%	-2
 SI	35%	11%	8%	-3
 CZ	43%	15%	11%	-4
 PL	37%	21%	17%	-4
 CY	52%	37%	31%	-6
 MT	45%	25%	19%	-6
 DK	91%	51%	40%	-11
CY (tcc)	34%	27%	20%	-7
 TR	11%	14%	14%	=
 MK	9%	8%	8%	=
 HR	11%	7%	3%	-4

Für CY(tcc); Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (Nicht von der Regierung der Republik Zypern)

Die Befragten in den Kandidatenländern teilen dieses Gefühl der Unzufriedenheit weitgehend: So wird von der überwiegenden Mehrheit der Kroaten (96%), 91% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 84% der Türken die Lage an ihrem heimischen Arbeitsmarkt als „schlecht“ beurteilt.

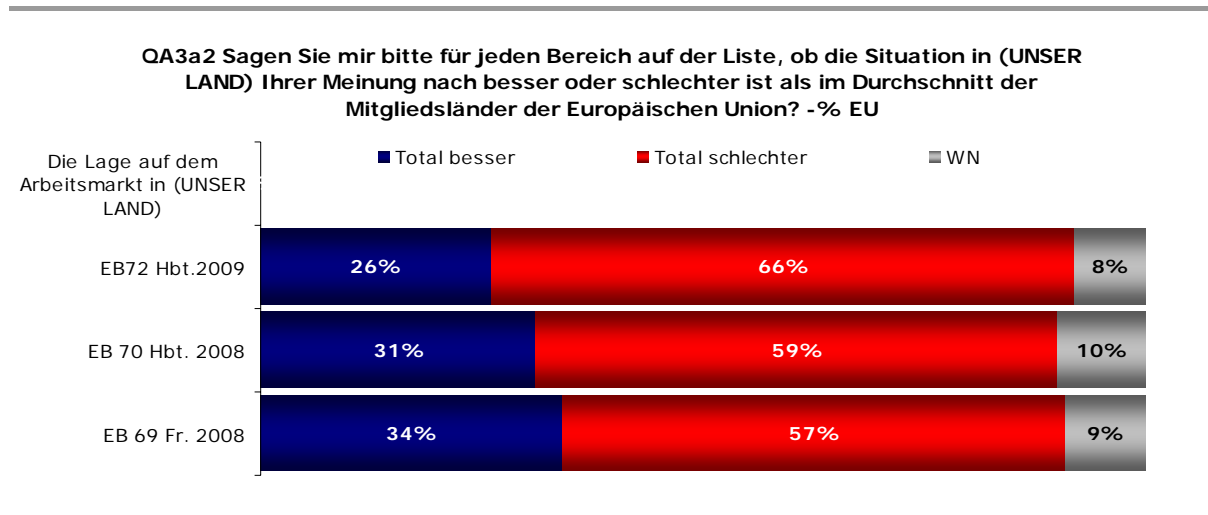
Die soziodemografische Analyse ergibt je nach Beschäftigungskategorie der Befragten einige Unterschiede: Ein Fünftel der Führungskräfte (20%) erklärt sich angesichts der Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land als zufrieden; dies im Vergleich zu 16% der Angestellten, 13% der Arbeiter und 8% der Arbeitslosen. Auch ist festzustellen, dass sich nahezu ein Viertel derjenigen Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren (23%), zufrieden zeigt. Dies im Vergleich zu nur 7% derjenigen, die sich demgegenüber am unteren Ende dieser Skala positionieren.

QA2a.6 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?			
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)			
	Total gut	Total schlecht	WN
EU27	13%	85%	2%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	14%	84%	2%
Leitende(r) Angestellte(r)	20%	80%	-
Andere(r) Angestellte(r)	16%	83%	1%
Sonstige Arbeiter	13%	86%	1%
Hausfrauen / Hausmänner	11%	88%	1%
Arbeitslos	8%	91%	1%
Rentner / Pensionäre	11%	86%	3%
Studenten	16%	80%	4%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	7%	91%	2%
Mitte (5-6)	12%	87%	1%
Hoch (7-10)	23%	76%	1%

### 3.1.6 Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt im Vergleich zum europäischen Durchschnitt

Wie angesichts der Ergebnisse zur letzten Frage nicht anders zu erwarten war, bestätigt der Vergleich der Lage am heimischen Arbeitsmarkt mit dem europäischen Durchschnitt den Trend zum Pessimismus. Zwei Drittel der befragten europäischen Bürger (66%) sind der Ansicht, dass die Situation in ihrem Land schlechter sei als die durchschnittliche Situation des Arbeitsmarktes in der EU27; das entspricht einem Zuwachs von 7 Punkten im Vergleich zum Vorjahr; ein Viertel (26%) hingegen schätzt die nationale Situation positiver ein (-5 Punkte)<sup>27</sup>.

Hier sind die Auswirkungen der Krise zu sehen: Während im Frühjahr 2008 (EB69) ein Drittel der Europäer (34%) der Meinung war, dass die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt besser sei als die Arbeitsmarktlage im europäischen Durchschnitt, so bringt heute nur noch etwa ein Viertel (26%) diese Meinung zum Ausdruck.

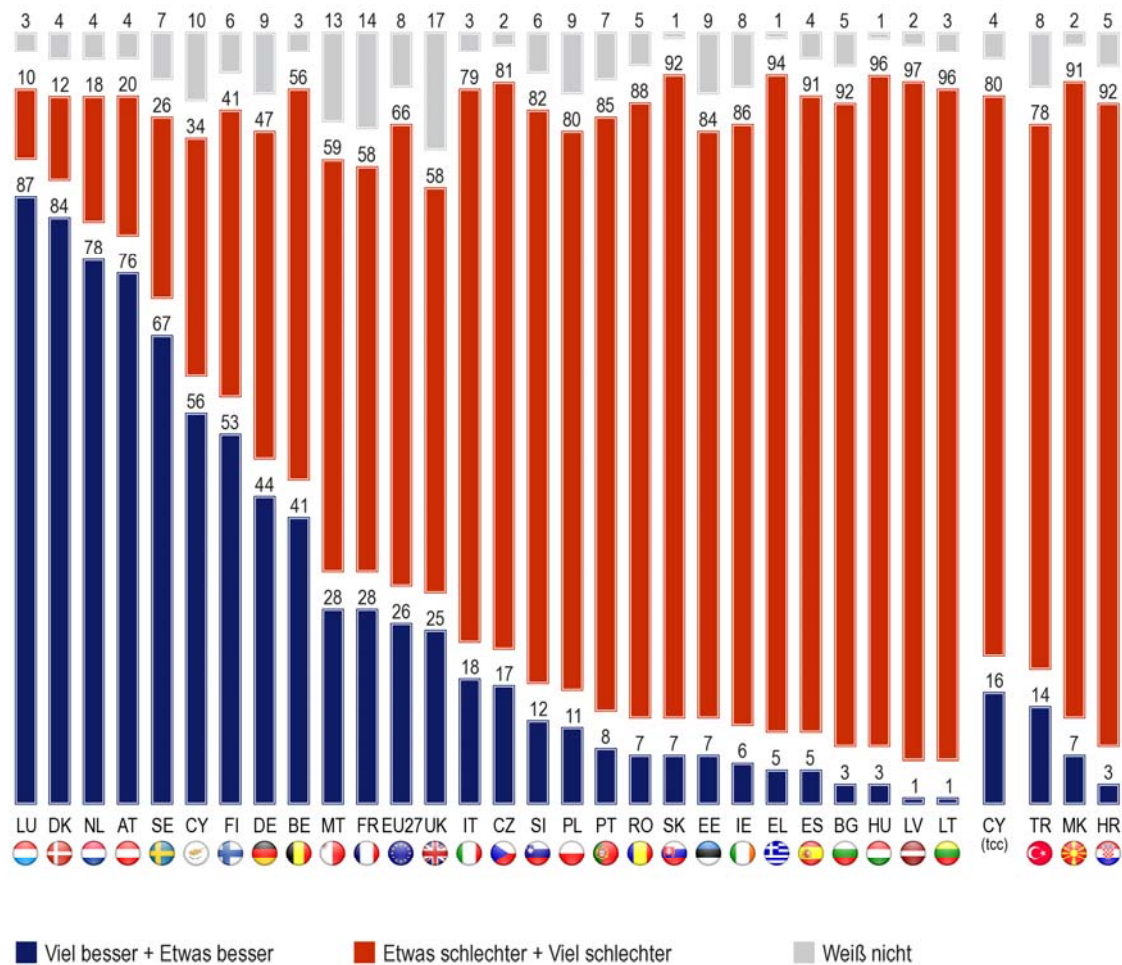


Die Luxemburger (87%), die Dänen (84%), die Niederländer (78%), die Österreicher (76%) und die Schweden (67%) sind mit großer Mehrheit der Meinung, dass die Lage am Arbeitsmarkt in ihrem eigenen Land günstiger ist als im europäischen Durchschnitt, während fast die Gesamtheit der Letten (97%), der Ungarn und der Litauer (jeweils 96%), der Griechen (94%), der Bulgaren und der Slowaken (jeweils 92%) sowie der Spanier (91%) sich gegenteilig äussern.

<sup>27</sup> QA3a Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? 2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND).

QA3 .2. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)



Für CY(tcc): Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in unserer Gemeinschaft

Nur in zwei Mitgliedstaaten ist für den Anteil Befragter, die die Lage am Arbeitsmarkt in ihrem Land für besser halten als jene des europäischen Durchschnitts, im Vergleich zum Herbst 2008 ein Zuwachs zu verzeichnen: Dies gilt für Luxemburg (+7 Punkte) und Frankreich (+4 Punkte). Umgekehrt gehen die Anteile der Befragten, die diese Meinung vertreten, in einigen Ländern mitunter deutlich zurück, und zwar um -22 Punkte in Irland, -20 Punkte in der Tschechischen Republik, -19 Punkte in Slowenien, -18 Punkte in Finnland, -16 Punkte in Belgien, -14 Punkte in Spanien, -13 Punkte in der Slowakei sowie -12 Punkte im Vereinigten Königreich.

Eine überwiegende Mehrheit der Befragten in den Kandidatenländern hält die Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land für weniger gut als die Lage im europäischen Durchschnitt: Dies gilt für 92% der Kroaten und 91% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie für über drei Viertel der Türken (78%).

Nahezu vier von zehn Führungskräften (39%) sind der Meinung, dass die Lage am Arbeitsmarkt in ihrem Land besser sei als im europäischen Durchschnitt, im Vergleich zu 27% der Angestellten, 26% der Arbeiter und 16% der Arbeitslosen. Ebenso erweist sich die Meinung über die Lage der nationalen Wirtschaft bei dieser Frage als entscheidend: Mehr als die Hälfte derjenigen, die angesichts der Lage der Wirtschaft in ihrem Land zufrieden sind (53%), halten die Lage am Arbeitsmarkt in ihrem Land ebenfalls für besser als die Lage im europäischen Durchschnitt, im Vergleich zu nur 17% derjenigen, die sich angesichts der Lage ihrer nationalen Wirtschaft für unzufrieden erklären.

### 3.2 Die Erwartungen an die Zukunft

#### **- Auf nationaler, europäischer und globaler Ebene gibt es hohe Erwartungen hinsichtlich der Wirtschaftslage und der Lage am Arbeitsmarkt -**

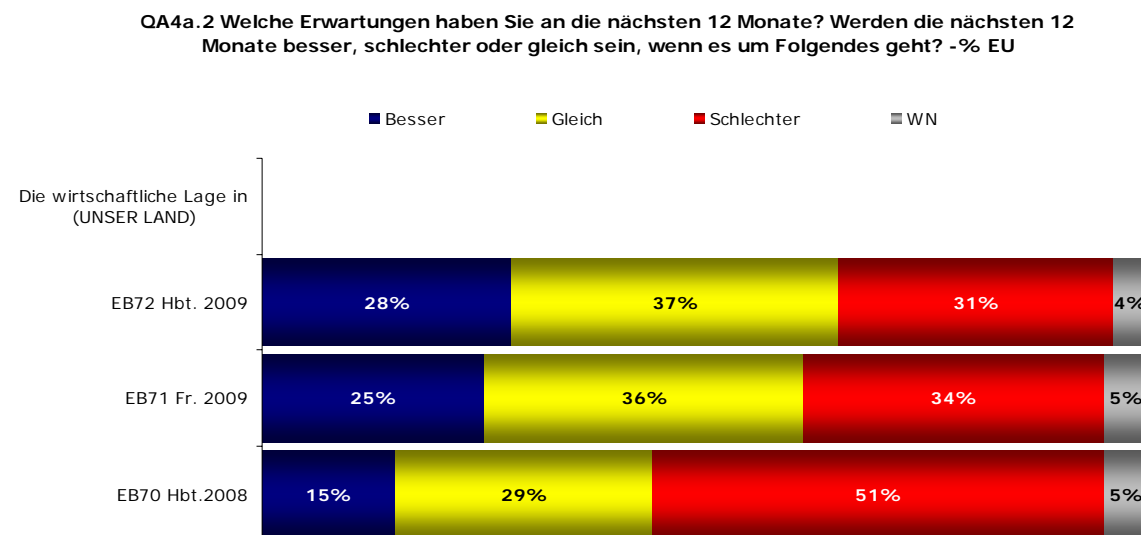
Auch wenn sich die Bürger der 27 Mitgliedstaaten der EU angesichts der Wirtschafts- und Beschäftigungslage in ihrem Land mehrheitlich für unzufrieden erklären, so zeigen sie sich in Bezug auf ihre positiven Erwartungen an die nahe Zukunft dennoch etwas optimistischer als im Frühjahr 2009.

#### **3.2.1 Die nationale Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten**

Die europäischen Bürger zeigen sich angesichts der Zukunft der Wirtschaftslage ihres Landes geteilter Meinung: So erwartet die relative Mehrheit der Befragten (37%) in den nächsten 12 Monaten keinerlei Veränderung, im Vergleich zu 28%, die von einer Verbesserung ausgehen, und 31%, die eine Verschlechterung befürchten<sup>28</sup>.

Der Anteil der europäischen Bürger, die ihren Optimismus zum Ausdruck bringen, ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 um +3 Punkte gestiegen; auch der Anteil derjenigen, die keinerlei Veränderung erwarten, hat um 1 Prozentpunkt zugenommen, während der Anteil der Pessimisten um 3 Punkte zurückgegangen ist.

Erst im Vergleich zu den Ergebnissen der Herbstumfrage 2008 (EB70) zeigt sich mit dem Anstieg der positiven Meinungen (+13 Punkte) und dem Rückgang der negativen Meinungen (-20 Punkte) das Ausmaß der Veränderungen.



<sup>28</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 2. Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)
































Der Anteil Befragter, die in den nächsten 12 Monaten eine Verbesserung der Lage ihrer nationalen Wirtschaft erwarten, liegt in acht der 27 Mitgliedstaaten über dem Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung befürchten. Dennoch ist in mehr als zwei Drittel der Mitgliedstaaten (19 von 27) eine pessimistische Meinung vorherrschend.

Die Schweden (61% erwarten eine Verbesserung), die Dänen (45%) sowie die Briten und die Niederländer (jeweils 42%) zeigen sich mit Abstand am optimistischsten angesichts der Zukunft ihrer nationalen Wirtschaftslage.

Am pessimistischsten sind die Litauer (55%), die Iren (54%) sowie die Zyprioten und die Ungarn (jeweils 53%). Auch 48% der Letten, 45% der Rumänen und 43% der Tschechen behaupten, dass sich die Lage der nationalen Wirtschaft ihrer Ansicht nach innerhalb des nächsten Jahres verschlechtern wird.

Um eine möglichst genaue Erfassung der Erwartungstrends der europäischen Bürger zu ermöglichen, wurde auch hier der Index zur Ermittlung der Differenz zwischen den positiven Antworten, die eine „Verbesserung“ und den negativen Antworten, die eine „Verschlechterung“ erwarten, angewandt. Die Differenz zwischen den Indizes der Eurobarometer-Umfrage EB72 und jenen des Eurobarometer EB71 vom Frühjahr 2009 verschafft uns einen kompletten Überblick über die Länderentwicklungen: So ist diese Differenz in 18 Mitgliedstaaten positiv, was bedeutet, dass sich die optimistischen Erwartungen angesichts der Lage der nationalen Wirtschaft in diesen Ländern verbessert haben. Dies gilt insbesondere für die Niederlande (+41), Estland (+28), Griechenland (+23), Österreich (+21), Schweden (+19) sowie in geringerem Maße für Portugal (+15), Dänemark und Luxemburg (jeweils +14 Punkte), für die Slowakei und das Vereinigte Königreich (jeweils +13 Punkte) sowie für Finnland (+10 Punkte). Die Differenz zwischen den Indizes der Eurobarometer EB72 und EB71 fällt dagegen in acht Mitgliedstaaten, darunter Malta (-18 Punkte), Zypern (-13 Punkte) und Litauen (-12 Punkte), negativ aus. In Italien schließlich bleibt der Index unverändert.

**QA4.2 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**-Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)**

		<b>EB71 Fr.2009 Besser - Schlechter</b>	<b>EB72 Hbt.2009 Besser - Schlechter</b>	<b>UNT. Hbt.2009- Fr.2009</b>
	EU27	-9	-3	+6
	NL	-28	+13	+41
	EE	-20	+8	+28
	EL	-37	-14	+23
	AT	-13	+8	+21
	SE	+31	+50	+19
	PT	-29	-14	+15
	DK	+16	+30	+14
	LU	-15	-1	+14
	SK	-34	-21	+13
	UK	+9	+22	+13
	FI	+1	+11	+10
	DE	-11	-3	+8
	FR	-4	+4	+8
	PL	-12	-4	+8
	BG	-22	-15	+7
	LV	-42	-36	+6
	BE	-13	-8	+5
	HU	-40	-39	+1
	IT	-8	-8	0
	CZ	-24	-25	-1
	SI	-11	-13	-2
	ES	-1	-6	-5
	RO	-22	-29	-7
	IE	-30	-38	-8
	LT	-29	-41	-12
	CY	-29	-42	-13
	MT	+7	-11	-18
	CY (tcc)	-14	-31	-17
	MK	-8	-3	+5
	TR	-14	-21	-7
	HR	-37	-46	-9

Für CY(tcc); Die wirtschaftliche Lage in (Nicht von der  
Regierung der Republik Zypern  
kontrollierter Landesteil)






In Kroatien (-9 Punkte) und der Türkei (-7 Punkte) haben sich die Erwartungen der europäischen Bürger verschlechtert; deutlich verbessert dagegen haben sie sich in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+5 Punkte).

Schließlich ist zwischen Frühjahr und Herbst 2009 eine deutliche Verschlechterung der Erwartungen angesichts der Wirtschaftslage in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu verzeichnen: Hier ist der Index zwischen den beiden Umfragen in der Tat um 17 Punkte gesunken.

Die einzige Altersgruppe, die sich angesichts der Entwicklung der Lage ihrer nationalen Wirtschaft in der näheren Zukunft mehrheitlich für optimistisch erklärt, sind die 15- bis 24-Jährigen, von denen 36% Optimismus bekunden, im Vergleich zu nur 23% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, die diese Meinung teilen.

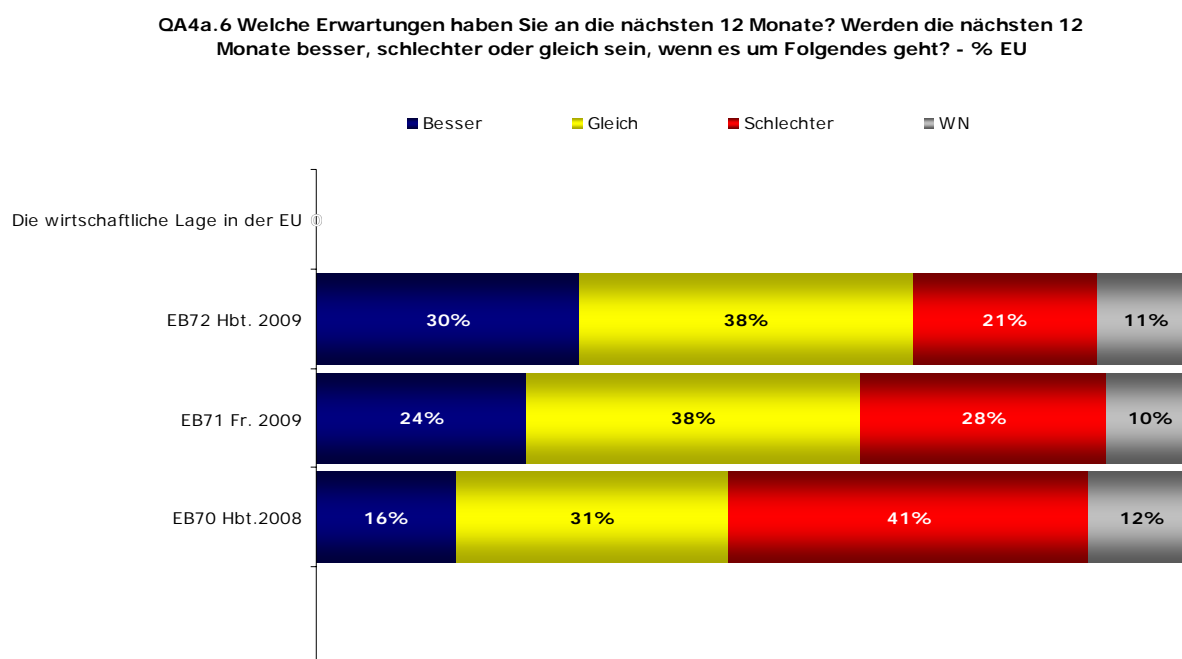
Was die Beschäftigungskategorien betrifft, sind die Führungskräfte die einzige Kategorie, die mehrheitlich Optimismus an den Tag legt: 40% von ihnen gehen in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung der Wirtschaftslage in ihrem Land aus; diese Meinung wird von 31% der Angestellten und 27% der Arbeiter geteilt. Mehr als ein Drittel der Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren (36%), erwartet in den nächsten 12 Monaten eine Verbesserung der Lage der nationalen Wirtschaft, im Vergleich zu nur einem Fünftel (20%) derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren.

**QA4a.2 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)**

	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	28%	31%	37%	4%
<b>Geschlecht</b>				
 Männlich	30%	30%	36%	4%
Weiblich	27%	31%	38%	4%
<b>Alter</b>				
 15-24	36%	23%	35%	6%
25-39	33%	29%	35%	3%
40-54	27%	33%	37%	3%
55 +	23%	32%	40%	5%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
 Selbständig	30%	31%	35%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	40%	27%	31%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	31%	30%	37%	2%
Sonstige Arbeiter	27%	31%	38%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	22%	33%	40%	5%
Arbeitslos	26%	34%	34%	6%
Rentner / Pensionäre	22%	32%	41%	5%
Studenten	39%	22%	33%	6%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>				
Niedrig (1-4)	20%	37%	37%	6%
Mitte (5-6)	29%	29%	38%	4%
Hoch (7-10)	36%	27%	35%	2%
<b>Vertrauen in die EU</b>				
Eher vertrauen	34%	26%	37%	3%
Eher nicht vertrauen	23%	37%	36%	4%

### 3.2.2 Die Lage der europäischen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten

Während die europäischen Bürger mehrheitlich das Gefühl haben, dass die wirtschaftliche und soziale Situation in ihrem Land im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten schlechter ist, so zeigen sie sich angesichts ihrer Erwartungen an die nahe Zukunft geteilter Meinung: nahezu ein Drittel der Befragten (30%) ist der Meinung, dass sich die Lage der europäischen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten verbessern wird; ein Fünftel der Befragten (21%) geht von einer Verschlechterung der Lage aus, und fast vier von zehn Befragten (38%) erwarten keinerlei Veränderung<sup>29</sup>.



Im Vergleich zum Frühjahr 2009 ist für den Anteil der optimistischen Meinungen ein Anstieg um 6 Prozentpunkte zu verzeichnen, bei einem gleichzeitigen deutlichen Rückgang der pessimistischen Meinungen um -7 Punkte. Der Anteil der Befragten, die in den kommenden 12 Monaten von keinerlei Veränderung ausgehen, ist gleich geblieben. Somit ist im Vergleich zum Frühjahr 2009 eine Umkehr des Verhältnisses zwischen Pessimisten und Optimisten festzustellen, wobei letztere mittlerweile zahlreicher sind als diejenigen, die in den nächsten 12 Monaten von einer Verschlechterung der Lage ausgehen. Der Meinungsaufschwung wird beim Vergleich mit den Ergebnissen der Herbstumfrage 2008 (EB70) noch deutlicher, wobei der Anteil der optimistischen Meinungen um 14 Prozentpunkte (von 16% auf 30%) zugenommen hat, während der Anteil der pessimistischen Meinungen drastisch zurückgegangen ist (von 41% auf 21%; - 20 Punkte). Der Anteil derjenigen Befragten schließlich, die in den nächsten 12 Monaten keinerlei Veränderung erwarten, ist um 7 Prozentpunkte (von 31% auf 38%) gestiegen.

<sup>29</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 6. Die wirtschaftliche Lage in der EU.
































Am optimistischsten zeigen sich die Befragten in Schweden und Estland: In diesen beiden Ländern gehen 46%, bzw. 45% der Befragten von einer Verbesserung der europäischen Wirtschaftslage aus. Diese Meinung teilen mehr als vier von zehn Litauer und Letten (jeweils 42%) sowie 40% der Spanier. Insgesamt überwiegt in 17 von 27 Mitgliedstaaten der Anteil der optimistischen Meinungen im Vergleich zu jenem der pessimistischen Meinungen.

Umgekehrt gehen fast vier von zehn Befragten in Luxemburg (39%) in den nächsten 12 Monaten von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Europäischen Union aus; dies gilt ebenfalls für jeweils über ein Drittel der Befragten in Ungarn und in Belgien (35%, bzw. 34%) sowie 32% in Irland und 31% in Österreich.

Wenn wir die beiden Indizes miteinander vergleichen, wird erkennbar, dass sich die Erwartungen angesichts der Lage der europäischen Wirtschaft in allen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Malta, wo keinerlei Veränderung des Meinungstrends zu verzeichnen ist, verbessert haben.

Besonders ausgeprägt ist die Verbesserung in den Niederlanden (+46 Punkte). In den folgenden Ländern ist ebenfalls ein deutlicher Aufschwung zu verzeichnen: Griechenland (+28), Luxemburg (+25), Finnland und Schweden (jeweils +22 Punkte), sowie Estland, Österreich und das Vereinigte Königreich (jeweils +21 Punkte).

**QA4.6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**- Die wirtschaftliche Lage in der EU**

	EB71 Fr.2009 Besser - Schlechter	EB72 Hbt.2009 Besser - Schlechter	UNT. Hbt.2009- Fr.2009
 EU27	-4	+9	+13
 NL	-39	+7	+46
 EL	-24	+4	+28
 LU	-33	-8	+25
 FI	-13	+9	+22
 SE	+10	+32	+22
 EE	+15	+36	+21
 AT	-20	+1	+21
 UK	+1	+22	+21
 LV	+13	+32	+19
 DK	-2	+15	+17
 SK	-17	=	+17
 BG	+7	+23	+16
 FR	-7	+9	+16
 PT	-19	-4	+15
 CY	-19	-6	+13
 LT	+11	+24	+13
 BE	-13	-3	+10
 DE	-15	-5	+10
 CZ	-13	-4	+9
 IE	-16	-7	+9
 PL	+7	+14	+7
 RO	+6	+13	+7
 SI	-2	+4	+6
 ES	+15	+20	+5
 IT	-5	=	+5
 HU	-14	-10	+4
 MT	+13	+13	=
CY (tcc)	+6	+2	-4
 HR	-12	=	+12
 MK	+18	+28	+10
 TR	-1	+7	+8

Der Optimismus angesichts der Zukunft variiert je nach dem soziodemografischen und ideologischen Profil der Befragten: So zeigen sich die Männer (34%), die Befragten der jüngsten Altersgruppe (38% der 15- bis 24-Jährigen) und die Führungskräfte (40%) deutlich optimistischer als die Frauen (26%), die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (24%) sowie die Arbeiter und Angestellten (jeweils 28% und 32%).





Die Befragten der jüngsten Altersgruppe stellen hier unabhängig vom untersuchten Thema ihren großen Optimismus angesichts der Zukunft unter Beweis. Dieser Optimismus nimmt jedoch mit steigendem Alter allmählich ab, und das in allen abgefragten Bereichen. Ebenso bringen diejenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (36%) sowie diejenigen, die sich eher der politischen Rechten zurechnen (34%), häufiger ihren Optimismus zum Ausdruck als diejenigen, die ihre schulische Ausbildung bereits vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (22%) und diejenigen, die sich der politischen Linken zurechnen (29%).

Auch andere Kriterien hinsichtlich der Kenntnis der Befragten über die Europäische Union und die Haltung, die sie ihr gegenüber einnehmen, spielen bei den Ergebnissen zu dieser Frage eine Rolle. So sind die objektiven Kenntnisse über die Europäische Union<sup>30</sup> ein wesentlicher Faktor: 35% der Befragten, die erklären, dass sie gute objektive Kenntnisse über die EU haben, zeigen sich optimistisch, im Vergleich zu 20% derjenigen, die keine guten objektiven Kenntnisse von ihr haben. Auch das Bild, das sich die Befragten von der Europäischen Union machen, ist hier ein entscheidender Faktor, d.h. je positiver dieses Bild, desto eher neigen die Befragten zu einer Haltung des Optimismus angesichts der Zukunft (38%, im Vergleich zu 19% derjenigen, die sich ein negatives Bild von der EU machen).

---

<sup>30</sup> Die objektiven Kenntnisse über die Europäische Union werden auf der Grundlage einer „Quiz“-Frage errechnet, wobei den Befragten vier Aussagen vorgelegt werden, zu denen sie entscheiden müssen, ob sie richtig oder falsch sind. Wenn der Befragte keine der vier Fragen korrekt beantwortet hat, wird er der Kategorie „schlechte objektive Kenntnisse über die EU“ zugeordnet. In der Kategorie „durchschnittliche objektive Kenntnisse über die EU“ sind diejenigen zusammengefasst, die eine oder zwei korrekte Antworten gegeben haben, und in der Kategorie „gute objektive Kenntnisse über die EU“ sind schließlich diejenigen zusammengefasst, die drei, wenn nicht sogar alle vier der Fragen korrekt beantwortet haben.

**QA4a.6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**Die wirtschaftliche Lage in der EU**

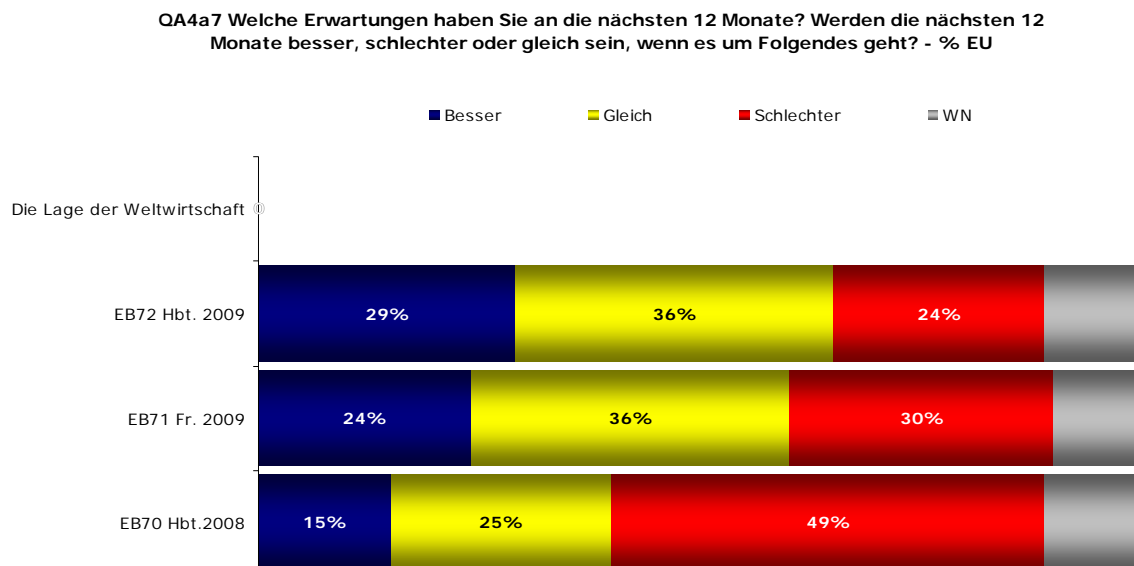
	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	30%	21%	38%	11%
<b>Geschlecht</b>				
 Männlich	34%	21%	37%	8%
Weiblich	26%	22%	38%	14%
<b>Alter</b>				
 15-24	38%	15%	35%	12%
25-39	34%	20%	38%	8%
40-54	28%	23%	38%	11%
55 +	24%	24%	39%	13%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
 15-	22%	24%	39%	15%
16-19	28%	22%	39%	11%
20+	36%	21%	36%	7%
Studiert noch	41%	14%	34%	11%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
 Selbständig	33%	22%	37%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	40%	20%	33%	7%
Andere(r) Angestellte(r)	32%	23%	39%	6%
Sonstige Arbeiter	28%	21%	40%	11%
Hausfrauen / Hausmänner	24%	23%	40%	13%
Arbeitslos	28%	24%	35%	13%
Rentner / Pensionäre	23%	23%	40%	14%
Studenten	41%	14%	34%	11%
<b>Links-Rechts Skala</b>				
(1-4) Links	29%	25%	37%	9%
(5-6) Mitte	31%	21%	38%	10%
(7-10) Rechts	34%	22%	36%	8%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>				
Niedrig (1-4)	24%	24%	38%	14%
Mitte (5-6)	30%	21%	39%	10%
Hoch (7-10)	36%	20%	37%	7%
<b>Bild der EU</b>				
Positiv	38%	17%	36%	9%
Neutral	23%	22%	42%	13%
Negativ	19%	34%	37%	10%
<b>EU-Wissen</b>				
Schlecht	20%	21%	37%	22%
Durchschnitt	30%	21%	39%	10%
Gut	35%	23%	36%	6%

### 3.2.3 Die Lage der Weltwirtschaft in den nächsten 12 Monaten

Drei von zehn der europäischen Bürger gehen von einer Verbesserung der Lage der Weltwirtschaft in den nächsten 12 Monaten aus (29%), während ein Viertel der Befragten gegenteiliger Meinung ist (24%) und über ein Drittel (36%) von keinerlei Veränderung in dieser Hinsicht ausgeht<sup>31</sup>. Dabei ist im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ein Meinungsaufschwung festzustellen, denn bei dieser Umfrage hatte nur knapp ein Viertel der Befragten (24%) eine optimistische Sichtweise angesichts der Entwicklung der Lage der Weltwirtschaft zum Ausdruck gebracht. Dies im Vergleich zu nahezu drei von zehn Befragten heute, was einem Zuwachs von +5 Prozentpunkte entspricht.

Demgegenüber hat der Anteil der pessimistischen Meinungen um 6 Prozentpunkte (von 30% auf 24%) abgenommen. Auch hier wird der Meinungsaufschwung im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 (EB70) noch offensichtlicher: der Anteil der optimistischen Meinungen hat im Vergleich zu dieser Umfrage um 14 Prozentpunkte (von 15% auf 29%) zugenommen, während jener der pessimistischen Meinungen um die Hälfte (von 49% auf 24%, um -25 Punkte) abgenommen und der Anteil der Befragten, die auf einen „Status Quo“ setzen, um 11 Prozentpunkte (von 25% auf 36%) zugenommen hat.

Wie wir bereits in dem vorhergehenden Abschnitt hinsichtlich der europäischen Wirtschaftslage feststellen konnten, ist auch zum Thema der Entwicklung der Lage der Weltwirtschaft im Vergleich zum Frühjahr 2009 eine Umkehr des Verhältnisses Pessimisten/Optimisten festzustellen.


































<sup>31</sup> QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 7. Die Lage der Weltwirtschaft

Die Befragten in den baltischen Mitgliedstaaten gehören zu den optimistischsten Bürgern: 47% der Letten, 44% der Litauer und 43% der Esten gehen in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung der Lage der Weltwirtschaft aus. Dies trifft auch für die Schweden zu (46%). Demgegenüber befürchten mehr als vier von zehn Luxemburgern und Zypern (44%, bzw. 41%), 39% der Belgier und jeweils ein Drittel der Ungarn und der Griechen (jeweils 34%) sowie der Niederländer (33%) eine Verschlechterung der Lage der Weltwirtschaft in den nächsten 12 Monaten.

Was die Entwicklung der europäischen Meinungen im Vergleich zur vorherigen Umfrage betrifft, so ist in allen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Zypern, wo keinerlei Veränderung des Meinungstrends festzustellen ist, eine positive Meinungsentwicklung zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt ist dieser Meinungsaufschwung angesichts der Lage der Weltwirtschaft in den Niederlanden (+36 Punkte), aber auch in Bulgarien, Griechenland, Litauen und Österreich (jeweils +22 Punkte), sowie in Estland und Luxemburg (jeweils +21), in Finnland und in Schweden (+20).



**QA4.7 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein,  
wenn es um Folgendes geht?  
- Die Lage der Weltwirtschaft**

	<b>EB71 Fr.2009 Besser - Schlechter</b>	<b>EB72 Hbt.2009 Besser - Schlechter</b>	<b>UNT. Hbt.2009- Fr.2009</b>
 EU27	-6	+5	+11
 NL	-35	+1	+36
 BG	+3	+25	+22
 EL	-31	-9	+22
 LT	+11	+33	+22
 AT	-20	+2	+22
 EE	+13	+34	+21
 LU	-36	-15	+21
 FI	-10	+10	+20
 SE	+8	+28	+20
 DK	-2	+16	+18
 SK	-23	-5	+18
 LV	+19	+36	+17
 UK	=	+16	+16
 FR	-9	+5	+14
 PT	-19	-6	+13
 DE	-13	-4	+9
 ES	+7	+16	+9
 BE	-16	-8	+8
 CZ	-12	-4	+8
 IE	-10	-2	+8
 PL	+4	+11	+7
 RO	+3	+10	+7
 SI	-3	+3	+6
 HU	-11	-6	+5
 IT	-8	-5	+3
 MT	+8	+9	+1
 CY	-30	-30	=
CY (tcc)	-4	-13	-9
 MK	+13	+23	+10
 HR	-14	-4	+10
 TR	-4	-3	+1

Die Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (38%) zeigt sich angesichts der Entwicklung der Lage der Weltwirtschaft optimistisch, während die Mehrheit der Kroaten und der Türken (jeweils 36% und 31%) keinerlei Veränderung in dieser Hinsicht erwartet.

Bei der soziodemografischen Analyse stimmen die Ergebnisse mit jenen überein, die bereits zuvor zum Thema der Entwicklung der Lage der europäischen Wirtschaft festgestellt wurden, d.h. am optimistischsten zeigen sich die Männer, die Befragten der jüngsten Altersgruppe und diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau.

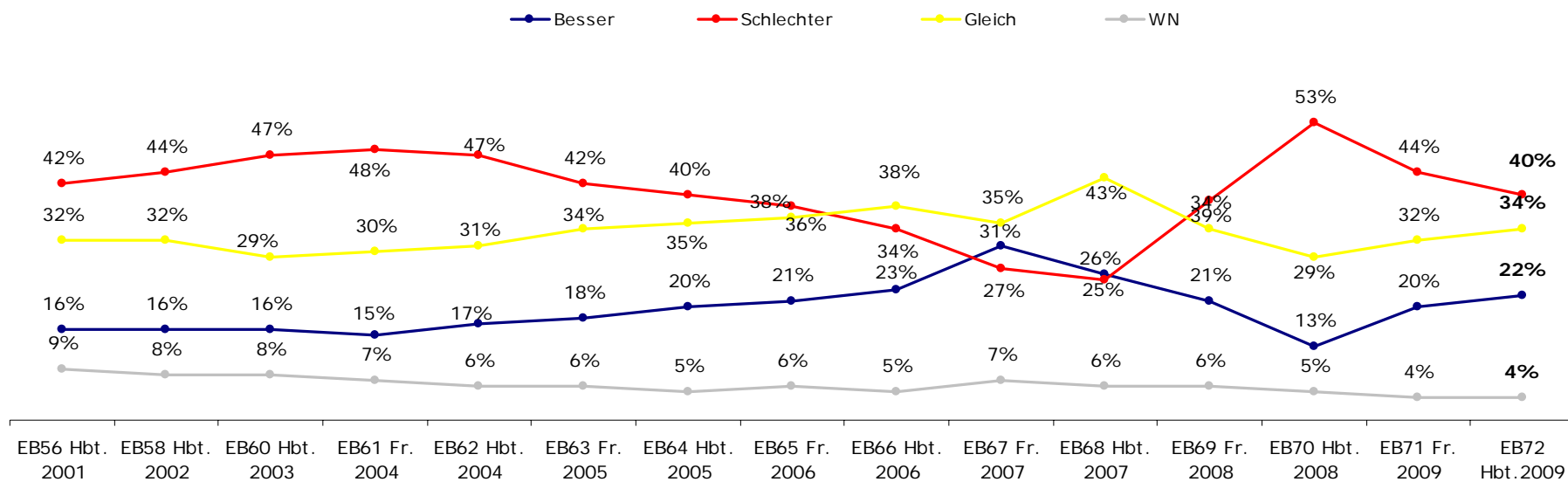
### ***3.2.4 Die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt in den nächsten 12 Monaten***

Die Erwartungen der europäischen Bürger angesichts der Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land hängen verständlicherweise eng mit ihren Erwartungen an die Entwicklung der nationalen Wirtschaft zusammen. So geht mehr als ein Fünftel der Befragten (22%) von einer Verbesserung der Lage aus, ein Drittel (34%) erwartet keinerlei Veränderung (34%) und ein größerer Anteil der Befragten (40%) befürchtet eine Verschlechterung. Auch hier ist beim Anteil der optimistischen Meinungen im Vergleich zum Frühjahr 2009 ein leichter Zuwachs (+2 Punkte) zu verzeichnen, ebenso wie beim Anteil der Befragten, die von einer unveränderten Lage ausgehen (+2 Punkte), während der Anteil der pessimistischen Meinungen zurückgegangen ist (-4 Punkte).

Wenngleich seit der Frühjahrsumfrage 2008 der Anteil der pessimistischen Meinungen überwiegt, ist er seit dem Höchststand vom Herbst 2008 mittlerweile wieder rückläufig, so dass sich aufgrund der Annäherung der beiden Kurven, die die optimistische, bzw. pessimistische Haltung veranschaulichen, eine mögliche Kreuzung dieser beiden Kurven in der Zukunft absehen lässt.

QA4.4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND) - %EU


































Festzustellen ist, dass die einzigen, die sich entschieden optimistisch zeigen, die Befragten aus den skandinavischen Ländern und die Briten sind: fast die Hälfte der Befragten in Schweden (47%), 36% der Befragten in Dänemark und 33% der Befragten im Vereinigten Königreich gehen von einer Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land aus. Die Länderergebnisse konvergieren zum großen Teil mit jenen zur Frage über die Entwicklung der nationalen Wirtschaftslage. So zeigen sich die Esten und die Finnen (jeweils 30%) sowie die Luxemburger und die Niederländer (jeweils 29%) am optimistischsten, während die Litauer (63%), die Iren (60%), die Ungarn (58%) und die Zyprioten (57%) am häufigsten eine Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt in ihrem Land befürchten.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage ist in 16 Mitgliedstaaten ein Meinungsaufschwung in Bezug auf die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt auf nationaler Ebene zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt ist dieser in den Niederlanden (+39 Punkte für den Index), in Griechenland (+24), Estland (+23), Schweden (+22) und Dänemark (+20). Im Gegensatz hierzu ist die Differenz der Indizes in 11 Mitgliedstaaten negativ, was auf eine Verschlechterung des Meinungstrends hinweist. So beträgt diese Differenz -14 Punkte für Litauen und jeweils -13 Punkte für Rumänien und für Malta.

**QA4.4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein,  
wenn es um Folgendes geht?**

**-Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)**

	<b>EB71 Fr.2009 Besser- Schlechter</b>	<b>EB72 Hbt.2009 Besser- Schlechter</b>	<b>UNT. Hbt.2009- Fr.2009</b>
 EU27	-24	-18	+6
 NL	-56	-17	+39
 EL	-44	-20	+24
 EE	-30	-7	+23
 SE	+3	+25	+22
 DK	-15	+5	+20
 UK	-13	+4	+17
 LU	-31	-17	+14
 AT	-24	-10	+14
 PT	-37	-25	+12
 SK	-46	-34	+12
 FI	-21	-9	+12
 BE	-30	-19	+11
 FR	-20	-11	+9
 DE	-38	-31	+7
 LV	-42	-38	+4
 PL	-19	-15	+4
 BG	-33	-34	-1
 CZ	-32	-34	-2
 HU	-44	-46	-2
 IT	-13	-17	-4
 IE	-42	-47	-5
 ES	-7	-12	-5
 CY	-44	-49	-5
 SI	-16	-23	-7
 MT	=	-13	-13
 RO	-27	-40	-13
 LT	-38	-52	-14
CY (tcc)	-18	-27	-9
 MK	-20	-15	+5
 TR	-23	-29	-6
 HR	-37	-57	-20

Für CY(tcc);Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (Nicht von der  
Regierung der Republik Zypern  
kontrollierter Landesteil)

Die Befragten in Kroatien zeigen sich angesichts der Perspektiven, die sich bezüglich der Arbeitsmarktlage im eigenen Land ergeben, besonders pessimistisch: ihre Erwartungen haben sich im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 sogar drastisch verschlechtert (Rückgang des Indexes um 20 Punkte auf -57). In der Türkei haben sich die Erwartungen der Befragten ebenfalls verschlechtert (-6 Punkte), wenn auch nur in geringerem Umfang. Im Gegensatz hierzu ist in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ein Meinungsaufschwung um +5 Punkte zu verzeichnen.

Wie bereits zuvor in Bezug auf die Erwartungen der europäischen Bürger angesichts der anderen abgefragten Bereiche beschrieben, zeigen die Befragten der jüngsten Altersgruppe und diejenigen mit dem höchsten Bildungsabschluss den stärksten Optimismus. 30% der Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren erwarten eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land, im Vergleich zu 17% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Außerdem äußern sich 26% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, optimistisch, im Vergleich zu knapp einem Fünftel derjenigen, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (18%). Schließlich zeigt sich ein Viertel der Arbeitslosen (24%) optimistisch. Dieser Anteil ist vergleichbar mit jenem der Angestellten (24%) und der Arbeiter (23%), während der Anteil der Führungskräfte, die sich optimistisch äußern, geringfügig größer ist (28%).

**QA4a.4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**  
**-Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)**

	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	22%	40%	34%	4%
<b>Alter</b>				
15-24	30%	30%	35%	5%
25-39	26%	38%	33%	3%
40-54	21%	43%	33%	3%
55 +	17%	44%	34%	5%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	18%	43%	34%	5%
16-19	21%	42%	33%	4%
20+	26%	38%	33%	3%
Studiert noch	31%	28%	35%	6%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
Selbständig	23%	42%	32%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	28%	38%	32%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	24%	38%	35%	3%
Sonstige Arbeiter	23%	40%	33%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	18%	43%	34%	5%
Arbeitslos	24%	41%	30%	5%
Rentner / Pensionäre	17%	43%	35%	5%
Studenten	31%	28%	35%	6%

### 3.3 Die größten nationalen Sorgen

***- Die Arbeitslosigkeit steht nach wie vor weitgehend an der Spitze der nationalen Sorgen der europäischen Bürger -***

Nachdem wir die wichtigsten Probleme untersucht haben, mit denen sich die europäischen Bürger persönlich konfrontiert sehen, wenden wir uns im folgenden Abschnitt den Sorgen der Europäer auf nationaler Ebene zu.

Die Arbeitslosigkeit wird von den vierzehn abgefragten Bereichen, die den Befragten vorgelegt wurden<sup>32</sup>, von der Hälfte der Bürger (51%) als eines der beiden Hauptprobleme, mit denen ihr Land konfrontiert sei, bezeichnet. Als zweitgrößtes Problem wird die Lage der Wirtschaft genannt. Vier von zehn Befragten (40%) sind der Ansicht, dass sie eine der beiden wichtigsten Herausforderungen sei, mit denen das eigene Land zurzeit konfrontiert ist.

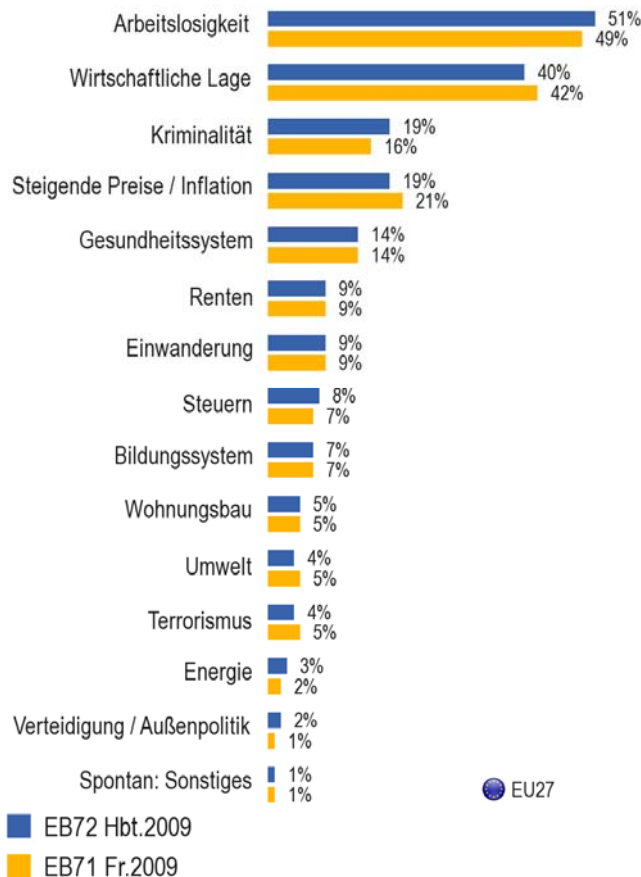
An dritter Stelle steht die Kriminalität, auf gleicher Stufe mit der Inflation/den steigenden Preisen (jeweils 19%), gefolgt vom Gesundheitssystem (14%) und den Renten, die von einem gleich großen Anteil wie die Einwanderung (jeweils 9%) genannt wird. Als nächstes wählen die europäischen Bürger die Steuern (8%), das Bildungssystem (7%), den Wohnungsbau (5%), die Umwelt - zu einem gleich großen Anteil wie den Terrorismus (jeweils 4%), die Energie (3%) und schließlich die Verteidigung bzw. Außenpolitik (2%).

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Frühjahrsumfrage 2009 ist ein Zuwachs um +3 Punkte für die Kriminalität sowie ein Zuwachs um +2 Punkte für die Arbeitslosigkeit zu verzeichnen; bei den Steuern, der Energie und der Verteidigung/Außenpolitik ist jeweils ein Zuwachs um +1 Prozentpunkt zu verzeichnen. Demgegenüber sind Rückgänge bei der Lage der Wirtschaft und der Inflation (-2 Punkte), ebenso wie beim Terrorismus und dem Thema Umwelt (-1 Punkt) zu verzeichnen. Die Bewertungen der übrigen abgefragten Bereiche sind unverändert geblieben.

---

<sup>32</sup> QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

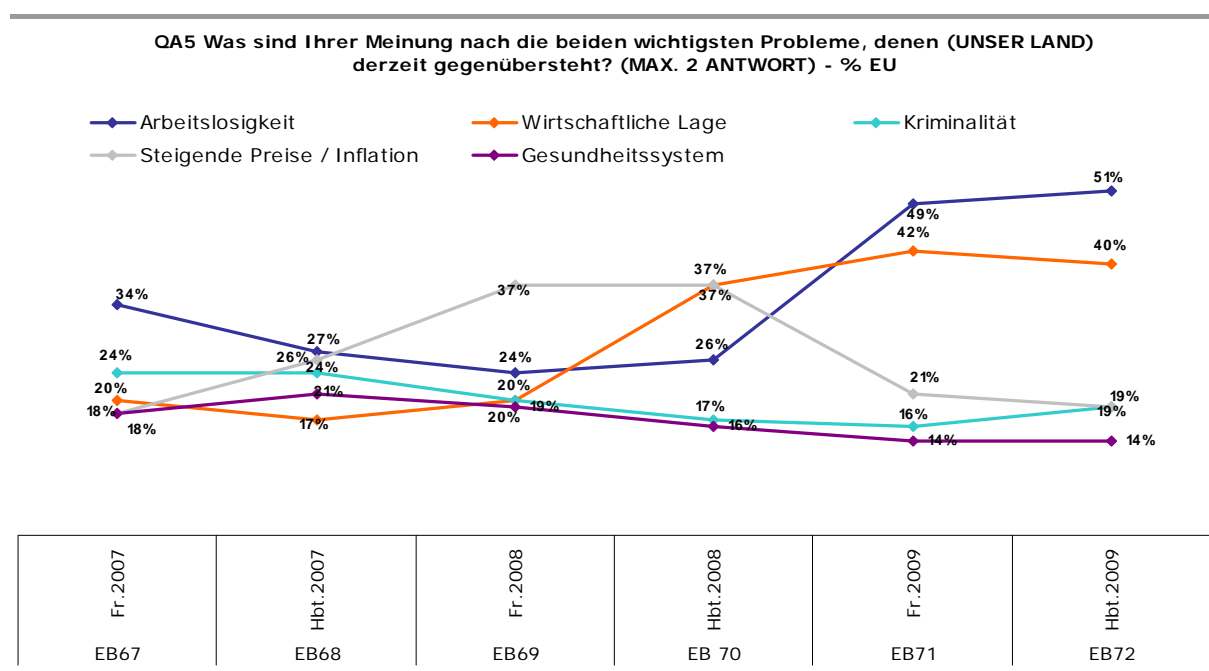
QA5a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?



Besonders aufschlussreich ist die Analyse der Entwicklungen, wenn man diese über einen längeren Zeitraum betrachtet. Als die Vertrauenswerte angesichts der Wirtschaftslage ihre höchsten Werte erreicht hatten (Eurobarometer 67, Frühjahr 2007), wurden von den größten Sorgen der Bürger die Kriminalität (24%) und das Gesundheitssystem (18%) auf gleicher Stufe mit der Wirtschaftslage (20%) genannt. Gleichzeitig lagen diese Werte auf einem Niveau, dass relativ nah am Anteil der Nennungen für die Arbeitslosigkeit (34%) war. Parallel dazu nährte der wirtschaftliche Wohlstand eine wachsende Besorgnis angesichts der Inflation und den Preisanstiegen (Anstieg von 16% im Herbst 2006 (EB66) auf 37% im Herbst 2008, EB70). Als im Herbst 2008 (EB70) nur noch eine Minderheit Vertrauen in die Wirtschaftslage setzte, war eine Umkehr der Rangordnung der Sorgen zu beobachten, wobei die Lage der Wirtschaft (37%) und die Inflation/der Preisanstieg (37%) die beiden meistgenannten Probleme wurden, die bald von der Arbeitslosigkeit überholt werden sollten (ein Zuwachs von 26% im Herbst 2008, EB70, auf 49% im Frühjahr 2009, EB71, und 51% in der Herbstumfrage 2009, EB72).

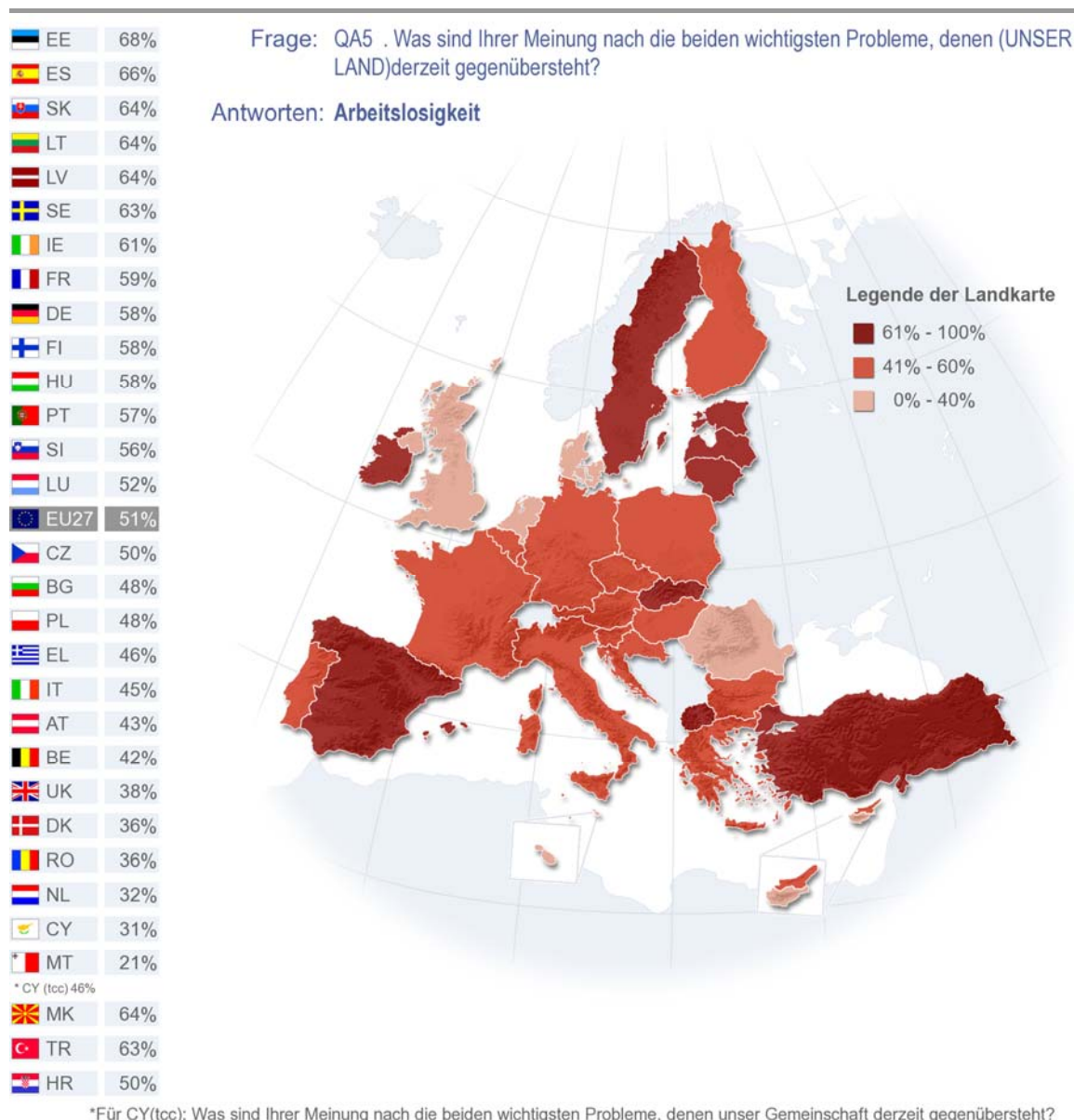
Die Entwicklung, die diese nationalen Sorgen seit der Frühjahrsumfrage 2007 genommen haben, ist für die fünf meistgenannten Bereiche in der folgenden Tabelle dargestellt.





Der Eurobarometer 72 zeigt eine relative Stabilität bei den drei Bereichen Arbeitslosigkeit, Lage der Wirtschaft und Inflation/Preisanstieg. Trotz eines leichten Anstiegs der Vertrauenswerte der europäischen Bürger für die Wirtschaftslage in den kommenden Monaten, haben die Befragten Schwierigkeiten, schon jetzt Zeichen eines Aufschwungs am Arbeitsmarkt zu sehen. Es ist außerdem festzustellen, dass aufgrund der Krise die Sorgen bezüglich der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftslage mittlerweile jene bezüglich der Inflation weit verdrängt haben.

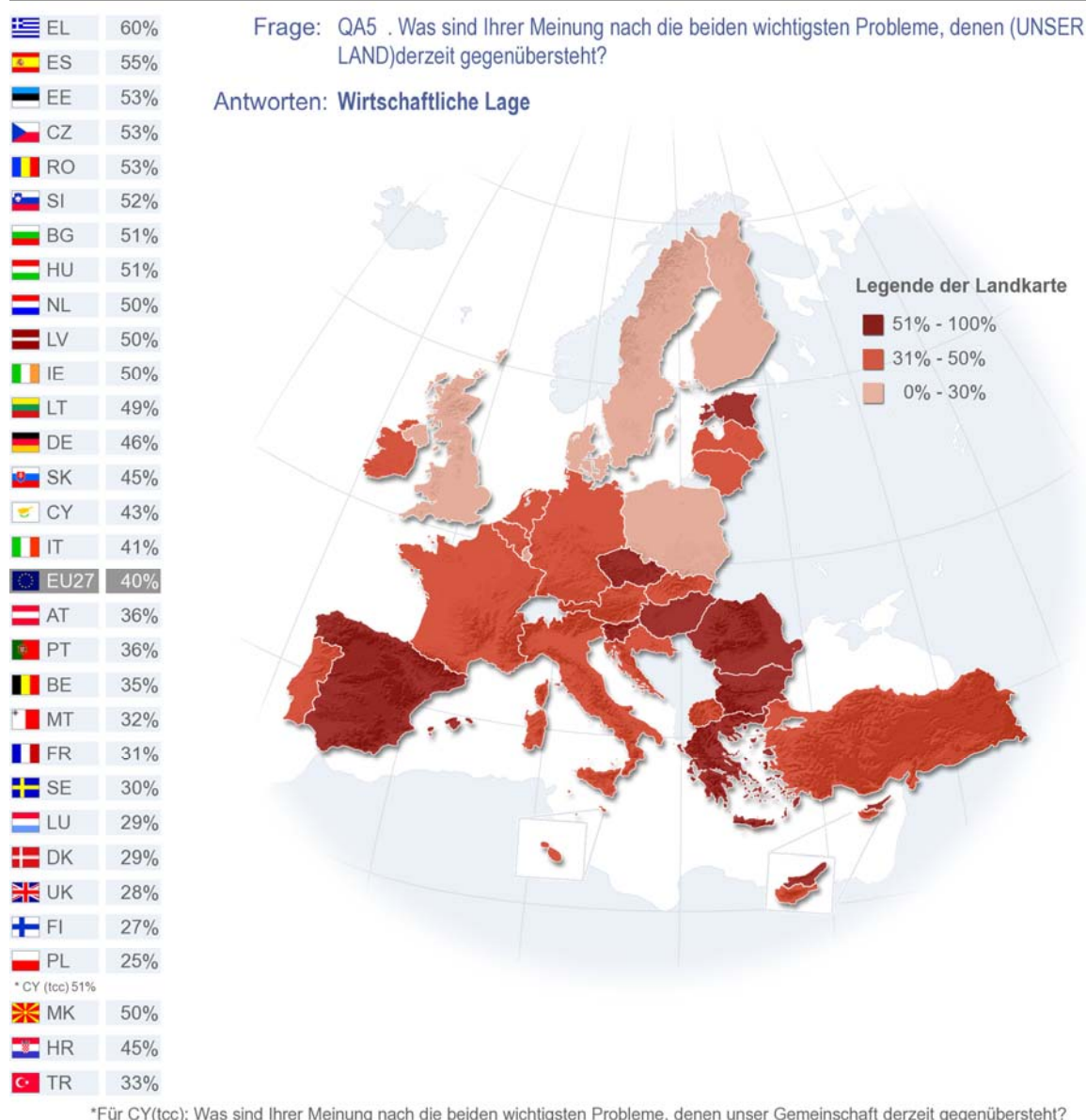
In 19 Mitgliedstaaten steht die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Für mehr als zwei Drittel der Esten (68%), 66% der Spanier, jeweils 64% der Slowaken, Letten und der Litauer, 63% der Schweden und 61% der Iren stellt dieses Thema das wichtigste Problem dar. Demgegenüber liegt es nur bei einem Fünftel der Malteser (21%), 31% der Zypriern, 32% der Niederländer, jeweils 36% der Dänen und der Rumänen sowie 38% der Briten an erster Stelle der Sorgen.



Seit Frühjahr 2009 hat der Anteil Befragter, die die Arbeitslosigkeit als ein wichtiges Problem auf nationaler Ebene sehen, in 16 von 27 Mitgliedstaaten zugenommen, so um +11 Punkte in Litauen, um +10 Punkte in Bulgarien und um +6 Punkte in Slowenien. Im Gegensatz hierzu ist dieser Anteil um –8 Punkte in den Niederlanden, um –7 Punkte in Belgien und um –5 Punkte in Dänemark zurückgegangen.

In sechs Mitgliedstaaten steht die Lage der Wirtschaft an erster Stelle, so in Griechenland (60%), Rumänien und der Tschechischen Republik (jeweils 53%), Bulgarien (51%), den Niederlanden (50%) und auf Zypern (43%).

Dieser Bereich wird ebenfalls (wenngleich er hier auch nicht an erster Stelle steht) von 55% der Befragten in Spanien, von 53% in Estland und von 52% in Slowenien genannt. Nur ein Viertel der Befragten in Polen (25%), 27% in Finnland, 28% im Vereinigten Königreich und jeweils 29% in Dänemark und Luxemburg teilen diese Meinung .



Für den Anteil Befragter, die den Bereich „**Wirtschaftliche Lage**“ nennen, gibt es in den folgenden Ländern einen Zuwachs, und zwar um +13 Punkte auf Zypern, um +10 Punkte in Spanien und um jeweils +8 Punkte in der Tschechischen Republik und in Griechenland. Rückgänge dieses Anteils sind hingegen in folgenden Ländern zu verzeichnen: um -13 Punkte in Schweden, um jeweils -9 Punkte in den Niederlanden, Belgien und Lettland sowie um jeweils -7 Punkte in den fünf Mitgliedstaaten Österreich, Dänemark, Slowenien, Finnland und der Slowakei.

Die **Kriminalität** ist die größte Sorge der Dänen (39%). Auch mehr als ein Drittel der Befragten im Vereinigten Königreich und auf Zypern (36%) sowie 33% der Bulgaren betrachten sie als eines der beiden Hauptprobleme, mit denen ihr Land konfrontiert ist.

Bei der Länderanalyse sind erhebliche Unterschiede festzustellen: **Die Inflation** ist das meistgenannte Thema auf Malta (41%); ebenfalls genannt wird es von 39% der Rumänen sowie von 31% der Italiener und 30% der Ungarn.

Auch das Thema **Einwanderung** erreicht im europäischen Durchschnitt einen Anteil von 9%, doch wird es von einem besonders hohen Anteil der Malteser (34%), Briten (29%) und Belgier (18%) genannt.

Von 35% der Befragten in Finnland und 34% in Polen wird, im Vergleich zu 14% im europäischen Durchschnitt, das **Gesundheitssystem** genannt, gefolgt von jeweils 26% der Niederländer und der Schweden, jeweils 24% der Dänen und der Iren, 22% der Esten und 21% der Deutschen.

Von 9% der europäischen Bürger werden die **Renten** genannt. Dieser Bereich wird von 19% der Niederländer, 18% der Belgier, 15% der Polen sowie jeweils 14% der Tschechen und der Franzosen genannt.

Die übrigen abgefragten Bereiche erhalten weniger als 9% der Antworten auf europäischem Niveau. Es ist jedoch festzustellen, dass 16% der Schweden und jeweils 14% der Dänen, Deutschen und Luxemburger nicht mit dem **Bildungssystem** zufrieden sind, im Vergleich zu 7% im europäischen Durchschnitt; 21% der Luxemburger und 10% der Franzosen, im Vergleich zu 5% im europäischen Durchschnitt, nennen den **Wohnungsbau** als eines der beiden Hauptprobleme, mit denen ihr Land ihrer Meinung nach konfrontiert ist; 20% der Schweden, 16% der Dänen und 10% der Franzosen, im Vergleich zu 4% im europäischen Durchschnitt, zeigen sich angesichts von **Umweltfragen** besorgt. Von 4% der europäischen Bürger wird das Thema **Terrorismus** genannt, diese Frage stellt jedoch vor allem für die Befragten in Spanien (12%) und in Dänemark (9%) ein wichtiges Problem dar. Und schließlich werden, im Vergleich zu 3% im europäischen Durchschnitt, von einem Viertel der Malteser (24%) die **Energiefragen** genannt.

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND)/ Unsere Gemeinschaft derzeit gegenübersteht?  
(MAX. 2 ANTWORT)

	Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Kriminalität	Steigende Preise/ Inflation	Gesundheitssystem	Einwanderung	Renten
EU27	51%	40%	19%	19%	14%	9%	9%
BE	<b>42%</b>	35%	15%	24%	3%	18%	18%
BG	48%	<b>51%</b>	33%	25%	14%	1%	9%
CZ	50%	<b>53%</b>	17%	22%	13%	4%	14%
DK	36%	29%	<b>39%</b>	4%	24%	15%	2%
DE	<b>58%</b>	46%	13%	16%	21%	4%	7%
EE	<b>68%</b>	53%	19%	10%	22%	0%	6%
IE	<b>61%</b>	50%	23%	14%	24%	2%	3%
EL	46%	<b>60%</b>	22%	23%	7%	8%	4%
ES	<b>66%</b>	55%	11%	10%	2%	6%	2%
FR	<b>59%</b>	31%	16%	22%	11%	6%	14%
IT	<b>45%</b>	41%	18%	31%	6%	10%	4%
CY	31%	<b>43%</b>	36%	26%	6%	14%	4%
LV	<b>64%</b>	50%	17%	6%	20%	4%	8%
LT	<b>64%</b>	49%	19%	19%	7%	3%	7%
LU	<b>52%</b>	29%	12%	24%	6%	8%	8%
HU	<b>58%</b>	51%	12%	30%	16%	1%	9%
MT	21%	32%	5%	<b>41%</b>	10%	34%	4%
NL	32%	<b>50%</b>	21%	7%	26%	8%	19%
AT	<b>43%</b>	36%	18%	28%	11%	17%	9%
PL	<b>48%</b>	25%	10%	27%	34%	2%	15%
PT	<b>57%</b>	36%	18%	29%	11%	1%	11%
RO	36%	<b>53%</b>	23%	39%	13%	1%	9%
SI	<b>56%</b>	52%	16%	19%	12%	1%	10%
SK	<b>64%</b>	45%	20%	18%	13%	2%	10%
FI	<b>58%</b>	27%	10%	9%	35%	11%	12%
SE	<b>63%</b>	30%	14%	2%	26%	9%	6%
UK	<b>38%</b>	28%	36%	8%	10%	29%	6%
CY (tcc)	46%	51%	21%	16%	11%	4%	2%
HR	50%	45%	<b>59%</b>	17%	5%	0%	8%
TR	<b>63%</b>	33%	6%	11%	6%	3%	5%
MK	<b>64%</b>	50%	27%	13%	5%	3%	4%

\*Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND)/ Unsere Gemeinschaft derzeit gegenübersteht?  
(MAX. 2 ANTWORT)

	Steuern	Bildungssystem	Wohnungsbau	Terrorismus	Umwelt	Energie	Verteidigung / Außenpolitik
EU27	8%	7%	5%	4%	4%	3%	2%
BE	11%	4%	6%	2%	5%	8%	1%
BG	3%	4%	1%	1%	1%	3%	1%
CZ	5%	5%	7%	1%	2%	2%	1%
DK	2%	14%	1%	9%	16%	4%	3%
DE	7%	14%	0%	3%	4%	2%	1%
EE	7%	3%	1%	0%	1%	3%	1%
IE	8%	5%	3%	1%	2%	1%	0%
EL	8%	6%	0%	5%	3%	0%	2%
ES	6%	3%	7%	12%	2%	0%	2%
FR	6%	8%	10%	2%	10%	1%	1%
IT	15%	3%	3%	4%	3%	2%	1%
CY	3%	5%	6%	1%	1%	2%	4%
LV	11%	8%	1%	0%	0%	1%	0%
LT	16%	3%	1%	1%	1%	7%	0%
LU	4%	14%	21%	3%	4%	3%	2%
HU	5%	3%	3%	1%	1%	3%	0%
MT	8%	2%	2%	0%	8%	24%	0%
NL	4%	11%	2%	3%	7%	3%	1%
AT	7%	13%	2%	2%	5%	2%	2%
PL	7%	4%	4%	1%	1%	4%	3%
PT	10%	4%	2%	1%	1%	0%	2%
RO	8%	4%	4%	1%	2%	1%	0%
SI	10%	2%	4%	0%	2%	1%	7%
SK	4%	4%	6%	1%	2%	3%	1%
FI	10%	5%	2%	1%	7%	7%	2%
SE	3%	16%	3%	1%	20%	6%	1%
UK	5%	6%	8%	6%	2%	6%	5%
CY (tcc)	6%	7%	1%	2%	2%	2%	22%
HR	4%	2%	1%	2%	0%	1%	0%
TR	5%	4%	1%	47%	1%	1%	3%
MK	5%	3%	2%	2%	3%	3%	3%

\*Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Was die Kandidatenländer betrifft, so steht das Thema **Arbeitslosigkeit**, wie innerhalb der Europäischen Union selbst, auch bei den Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in der Türkei (64%, bzw. 63%) an erster Stelle. 50% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 45% der Kroaten und 33% der Türken nennen das Problem der **Wirtschaftslage**.

Nahezu sechs von zehn Kroaten (59%) bezeichnen ihrerseits die **Kriminalität** als das Hauptproblem, mit dem ihr Land konfrontiert ist, im Vergleich zu mehr als einem Viertel der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (27%) und 6% der Befragten in der Türkei. Schließlich ist die **Inflation** ein Thema, das für 16% der Kroaten, 15% der Türken und 11% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Anlass zur Besorgnis gibt.





Abschließend ist auch die große Besorgnis angesichts der Bedrohung durch den **Terrorismus** bei den Befragten der Türkei (47%, an zweiter Stelle) festzustellen.

Die soziodemografische Analyse ergibt einige Unterschiede, zunächst einmal nach den verschiedenen Beschäftigungskategorien: So sind verständlicherweise 67% der Arbeitslosen angesichts der Arbeitslosigkeit besorgt, im Vergleich zu 54% der Arbeiter, 50% der Angestellten und 48% der Führungskräfte. Mehr als ein Viertel der Befragten, die behaupten, dass sie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen (27%) ebenso wie ein Viertel derjenigen, die behaupten, dass sie diese Probleme von Zeit zu Zeit haben (25%), nennen die Inflation. Dies im Vergleich zu 16% derjenigen, die angeben, dass sie nahezu niemals derartige finanzielle Probleme haben. Ein Viertel der Befragten, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben, nennt die Kriminalität (24%), im Vergleich zu weniger als zwei von zehn derjenigen Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (16%).

Die Befragten, die sich im politischen Spektrum rechts einordnen, bezeichnen die Einwanderung etwas häufiger als eines der beiden Probleme, mit denen ihr Land konfrontiert ist: Dieser Anteil beträgt 12%, im Vergleich zu 8% der Befragten, die politisch eher links stehen. Von 20% der politisch rechtsorientierten Befragten wird die Kriminalität genannt (im Vergleich zu 14% der linksorientierten Bürger). Die Anhänger linksgerichteter Parteien nennen hingegen häufiger die Arbeitslosigkeit (53%, im Vergleich zu 47% der politisch rechtsstehenden Befragten).



**QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?  
(MAX. 2 ANTWORT)**

		Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Kriminalität	Steigende Preise / Inflation	Gesundheitssystem	Einwanderung
	EU27	51%	40%	19%	19%	14%	9%
	<b>Geschlecht</b>						
	Männlich	51%	42%	18%	18%	13%	10%
	Weiblich	51%	39%	19%	21%	16%	8%
	<b>Alter</b>						
	15-24	53%	39%	18%	19%	10%	8%
	25-39	53%	43%	15%	20%	13%	8%
	40-54	52%	44%	17%	20%	15%	9%
	55 +	47%	37%	23%	19%	16%	10%
	<b>Ausbildung (Ende der)</b>						
	15-	50%	36%	24%	23%	13%	10%
	16-19	52%	41%	18%	21%	14%	9%
	20+	49%	43%	16%	15%	16%	8%
	Studiert noch	51%	40%	16%	15%	11%	8%
	<b>Berufliche Tätigkeit</b>						
	Selbständig	44%	47%	14%	23%	14%	8%
	Leitende(r) Angestellte(r)	48%	45%	13%	14%	17%	8%
	Andere(r) Angestellte(r)	50%	44%	17%	21%	13%	7%
	Sonstige Arbeiter	54%	41%	18%	21%	13%	10%
	Hausfrauen / Hausmänner	50%	41%	20%	26%	14%	7%
	Arbeitslos	67%	38%	18%	19%	9%	9%
	Rentner / Pensionäre	46%	35%	23%	19%	18%	10%
	Studenten	51%	40%	16%	15%	11%	8%
	<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>						
	Meistens	55%	39%	17%	27%	11%	8%
	Gelegentlich	52%	42%	17%	25%	12%	8%
	Nahezu nie/ nie	50%	40%	19%	16%	16%	10%
	<b>Links-Rechts Skala</b>						
	(1-4) Links	53%	41%	14%	18%	14%	8%
	(5-6) Mitte	52%	41%	20%	18%	14%	9%
	(7-10) Rechts	47%	40%	20%	18%	15%	12%



## Vergleich zwischen nationalen und persönlichen Sorgen

Der Vergleich zwischen den nationalen und den persönlichen Sorgen bestätigt die Tatsache, dass die wirtschaftlichen Aspekte bei den Antworten der befragten Personen überwiegen. Auch hier finden sich die Themen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Lage und Inflation in geringfügig geänderter Reihenfolge (Inflation und Arbeitslosigkeit haben die Plätze getauscht) als persönliche Sorgen der Bürger der EU27 wieder.

VERGLEICH NATIONALE/PERSÖNLICHE PROBLEME		
	Nationale Probleme	Persönliche Probleme
Arbeitslosigkeit	51%	20%
Wirtschaftliche Lage	40%	26%
Kriminalität	19%	8%
Steigende Preise / Inflation	19%	38%
Gesundheitssystem	14%	18%
Einwanderung	9%	4%
Renten	9%	15%
Steuern	8%	13%
Bildungssystem	7%	9%
Wohnungsbau	5%	6%
Terrorismus	4%	2%
Umwelt	4%	5%
Energie	3%	6%
Verteidigung / Außenpolitik	2%	1%

Die Arbeitslosigkeit wird häufiger als nationale (51%), denn als persönliche Sorge (20%) genannt. Die wirtschaftliche Lage nimmt ihrerseits den zweiten Platz in der Rangordnung der persönlichen wie auch der nationalen Sorgen ein, wobei sie jedoch eher als ein Problem betrachtet wird, das es auf nationaler Ebene zu lösen gilt, denn als ein persönliches Problem (40% vs. 26%). Ebenso wird die Kriminalität eher als ein nationales Problem (19%) und weniger als ein persönliches Problem (8%) betrachtet. Umgekehrt wird die Inflation häufiger als ein persönliches, denn ein auf nationaler Ebene zu lösendes Problem gesehen (38% vs. 19%), ebenso wie das Gesundheitssystem (18% vs. 14%), die Renten (15% vs. 9%) und die Steuern (13% vs. 8%). Diese letztgenannten Bereiche üben einen direkten Einfluß auf das tägliche Leben, und mehr noch auf die finanzielle Lage der europäischen Bürger aus.

## 4. POLITISCHE ASPEKTE

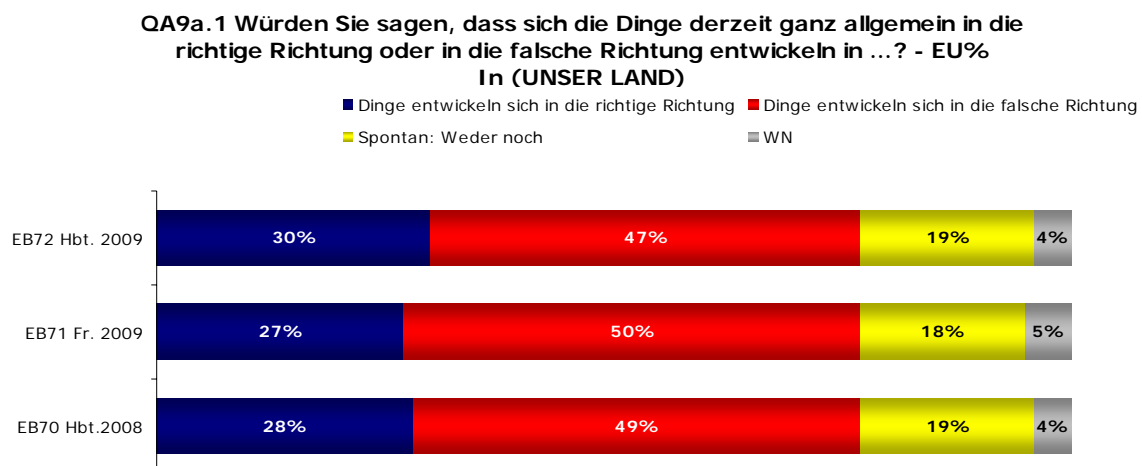
### 4.1 Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln

**- Die europäischen Bürger sehen die Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, positiv; die auf nationaler Ebene verfolgte Richtung jedoch sehen sie kritischer -**

#### 4.1.1 Die Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln

Die europäischen Bürger zeigen sich angesichts der Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln, geteilter Meinung<sup>33</sup>. Die Mehrheit der Befragten (47%) ist in der Tat der Ansicht, dass sich die Dinge im eigenen Land derzeit in die falsche Richtung entwickeln. Knapp ein Drittel der Befragten (30%) erklärt sich zufrieden, und praktisch ein Fünftel (19%) ist der Meinung, dass sich die Dinge im eigenen Land weder in die richtige noch in die falsche Richtung entwickeln.

Die negativen Meinungen sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) um 3 Prozentpunkte zurückgegangen, während der Anteil der Befragten, die ihre Zufriedenheit erklären, ebenfalls um +3 Punkte gestiegen ist.



Zu dieser Frage sind in der Länderanalyse erhebliche Unterschiede festzustellen:

In einem Drittel (d.h. 9 von 27) der Mitgliedstaaten der EU überwiegt der Anteil der positiven Meinungen im Vergleich zu den negativen Meinungen. Die Befragten in den skandinavischen Ländern (53% der Schweden, 46% der Finnen und 42% der Dänen) erklären, dass sich die Dinge im eigenen Land in die richtige Richtung entwickeln. Diese Meinung wird von nahezu sechs von zehn Luxemburgern (57%), jeweils 42% der Österreicher und der Esten und 40% der Deutschen geteilt.

<sup>33</sup> QA9a.1. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?
































Drei Viertel der Befragten in Lettland (79%), Litauen (77%) und Ungarn (75%) bringen zu der Frage über die Richtung, in die sich die Dinge im Land entwickeln, eine vollkommen entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck. Diese Meinung wird von jeweils mehr als sechs von zehn Rumänen und Franzosen (63% bzw. 62%), 59% der Spanier und jeweils 56% der Briten und der Iren geteilt.

Auch die Entwicklungen der Meinungstrends sind je nach Land sehr unterschiedlich: So ist im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ein deutlicher Anstieg der positiven Meinungen in Griechenland (+24 Punkte), im Vereinigten Königreich (+13 Punkte), in Estland (+12 Punkte) und in Bulgarien (+10 Punkte) zu verzeichnen. Auf Zypern (-10 Punkte) und auf Malta (-9 Punkte) sind sie hingegen rückläufig. Gleichzeitig ist auch ein starker Zuwachs der negativen Meinungen in Rumänien zu verzeichnen (hier sind 63% der Befragten der Meinung, dass sich die Dinge im eigenen Land in die falsche Richtung entwickeln; +16 Punkte)<sup>34</sup>.

---

<sup>34</sup> Es sollte diesbezüglich darauf hingewiesen werden, dass in Griechenland (Oktober 2009) und in Bulgarien (Juli 2009) nationale Wahlen stattgefunden haben. Darüber hinaus fand die Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2009 (EB72) in Rumänien nur wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen im November 2009 statt.

**QA9.1 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln in ... ?**  
**In (UNSER LAND)/Unser Gemeinschaft**

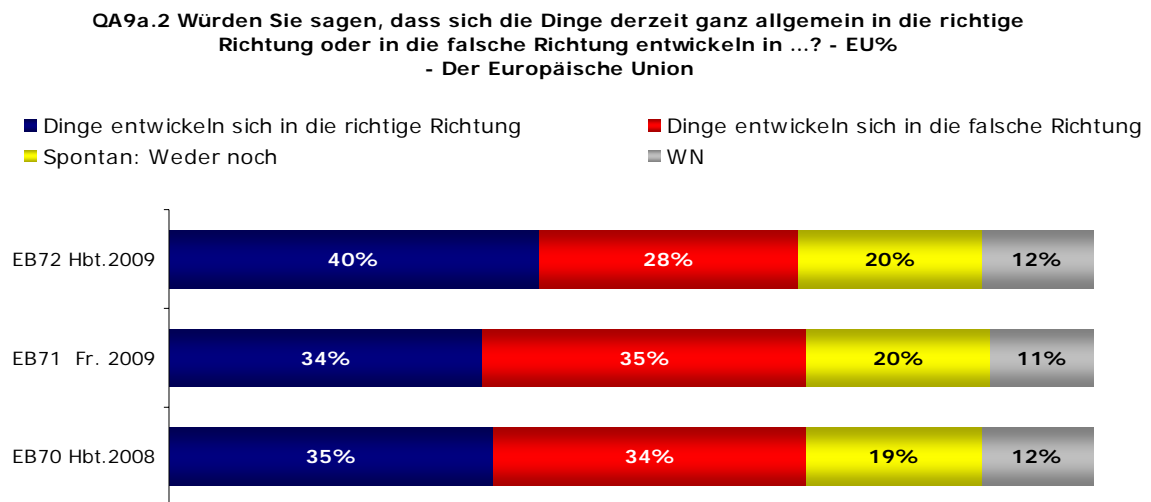
	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Unt.Hbt.2009-Fr.2009	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Unt.Hbt.2009-Fr.2009
 EU27	30%	+3	47%	-3
 LU	57%	+3	18%	-2
 SE	53%	+8	35%	-5
 FI	46%	+2	39%	-6
 DK	42%	-2	42%	-3
 EE	42%	+12	30%	-14
 AT	42%	+2	33%	-1
 DE	40%	+5	31%	-6
 EL	37%	+24	40%	-33
 BG	36%	+10	32%	-16
 PL	36%	-3	42%	+4
 NL	35%	+6	30%	-6
 UK	34%	+13	56%	-7
 PT	33%	+6	31%	-7
 SI	31%	+2	39%	=
 BE	30%	+1	40%	-9
 CZ	30%	+2	45%	-2
 SK	29%	+2	39%	+6
 CY	26%	-10	44%	+11
 FR	25%	=	62%	+1
 MT	25%	-9	43%	+4
 IT	22%	=	45%	-5
 ES	19%	-5	59%	+6
 IE	18%	-1	56%	-3
 RO	16%	-5	63%	+16
 HU	11%	+4	75%	=
 LT	10%	-3	77%	+4
 LV	7%	-2	79%	+1
CY (tcc)	17%	+1	59%	+1
 MK	35%	-4	34%	-9
 TR	28%	-3	57%	-1
 HR	12%	+2	71%	-6

Was die Kandidatenländer betrifft, so erklären nur die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (35%), dass sie mit der Richtung, in die sich die Dinge im eigenen Land entwickeln, mehrheitlich zufrieden sind, während ein fast gleich hoher Anteil entgegengesetzter Meinung ist (34%). In Kroatien erklären mehr als sieben von zehn Befragten (71%) und in der Türkei mehr als die Hälfte (57%), dass sich die Dinge im eigenen Land in die falsche Richtung entwickeln.

Die soziodemografische Analyse der Ergebnisse ergibt, dass die Befragten der jüngsten Altersgruppe (36% der 15- bis 24-Jährigen) häufiger als die Befragten der ältesten Kategorien (28% der Befragten im Alter zwischen 40 und 54 Jahren und 29% derjenigen im Alter von 55 Jahren und darüber) angesichts der Entwicklungen im eigenen Land optimistisch sind. Ebenso zeigt sich mehr als ein Drittel der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (35%), angesichts der Entwicklungen auf nationaler Ebene zufrieden, im Vergleich zu einem Viertel derjenigen, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (24%). Diese Meinung teilen vier von zehn Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren (40%), im Vergleich zu gut einem Fünftel derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren (22%). Es ist schließlich noch festzustellen, dass Befragte, die sich dem rechten politischen Spektrum zuordnen (36%) häufiger als jene, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen (28%), der Meinung sind, dass sich die Dinge im eigenen Land in die richtige Richtung entwickeln.

#### 4.1.2 Die Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln

Wenngleich die europäischen Bürger mehrheitlich mit der Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln, unzufrieden sind, so ist ein höherer Anteil der Befragten (40%) demgegenüber der Meinung, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln. Dieses Ergebnis liegt um +6 Punkte über dem Ergebnis zu dieser Frage in der Frühjahrsumfrage 2009<sup>35</sup>. Demgegenüber äußert gut ein Viertel der Befragten (28%) eine entgegengesetzte Meinung (-7 Punkte), und ein Fünftel (20%) ist der Ansicht, dass sich die Dinge weder in die richtige noch in die falsche Richtung entwickeln (Ergebnis unverändert).



Die Befragten in Frankreich und Österreich (44%, bzw. 41%) sind mehrheitlich der Meinung, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die falsche Richtung entwickeln.

Im Gegensatz hierzu zeigen sich zwei Drittel der Befragten in Bulgarien (65%), 57% in Estland, je 52% in Polen und Rumänien sowie die Hälfte der Befragten in Schweden (50%) angesichts der Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, optimistisch.

In Italien, auf Malta und im Vereinigten Königreich ist der Anteil der positiven und der negativen Meinungen nahezu gleich hoch.
































<sup>35</sup> QA9a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? 2. Und in der Europäischen Union?

In Litauen, Luxemburg und Griechenland (jeweils +16 Punkte), im Vereinigten Königreich (+14 Punkte), Spanien (+11 Punkte) und Irland (+10 Punkte) können bei den Anteilen Befragter, die überzeugt sind, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln, starke Zuwächse verzeichnet werden. Dahingegen ist der Anteil der positiven Meinungen auf Malta (-11 Punkte) deutlich zurückgegangen.

Mit Ausnahme der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die mehrheitlich der Meinung sind, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln (58%), zeigen die Befragten in den beiden anderen Kandidatenländern zu dieser Frage geteilte Meinungen: 33% der Kroaten und 36% der Türken sind positiver Meinung, während nahezu gleich hohe Anteile (30% bzw. 29%) die entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck bringen. Auch ist festzustellen, dass in der Türkei knapp einer von drei Befragten (30%) zu dieser Frage keine Meinung äußert.



**QA9.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln in ... ?**  
**In der Europäischen Union**

	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Unt.Hbt.2009- Fr.2009	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Unt.Hbt.2009- Fr.2009
 EU27	40%	+6	28%	-7
 BG	65%	+9	5%	-6
 EE	57%	+6	11%	-4
 PL	52%	=	17%	=
 RO	52%	+5	16%	+3
 SE	50%	+10	28%	-6
 LT	48%	+16	20%	-15
 CZ	47%	+2	28%	-1
 LU	46%	+14	24%	-10
 SK	46%	+7	18%	+3
 FI	46%	+4	36%	-7
 NL	45%	+6	19%	-7
 EL	44%	+16	31%	-18
 SI	44%	+3	21%	-1
 ES	43%	+11	30%	-8
 DK	41%	+1	34%	-8
 DE	41%	+4	23%	-7
 PT	39%	+2	16%	-6
 BE	38%	-1	31%	-7
 IE	38%	+10	22%	-12
 LV	37%	+2	25%	-5
 HU	36%	+8	27%	-8
 AT	35%	+5	41%	-1
 CY	34%	-2	25%	=
 UK	34%	+14	37%	-11
 FR	31%	+5	44%	-7
 IT	31%	+2	29%	-7
 MT	29%	-11	26%	+4
CY (tcc)	36%	+6	32%	=
 MK	58%	+5	14%	-8
 TR	36%	-2	29%	-8
 HR	33%	+8	30%	-18

Die soziodemografische Analyse ergibt einige erhebliche Unterschiede, je nachdem, welcher Kategorie die Befragten angehören: die Hälfte der Befragten der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen (50%) sowie knapp die Hälfte derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr bzw. darüber hinaus fortgesetzt haben (46%), sind der Meinung, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln, im Vergleich zu 36% der älteren Befragten (im Alter von 55 Jahren und darüber) und drei von zehn Befragten, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (31%). Und schließlich zeigen sich die politisch rechtsorientierten Befragten (46%) in dieser Hinsicht optimistischer als jene, die sich politisch eher links einordnen (40%).

Ein weiterer entscheidender Faktor bei dieser Frage sind die objektiven Kenntnisse über die Europäische Union<sup>36</sup>: zwischen den Befragten, die über gute objektive Kenntnisse der EU verfügen und erklären, dass sich die Dinge ihrer Meinung nach in die richtige Richtung entwickeln, und denjenigen, die gleicher Meinung sind, aber keine guten objektiven Kenntnisse über die EU haben, liegt eine Differenz von 16 Punkten (45% vs. 29%). Auch neigen diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, eher zu der Meinung, dass sich die Dinge in der EU in die richtige Richtung entwickeln (58%, im Vergleich zu 13%, die eine entgegengesetzte Meinung vertreten). Außerdem gibt es erhebliche Unterschiede je nachdem, wie sehr die Befragten am Ende des Monats mit Schwierigkeiten kämpfen müssen, um ihre Rechnungen zu begleichen: so sind diejenigen, die mit diesem Problem kaum konfrontiert sind, mehrheitlich der Meinung, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln (44%, im Vergleich zu 26%, die entgegengesetzter Meinung sind), während die umgekehrte Meinung bei denjenigen überwiegt, die häufig Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen (28% von ihnen sind der Meinung, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, im Vergleich zu 37%). Das entscheidende Kriterium bei dieser Frage ist auch hier verständlicherweise das Bild, das sich die Befragten von der Europäischen Union machen. Je positiver dieses ist, desto eher neigen die Befragten zu der Meinung, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. Die Haltung der europäischen Bürger ist kohärent: diejenigen, die der Union am positivsten gegenüberstehen, sind auch mit Abstand diejenigen, die am ehesten der Ansicht sind, dass sich die Dinge in der EU in die richtige Richtung entwickeln.

---

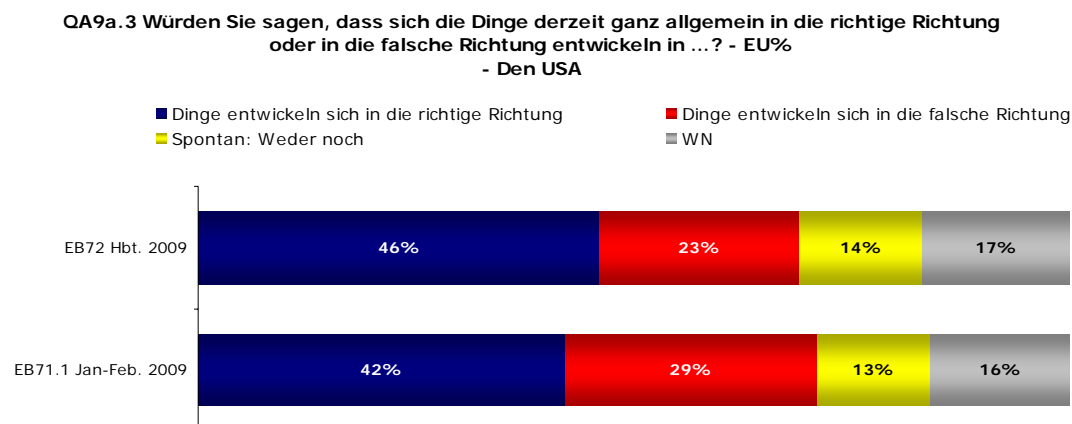
<sup>36</sup> „Gute objektive Kenntnisse über die EU“, siehe Hinweis in Kap. 3.2.2

**QA9a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?**

	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Spontan: Weder noch	WN
EU27	40%	28%	20%	12%
<b>Alter</b>				
15-24	50%	21%	18%	11%
25-39	42%	29%	19%	10%
40-54	38%	31%	20%	11%
55 +	36%	29%	20%	15%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	31%	33%	20%	16%
16-19	39%	29%	20%	12%
20+	46%	26%	19%	9%
Studiert noch	55%	19%	17%	9%
<b>Links-Rechts Skala</b>				
(1-4) Links	40%	31%	19%	10%
(5-6) Mitte	42%	28%	19%	11%
(7-10) Rechts	46%	27%	19%	8%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	28%	37%	20%	15%
Gelegentlich	36%	32%	21%	11%
Nahezu nie/ nie	44%	26%	19%	11%
<b>Mitgliedschaft in der EU</b>				
Gute Sache	58%	16%	18%	8%
Schlechte Sache	13%	62%	14%	11%
Neutral	24%	35%	27%	14%
<b>Bild der EU</b>				
Positiv	60%	16%	17%	7%
Neutral	28%	31%	25%	16%
Negativ	11%	64%	15%	10%
<b>EU-Wissen</b>				
Schlecht	29%	27%	21%	23%
Durchschnitt	41%	28%	20%	11%
Gut	45%	30%	17%	8%

### 4.1.3 Die Richtung, in die sich die Dinge in den Vereinigten Staaten entwickeln

Eine Mehrheit der Befragten (46%) ist der Meinung, dass sich die Dinge in den Vereinigten Staaten in die richtige Richtung entwickeln. Dieses Ergebnis bedeutet einen Rückgang um 4 Punkte im Vergleich zu dem Ergebnis, das zu dieser Frage im Januar/Februar 2009 festgestellt wurde<sup>37</sup>. Nahezu ein Viertel der Befragten (23%) ist entgegengesetzter Meinung (-3 Punkte), während 14% erklären, dass sich die Dinge weder in die richtige noch in die falsche Richtung entwickeln (+1 Punkt)<sup>38</sup>.



In 24 der 27 Mitgliedstaaten der EU sind mehrheitlich positive Meinungen vertreten. Diese liegen insbesondere in den skandinavischen Ländern, so in Schweden (68%) und in Dänemark (63%), sehr hoch. In Griechenland, in der Slowakei und auf Zypern bilden sie eine Minderheit, wo jeweils 38%, 34% und 34% der Befragten der Meinung sind, dass sich die Dinge in den Vereinigten Staaten in die falsche Richtung entwickeln. Im Vereinigten Königreich (47%) und in Deutschland (50%) sind die Befragten etwas häufiger als im europäischen Gesamtdurchschnitt (46%) der Meinung, dass sich die Dinge in den Vereinigten Staaten in die richtige Richtung entwickeln. Etwas geringer fällt der Anteil der Befragten, die ebenfalls dieser Meinung sind, in Frankreich aus (44%, im Vergleich zu 46% im europäischen Durchschnitt).

Die Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie in Kroatien (jeweils 49% und 42%) zeigen sich angesichts der Richtung, in die sich die Dinge in den Vereinigten Staaten entwickeln, optimistisch. Die Türken hingegen sind zu dieser Frage geteilter Meinung: 31% der Befragten in der Türkei sind der Meinung, dass sich die Dinge in den USA in die falsche Richtung entwickeln, während ein fast gleich hoher Anteil (30%) entgegengesetzter Meinung ist. Mehr als ein Drittel der Befragten (34%) macht zu dieser Frage keine Angaben.

<sup>37</sup> Diese Frage wurde erstmals in der Eurobarometer-Spezialumfrage Nr. 308 – „Die europäischen Bürger im Jahr 2009“ gestellt.

<sup>38</sup> QA9a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? 3. Und in den USA?

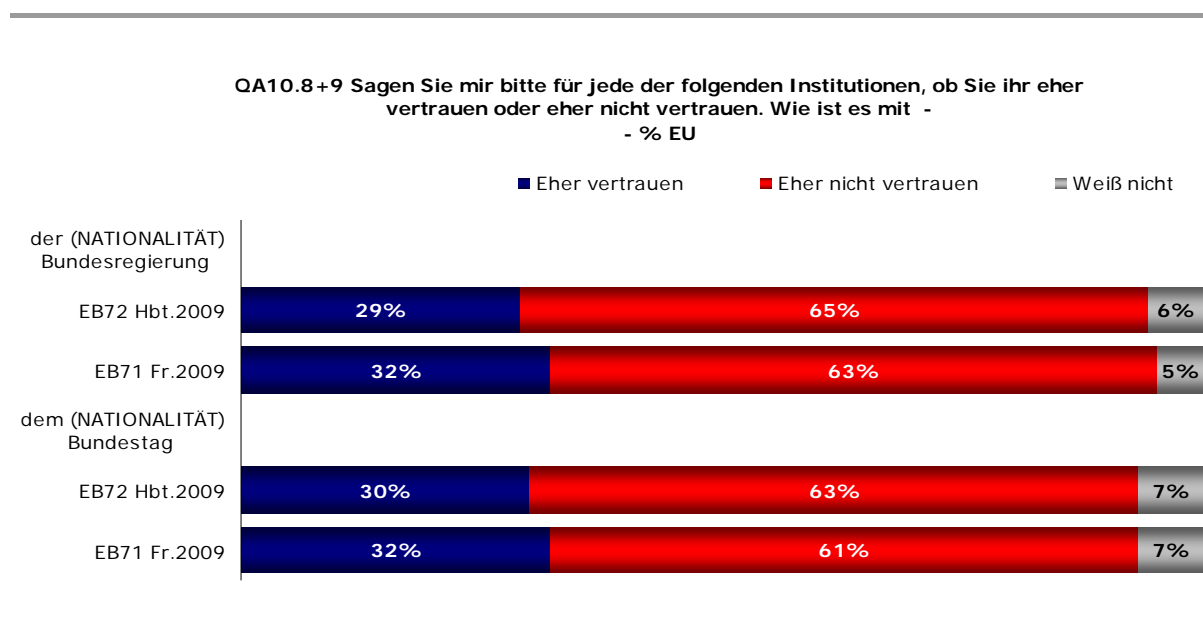
## 4.2 Das Vertrauen in die nationalen Institutionen

**- Das Vertrauen in die nationalen Institutionen geht deutlich zurück -**

### 4.2.1 Das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen

#### Die Regierung und das nationale Parlament

Mehr als ein Drittel der europäischen Bürger erklärt, Vertrauen in die politischen Institutionen des eigenen Landes zu haben: 29% vertrauen ihrer Regierung und 30% ihrem Parlament, im Vergleich zu jeweils 65% und 63%, die entgegengesetzter Meinung sind. Das Vertrauen der europäischen Bürger gegenüber ihren nationalen politischen Institutionen hat im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 um jeweils –3 und –2 Punkte abgenommen und bleibt somit nach wie vor weitestgehend eine minderheitlich vertretene Meinung<sup>39</sup>.



In fünf der 27 Mitgliedstaaten der EU ist das Vertrauen der Bürger in ihre politischen Institutionen mehrheitlich, so in Dänemark (57% für die Regierung und 74% für das Parlament), Luxemburg (68% und 59%) – hier fanden im Frühjahr 2009 Parlamentswahlen statt –, Schweden (55% und 63%), Österreich (54% und 55%) und auf Zypern (53% und 53%). In den Niederlanden erklären 52% der Befragten ihr Vertrauen in das Parlament und 49% in die Regierung, während ein gleich hoher Anteil entgegengesetzter Meinung ist.

<sup>39</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit – 8. der (NATIONALEN) Regierung, 9. dem (PARLAMENT DES LANDES), 12. den regionalen oder lokalen Behörden.
































Während in Finnland mehr als die Hälfte der Befragten (53%) ihrem Parlament das Vertrauen ausspricht, so vertraut demgegenüber weniger als die Hälfte der Regierung (48%).

In Lettland und Litauen setzt nur eine geringe Minderheit der Befragten (unter 10%) ihr Vertrauen in die politischen Institutionen ihres Landes. In Irland, Ungarn, Polen, Rumänien und im Vereinigten Königreich liegt der Anteil des Vertrauens unter 20%. Nahezu drei Viertel der Franzosen erklären ihr Misstrauen gegenüber der Regierung (73%), und zwei Drittel gegenüber dem Parlament (64%).

Dahingegen sind in zwei Mitgliedstaaten, in denen vor kurzem eine neue Regierung gewählt wurde, starke Zuwächse der positiven Meinungen zu verzeichnen, so in Bulgarien (+27 Punkte für die Regierung und +17 Punkte für das Parlament) und in Griechenland (+19 Punkte für die Regierung und +14 für das Parlament). Auch in Estland ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, so um +9 Punkte für die Regierung und um +7 Punkte für das Parlament. Im Gegensatz hierzu sind in Luxemburg (-9 Punkte für die Regierung und -8 Punkte für das Parlament), Frankreich (-7 Punkte und -5 Punkte) und Malta (-5 Punkte und -6 Punkte) deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

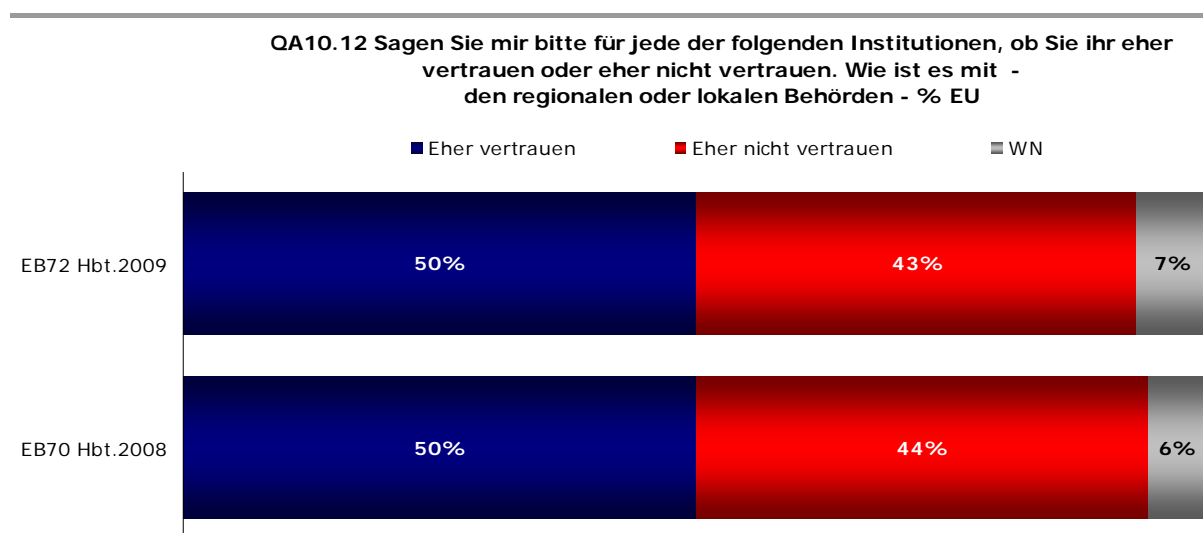
Was die Kandidatenländer betrifft, ist festzustellen, dass die Ergebnisse in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien nahe bei jenen der EU27 liegen: so erklären 31% der Befragten ihr Vertrauen in die nationale Regierung und 25% in das nationale Parlament. Deutlich geteilter Meinung sind zu diesen Fragen die Türken, während nur eine sehr geringe Minderheit der Kroaten ihr Vertrauen bekundet (nur 12% haben Vertrauen in die Regierung und das Parlament).

**QA10. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -**

% Eher vertrauen		der (NATIONALITÄT) Bundesregierung		dem (NATIONALITÄT) Bundestag	
		EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009- Fr.2009	EB72 Hbt.2009	Unt. Hbt.2009- Fr.2009
	EU27	29%	-3	30%	-2
	LU	68%	-9	59%	-8
	DK	57%	-4	74%	-1
	SE	55%	-2	63%	-1
	AT	54%	-4	55%	-3
	CY	53%	-3	53%	=
	NL	49%	-7	52%	-4
	FI	48%	-6	53%	-7
	EE	47%	+9	38%	+7
	EL	44%	+19	47%	+14
	BG	44%	+27	27%	+17
	DE	40%	-5	45%	-1
	CZ	37%	+9	15%	-5
	BE	36%	+1	38%	-3
	MT	36%	-5	41%	-6
	SK	36%	-2	35%	-3
	PT	32%	+4	41%	+5
	ES	29%	-5	29%	-3
	SI	29%	-2	19%	-8
	IT	26%	+1	27%	=
	FR	22%	-7	28%	-5
	UK	19%	-2	19%	+2
	RO	17%	-5	17%	+1
	PL	16%	-5	11%	-7
	IE	15%	-5	19%	-4
	LT	15%	-4	7%	-3
	HU	14%	=	15%	=
	LV	9%	-1	6%	=
	TR	51%	-6	51%	-7
	MK	31%	-5	25%	-2
	HR	12%	-1	12%	-4

### Die regionalen bzw. lokalen Behörden
































Im Anschluss an die Analyse der Vertrauenswerte der europäischen Bürger in ihre nationalen politischen Institutionen (Regierung und Parlament) soll in diesem Abschnitt deren Bild von den regionalen oder lokalen Behörden untersucht werden. Die Hälfte der Befragten (50%) erklärt ihr Vertrauen in die regionalen oder lokalen Behörden, wobei jedoch ein bedeutender Anteil der Befragten (43%) entgegengesetzter Meinung ist. Diese Zahlen stimmen fast vollkommen mit den Ergebnissen der Herbstumfrage 2008 überein.



In 16 Mitgliedstaaten erklären die Bürger mehrheitlich ihr Vertrauen, so in Dänemark (74%), Österreich (69%), Finnland (68%), Schweden und Luxemburg (jeweils 64%), Deutschland (63%) und Belgien sowie in Estland und in Portugal (je 59%). In Litauen (31%), Italien und Bulgarien (jeweils 34%), Irland (35%) und Spanien (39%) hingegen sind die Vertrauenswerte schwach.

Die Befragten in den Kandidatenländern erklären gegenüber den regionalen oder lokalen Behörden mehrheitlich ihr Misstrauen. Mehr als sieben von zehn Türken (71%), über die Hälfte der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (52%) und 47% der Kroaten erklären, dass sie in diese Institutionen kein Vertrauen haben.

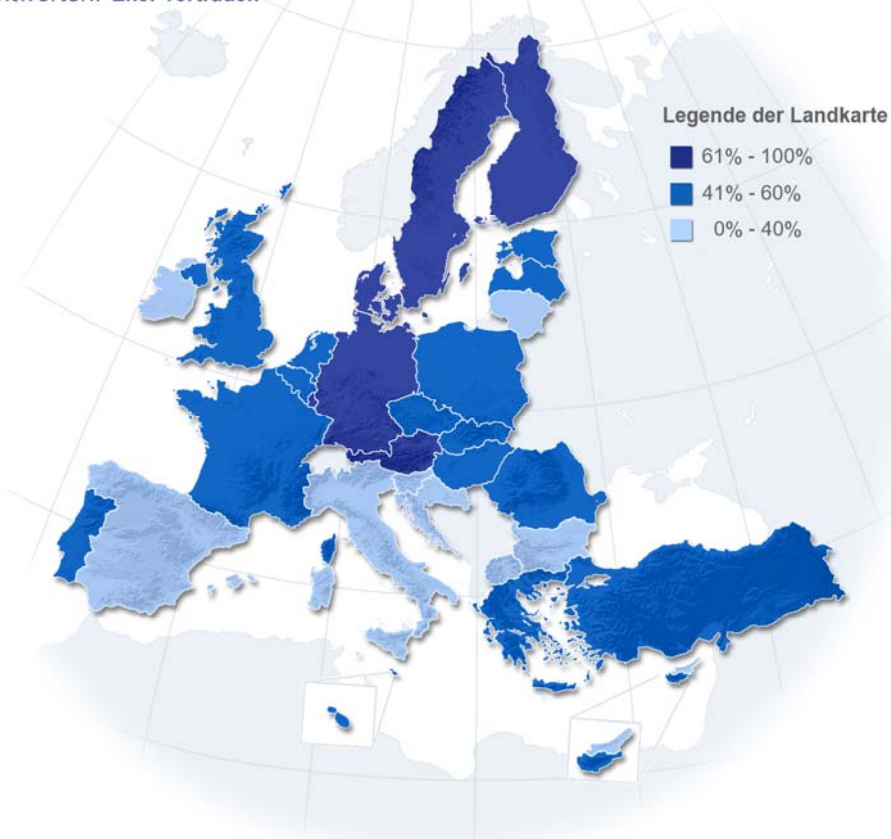


	DK	74%
	AT	69%
	FI	68%
	SE	64%
	LU	64%
	DE	63%
	BE	59%
	EE	59%
	PT	59%
	CY	58%
	NL	57%
	FR	57%
	CZ	54%
	HU	53%
	EU27	50%
	SK	47%
	EL	47%
	UK	46%
	PL	45%
	MT	45%
	LV	41%
	RO	41%
	SI	40%
	ES	39%
	IE	35%
	IT	34%
	BG	34%
	LT	31%
* CY (tcc) 31%		
	TR	42%
	MK	36%
	HR	23%

Frage: QA10.12. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

Option: den regionalen oder lokalen Behörden

Antworten: **Eher vertrauen**

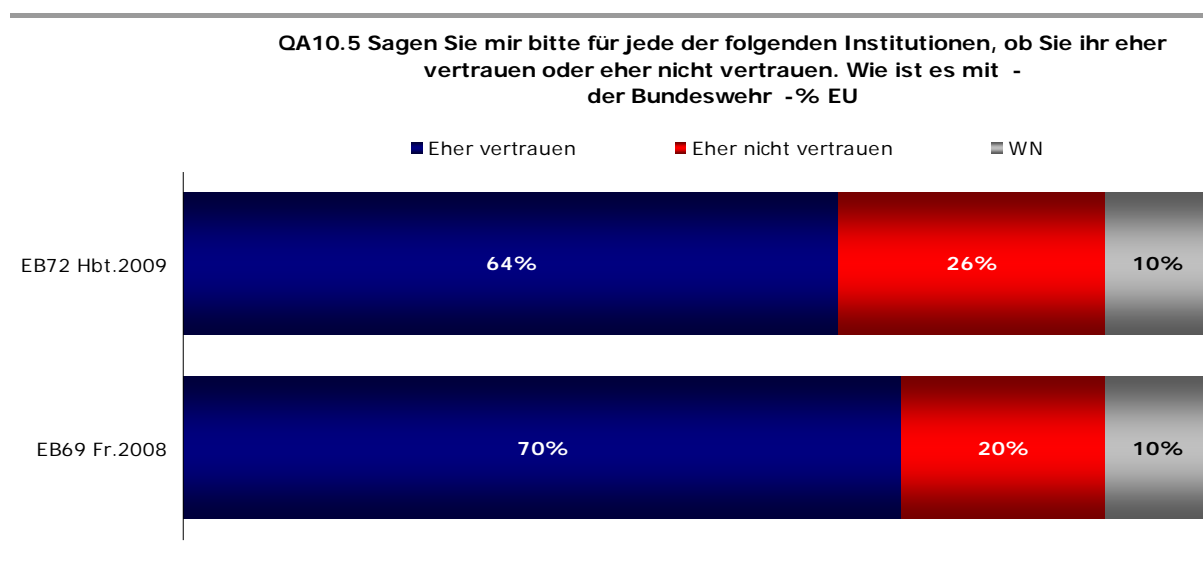


Im Anschluss an die politischen Behörden soll im folgenden Abschnitt nun das Vertrauen der europäischen Bürger in zwei weitere nationale Institutionen untersucht werden, und zwar die nationalen Streitkräfte und die Justiz.

#### 4.2.2 Das Vertrauen in die nationalen Streitkräfte

Die letzte Erhebung über das Vertrauen der europäischen Bürger in ihre nationalen Streitkräfte datiert vom Frühjahr 2008. Seitdem haben zahlreiche Ereignisse stattgefunden, insbesondere die Verschärfung des Krieges in Afghanistan und die Beteiligung bestimmter europäischer Staaten an diesem Krieg, oder der Konflikt zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008.

Im Herbst 2009 bekräftigen zwei Drittel der europäischen Bürger (64%) ihr Vertrauen in die nationalen Streitkräfte<sup>40</sup>; dieses Ergebnis bedeutet jedoch einen Rückgang um -6 Punkte im Vergleich zum Frühjahr 2008.



Die größte Zufriedenheit mit ihrer Armee bringen die Finnen zum Ausdruck (90%), gefolgt von mehr als drei Viertel der Esten und der Briten (77%, bzw. 76%), die ähnlicher Meinung sind.

Wesentlich weniger Vertrauen in ihre Streitkräfte als ihre estischen Nachbarn hingegen haben die Befragten in Litauen (45%) und Lettland (44%). Das niedrigste Vertrauensniveau in die nationalen Streitkräfte ist in Ungarn (37%) und Bulgarien (40%) zu verzeichnen.

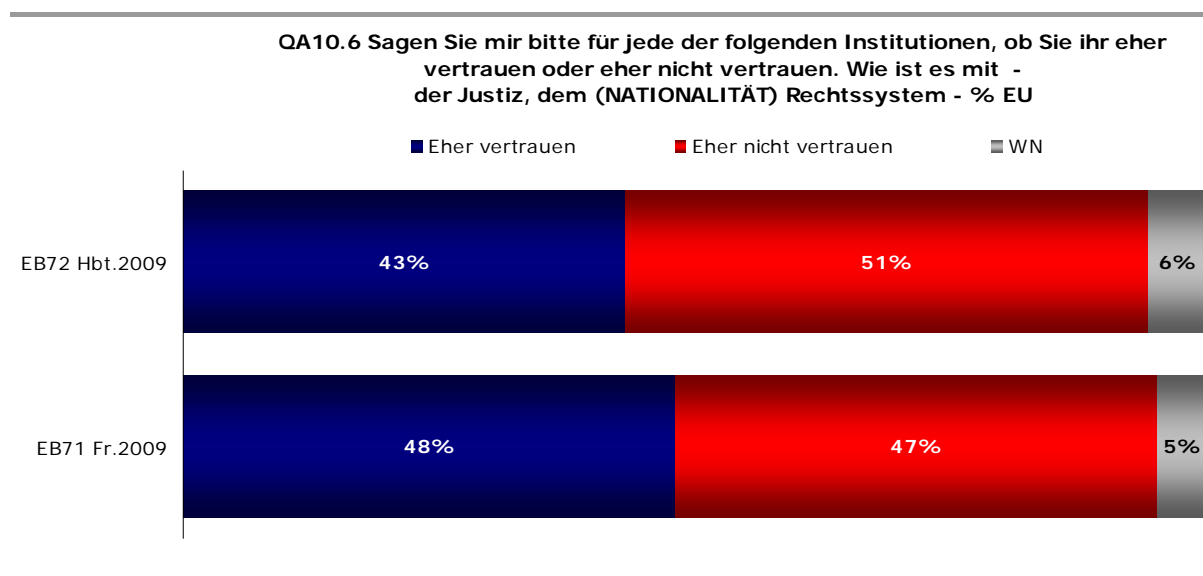
In den Kandidatenländern gibt es erhebliche Unterschiede von einem Land zum anderen, was das Vertrauen anbelangt: während 77% der Befragten in der Türkei ihrer Armee vertrauen, so beträgt dieser Anteil nur 59% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 46% in Kroatien.

Die soziodemografische Analyse der Ergebnisse ergibt, dass mehr als zwei Drittel der Befragten, die sich der politischen Rechten zuordnen (68%), ihr Vertrauen in die militärischen Institutionen ihres Landes erklären, im Vergleich zu einem geringeren Anteil der Befragten, die dem linken politischen Spektrum nahe stehen (60%), der trotz alledem eine Mehrheit bildet.

<sup>40</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -. 5. Der Armee?

### 4.2.3 Das Vertrauen in die Justiz

Nur eine Minderheit der Befragten in den 27 Mitgliedstaaten der EU erklärt ihr Vertrauen in die Justiz (43%)<sup>41</sup>; dies ist ein Rückgang um –5 Punkte im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009.



Acht von zehn Befragten in Dänemark erklären ihre Zufriedenheit mit der Justiz; das gilt auch für drei Viertel der Befragten in Finnland (74%) und zwei Drittel der Befragten in Österreich (67%).

Weniger als ein Fünftel der Litauer (15%) hingegen spricht dem nationalen Rechtssystem ihr Vertrauen aus. Ebenso erklären weniger als einer von fünf Bulgaren und Slowenen (17% , bzw. 19%), 26% der Letten, 28% der Rumänen und 29% der Slowaken und der Tschechen mit der Justiz des eigenen Landes zufrieden zu sein.

Die Analyse der Meinungstrends ergibt, dass das Vertrauen in die Justiz in Schweden und den Niederlanden (jeweils um –13 Punkte), in der tschechischen Republik, Frankreich und Slowenien (jeweils -11 Punkte), in Litauen (-9 Punkte) und auf Malta (-8 Punkte) ziemlich drastisch gesunken ist. Im Gegensatz hierzu ist in Griechenland das Vertrauen der Bürger in ihre Justiz um +8 Punkte gestiegen.

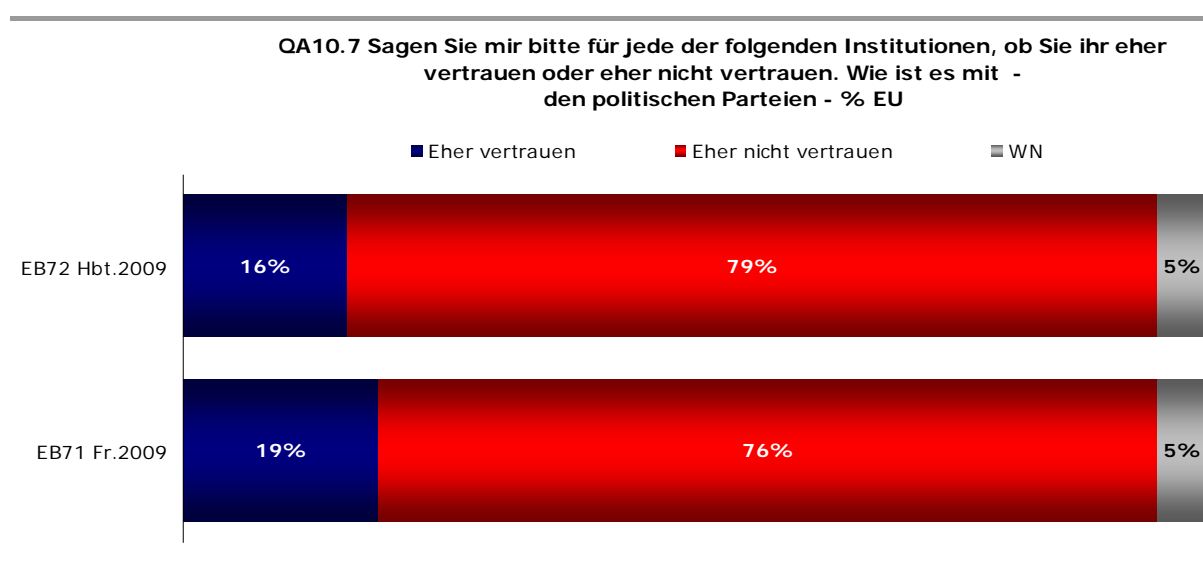
Was die Kandidatenländer betrifft, so erklären sich nur die Befragten in der Türkei mit ihrem Rechtssystem zufrieden (65%); dieser Anteil liegt weit über den Ergebnissen für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (20%) und Kroatien (15%).

<sup>41</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 6. der Justiz, dem (NATIONALEN) Rechtssystem

Die Befragten mit dem geringsten Bildungsniveau sind am seltensten bereit, ihrem nationalen Rechtssystem ihr Vertrauen auszusprechen: 52% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr bzw. darüber hinaus fortgesetzt haben, erklären ihr Vertrauen, im Vergleich zu 37% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben. Ebenso sind die Führungskräfte (56%) und die Studenten (40%) die einzigen Kategorien, die mehrheitlich ihr Vertrauen in die Justiz ihres Landes erklären (im Vergleich zu 41% der Arbeiter und 46% der Angestellten).

#### 4.2.4 Das Vertrauen in die politischen Parteien

In der Europäischen Union erklärt eine deutliche Mehrheit der Befragten, dass sie den politischen Parteien mißtraut (79%, +3 Punkte im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009<sup>42</sup>).



In nur einem Mitgliedstaat sprechen die Befragten den politischen Parteien mehrheitlich ihr Vertrauen aus, und zwar in Dänemark (50%). Allerdings lässt sich auch in Luxemburg (41%), den Niederlanden (37%), Österreich (36%) und Schweden (32%) ein hohes Maß an Vertrauen feststellen.
































Sehr schwach ist das Vertrauen der Bürger in ihre politischen Parteien in Lettland (2%), Litauen (5%), Polen (7%) sowie in vier weiteren Mitgliedstaaten: Slowenien, Frankreich, Ungarn und das Vereinigte Königreich (jeweils 9%).

Schließlich erklärt auch nahezu die Gesamtheit der Befragten in Kroatien (92%) ihr Misstrauen gegenüber den politischen Formationen; auch die überwiegende Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (80%) und in der Türkei (72%) erklärt ihr Misstrauen.

<sup>42</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 7. den politischen Parteien?



In der nachfolgenden Tabelle sind die Länderergebnisse für alle abgefragten nationalen Institutionen aufgeführt.

QA10.5,6,7,8,9,12. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit-

	% Eher vertrauen	der (NATIONALITÄT) Bundesregierung	dem (NATIONALITÄT) Bundestag	den regionalen oder lokalen Behörden	der Bundeswehr	der Justiz, dem (NATIONALITÄT) Rechtssystem	den politischen Parteien
 EU27		29%	30%	50%	64%	43%	16%
 BE		36%	38%	59%	60%	35%	21%
 BG		44%	27%	34%	40%	17%	12%
 CZ		37%	15%	54%	64%	29%	12%
 DK		57%	74%	74%	62%	80%	50%
 DE		40%	45%	63%	69%	58%	20%
 EE		47%	38%	59%	77%	52%	17%
 IE		15%	19%	35%	68%	45%	13%
 EL		44%	47%	47%	69%	52%	19%
 ES		29%	29%	39%	64%	40%	18%
 FR		22%	28%	57%	60%	39%	9%
 IT		26%	27%	34%	58%	37%	17%
 CY		53%	53%	58%	65%	50%	19%
 LV		9%	6%	41%	44%	26%	2%
 LT		15%	7%	31%	45%	15%	5%
 LU		68%	59%	64%	53%	61%	41%
 HU		14%	15%	53%	37%	41%	9%
 MT		36%	41%	45%	66%	40%	22%
 NL		49%	52%	57%	70%	51%	37%
 AT		54%	55%	69%	65%	67%	36%
 PL		16%	11%	45%	64%	31%	7%
 PT		32%	41%	59%	69%	31%	21%
 RO		17%	17%	41%	67%	28%	11%
 SI		29%	19%	40%	45%	19%	9%
 SK		36%	35%	47%	67%	29%	18%
 FI		48%	53%	68%	90%	74%	25%
 SE		55%	63%	64%	51%	60%	32%
 UK		19%	19%	46%	76%	48%	9%
CY (tcc)		-	-	31%	81%	-	18%
 HR		12%	12%	23%	46%	15%	4%
 TR		51%	51%	42%	77%	65%	23%
 MK		31%	25%	36%	59%	20%	14%

Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, ergibt die soziodemografische Analyse der Ergebnisse recht bedeutende Unterschiede.

QA10.5,6,7,8,9,12. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit-

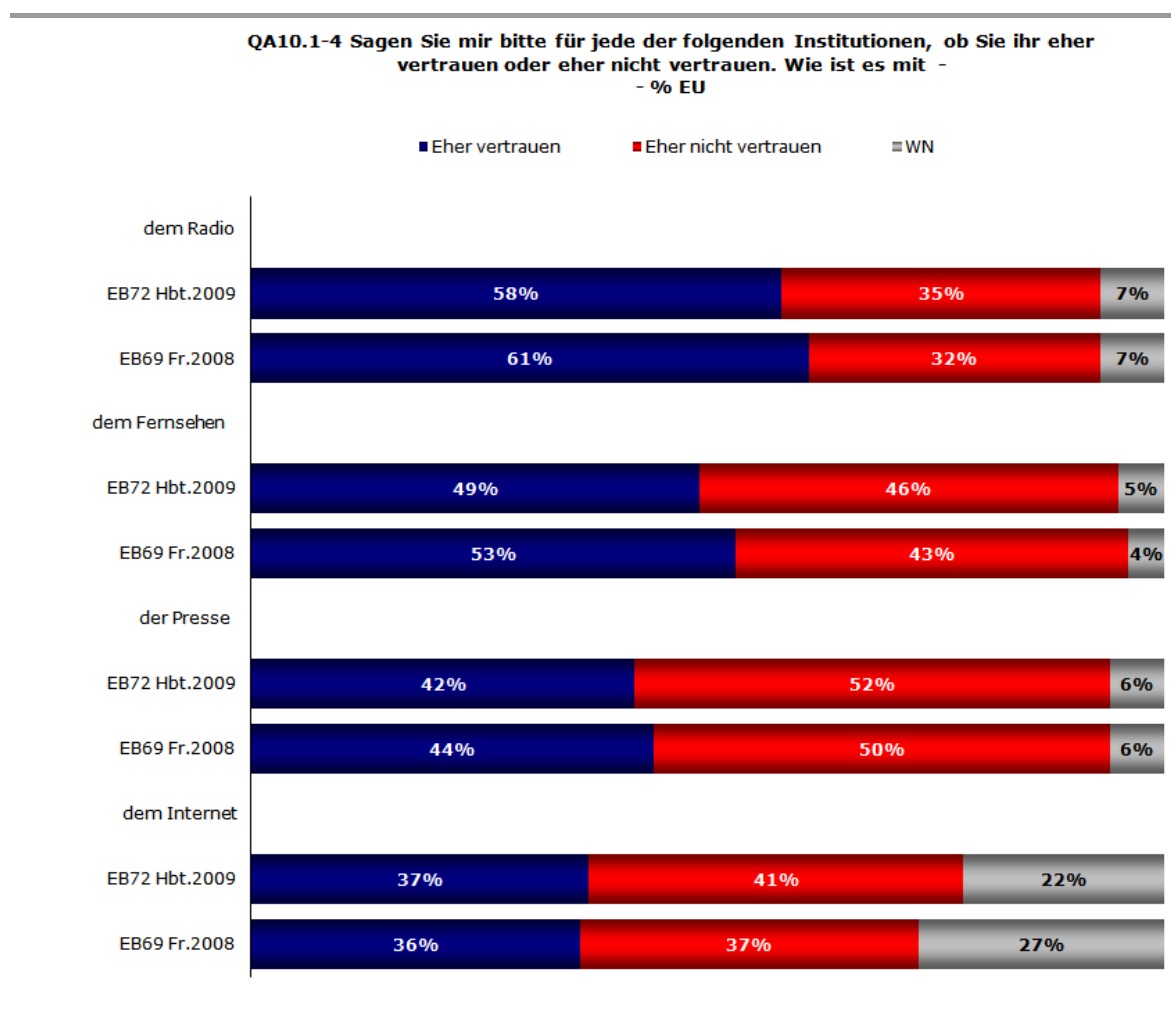
	% Eher vertrauen	der (NATIONALITÄT) Bundesregierung	dem (NATIONALITÄT) Bundestag	den regionalen oder lokalen Behörden	der Bundeswehr	der Justiz, dem (NATIONALITÄT) Rechtssystem	den politischen Parteien
EU27		29%	30%	50%	64%	43%	16%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>							
 15-		26%	26%	46%	66%	37%	13%
16-19		28%	28%	48%	65%	40%	15%
20+		33%	37%	53%	64%	52%	18%
Studiert noch		33%	37%	53%	66%	50%	21%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>							
 Selbständig		30%	29%	46%	63%	42%	15%
Leitende(r) Angestellte(r)		31%	38%	55%	67%	56%	16%
Andere(r) Angestellte(r)		31%	31%	48%	64%	46%	18%
Sonstige Arbeiter		28%	29%	49%	64%	41%	16%
Hausfrauen / Hausmänner		27%	27%	44%	65%	45%	16%
Arbeitslos		20%	21%	40%	58%	33%	10%
Rentner / Pensionäre		32%	31%	53%	67%	40%	16%
Studenten		33%	37%	53%	66%	50%	21%
<b>Links-Rechts Skala</b>							
(1-4) Links		29%	34%	52%	60%	46%	18%
(5-6) Mitte		31%	31%	52%	68%	45%	16%
(7-10) Rechts		35%	33%	52%	68%	43%	19%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>							
Meistens		18%	19%	35%	56%	31%	11%
Gelegentlich		26%	26%	44%	60%	36%	14%
Nahezu nie/ nie		32%	34%	55%	68%	48%	17%
<b>Vertrauen in die EU</b>							
Eher vertrauen		48%	50%	65%	76%	57%	28%
Eher nicht vertrauen		10%	10%	34%	53%	29%	4%
<b>Bild der EU</b>							
Positiv		41%	43%	59%	72%	53%	23%
Neutral		22%	23%	45%	60%	38%	12%
Negativ		10%	11%	31%	53%	27%	4%

#### 4.2.5 Das Vertrauen in die Medien

##### - Auch das Vertrauen in die Medien ist gesunken-

Während sich die Sorge angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Kontextes auf das Vertrauen in mehrere nationale Institutionen auszuwirken scheint, so ist es auch interessant, die Frage zu untersuchen, ob auch die Medien von diesem zurzeit düsteren allgemeinen Klima betroffen sind. Die europäischen Bürger erklären dem Fernsehen (49%) und in noch höherem Maße dem Hörfunk (58%) mehrheitlich ihr Vertrauen. Dahingegen spricht nur eine Minderheit der Befragten der Presse (42%) und dem Internet (37%) ihr Vertrauen aus<sup>43</sup>. Es ist festzustellen, dass sich ein recht hoher Anteil der Befragten (22%) von einer Antwort auf diese Frage enthält, möglicherweise, weil sie dieses Medium nicht verwenden. Bei den älteren Befragten beträgt dieser Anteil immerhin 41%.

Seit der Frühjahrsumfrage 2008 sinkt das Vertrauensniveau für alle Medien (-4 Punkte für das Fernsehen, -3 Punkte für den Rundfunk, -2 Punkte für die Presse), mit Ausnahme des Internets (+1 Punkt).

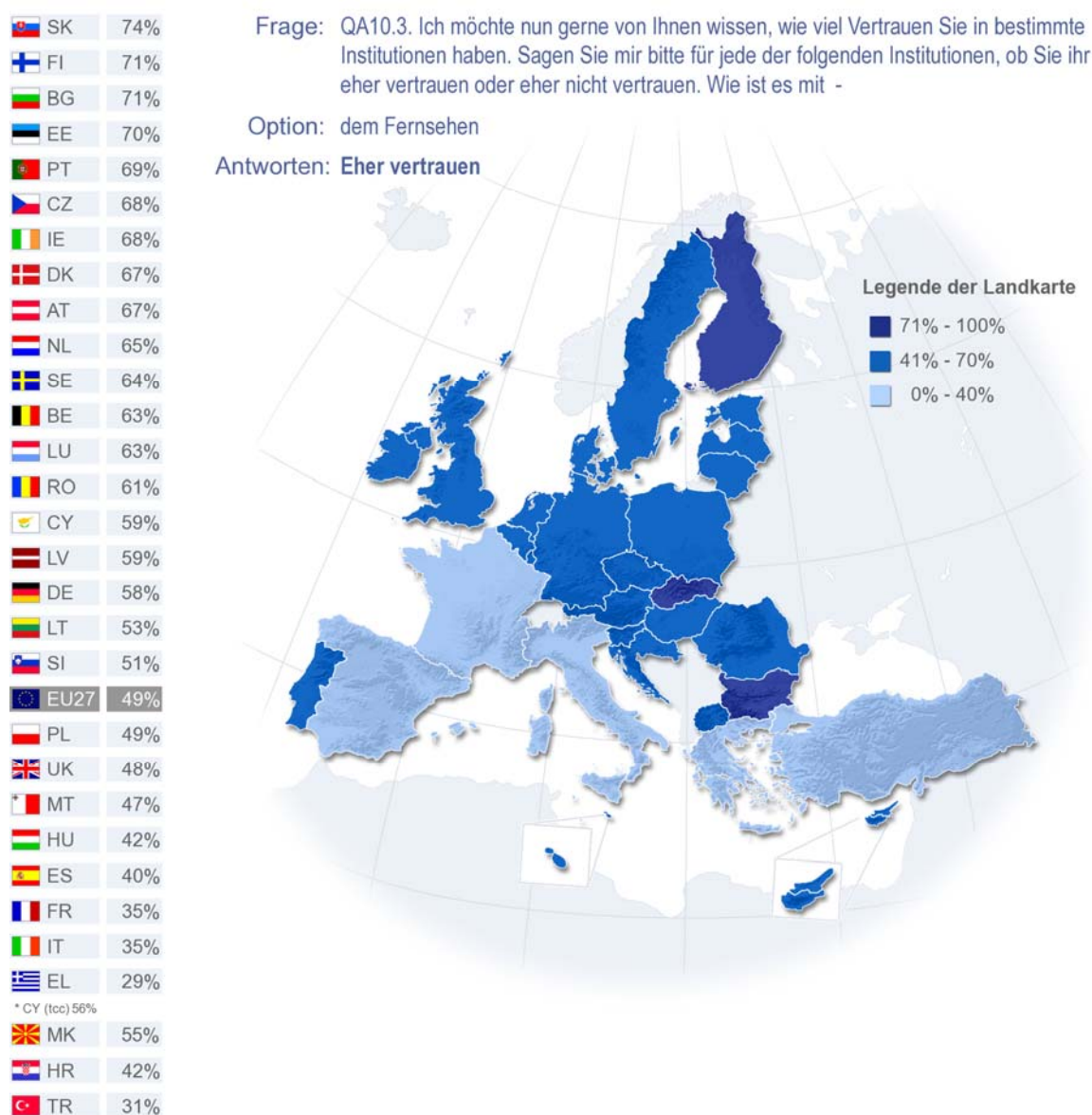


<sup>43</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 1. Der Presse, 2. Dem Radio, 3. Dem Fernsehen, 4. Dem Internet.



Die Befragten in Finnland (79%) und Schweden (76%), in der Slowakei (75%), Dänemark (73%), den Niederlanden (72%), der Tschechischen Republik und Irland (jeweils 71%) sowie in Luxemburg (70%) sprechen **ihrem Rundfunk** mehrheitlich ihr Vertrauen aus, im Vergleich zu nur 48% der Malteser, 45% der Italiener und einer Minderheit der Ungarn (40%). In diesem Land hat die Mehrheit der Befragten kein Vertrauen in den Rundfunk.

Die Slowaken (74%), die Finnen und Bulgaren (jeweils 71%), die Esten (70%), die Portugiesen (69%), die Tschechen und die Iren (jeweils 68%), die Dänen und die Österreicher (jeweils 67%) sprechen **dem Fernsehen im eigenen Land** am häufigsten ihr Vertrauen aus, während nur 29% der Griechen, jeweils 35% der Italiener und Franzosen, 40% der Spanier und 42% der Ungarn diese Meinung teilen. Die Briten zeigen sich zu dieser Frage geteilter Meinung: 48% der Befragten haben kein Vertrauen und ein gleich hoher Anteil erklärt, Vertrauen in das Fernsehen zu haben.





In 11 Mitgliedstaaten wird von einer Mehrheit der Befragten Vertrauen in die **Presse** gesetzt: dies gilt für mehr als sechs von zehn Luxemburgern (65%), 59% der Portugiesen, 58% der Tschechen, 57% der Niederländer und 56% der Österreicher. Im Gegensatz hierzu teilen diese Meinung nur 18% der Briten und 26% der Ungarn.
































Eine Mehrheit von 60% der Befragten in der Slowakei, 59% in der Tschechischen Republik sowie jeweils 51% der Niederländer und der Dänen sprechen schließlich dem **Internet** ihr Vertrauen aus, während nur 29% der Briten eine ähnliche Meinung teilen.

Die Analyse der Ergebnisse nach dem soziodemografischen Profil ergibt, dass bei der Frage nach dem **Internet** ein recht großer Generationenunterschied festzustellen ist: So spricht über die Hälfte der Befragten der jüngsten Altersgruppe (52% der 15- bis 24-Jährigen) und nahezu die Hälfte derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (46%), diesem Medium ihr Vertrauen aus, im Vergleich zu nur 39% der Befragten im Alter zwischen 40 und 54 Jahren, 22% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, und nur 18% derjenigen, die die Schule bereits mit dem 16. Lebensjahr oder früher beendet haben. Es ist darüber hinaus festzustellen, dass 40% der Männer, im Vergleich zu 34% der Frauen, dem Internet vertrauen.

Symmetrisch hierzu - wenn auch in geringerem Umfang - ist zu beobachten, dass die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, häufiger als die anderen dem **Hörfunk** (64%, im Vergleich zu 52% derjenigen, die die Schule mit dem 16. Lebensjahr beendet haben) oder der **Presse** (47%, im Vergleich zu 35%) ihr Vertrauen aussprechen. Beim **Fernsehen** hingegen ist dieses Phänomen nicht festzustellen (48%, im Vergleich zu 47% derjenigen, die die Schule mit dem 16. Lebensjahr beendet haben, und 52% derjenigen, die ihre Ausbildung zwischen dem 16. und dem 19. Lebensjahr beendet haben). Ebenso setzen die Führungskräfte und die Befragten, die sich politisch links orientieren, ihr Vertrauen häufiger in **den Hörfunk** und die **Presse** als die Befragten, die sich politisch rechts orientieren und die Arbeiter. Umgekehrt erklären diese letzten beiden Kategorien häufiger ihr Vertrauen in das **Fernsehen** als die politisch linksorientierten Befragten und die Führungskräfte.





Die nachstehende Tabelle zeigt die Länderergebnisse für alle Medien.

**QA10.1,2,3,4. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit-**

	% Eher vertrauen	dem Hörfunk	dem Fernsehen	der Presse	dem Internet
 EU27		58%	49%	42%	37%
 BE		66%	63%	53%	42%
 BG		58%	71%	44%	43%
 CZ		71%	68%	58%	59%
 DK		73%	67%	50%	51%
 DE		64%	58%	48%	33%
 EE		68%	70%	43%	42%
 IE		71%	68%	45%	43%
 EL		53%	29%	39%	35%
 ES		51%	40%	44%	36%
 FR		57%	35%	45%	30%
 IT		45%	35%	37%	39%
 CY		60%	59%	51%	37%
 LV		58%	59%	40%	40%
 LT		55%	53%	43%	37%
 LU		70%	63%	65%	41%
 HU		40%	42%	26%	38%
 MT		48%	47%	37%	42%
 NL		72%	65%	57%	51%
 AT		68%	67%	56%	40%
 PL		61%	49%	42%	39%
 PT		69%	69%	59%	46%
 RO		60%	61%	47%	42%
 SI		53%	51%	39%	44%
 SK		75%	74%	55%	60%
 FI		79%	71%	55%	43%
 SE		76%	64%	39%	35%
 UK		55%	48%	18%	29%
CY (tcc)		55%	56%	50%	47%
 HR		47%	42%	30%	35%
 TR		33%	31%	25%	29%
 MK		44%	55%	42%	45%

Das Vertrauen in die Medien fällt auch nach dem soziodemografischen Profil der Befragten unterschiedlich aus.

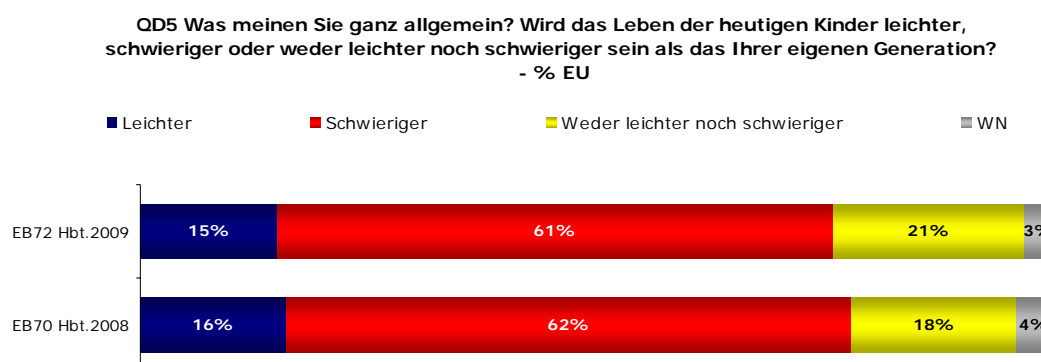
**QA10.1,2,3,4. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit-**

	% Eher vertrauen	dem Hörfunk	dem Fernsehen	der Presse	dem Internet
EU27		58%	49%	42%	37%
<b>Geschlecht</b>					
 Männlich		58%	48%	42%	40%
Weiblich		59%	51%	41%	34%
<b>Alter</b>					
 15-24		62%	54%	43%	52%
25-39		58%	48%	43%	47%
40-54		58%	48%	41%	39%
55 +		58%	51%	40%	22%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>					
 15-		52%	47%	35%	18%
16-19		58%	52%	41%	38%
20+		64%	48%	47%	46%
Studiert noch		65%	53%	48%	53%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>					
 Selbständig		57%	45%	40%	43%
Leitende(r) Angestellte(r)		66%	48%	48%	49%
Andere(r) Angestellte(r)		61%	50%	47%	47%
Sonstige Arbeiter		58%	51%	40%	41%
Hausfrauen / Hausmänner		56%	48%	40%	27%
Arbeitslos		48%	44%	33%	38%
Rentner / Pensionäre		58%	52%	40%	20%
Studenten		65%	53%	48%	53%
<b>Links-Rechts Skala</b>					
(1-4) Links		62%	47%	46%	38%
(5-6) Mitte		60%	51%	42%	37%
(7-10) Rechts		59%	52%	42%	39%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>					
Meistens		49%	44%	34%	31%
Gelegentlich		54%	48%	40%	37%
Nahezu nie/ nie		62%	51%	44%	38%
<b>Vertrauen in die EU</b>					
Eher vertrauen		72%	61%	56%	49%
Eher nicht vertrauen		43%	37%	26%	26%
<b>Bild der EU</b>					
Positiv		68%	56%	52%	46%
Neutral		54%	48%	36%	31%
Negativ		42%	36%	24%	25%

## 5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄER

- **Mehr als sechs von zehn europäischen Bürgern sind davon überzeugt, dass das Leben ihrer Kinder in der Zukunft schwieriger sein wird als ihr eigenes** -

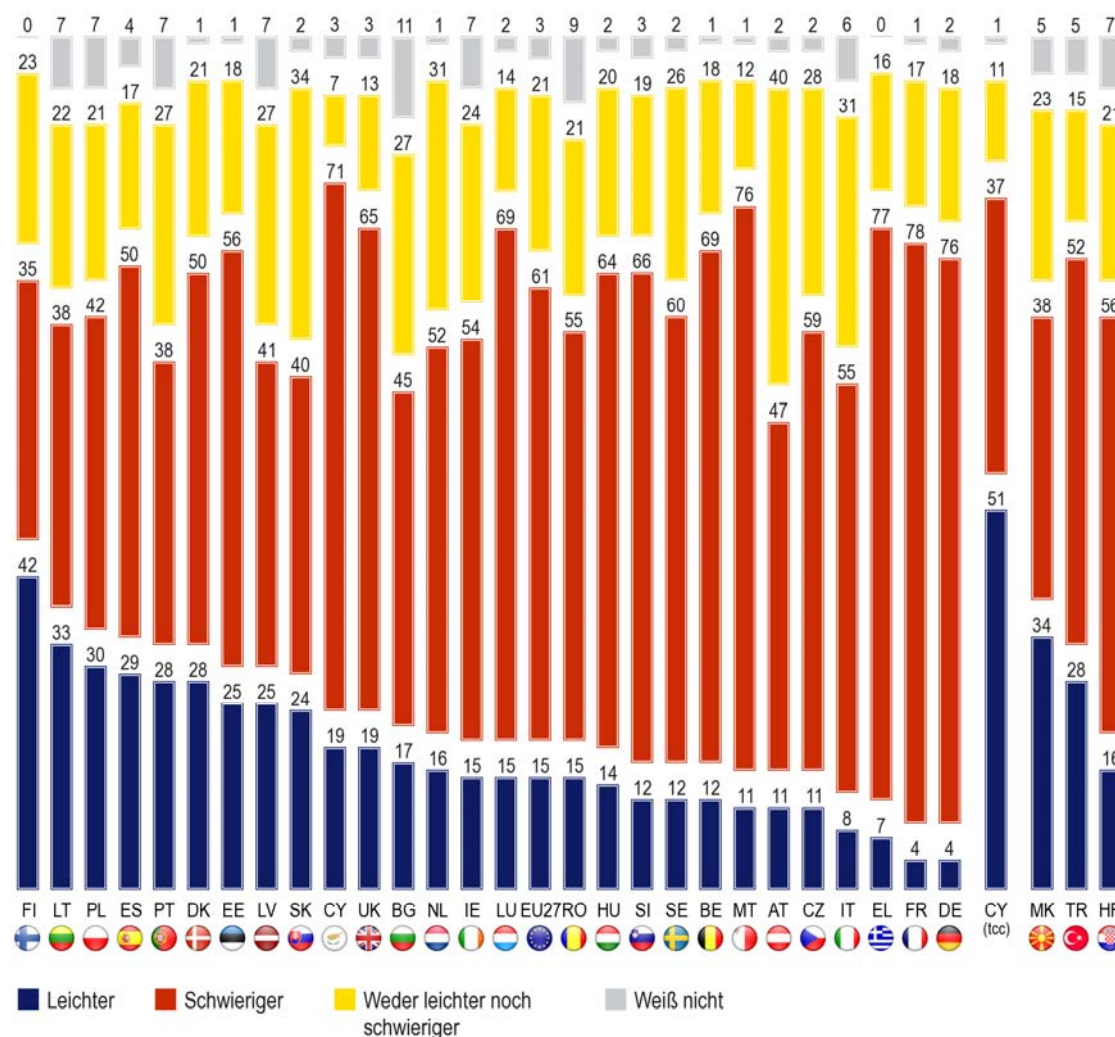
Mehr als sechs von zehn europäischen Bürgern sind davon überzeugt, dass die Kinder der heutigen Generation ein schwierigeres Leben haben werden als ihre eigene Generation (61%). Gut ein Fünftel (21%) schätzt, dass es weder leichter noch schwieriger sein wird und 15% schließlich sind der Meinung, dass es leichter sein wird. Sowohl der Anteil der Optimisten wie auch der Pessimisten ist im Vergleich zum Herbst 2008 leicht rückläufig (-1 Punkt), während der Anteil derjenigen, die auf einen „Status Quo“ setzen, um 3 Punkte zugenommen hat.



Die Befragten in Finnland (42%), Litauen (33%), Polen (30%), Spanien (29%), Dänemark und Portugal (jeweils 28%) zeigen sich optimistischer. Die Franzosen (78%), Griechen (77%), Deutschen und Malteser (jeweils 76%) und die Zyprioten (71%) zählen hingegen zu jener Gruppe Befragter, die am häufigsten der Meinung sind, dass sich das Leben der Kinder von heute schwieriger gestalten wird als das ihrer eigenen Generation.

Die Ergebnisse in den Kandidatenländern ähneln jenen des europäischen Gesamtdurchschnitts. In diesen Ländern ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass das Leben ihrer Kinder schwieriger sein wird als das ihrer eigenen Generation: dies gilt für 56% der Kroaten, 52% der Türken und 38% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.



QD5. Was meinen Sie ganz allgemein? Wird das Leben der heutigen Kinder leichter, schwieriger oder weder leichter noch schwieriger sein als das Ihrer eigenen Generation?



Frauen und politisch linksorientierte Befragte (jeweils 63%) sehen häufiger als Männer und politisch rechtsorientierte Befragte (jeweils 58%) für die Kinder von heute ein schwierigeres Leben voraus als es für die eigene Generation ist. Auch sind je nach dem Alter der Befragten erhebliche Unterschiede festzustellen: So sind die Befragten der jüngsten Altersgruppe weniger pessimistisch als die Ältesten (51% der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 65% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber). Die Befragten, die in einem Haushalt mit vier Personen oder mehr leben (also möglicherweise mit Kindern), erklären etwas weniger häufig (58%) als die Alleinlebenden (62%), dass das Leben der künftigen Generationen schwieriger sein wird als dies heute der Fall ist.

Diejenigen, die behaupten, dass sie niemals Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen, und diejenigen, die sich angesichts der wirtschaftlichen Lage in ihrem Land zufrieden zeigen, sind angesichts der Zukunft der künftigen Generationen ebenfalls etwas weniger pessimistisch: jeweils 60% und 53% dieser beiden Kategorien sind der Meinung, dass das Leben der Kinder von heute schwieriger sein wird. Dies im Vergleich zu 67% derjenigen, die erklären, dass sie die meiste Zeit Probleme haben, ihre Rechnungen zu begleichen, und 63% derjenigen, die angesichts der Wirtschaftslage im eigenen Land unzufrieden sind.

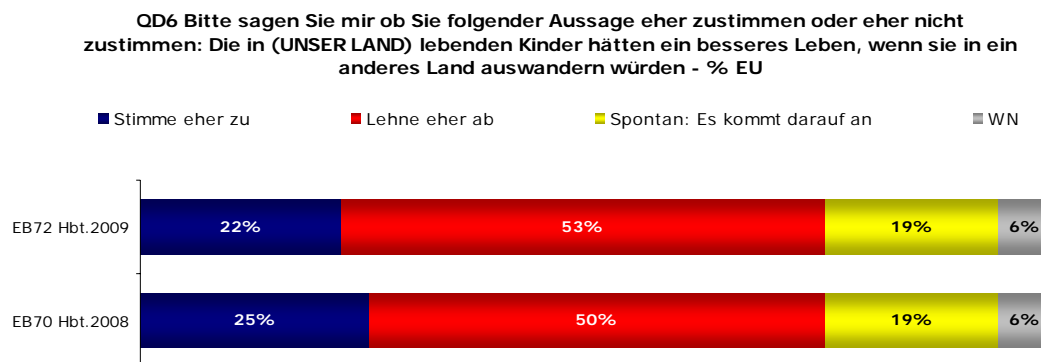
**QD5 Was meinen Sie ganz allgemein? Wird das Leben der heutigen Kinder leichter, schwieriger oder weder leichter noch schwieriger sein als das Ihrer eigenen Generation?**

	Leichter	Schwieriger	Weder leichter noch schwieriger	WN
EU27	15%	61%	21%	3%
<b>Geschlecht</b>				
 Männlich	16%	58%	22%	4%
Weiblich	13%	63%	20%	4%
<b>Alter</b>				
 15-24	19%	51%	25%	5%
25-39	16%	57%	24%	3%
40-54	13%	64%	20%	3%
55 +	14%	65%	18%	3%
<b>Haushaltszusammenstellung</b>				
1	15%	62%	19%	4%
2	14%	63%	20%	3%
3	15%	59%	22%	4%
4+	15%	58%	23%	4%
<b>Links-Rechts Skala</b>				
(1-4) Links	15%	63%	20%	2%
(5-6) Mitte	14%	63%	21%	2%
(7-10) Rechts	16%	58%	22%	4%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	11%	67%	18%	4%
Gelegentlich	14%	61%	21%	4%
Nahezu nie/ nie	16%	60%	21%	3%
<b>Situation nationale Wirtschaft</b>				
Gut	19%	53%	25%	3%
Schlecht	13%	63%	20%	4%

**- Die Hälfte der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die Kinder ihres Landes keine bessere Zukunft hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden -**

Die Hälfte der Europäer stimmen der Aussage „Die Kinder, die in (UNSEREM LAND) leben, hätten eine bessere Zukunft, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden“ nicht zu (53%). Nahezu ein Viertel der Befragten (22%) äußert eine entgegengesetzte Meinung, und 19% sind der Ansicht, dieses hänge von den Umständen ab.

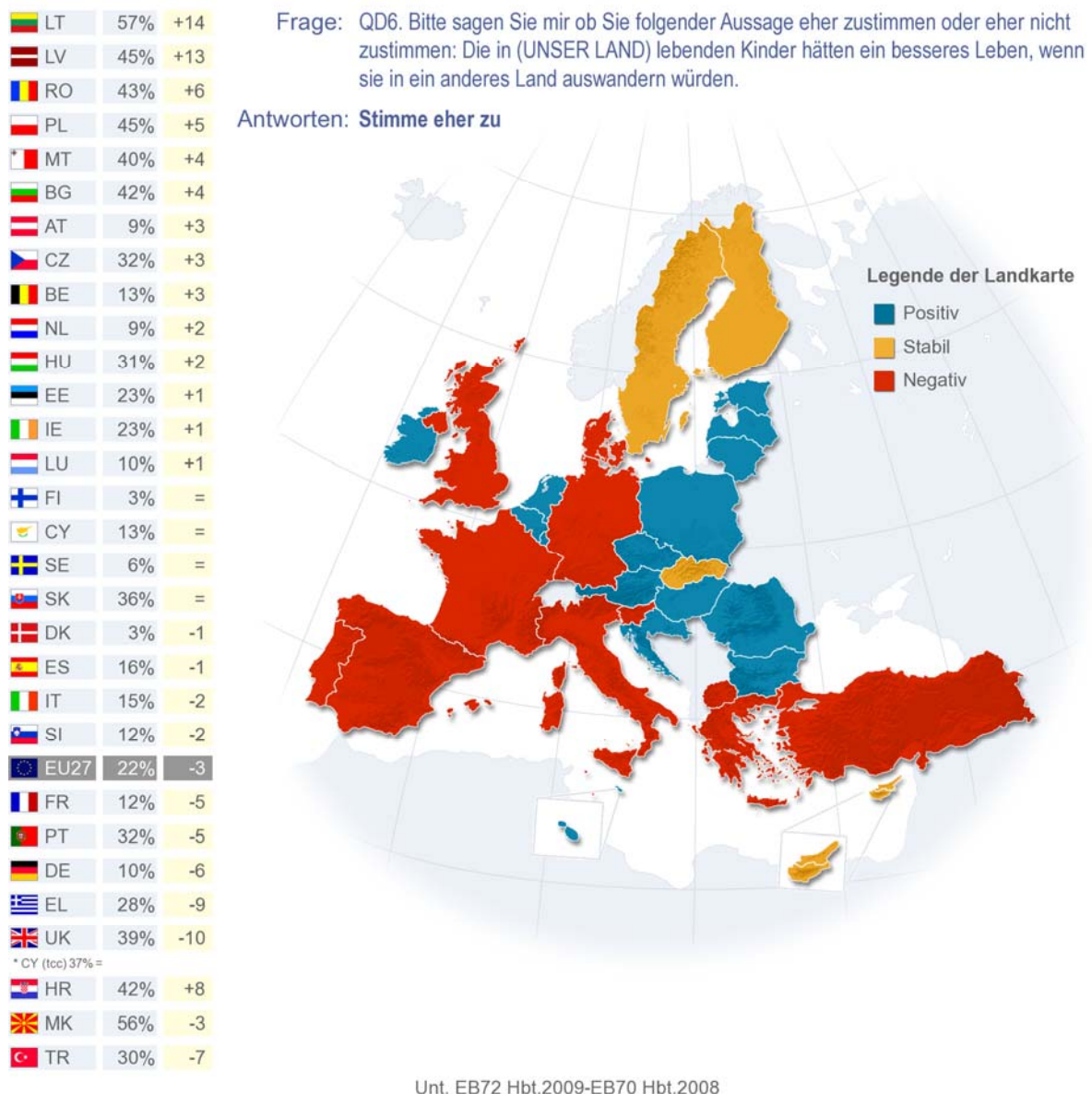
Der Anteil derjenigen, die der obigen Aussage nicht zustimmen, ist jedoch im Vergleich zum Herbst 2008 um 3 Punkte (d.h. von 50% auf 53%) gestiegen, während der Anteil derjenigen, die entgegengesetzter Meinung sind, um -3 Punkte (von 25% auf 22%) zurückgegangen ist.



Die Befragten in den skandinavischen Ländern sind mit der Aussage am häufigsten nicht einverstanden, dass die Kinder ihres Landes eine bessere Zukunft hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden: dies gilt für 92% der Dänen, 88% der Finnen und 82% der Schweden. Auch von den Befragten der Benelux-Länder wird diese Meinung mehrheitlich geteilt (82% der Niederländer, 76% der Luxemburger und 70% der Belgier).

Dahingegen zeigen sich die Befragten in sechs Mitgliedstaaten von dieser Aussage mehrheitlich überzeugt, so in Litauen (57%), in Lettland und in Polen (jeweils 45%), Rumänien (43%), Bulgarien (42%) und auf Malta (40%).





Ein starker Anstieg des Anteils Befragter, die der Aussage „eher zustimmen“, dass die Kinder, die in ihrem Land leben, ein besseres Leben hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden, ist in Litauen (+14 Punkte) und in Lettland (+13 Punkte) zu verzeichnen, denn diese beiden Mitgliedstaaten sind ganz besonders stark von der derzeitigen Wirtschaftskrise betroffen. Ebenfalls starke Zuwächse sind in Rumänien (+6 Punkte) und Polen (+5 Punkte) zu verzeichnen.

Dahingegen ist der Anteil Befragter, die diese Meinung zum Ausdruck bringen, in den folgenden Mitgliedstaaten der EU rückläufig, so im Vereinigten Königreich (-10 Punkte), in Griechenland (-9 Punkte) und in Deutschland (-6 Punkte). Dabei sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, dass in den letzten beiden Mitgliedstaaten im Herbst 2009 Parlamentswahlen stattgefunden haben (im September in Deutschland, und im Oktober in Griechenland).




Die Befragten in den Kandidatenländern hingegen sind weitaus häufiger als die Bürger der EU27 der Meinung, dass die Kinder ihres Landes eine bessere Zukunft hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden: dieser Meinung vertritt eine Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Kroatien (jeweils 56% und 42%). Drei von zehn Türken sind ähnlicher Meinung (30%, im Vergleich zu 49%, die nicht der Meinung sind, dass die Kinder, die in der Türkei leben, eine bessere Zukunft hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden).

Die soziodemografische Analyse ergibt, dass die Bewohner der Großstädte etwas häufiger als jene der mittelgroßen Städte der Meinung sind, dass die jungen Leute eine bessere Zukunft hätten, wenn sie auswandern würden (26%, im Vergleich zu 20% der Bewohner mittelgroßer Städte). Dieses Gefühl ist in Haushalten mit drei Personen oder mehr ebenfalls geringfügig ausgeprägter (25% in Drei-Personen-Haushalten und 23% in Vier-Personen-Haushalten und mehr, im Vergleich zu 19% der Alleinlebenden).

Auch diejenigen Befragten, die erklären, dass sie die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen (31%) und diejenigen, die der Meinung sind, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln (26%), sind etwas häufiger der Meinung, dass die Kinder ihres Landes eine bessere Zukunft hätten, wenn sie auswandern würden. Dies im Vergleich zu denjenigen, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben (20%) bzw. denjenigen, die der Meinung sind, dass sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln (19%).

**QD6a Bitte sagen Sie mir ob Sie folgender Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen: Die in (UNSER LAND) lebenden Kinder hätten ein besseres Leben, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.**

	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Spontan: Es kommt darauf an	WN
EU27	22%	53%	19%	6%
<b>Verstädterung</b>				
 Ländliche Gegend	22%	54%	19%	5%
Kleine und mittelgroße Stadt	20%	56%	19%	5%
Großstadt	26%	48%	20%	6%
<b>Haushaltszusammenstellung</b>				
1	19%	55%	19%	7%
2	22%	54%	19%	5%
3	25%	49%	21%	5%
4+	23%	53%	19%	5%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	31%	43%	19%	7%
Gelegentlich	25%	47%	21%	7%
Nahezu nie/ nie	20%	57%	18%	5%
<b>Dinge im Land gehen in die ...</b>				
Richtige Richtung	19%	62%	16%	3%
Falsche Richtung	26%	49%	19%	6%
Weder noch	17%	49%	28%	6%

## II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

### 1. VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

#### 1.1 Was bedeutet die Europäische Union?

***- Die Europäische Union wird vor allem mit dem Begriff der Freizügigkeit verbunden -***

Die Wahrnehmung, die die europäischen Bürger von der Europäischen Union haben, ist im Vergleich zu den Eurobarometer-Umfragen im Herbst 2008 (EB70) und im Frühjahr 2009 weitgehend unverändert geblieben. So wird die Union von den Bürgern vor allem mit Freizügigkeit verbunden, wobei die gemeinsame Währung, der Euro, das Symbol darstellt, in dem sich die EU verkörpert<sup>44</sup>. 46% der europäischen Bürger nennen auf die Frage, was die Europäische Union für sie persönlich bedeutet, die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können. Dies ist ein Zuwachs um 4 Punkte im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009. An zweiter Stelle nennen 37% der Befragten (+4 Punkte) den Euro als Symbol dafür, was die Europäische Union für sie persönlich am meisten bedeutet.

An dritter Stelle steht der Frieden, der von 28% der Befragten (+3 Punkte) genannt wird. Danach kommen die Demokratie (26%, +4 Punkte), mehr Mitsprache in der Welt (25%, +2 Punkte) und die kulturelle Vielfalt (22%, +3 Punkte). Weniger häufig werden andere positive Bereiche wie der wirtschaftliche Wohlstand (18%, +2 Punkte) und die soziale Absicherung (11%, +1 Punkt) genannt, obwohl auch hier jeweils leichte Anstiege zu verzeichnen sind.

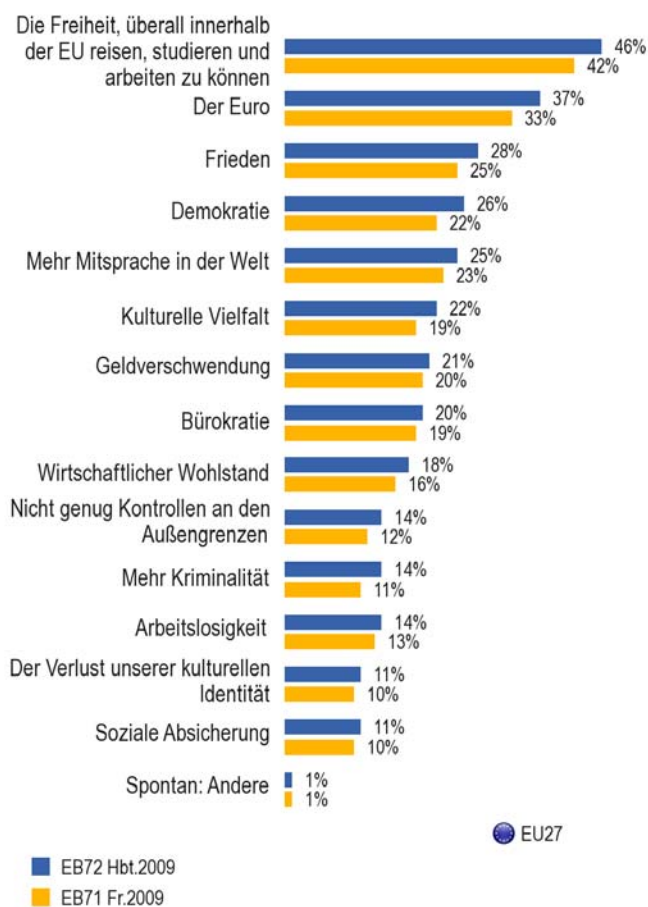
Die negativen Aspekte der Europäischen Union werden nach wie vor nur von einer Minderheit gewählt; keiner dieser negativen Bereiche, die abgefragt wurden, wird von mehr als zwei von zehn Befragten genannt. Auf der Liste dieser Bereiche steht zunächst die Geldverschwendung (21%, +1 Punkt) und die Bürokratie (20%, +1 Punkt), dann die Kriminalität (14%, +3 Punkte; bei diesem Punkt ist ein starker Anstieg festzustellen, der mit dem Anstieg der Werte für die Kriminalität als nationale Sorge gleichzusetzen ist<sup>45</sup>), die mangelnden Kontrollen an den Außengrenzen (14%, +2 Punkte), die Arbeitslosigkeit (14%, +1 Punkt) und der Verlust der kulturellen Identität (11%, +1 Punkt).

---

<sup>44</sup> QA12. Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

<sup>45</sup> Siehe Teil I, Das Leben in der Europäischen Union, Kapitel 3.3, Die größten nationalen Sorgen.

## QA12. Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?



Bei dieser Frage sind in der Länderanalyse, je nach Geschichte und Kultur der einzelnen Mitgliedstaaten, erhebliche Unterschiede festzustellen:

So wird die **Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**, insbesondere von einem hohen Anteil der Befragten in den Ländern Zentral- und Osteuropas genannt, und zwar von 72% der Befragten in Estland, 62% in Lettland, 58% in Bulgarien, 58% in der Slowakei, 57% in Litauen, 55% in der Tschechischen Republik, 54% in Polen und 53% in Slowenien. Generell wird diese Antwort in zwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den ersten Platz gewählt.

Verständlicherweise neigen die Befragten in den Ländern der Eurozone häufiger als die anderen dazu, den **Euro** als Symbol der EU zu nennen, so zum Beispiel 65% in Österreich, 61% in der Slowakei – dem jüngsten Beitrittsland zur Einheitswährung –, 59% in Belgien, 56% in Slowenien, 50% in Deutschland und 49% in Griechenland. Der Euro steht in sechs Mitgliedstaaten an erster Stelle der Nennungen, so in Österreich, Slowenien, der Slowakei, Belgien, Griechenland und Spanien.

In Schweden (51%) und Deutschland (47%) ist eine besondere Verbundenheit zur Europäischen Union als Raum des **Friedens** festzustellen.

In den nordischen Ländern, Österreich, und ungewohnterweise auch Deutschland, ist ein besonderes Vorherrschen der negativen Meinungen über die Europäische Union in Bezug auf die abgefragten Bereiche **Bürokratie** und **Geldverschwendung** festzustellen.

So wird die Bürokratie von 44% der Österreicher, 43% der Finnen, 40% der Dänen, 39% der Schweden und 37% der Deutschen als ein „Symbol“ der Europäischen Union genannt.

Schließlich bestätigt diese Frage auch den besonderen Charakter der öffentlichen Meinung im Vereinigten Königreich zu europäischen Fragen. Hier werden in die Rangordnung der Symbole der EU unter den ersten drei, zwei der negativen Symbole gewählt: Zwar steht an erster Stelle die Freizügigkeit (30% der Nennungen), an zweiter und dritter Stelle allerdings kommen schon die Geldverschwendung (28%) und die Bürokratie (26%).

Was die Kandidatenländer betrifft, so haben die Befragten hier eine recht unterschiedliche Sichtweise im Vergleich zur Sichtweise der EU-Bürger selbst. So wird die EU von den Befragten in der Türkei in erster Linie als eine Zone des wirtschaftlichen Wohlstands betrachtet; dieser Punkt steht mit 33% der Nennungen an der Spitze, noch vor der Freiheit, überall innerhalb der EU reisen und arbeiten zu können (28%) und vor der Demokratie und der sozialen Absicherung (jeweils 20%). In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wird die Europäische Union sehr positiv wahrgenommen, mit 56% der Nennungen für die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen und arbeiten zu können, 43% für den wirtschaftlichen Wohlstand und 35% für den Frieden. Weniger positiv sieht das Bild der Europäischen Union hingegen in Kroatien aus. Zwar steht hier die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen und arbeiten zu können, mit Abstand an der Spitze (41%), an zweiter Stelle jedoch wird schon ein negativer Punkt genannt, und zwar die Befürchtung eines Verlustes der kulturellen Identität (23%).

QA12 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Demokratie	Mehr Mitsprache in der Welt	Kulturelle Vielfalt	Geldverschwendung	Bürokratie	Wirtschaftlicher Wohlstand	Arbeitslosigkeit	Mehr Kriminalität	Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	Soziale Absicherung	Der Verlust unserer kulturellen Identität
EU27	46%	37%	28%	26%	25%	22%	21%	20%	18%	14%	14%	14%	11%	11%
BE	43%	<b>59%</b>	31%	25%	28%	22%	27%	17%	20%	18%	22%	20%	11%	10%
BG	<b>58%</b>	22%	26%	<b>40%</b>	23%	26%	6%	5%	<b>35%</b>	5%	7%	5%	26%	7%
CZ	<b>55%</b>	32%	25%	22%	28%	18%	23%	22%	19%	16%	22%	19%	9%	12%
DK	<b>60%</b>	39%	41%	35%	31%	26%	21%	40%	28%	14%	30%	38%	12%	14%
DE	<b>54%</b>	50%	47%	32%	28%	26%	34%	37%	14%	19%	26%	18%	9%	9%
EE	<b>72%</b>	26%	24%	14%	19%	24%	13%	22%	13%	13%	8%	10%	11%	10%
IE	<b>49%</b>	48%	19%	19%	27%	15%	9%	11%	29%	14%	12%	10%	11%	17%
EL	48%	<b>49%</b>	38%	28%	35%	21%	16%	8%	19%	20%	15%	17%	23%	14%
ES	37%	<b>38%</b>	12%	36%	21%	24%	7%	10%	27%	6%	1%	4%	13%	3%
FR	<b>45%</b>	43%	39%	21%	29%	34%	32%	16%	10%	17%	8%	19%	7%	12%
IT	<b>37%</b>	<b>37%</b>	16%	27%	28%	20%	10%	7%	16%	12%	10%	14%	12%	11%
CY	<b>68%</b>	44%	32%	36%	29%	<b>37%</b>	15%	10%	16%	34%	45%	24%	<b>33%</b>	<b>25%</b>
LV	<b>62%</b>	15%	17%	12%	11%	15%	18%	19%	11%	18%	9%	7%	13%	8%
LT	<b>57%</b>	14%	16%	18%	13%	18%	12%	9%	21%	7%	5%	3%	11%	9%
LU	<b>55%</b>	46%	45%	32%	28%	28%	11%	10%	20%	10%	14%	17%	16%	6%
HU	<b>46%</b>	28%	21%	23%	21%	17%	14%	12%	15%	26%	19%	12%	10%	6%
MT	<b>50%</b>	39%	22%	24%	33%	18%	11%	10%	22%	11%	6%	11%	13%	13%
NL	<b>54%</b>	47%	35%	21%	36%	20%	19%	24%	31%	7%	16%	16%	9%	11%
AT	55%	<b>65%</b>	32%	27%	31%	29%	<b>43%</b>	<b>44%</b>	18%	<b>35%</b>	<b>50%</b>	<b>41%</b>	18%	23%
PL	<b>54%</b>	27%	21%	21%	26%	14%	9%	18%	16%	9%	4%	3%	7%	6%
PT	<b>34%</b>	31%	17%	21%	21%	17%	11%	5%	18%	22%	17%	13%	8%	8%
RO	<b>50%</b>	34%	33%	39%	13%	17%	8%	6%	<b>35%</b>	10%	7%	8%	22%	7%
SI	53%	<b>56%</b>	32%	20%	25%	22%	27%	26%	17%	22%	29%	16%	9%	14%
SK	58%	<b>61%</b>	19%	24%	32%	19%	12%	10%	25%	13%	19%	10%	11%	9%
FI	<b>63%</b>	56%	28%	15%	21%	20%	30%	43%	16%	7%	20%	13%	9%	10%
SE	<b>68%</b>	26%	<b>51%</b>	33%	<b>39%</b>	27%	33%	39%	20%	9%	19%	20%	9%	10%
UK	<b>30%</b>	16%	18%	13%	18%	18%	28%	26%	12%	11%	11%	19%	8%	21%
CY (tcc)	29%	10%	26%	24%	25%	19%	5%	7%	46%	10%	7%	4%	36%	14%
MK	<b>56%</b>	9%	35%	21%	19%	8%	4%	4%	<b>43%</b>	7%	5%	3%	14%	5%
HR	<b>41%</b>	21%	19%	19%	15%	12%	9%	7%	21%	8%	15%	9%	9%	23%
TR	28%	7%	18%	20%	10%	13%	4%	3%	<b>33%</b>	13%	5%	3%	20%	13%

\* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Wahrnehmung, die Europäische Union sei ein Raum der Freizügigkeit, insbesondere für die Kategorien der jüngsten Befragten und derjenigen, die sozial und wirtschaftlich am besten integriert sind, zutrifft. So wird dieser Punkt zum Beispiel von 60% der Studenten genannt, im Vergleich zu nur 39% der Rentner und 42% der Arbeitslosen. Ebenfalls sehr häufig genannt wird er von 55% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, im Vergleich zu nur 35% derjenigen, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben. Im Gegensatz hierzu sind so gut wie keine sozialen Unterschiede bei der Nennung des Euro als Symbol der Europäischen Union festzustellen. So wird die gemeinsame Währung von 37% derjenigen genannt, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren, im Vergleich zu 39% derjenigen, die sich am oberen Ende dieser Skala positionieren.

Das Bildungsniveau ist ebenfalls ein entscheidender Faktor in Bezug auf andere abgefragte Bereiche. So verbinden die Befragten mit einem höheren Bildungsniveau deutlich häufiger als diejenigen, die ihre Ausbildung schon früh beendet haben, mit der Europäischen Union eine stärkere Mitsprache in der Welt (32% bzw. 19%) und eine Verkörperung der kulturellen Vielfalt (33% bzw. 15%). Umgekehrt werden die negativen Aspekte von denjenigen häufiger genannt, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben: Bei ihnen werden die Arbeitslosigkeit (18%, im Vergleich zu 9% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben) und die Geldverschwendung (27% bzw. 18%) häufiger genannt.

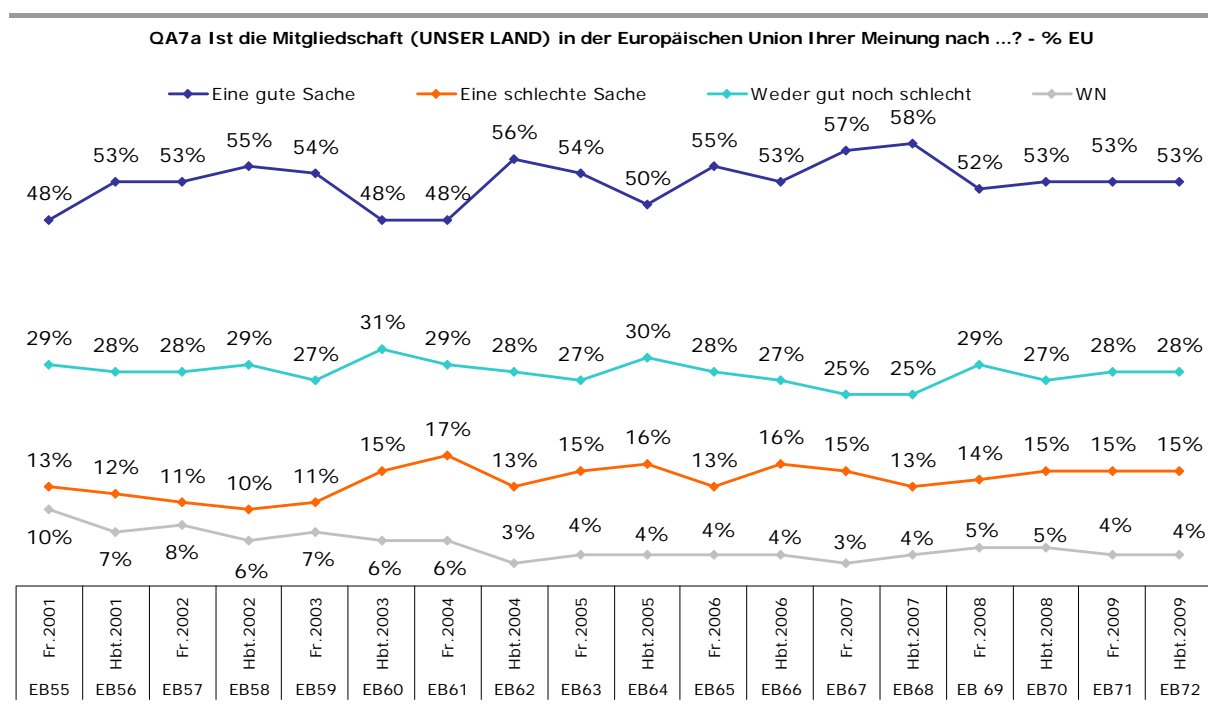
QA12 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Demokratie	Mehr Mitsprache in der Welt	Kulturelle Vielfalt	Geld- verschwendung
EU27	46%	37%	28%	26%	25%	22%	21%
<b>Alter</b>							
15-24	54%	40%	27%	26%	26%	24%	13%
25-39	49%	39%	23%	27%	25%	24%	17%
40-54	45%	37%	28%	26%	26%	24%	23%
55 +	41%	35%	32%	24%	25%	19%	25%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>							
15-	35%	37%	27%	23%	19%	15%	27%
16-19	44%	36%	27%	24%	25%	20%	22%
20+	55%	39%	31%	30%	32%	33%	18%
Studiert noch	60%	43%	31%	29%	28%	28%	10%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>							
Selbständig	46%	38%	27%	29%	31%	24%	19%
Leitende(r) Angestellte(r)	60%	42%	35%	33%	32%	36%	19%
Andere(r) Angestellte(r)	48%	39%	25%	28%	26%	22%	20%
Sonstige Arbeiter	44%	38%	25%	25%	23%	21%	22%
Hausfrauen / Hausmänner	39%	40%	22%	25%	23%	19%	18%
Arbeitslos	42%	32%	21%	19%	21%	19%	20%
Rentner / Pensionäre	39%	34%	33%	23%	24%	18%	26%
Studenten	60%	43%	31%	29%	28%	28%	10%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>							
Niedrig (1-4)	40%	37%	27%	22%	21%	19%	25%
Mitte (5-6)	47%	38%	28%	27%	26%	23%	20%
Hoch (7-10)	50%	39%	30%	28%	29%	25%	18%
	Bürokratie	Wirtschaftlicher Wohlstand	Arbeitslosigkeit	Mehr Kriminalität	Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	Soziale Absicherung	Der Verlust unserer kulturellen Identität
EU27	20%	18%	14%	14%	14%	11%	11%
<b>Alter</b>							
15-24	10%	19%	12%	9%	9%	13%	7%
25-39	18%	19%	15%	12%	13%	11%	10%
40-54	23%	18%	15%	14%	15%	10%	12%
55 +	22%	16%	13%	17%	17%	10%	11%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>							
15-	18%	14%	18%	17%	17%	12%	11%
16-19	20%	17%	16%	15%	15%	10%	12%
20+	25%	22%	9%	10%	13%	11%	9%
Studiert noch	12%	22%	8%	6%	7%	14%	7%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>							
Selbständig	21%	21%	10%	10%	12%	11%	9%
Leitende(r) Angestellte(r)	29%	24%	9%	11%	13%	11%	11%
Andere(r) Angestellte(r)	20%	19%	14%	14%	15%	10%	11%
Sonstige Arbeiter	19%	17%	16%	15%	15%	11%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	12%	16%	17%	13%	14%	11%	8%
Arbeitslos	17%	15%	22%	14%	13%	10%	10%
Rentner / Pensionäre	23%	14%	13%	17%	18%	10%	12%
Studenten	12%	22%	8%	6%	7%	14%	7%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>							
Niedrig (1-4)	18%	14%	19%	15%	15%	11%	11%
Mitte (5-6)	20%	17%	13%	14%	15%	10%	10%
Hoch (7-10)	21%	23%	9%	12%	14%	13%	11%

## 1.2 Die Unterstützung der Zugehörigkeit zur Europäischen Union

**- Die Unterstützung für die Zugehörigkeit des eigenen Landes zur Europäischen Union ist im Vergleich zu früheren Eurobarometer-Umfragen unverändert geblieben -**

53% der EU-Bürger sind der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, im Vergleich zu 15% der Befragten, die der Meinung sind, dass sie eine schlechte Sache ist; 28% erklären, dass sie „weder gut noch schlecht“ ist, und 4% machen zu dieser Frage keine Angaben<sup>46</sup>. Diese Ergebnisse stimmen vollkommen mit jenen der Frühjahrsumfrage 2009 überein. Seit Herbst 2008 (EB70) ist in der öffentlichen Meinung das Verhältnis zwischen denjenigen, die der Meinung sind, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union eine gute Sache ist und jenen, die der Meinung sind, dass sie eine schlechte Sache ist, sehr stabil, obwohl die Europäische Union gerade zu dieser Zeit stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen war.



Wie in den vorherigen Erhebungen sind die Befragten in den Niederlanden (74%) und in Luxemburg (74%), noch vor den Iren (72%) und den Slowaken (68%), am stärksten von den Vorteilen der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union überzeugt. Generell überwiegt in 23 Mitgliedstaaten der Union das Gefühl, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union eine gute Sache ist. In vier Mitgliedstaaten hingegen herrscht die gemäßigte Meinung vor, dass die Mitgliedschaft weder eine gute noch eine schlechte Sache ist, so in Lettland (51%), in der Tschechischen Republik (46%), in Ungarn (42%) und im Vereinigten Königreich (34%).

<sup>46</sup> QA7a: Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach – Eine gute Sache, eine schlechte Sache, oder weder gut noch schlecht?



Lettland ist der einzige Mitgliedstaat, in dem der Anteil Befragter, die der Meinung sind, dass die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU eine schlechte Sache ist, über dem Anteil derjenigen liegt, die sie für eine gute Sache halten (24%, bzw. 23%). Bezüglich dieser Frage sind die Briten geteilter Meinung (30%, bzw. 30%).
































Für diesen Indikator sind einige interessante Veränderungen in der öffentlichen Meinung festzustellen: So hat die Unterstützung für die Zugehörigkeit zur Europäischen Union in Griechenland stark zugenommen, und zwar von 45% im Frühjahr 2009 auf mittlerweile 61% (+16 Punkte). Nach dem Referendum über den Lissabonner Vertrag am 2. Oktober 2009<sup>47</sup> ist auch der Anteil der Iren, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, im Vergleich zum Frühjahr 2009 um 3 Prozentpunkte gestiegen. Drastisch zurückgegangen ist die Unterstützung der Zugehörigkeit zur Europäischen Union jedoch auf Malta (von 57% bis 45%) und in geringerem Umfang in Spanien (von 71% auf 64%) und Litauen (von 57% auf 51%).

Was die Kandidatenländer betrifft, so findet der Gedanke einer Zugehörigkeit zur Europäischen Union weitgehend in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Unterstützung, wo 66% der Befragten einen Beitritt ihres Landes zur EU für eine gute Sache halten. Stärker differenzieren sich die Meinungen in der Türkei, obwohl auch hier ein Beitritt zur EU vom größten Anteil der Befragten unterstützt wird (45%). In Kroatien hingegen sind die meisten Befragten nicht von den möglichen Vorteilen eines Beitritts zur EU überzeugt: Nur 24% halten eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache, während 37% sie für eine schlechte Sache halten und 35% der Meinung sind, dass sie weder gut noch schlecht ist. In diesen drei Ländern sind im Vergleich zum Frühjahr 2009 keine wesentlichen Veränderungen in den Trends der öffentlichen Meinung festzustellen.

---

<sup>47</sup> Nach dem Scheitern des ersten Referendums im Juni 2008 haben im zweiten Referendum 67,1% mit „Ja“ gestimmt.

**QA7 Ist/Wäre die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach...**





<b>% Eine gute Sache</b>	<b>EB71 Fr.2009</b>	<b>EB72 Hbt.2009</b>	<b>Unt.Hbt.2009- Fr.2009</b>
 EU27	53%	53%	=
 LU	79%	74%	-5
 NL	72%	74%	+2
 IE	69%	72%	+3
 SK	66%	68%	+2
 DK	65%	65%	=
 BE	66%	64%	-2
 ES	71%	64%	-7
 RO	66%	64%	-2
 EE	59%	62%	+3
 EL	45%	61%	+16
 PL	60%	61%	+1
 DE	61%	60%	-1
 SE	54%	57%	+3
 BG	51%	54%	+3
 PT	50%	52%	+2
 LT	57%	51%	-6
 FI	52%	51%	-1
 SI	48%	50%	+2
 FR	50%	49%	-1
 IT	48%	49%	+1
 CY	47%	46%	-1
 MT	57%	45%	-12
 AT	41%	42%	+1
 CZ	42%	40%	-2
 HU	32%	34%	+2
 UK	28%	30%	+2
 LV	25%	23%	-2
CY (tcc)	45%	56%	+11
 MK	64%	66%	+2
 TR	48%	45%	-3
 HR	24%	24%	=

Für CY(tcc); Denken Sie, dass die vollständige Anwendung der Gesetzgebung der Europäischen Union für die zyprische türkische Gemeinschaft ... wäre?

Die soziodemografische Analyse zeigt dieselben erheblichen Unterschiede, die schon bei früheren Eurobarometer-Umfragen zu verzeichnen waren und die demselben Muster struktureller Unterschiede in der öffentlichen Meinung folgen wie bei den Fragen über den europäischen Aufbau und die europäische Integration.

So ist die Unterstützung der Zugehörigkeit zur Europäischen Union bei den Männern ausgeprägter als bei den Frauen (57% bzw. 49%) und bei den jüngeren ausgeprägter als bei den älteren Befragten (62% der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 49% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber). Auch ist die Unterstützung der Zugehörigkeit bei den Befragten mit einem hohen Bildungsniveau deutlich stärker als bei denjenigen, die ihre Ausbildung schon früher beendet haben (67% bzw. 40%). Sie ist bei den Führungskräften stärker als bei den Arbeitern (69% bzw. 50%) und stärker bei denjenigen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren als bei denjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren (64% bzw. 42%). Schließlich ist sie auch deutlich ausgeprägter bei denjenigen, die behaupten, niemals finanzielle Schwierigkeiten zu haben (59%), im Vergleich zu denjenigen, die erklären, dass sie häufig Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen am Ende des Monats zu begleichen (35%).

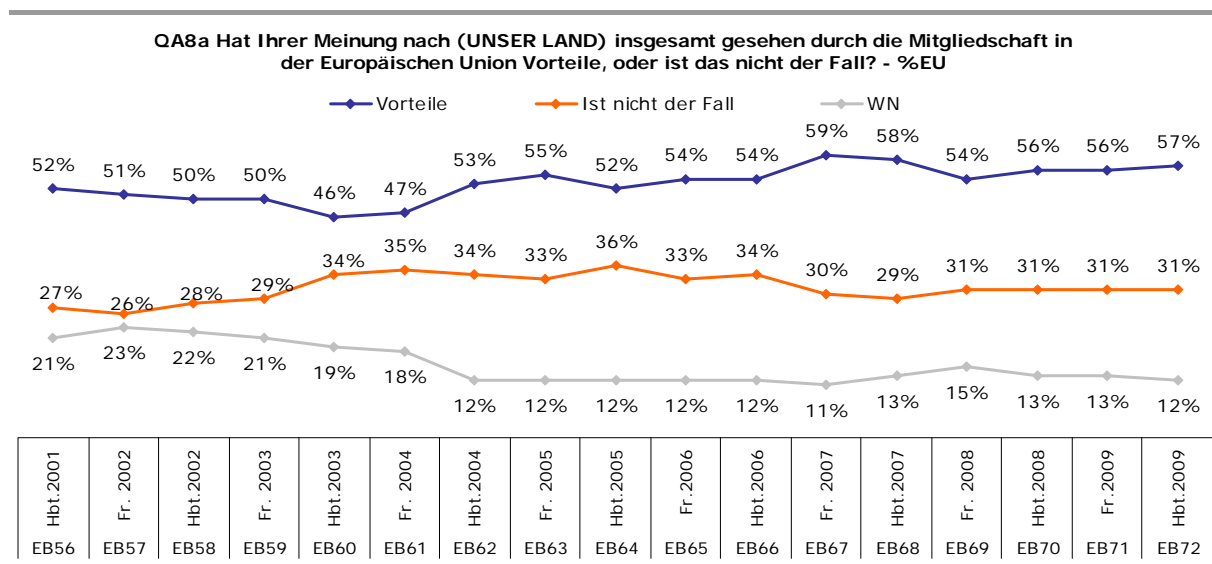
**QA7a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -**

	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	WN
EU27	53%	15%	28%	4%
<b>Geschlecht</b>				
 Männlich	57%	15%	25%	3%
Weiblich	49%	14%	32%	5%
<b>Alter</b>				
 15-24	62%	8%	26%	4%
25-39	55%	14%	28%	3%
40-54	52%	17%	28%	3%
55 +	49%	17%	29%	5%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
 15-	40%	21%	33%	6%
16-19	49%	16%	31%	4%
20+	67%	10%	22%	1%
Studiert noch	70%	5%	22%	3%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
 Selbständig	60%	13%	24%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	69%	10%	20%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	55%	13%	30%	2%
Sonstige Arbeiter	50%	17%	30%	3%
Hausfrauen / Hausmänner	45%	14%	35%	6%
Arbeitslos	44%	18%	32%	6%
Rentner / Pensionäre	47%	18%	30%	5%
Studenten	70%	5%	22%	3%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	35%	21%	38%	6%
Gelegentlich	48%	16%	32%	4%
Nahezu nie/ nie	59%	13%	25%	3%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>				
Niedrig (1-4)	42%	19%	34%	5%
Mitte (5-6)	54%	14%	29%	3%
Hoch (7-10)	64%	12%	22%	2%

### 1.3 Die Wahrnehmung der Vorteile einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union

**- Auch in Bezug auf die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union bleibt die öffentliche Meinung weitgehend unverändert -**

Es ist nachvollziehbar, dass die öffentliche Meinung insbesondere in Bezug auf die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union, gemessen am Indikator der Unterstützung für die Zugehörigkeit, weitgehend unverändert geblieben ist. So sind 57% der europäischen Bürger der Meinung, dass die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land von Vorteil ist, während 31% entgegengesetzter Meinung sind und 12% zu dieser Frage keine Angaben machen<sup>48</sup>. Hier ist ein ähnliches Kräfteverhältnis wie bei allen Umfragen seit Herbst 2008 festzustellen. Daraus lässt sich schließen, dass die europäischen Bürger, auch wenn deren Wahrnehmung der Wirtschaftslage sehr stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst wurde, dieses nicht der Europäischen Union entgegenhalten, da die Ergebnisse bei der Frage über die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft erstaunlich stabil geblieben sind.

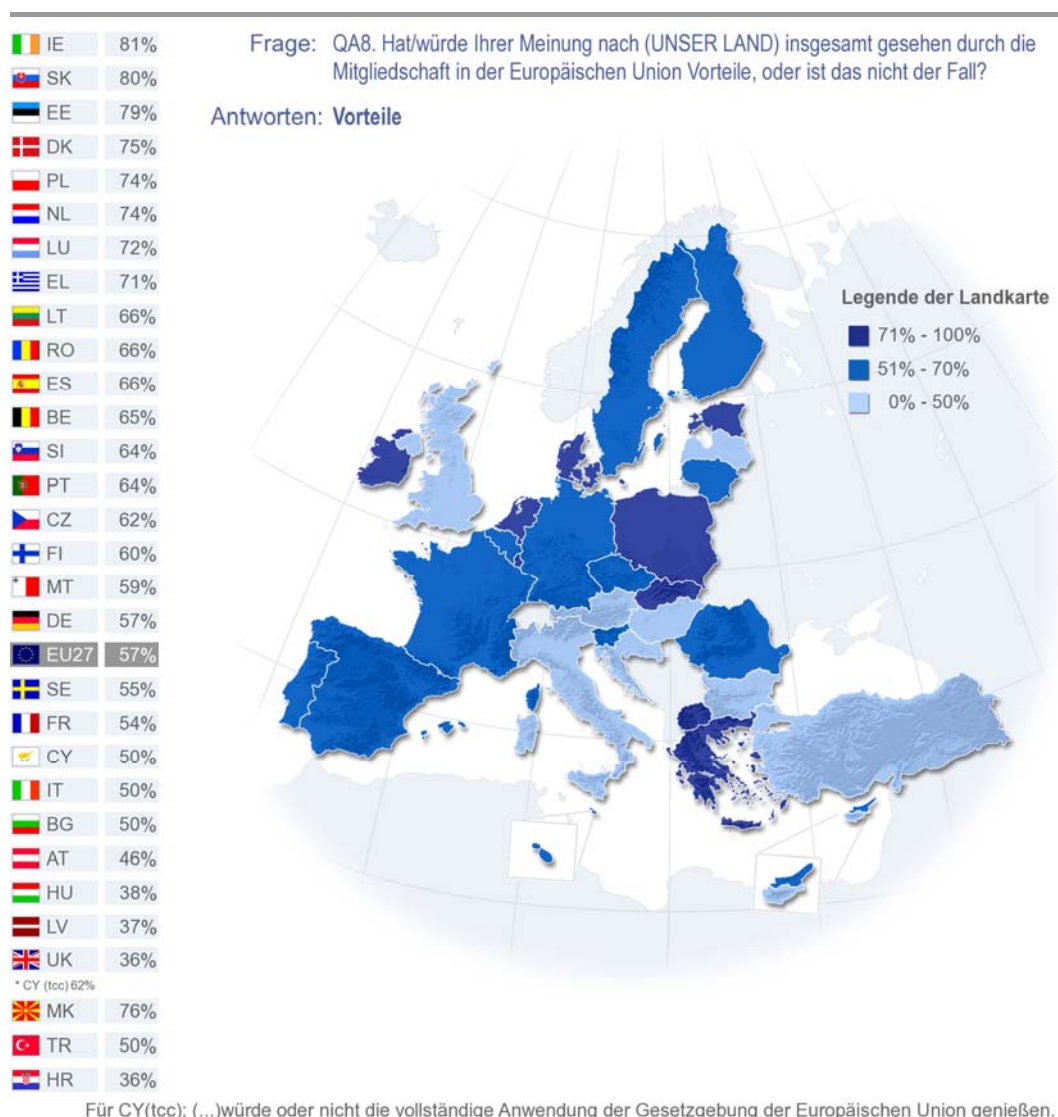


In Irland (81%, +2 Punkte), der Slowakei (80%, unverändert), Estland (79%, unverändert), Dänemark (75%, -2 Punkte), den Niederlanden (74%, unverändert) und Polen (74%, +1 Punkte) sind die Meinungen über die Zugehörigkeit zur Europäischen Union am positivsten. Im Gegensatz hierzu sind die Befragten in drei Mitgliedstaaten der Meinung, dass die Mitgliedschaft in der EU ihrem Land keine Vorteile gebracht hat, so in Lettland (55%) und Ungarn (52%) – zwei Länder, die unter anderem am stärksten von der Krise betroffen sind – und im Vereinigten Königreich (49%). Geteilt sind die Meinungen in Österreich (46% sind der Meinung, dass die Mitgliedschaft von Vorteil ist, im Vergleich zu 44%, die entgegengesetzter Meinung sind) und auf Zypern (50% bzw. 44%).

<sup>48</sup> QA8a: Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

Allerdings sind bei dieser Frage einige bemerkenswerte Veränderungen hinsichtlich der Trends in der öffentlichen Meinung festzustellen: In zwei Mitgliedstaaten ist ein deutlicher Zuwachs des Anteils Befragter zu verzeichnen, die der Meinung sind, dass die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land von Vorteil ist, so in Schweden<sup>49</sup> (von 47% auf 55%; + 8 Punkte) und in Griechenland (von 64% auf 71%; + 7 Punkte). Demgegenüber ist ein rückläufiger Trend der positiven Meinungen auf Malta zu verzeichnen (von 67% auf 59%; - 8 Punkte).

Was die drei Kandidatenländer betrifft, so sind 76% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien der Meinung, dass ein Beitritt zur EU für ihr Land von Vorteil wäre. Dies gilt auch für 50% der Türken (im Vergleich zu 34%, die entgegengesetzter Meinung sind, und 16% der Befragten, die keine Angaben machen), jedoch nur für 36% der Kroaten. Die Erwartungen in Bezug auf die Vorteile eines möglichen Beitritts zur EU sind in der Türkei im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage deutlich zurückgegangen (von 57% auf 50%).



<sup>49</sup> Wir weisen darauf hin, dass Schweden in der zweiten Jahreshälfte 2009 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehatte.

Bei dieser Frage erweisen sich die sozialen Faktoren als exakt dieselben, die sich bei der vorhergehenden Frage ergeben haben. So sind die Männer, die Befragten der jüngsten Altersgruppe, diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau, die Führungskräfte und diejenigen, die sich in der sozialen Hierarchie weit oben positionieren, weitaus häufiger als die Frauen, Rentner, Arbeiter, Arbeitslosen und diejenigen, die sich in der sozialen Hierarchie weiter unten ansiedeln, der Meinung, dass die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land von Vorteil ist.

## 2. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

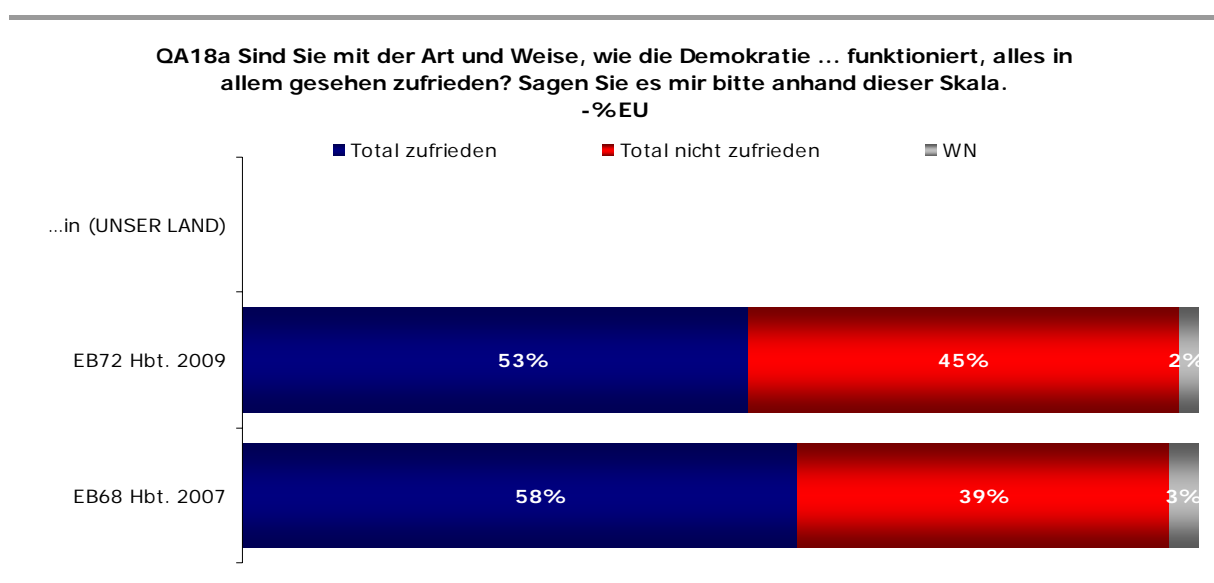
### 2.1 Die Wahrnehmung der Bürger, wie die nationale und die europäische Demokratie funktioniert

***- Die steigende Unzufriedenheit damit, wie die nationalen Demokratien funktionieren, kontrastiert mit einer zunehmend positiven Meinung über die Funktionsweise der Demokratie innerhalb der Europäischen Union -***

In dieser Eurobarometer-Umfrage wurden Fragen aus der Herbstumfrage 2007 (EB68) aufgegriffen, die sich damit auseinandersetzen, wie die Demokratie in einem jeden der Mitgliedstaaten sowie in der Europäischen Union an sich funktioniert. So ist im Vergleich zum Herbst 2007 eine wachsende Unzufriedenheit dahingehend festzustellen, wie die nationalen Demokratien funktionieren (dieser Trend macht sich besonders in den Ländern Zentral- und Osteuropas, aber auch in Irland, Frankreich, Griechenland und Spanien bemerkbar), während gleichzeitig eine zunehmend positive Meinung über die Funktionsweise der Demokratie innerhalb der Europäischen Union zu verzeichnen ist.

#### Die Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene

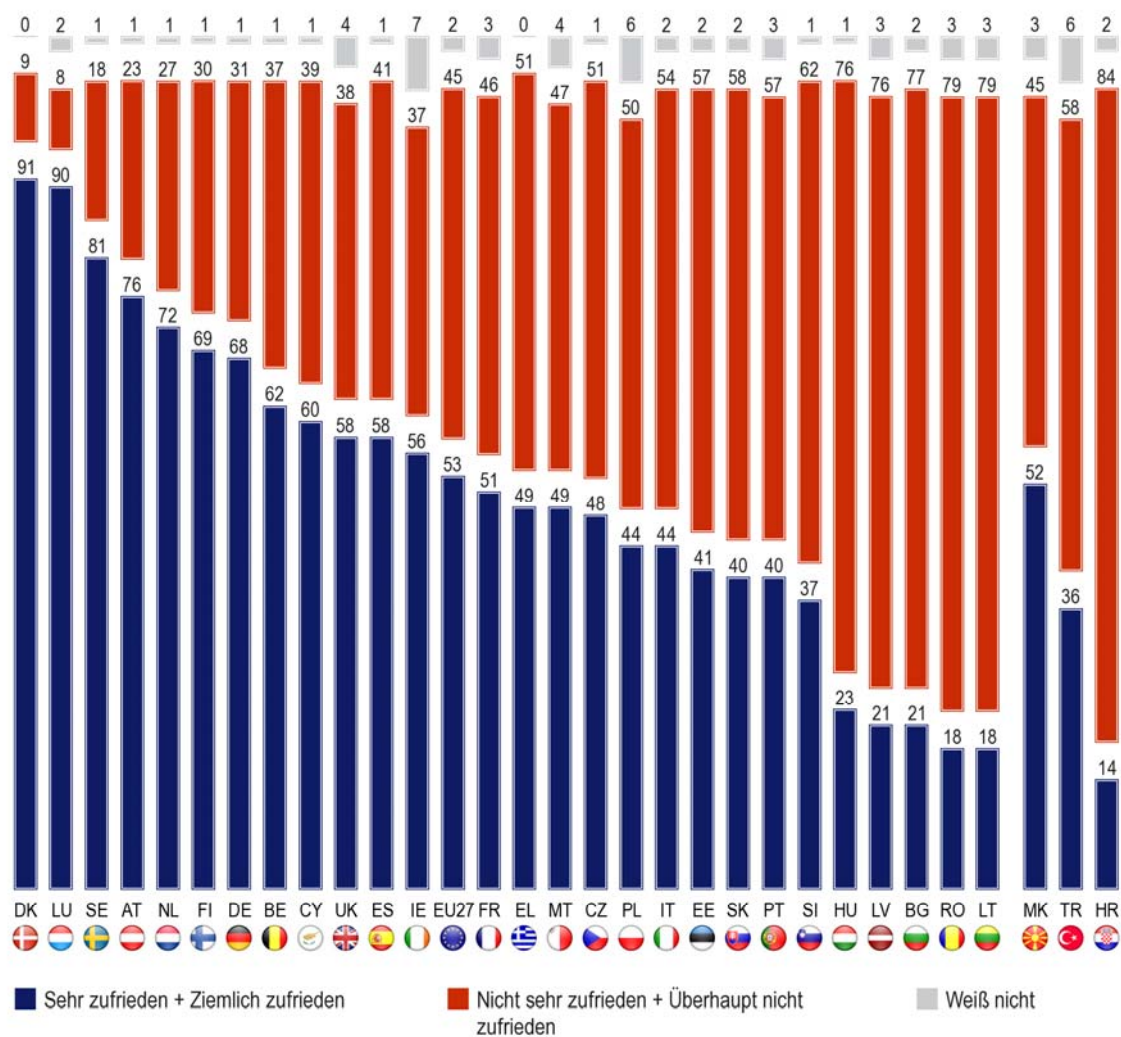
53% der europäischen Bürger erklären sich mittlerweile mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, zufrieden, während 45% ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen und 2% nicht in der Lage sind, sich zu dieser Frage zu äußern<sup>50</sup>. Die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie auf nationaler Ebene funktioniert, ist im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2007 um 5 Prozentpunkte rückläufig. Gleichzeitig hat die Unzufriedenheit um 6 Punkte zugenommen. So ist innerhalb von zwei Jahren eine Trendentwicklung von einem Verhältnis von 58/39 (+19 Punkte Differenz) zu einem Verhältnis von 53/45 (+8 Punkte Differenz) – d.h. mit weitaus weniger Spielraum - zu verzeichnen.



<sup>50</sup> QA18a Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

Bei dieser Frage sind im Ländervergleich drastische Unterschiede zu verzeichnen: So herrscht in dreizehn Mitgliedstaaten eine Haltung der Unzufriedenheit in der öffentlichen Meinung vor, wobei dieser Anteil ganz besonders in Litauen (79%), Rumänien (79%), Bulgarien (77%), Lettland (76%) und Ungarn (76%) hoch ist. Umgekehrt ist die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die nationale Demokratie funktioniert, am größten in den nordeuropäischen Ländern, so in Dänemark (91%), Schweden (81%) und Finnland (69%), Luxemburg (90%), Österreich (76%), den Niederlanden (72%) und Deutschland (68%).

QA18. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSER LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.





Deutliche Veränderungen in den Meinungstrends sind im Vergleich zur Umfrage von Herbst 2007 festzustellen, mit einer starken Tendenz zu wachsender Unzufriedenheit damit, wie die Demokratie auf nationaler Ebene in denjenigen Mitgliedstaaten funktioniert, in denen ohnehin schon das größte Maß an Unzufriedenheit in dieser Hinsicht herrschte. So hat die Unzufriedenheit in den baltischen Staaten und den östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugenommen, mit einem Zuwachs um 23 Punkte in Lettland, um 18 Punkte in Rumänien, um 14 Punkte in Estland, um 12 Punkte in Slowenien und um 10 Punkte in Bulgarien.

Der Anstieg der negativen Meinungen darüber, wie die nationalen Demokratien funktionieren, betrifft jedoch nicht nur diese Mitgliedstaaten. In der Tat ist dieser Anstieg auch in hohem Maße in Spanien (+21 Punkte), Irland (+15 Punkte), Frankreich und Griechenland (jeweils +14 Punkte) festzustellen.

Was die Kandidatenländer betrifft, so herrscht in Kroatien eine hohe und wachsende Unzufriedenheit (84%, +19 Punkte) in diesem Bereich. Dies gilt auch für die Türkei (58%, +20 Punkte). Dahingegen unverändert ist das Verhältnis zwischen Zufriedenheit und Unzufriedenheit in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, wo sich 52% der Befragten für zufrieden erklären, im Gegensatz zu 45%, die entgegengesetzter Meinung sind.

Bei dieser Frage ergibt die soziodemografischen Analyse eklatante Unterschiede, wobei die Kritik über die Funktionsweise der Demokratie bei den weniger gut situierten und sozial schwächsten Bevölkerungskategorien ganz besonders ausgeprägt ist. So erklären sich 40% der Arbeitslosen mit der Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene zufrieden, im Vergleich zu 62% der Führungskräfte. Ebenfalls zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie sind 60% derjenigen Befragten, die behaupten, keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben, im Vergleich zu nur 32% derjenigen, die mit derartigen Problemen konfrontiert sind. Ebenso erklären 64% derjenigen Befragten, die sich den oberen Schichten der sozialen Hierarchie zurechnen, mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden zu sein. Dies im Vergleich zu nur 39% derjenigen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren. Angesichts der drastischen Unterschiede von nahezu 30 Punkten zwischen den Kategorien der Bevölkerung wird in dieser Eurobarometer-Umfrage das wachsende Desinteresse der unteren bzw. sozial schwachen Bevölkerungskategorien im Hinblick auf die Systeme der Demokratie in Europa sehr deutlich.

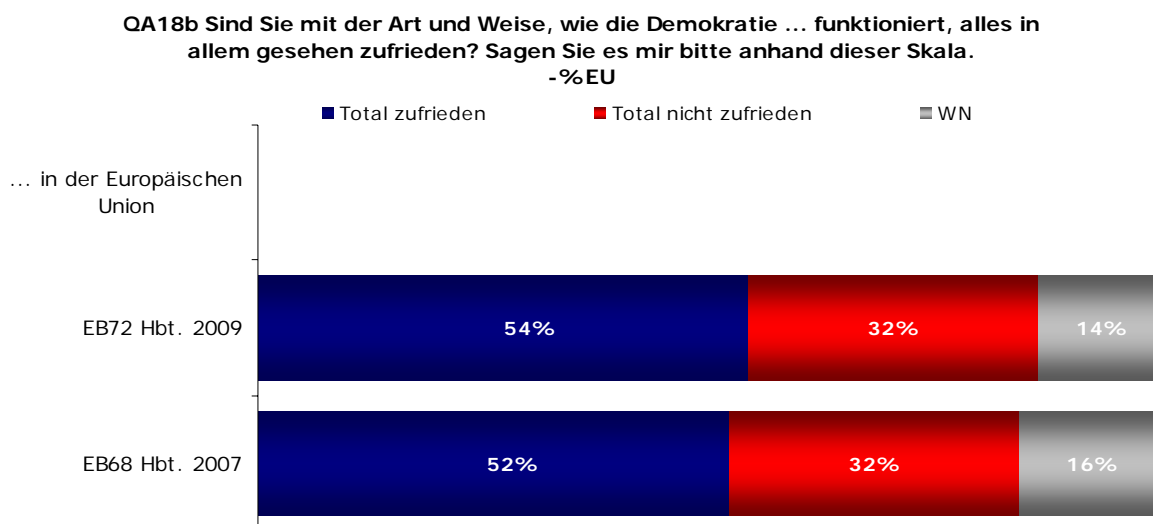
**QA18a Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSER LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.**

	Total zufrieden	Total nicht zufrieden	WN
EU27	53%	45%	2%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
Selbständig	56%	42%	2%
Leitende(r) Angestellte(r)	62%	37%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	58%	41%	1%
Sonstige Arbeiter	53%	45%	2%
Hausfrauen / Hausmänner	51%	46%	3%
Arbeitslos	40%	57%	3%
Rentner / Pensionäre	50%	47%	3%
Studenten	60%	37%	3%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	32%	66%	2%
Gelegentlich	46%	52%	2%
Nahezu nie/ nie	60%	38%	2%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	39%	58%	3%
Mitte (5-6)	56%	42%	2%
Hoch (7-10)	64%	35%	1%



### Die Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union

Aufschlussreich ist die Feststellung, dass diese wachsende „Demokratieverdrossenheit“ nicht in Bezug auf die Europäische Union festzustellen ist. So erklären sich 54% der Befragten damit zufrieden, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, während 32% eine entgegengesetzter Meinung vertreten und 14% nicht in der Lage sind, sich zu dieser Frage zu äußern<sup>51</sup>. Die Tatsache, dass das Verhältnis der positiven und der negativen Meinungen in Bezug auf die Demokratie in der EU – im Gegensatz zur Demokratie auf nationaler Ebene - weitaus weniger eklatant ist, kann zum Teil mit einem höheren Anteil der „Weiß nicht“-Antworten erklärt werden. Für dieses Verhältnis haben sich darüber hinaus auch nicht dieselben Veränderungen ergeben, wie sie in Bezug auf die Funktionsweise der nationalen Demokratien festgestellt werden können: So hat die Zufriedenheit im Vergleich zum Herbst 2007 um 2 Punkte zugenommen, während der Anteil der Unzufriedenheit unverändert bleibt.

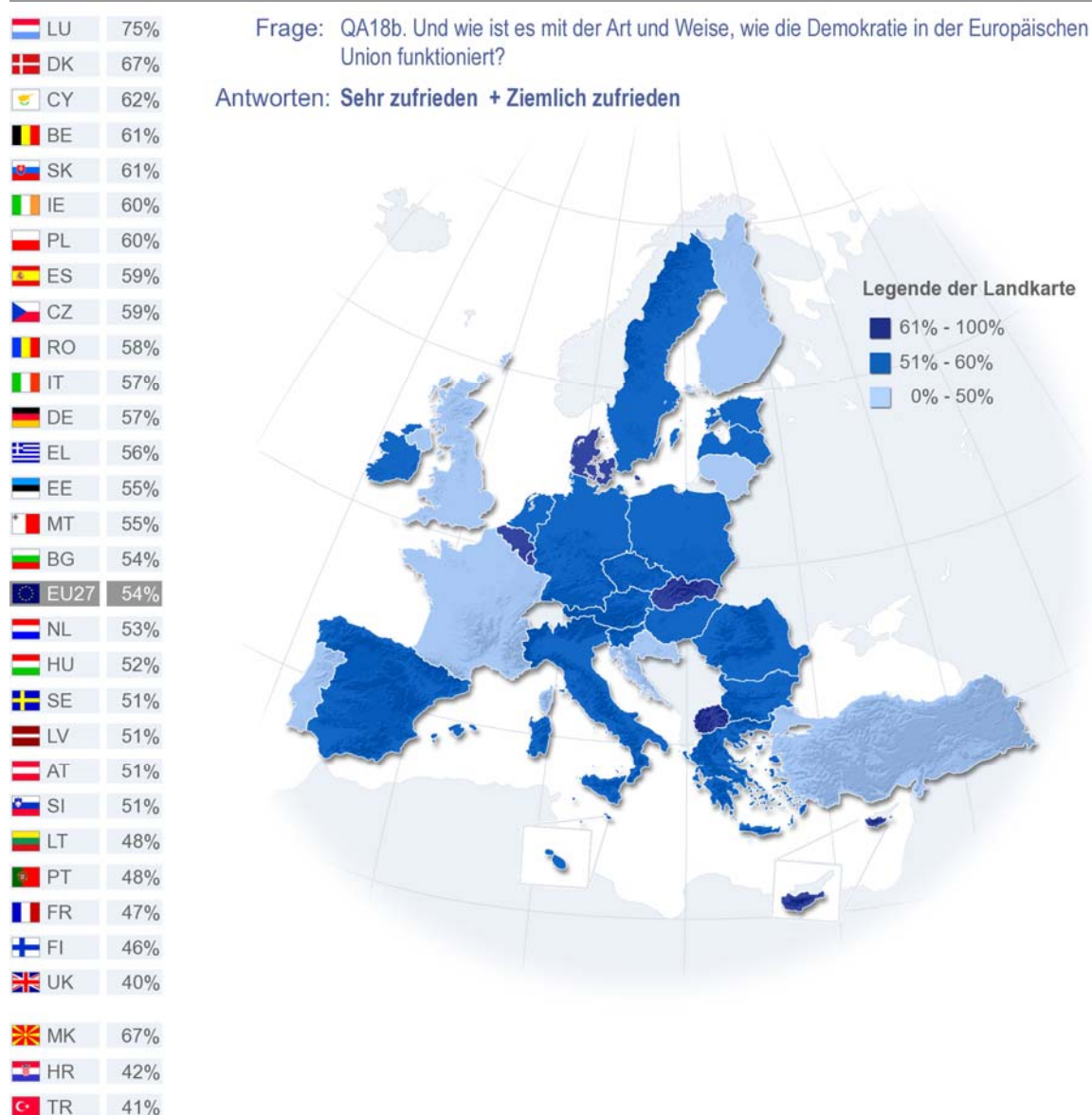


Mit Ausnahme von Finnland (46% bzw. 49%) ist eine Mehrheit der Befragten mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, in allen Mitgliedstaaten zufrieden. Diese Situation ist zum ersten Mal seit der Eurobarometer-Umfrage im Dezember 2004 (EB62.2), d.h. wenige Monate nach den damaligen Europawahlen, festzustellen<sup>52</sup>. Zu dieser Zeit erklärte die Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten der EU (die damals aus 25 Mitgliedstaaten bestand), sowie in Rumänien und Bulgarien, mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden zu sein.

In Luxemburg (75%), Dänemark (67%), auf Zypern (62%), in der Slowakei (61%), Belgien (61%), Polen (60%) und Irland (60%) wurden anlässlich der Herbstumfrage 2009 die höchsten Anteile zufriedener Befragter festgestellt. In Frankreich (47% bzw. 38%) und im Vereinigten Königreich (40% bzw. 36%) ist das Verhältnis zwischen dem Anteil zufriedener und unzufriedener Befragter etwas ausgewogener.

<sup>51</sup> QA18b Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

<sup>52</sup> Die Europawahlen 2004 fanden vom 10. bis 13. Juni 2004 statt.



Im Vergleich zur Herbstumfrage 2007 hat die Zufriedenheit in Luxemburg (+20 Punkte), Bulgarien (+13 Punkte), in der Slowakei (+13 Punkte, auf Zypern (+13 Punkte) und in den Niederlanden (+9 Punkte) sehr deutlich zugenommen. Dahingegen ist sie in Slowenien (-9 Punkte), Spanien (-7 Punkte) und Polen (-7 Punkte) zurückgegangen. Diese Trendentwicklungen sind somit keineswegs mit jenen vergleichbar, die in Bezug auf die Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene verzeichnet wurden – ein Zeichen dafür, dass sich die Kritik der öffentlichen Meinung darüber, wie die Demokratie funktioniert, hauptsächlich auf den jeweiligen Staat und die nationale Demokratie bezieht.

Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die nationale Demokratie funktioniert, steigt mit dem gesellschaftlichen Status. Dies gilt gleichfalls für die Demokratie auf europäischer Ebene. So erklären nur 42% derjenigen Befragten, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren, ihre Zufriedenheit, im Vergleich zu 56% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Mitte ansiedeln und zu 62% derjenigen, die sich dem oberen Bereich der sozialen Hierarchie zurechnen. Je nach dem Lebensstandard sind ebenfalls recht deutliche Unterschiede festzustellen: So erklären 38% derjenigen Befragten, die behaupten, finanzielle Schwierigkeiten zu haben, mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert, zufrieden zu sein. Dies im Vergleich zu 58% derjenigen, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben.

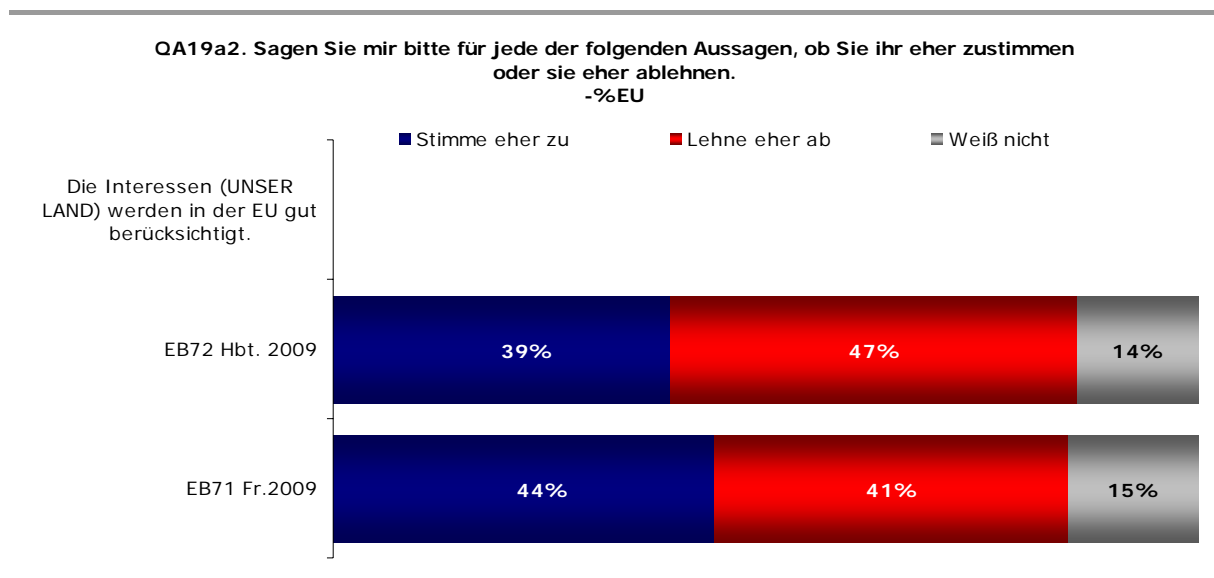
Ebenso beträgt der Anteil zufriedener Befragter 45% unter den Arbeitslosen, im Vergleich zu 59% unter den Führungskräften. Je nach Alter der Befragten variieren die Meinungen ebenfalls recht deutlich: So sind 62% der 15- bis 24-Jährigen angesichts der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden. Dies im Vergleich zu 49% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber.

Bezogen auf denselben Zeitraum, d.h. zwischen Herbst 2007 und Herbst 2009, kann somit als Fazit eine deutliche Tendenz dahingehend festgestellt werden, dass sich die Meinung der europäischen Bürger in Bezug auf die Art und Weise, wie die Demokratie auf nationaler Ebene funktioniert, verschlechtert hat. Demgegenüber ist für die positiven Meinungen über die Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

## 2.2 Berücksichtigung der nationalen Interessen durch die Europäische Union

### **- In der öffentlichen Meinung herrscht das wachsende Gefühl vor, dass die nationalen Interessen von der EU unzureichend berücksichtigt werden -**

In der öffentlichen Meinung in Europa nimmt das Gefühl zu, dass die nationalen Interessen von der Europäischen Union nicht ausreichend berücksichtigt werden<sup>53</sup>. Diese Bilanz ziehen mittlerweile 47% der Befragten – ein Anteil, der im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 um 6 Prozentpunkte zugenommen hat. Demgegenüber sind 39% der Befragten der Meinung, dass die nationalen Interessen von der Union sehr wohl berücksichtigt werden. Dies ist im Vergleich zur letzten Umfrage ein Rückgang um -5 Punkte. 14% (-1 Punkte) der Befragten machen zu dieser Frage keine Angaben. So hat sich das Verhältnis der positiven zu den negativen Meinungen im Vergleich zur letzten Umfrage umgekehrt, sodass heute in der öffentlichen Meinung das Gefühl vorherrscht, die nationalen Interessen würden nicht ausreichend von der EU berücksichtigt werden. In der Frühjahrsumfrage 2009 wurde diese Meinung noch von keiner Mehrheit unterstützt.



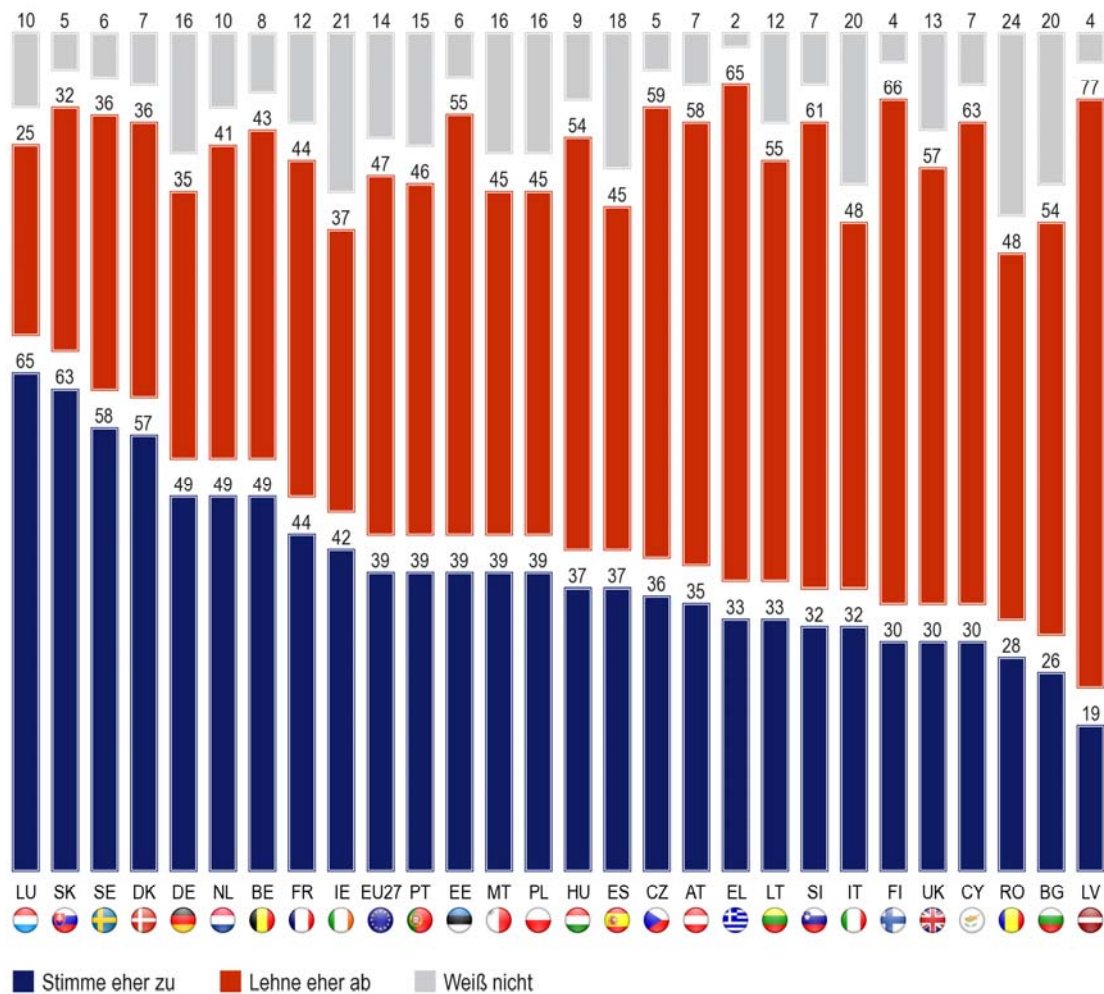
Am stärksten haben die Befragten in Lettland (77%), Finnland (66%), Griechenland (65%), auf Zypern (63%), in Slowenien (61%) und in der Tschechischen Republik (59%) das Gefühl, dass die Interessen ihres Landes von der Europäischen Union nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Im Gegensatz hierzu haben die Befragten in Luxemburg (65%), der Slowakei (63%), Schweden (58%), Dänemark (57%), den Niederlanden (49%), Belgien (49%) und Deutschland (49%) eher das Gefühl, dass die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union gut berücksichtigt werden.

<sup>53</sup> Q19a: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen: Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt.

QA19a.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

Die Interessen (UNSER LAND) werden in der EU gut berücksichtigt.



Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ist das Gefühl, dass die Interessen ihres Landes von der Europäischen Union gut berücksichtigt werden, in Spanien um 16 Punkte (von 53% auf 37%) und in Italien sowie auf Malta (von 49% auf 39%) um 10 Punkte (von 42% auf 32%) zurückgegangen.

Auch wenn bei dieser Frage das jeweilige Land der ausschlaggebende Faktor ist, so ergeben sich auch hinsichtlich der soziodemografischen Analyse und der Haltung der Befragten bestimmte Unterschiede. So ist insbesondere festzustellen, dass die Meinung, nach der die nationalen Interessen von der Europäischen Union ausreichend berücksichtigt werden, proportional mit dem Bildungsniveau und der Positionierung in der sozialen Hierarchie zunimmt.

So haben 48% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, das Gefühl, dass die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union gut berücksichtigt werden.

Dies im Vergleich zu 38% der Befragten im Alter zwischen 16-19 Jahren und 29% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben. Diese Tendenz kann auch in Abhängigkeit von der Position in der sozialen Hierarchie festgestellt werden: So erklären 50% der Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, dass die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union ihrer Ansicht nach gut berücksichtigt werden, im Vergleich zu 30% derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala ansiedeln.

Die Unterschiede werden je nach allgemeiner Haltung gegenüber der Europäischen Union zunehmend eklatanter: So liegen zwischen den positiven und den negativen Meinungen darüber, ob die nationalen Interessen von der Union angemessen berücksichtigt werden, 45 Punkte Unterschied, je nachdem ob die Befragten ein positives oder negatives Bild von ihr haben. Entsprechend sind 57% der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, der Meinung, dass die Interessen ihres Landes in der Union gut berücksichtigt werden, im Vergleich zu nur 12% derjenigen, die ein negatives Bild von ihr haben. Ebenso sind 57% derjenigen Befragten, die erklären, eher Vertrauen in die EU zu haben, der Meinung, dass die nationalen Interessen ihres Landes in der EU27 berücksichtigt werden. Dies im Vergleich zu 23% derjenigen, die eher kein Vertrauen in die EU haben: Dies entspricht einer Differenz von 34 Punkten.



### 3. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Die Europawahlen, die Annahme des Vertrags von Lissabon durch die Iren, die Intervention der Europäischen Zentralbank, um der Krise Einhalt zu gebieten, bis zu dem vor kurzem angekündigten Wechsel der Europäischen Kommission mit der Ernennung von Herman van Rompuy als „krisenfesten“ Präsidenten des Rates der Union: Das aktuelle politische und institutionelle Geschehen des Jahres 2009 war für die Europäische Union von großer Bedeutung. So bleiben die Europawahlen von 2009 als die größte länderübergreifende Wahl aller Zeiten in Erinnerung, die allerdings auch von einem stets rückläufigen Trend der Wahlbeteiligung geprägt war, obgleich diese Tendenz nicht für die jüngeren Beitrittsländer der EU zutrifft. Es ist somit interessant, die Auswirkungen zu untersuchen, die sich aus diesem Kontext in Bezug auf den Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen und das in sie gesetzte Vertrauen ergeben. In dieser Beziehung ist der erneute leichte Anstieg der Vertrauenswerte in der öffentlichen Meinung gegenüber dem Europäischen Parlament und der Kommission das Hauptfazit dieser Eurobarometer-Umfrage, womit sich der seit Herbst 2007 verzeichnete rückläufige Trend mittlerweile nicht weiter fortsetzt.

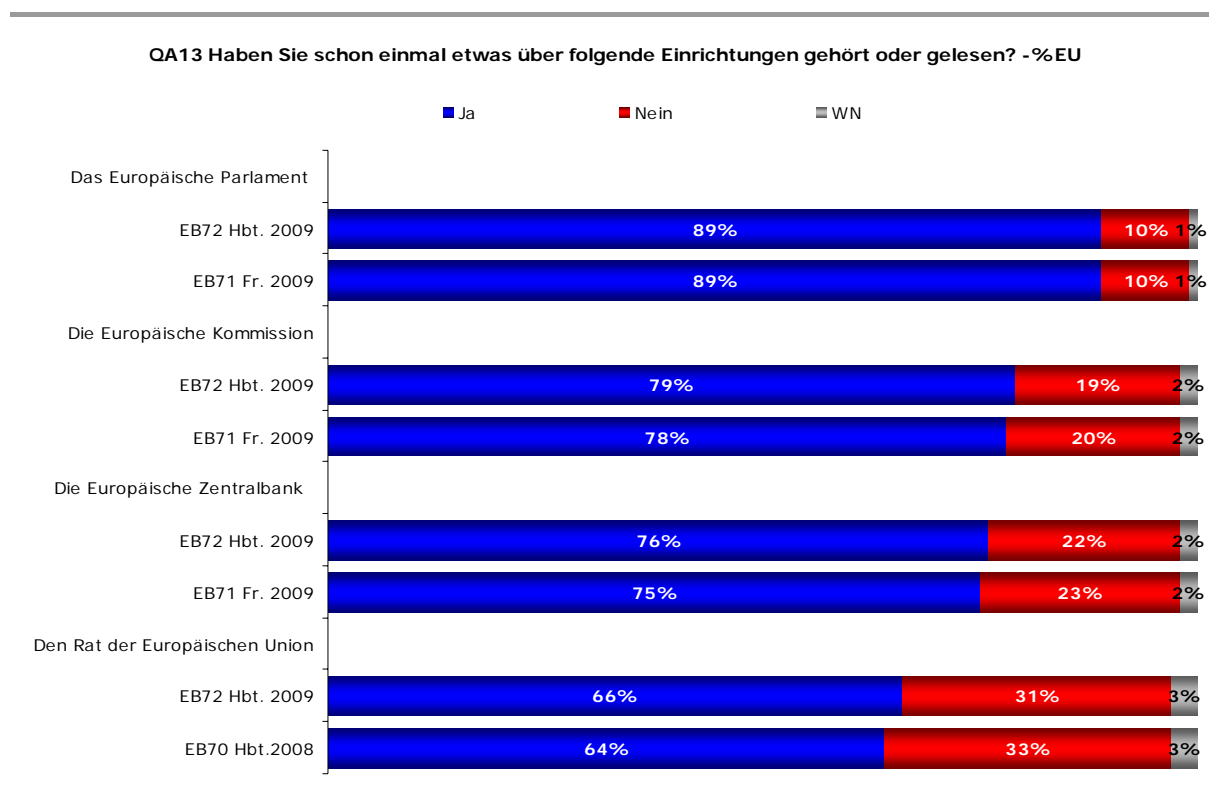
#### 3.1 Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen

***- Das Europäische Parlament ist nach wie vor die Institution, die den europäischen Bürgern am besten bekannt ist -***

Die europäischen Institutionen genießen weiterhin einen hohen Bekanntheitsgrad, denn alle von ihnen sind mindestens zwei Dritteln der europäischen Bürger bekannt<sup>54</sup>.

---

<sup>54</sup> QA13: Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen? 1. Das Europäische Parlament 2. Die Europäische Kommission 3. Den Rat der Europäischen Union 4. Die Europäische Zentralbank



### Das Europäische Parlament

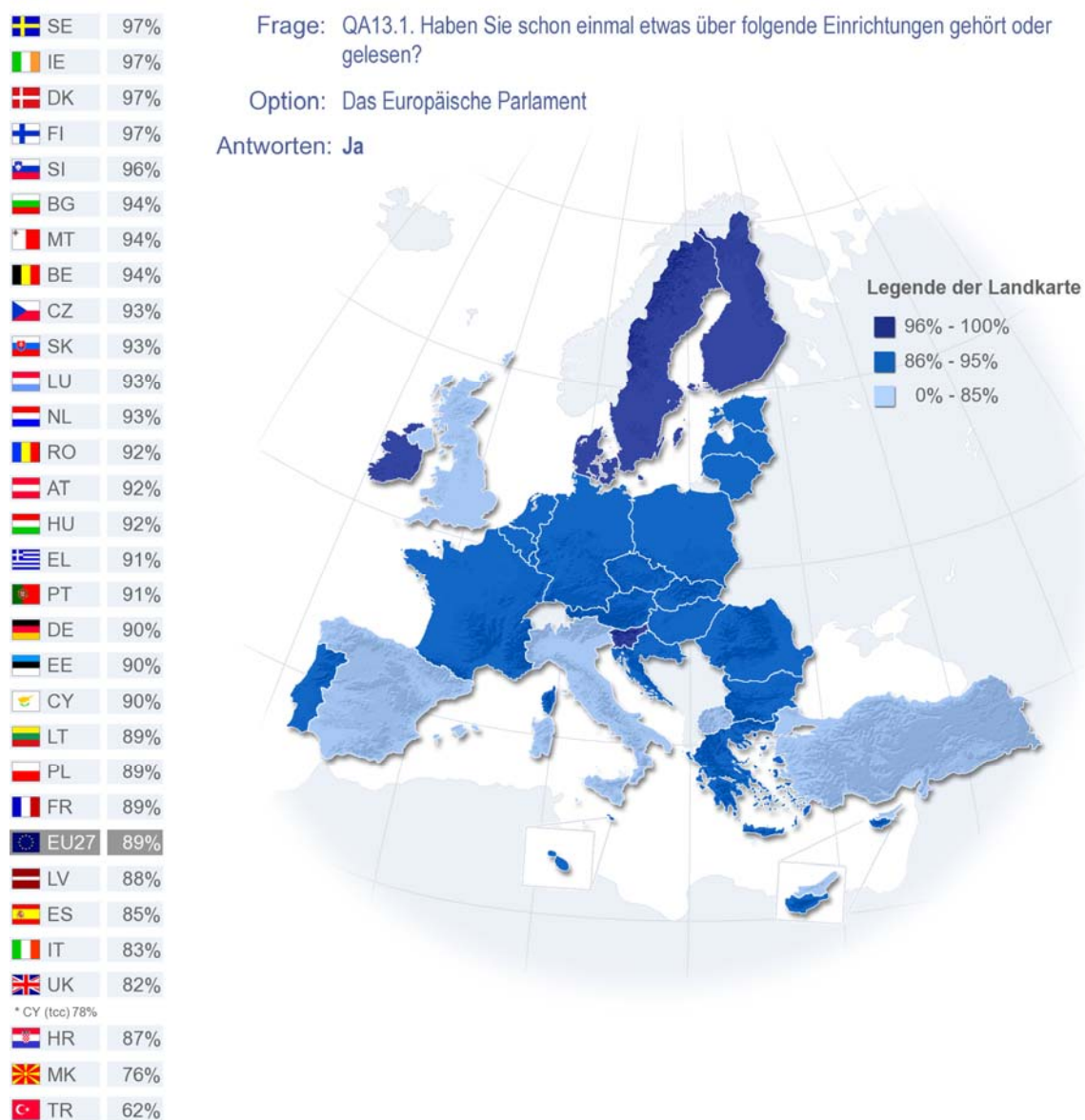
Mit einem Bekanntheitsgrad von 89% ist das Europäische Parlament nach wie vor diejenige der Institutionen, die den europäischen Bürgern am besten bekannt ist. Dieser Anteil ist im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 unverändert geblieben. Die Europäische Kommission ist 79% der europäischen Bürger bekannt (+1 Punkt im Vergleich zur Frühjahrsumfrage), und die Europäische Zentralbank ist 76% der Befragten bekannt (+1 Punkt). Der Bekanntheitsgrad des Rates der EU schließlich liegt ein wenig unter dem der übrigen Institutionen, und zwar bei 66%; das bedeutet einen Anstieg um +2 Punkte im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage 70.1.

Der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlamentes liegt in zwanzig Mitgliedstaaten der EU bei 90% oder darüber. Am höchsten ist er in den skandinavischen Ländern (jeweils 97% der Befragten in Schweden, Finnland und Dänemark) sowie in Irland (97%), Slowenien (96%), Bulgarien (94%), auf Malta (94%) und in Belgien (94%). Den niedrigsten Bekanntheitsgrad hat das Europäische Parlament in Italien (83%) und im Vereinigten Königreich (82%).

Auch in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft liegt der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments mit 78% unter dem europäischen Durchschnitt.

Was die Kandidatenländer betrifft, so genießt das Europäische Parlament einen hohen Bekanntheitsgrad in Kroatien (87%) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (76%). Geringfügig niedriger ist er in der Türkei (62%), wobei im Vergleich zur Frühjahrsumfrage keine wesentlichen Veränderungen in der öffentlichen Meinung festzustellen sind.

Da das Europäische Parlament nach wie vor einen generell sehr hohen und stabilen Bekanntheitsgrad genießt, sind über die letzten sechs Monate keine wesentlichen Veränderungen in den Meinungstrends festzustellen.



### **Die Europäische Kommission**

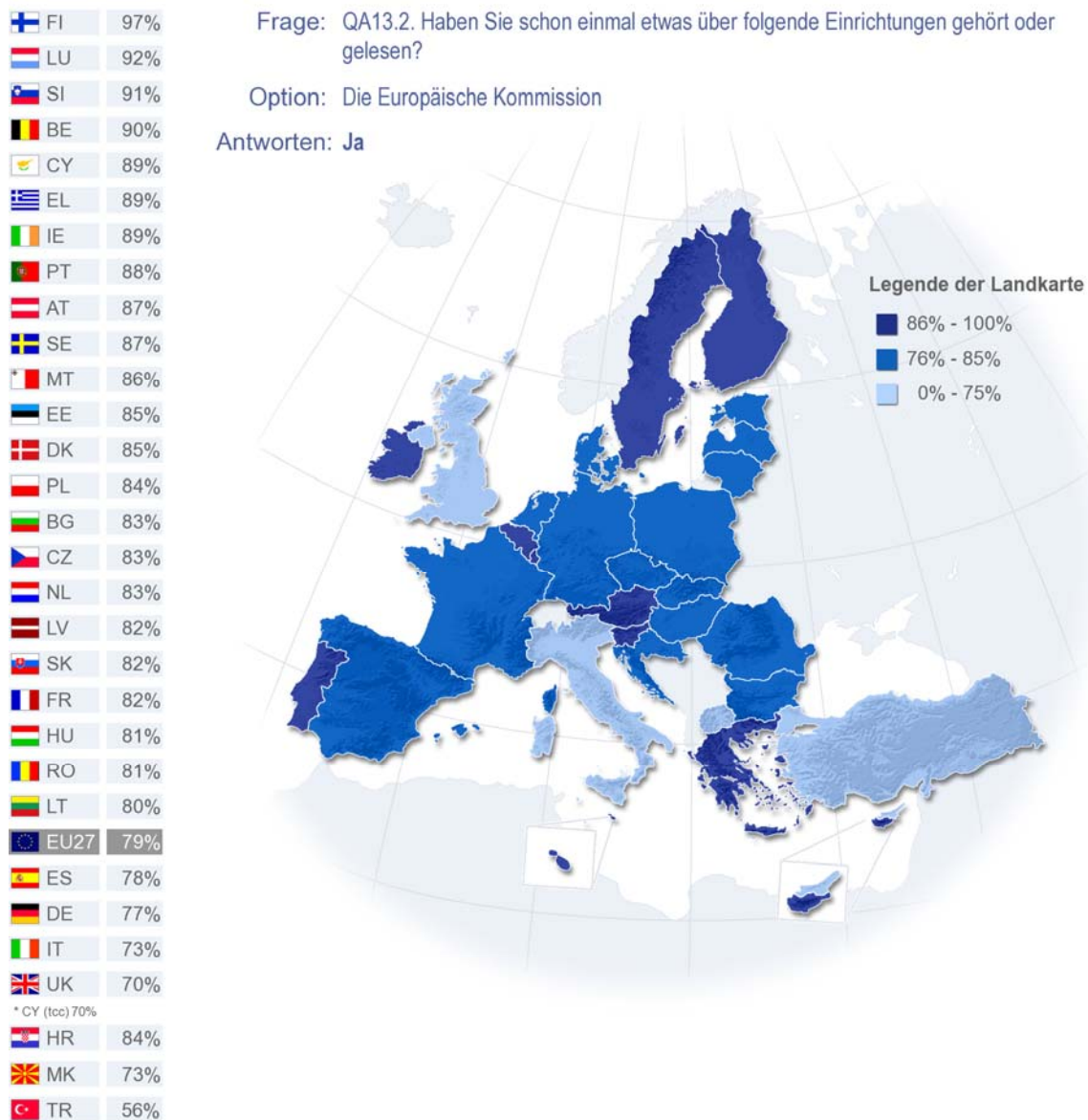
Der Bekanntheitsgrad der Europäischen Kommission liegt in 22 Mitgliedstaaten der EU bei über 80%. Am höchsten ist er in Finnland (97%), Luxemburg (92%), Slowenien (91%), Belgien (90%), auf Zypern (89%), in Griechenland (89%) und Irland (89%).

In vier Mitgliedstaaten liegt er unter dem europäischen Durchschnitt, in denen auch der geringste Bekanntheitsgrad zu verzeichnen ist: Dies gilt für Spanien (78%), Deutschland (77%), Italien (73%) und dem Vereinigten Königreich (70%).

In Kroatien hat die Europäische Kommission einen hohen Bekanntheitsgrad (84%). In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien liegt er nahe am europäischen Durchschnitt (73%). In der Türkei hingegen müsste der Bekanntheitsgrad weiter konsolidiert werden (56%).

Auf drei Entwicklungen sollte im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) hingewiesen werden. In den folgenden Ländern ist der Bekanntheitsgrad der Europäischen Kommission gestiegen: der Tschechischen Republik (von 75% auf 83%; +8 Punkte), Zypern (von 84% auf 89%; +5 Punkte) und Griechenland (von 85% auf 89%; + 4 Punkte).

Was die Kandidatenländern betrifft, so hat die Bekanntheit der Europäischen Kommission in Kroatien (+3 Punkte) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+2 Punkte) zugenommen; dahingegen ist sie in der Türkei um 1 Punkt zurückgegangen.






Der Bekanntheitsgrad der **Europäischen Zentralbank** liegt im Vereinigten Königreich auf dem niedrigsten (55%) und in Irland auf dem höchsten Niveau (92%). In der Türkei liegt er bei 57% (-1 Punkt im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009).

Schließlich sind beim Bekanntheitsgrad des **Rates der Europäischen Union** erhebliche Unterschiede im Ländervergleich festzustellen. So erklärt eine Mehrheit der Briten (53%), dass sie von dieser Institution noch nie gehört hat. Der Bekanntheitsgrad dieser Institution liegt in Dänemark (56%) und Schweden (55%) ebenfalls unter dem europäischen Durchschnitt. Am höchsten ist er bei den Bürgern auf Zypern (88%), in Slowenien (88%), Finnland (83%) und Griechenland (82%).

Generell sind die europäischen Institutionen einer Mehrheit von Befragten aus allen sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung bekannt. Bei denjenigen Befragten, die den wohlhabenderen Schichten der Gesellschaft, den älteren Bevölkerungskategorien und denjenigen, die gesellschaftlich am besten integriert sind, angehören (die sich auch am meisten für das politische Geschehen und das Geschehen in der Europäischen Union interessieren), genießen sie einen weitaus höheren Bekanntheitsgrad. Dies im Vergleich zu den weniger gut situierten bzw. sozial schwächeren Bevölkerungsschichten und den jüngeren Generationen.

Anhand des Bekanntheitsgrads der Europäischen Zentralbank sind diese Differenzen deutlich sichtbar: So ist die Zentralbank 67% der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 81% der 40-54-Jährigen, bekannt. Ihr Bekanntheitsgrad liegt bei 88% der Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau, im Vergleich zu 67% derjenigen, die ein niedrigeres Bildungsniveau haben. Ebenso liegt sie bei 91% der Führungskräfte, im Vergleich zu 65% der Arbeitslosen. Und schließlich liegt sie bei 84% derjenigen Befragten, die sich den oberen sozialen Schichten zurechnen, im Vergleich zu 68% derjenigen, die sich in der sozialen Hierarchie weiter unten ansiedeln.

## QA13 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen? -EU27

	%Ja	Das Europäische Parlament	Die Europäische Kommission	Die Europäische Zentralbank	Den Rat der Europäischen Union
EU27		89%	79%	76%	66%
<b>Alter</b>					
 15-24		83%	72%	67%	63%
25-39		90%	82%	77%	69%
40-54		91%	83%	81%	68%
55 +		88%	78%	74%	63%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>					
 15-		82%	67%	67%	54%
16-19		88%	80%	75%	65%
20+		96%	92%	88%	78%
Studiert noch		88%	77%	73%	69%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>					
 Selbständig		91%	86%	83%	75%
Leitende(r) Angestellte(r)		97%	94%	91%	78%
Andere(r) Angestellte(r)		90%	85%	82%	72%
Sonstige Arbeiter		88%	79%	75%	63%
Hausfrauen / Hausmänner		82%	69%	66%	56%
Arbeitslos		83%	72%	65%	59%
Rentner / Pensionäre		88%	76%	73%	62%
Studenten		88%	77%	73%	69%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>					
Niedrig (1-4)		85%	74%	68%	58%
Mitte (5-6)		89%	79%	76%	66%
Hoch (7-10)		93%	87%	84%	75%

### 3.2 Vertrauen in die europäischen Institutionen

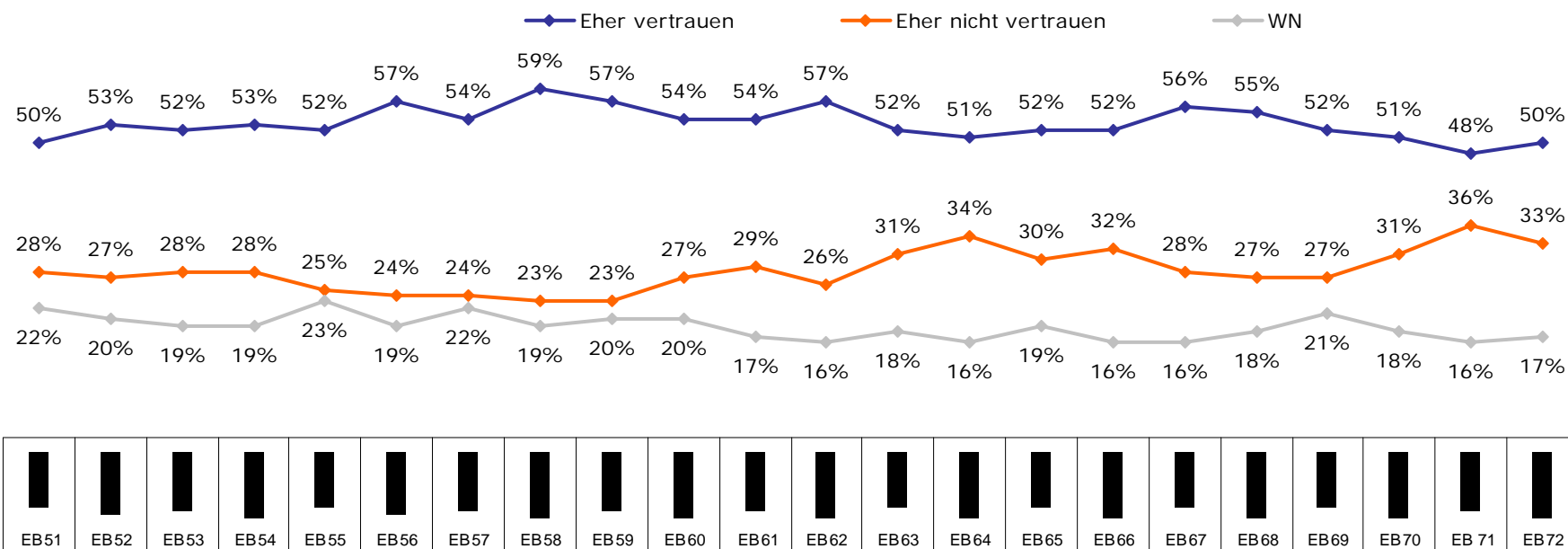
***- Das Europäische Parlament ist nach wie vor die Institution, die in der öffentlichen Meinung das stärkste Vertrauen genießt -***

In dieser Umfrage ist für das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine geringfügige erneute Zunahme des Vertrauens in der öffentlichen Meinung festzustellen, womit sich die 2007-2008 festgestellte rückläufige Tendenz mittlerweile also nicht weiter fortsetzt. Die Europäische Zentralbank und der Rat der Europäischen Union hingegen sind von diesem Trend nicht betroffen, denn das Vertrauen der europäischen Bürger ihnen gegenüber ist im Vergleich zu den letzten Eurobarometer-Umfragen unverändert geblieben. Generell sind in der Tschechischen Republik, Bulgarien, der Slowakei, Portugal, Luxemburg und Griechenland deutliche Vertrauenszuwächse in die europäischen Institutionen festzustellen. Ein sehr deutlicher Rückgang des Vertrauens jedoch ist auf Malta zu verzeichnen. Und schließlich sind das Vereinigte Königreich, Frankreich und Lettland mit Abstand die drei Länder, in denen sich das stärkste Misstrauen gegenüber den europäischen Institutionen manifestiert. In den folgenden Abschnitten sollen diese Unterschiede für eine jede der Institutionen näher untersucht werden.



QA14.1 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

- Dem Europäischen Parlament - % EU

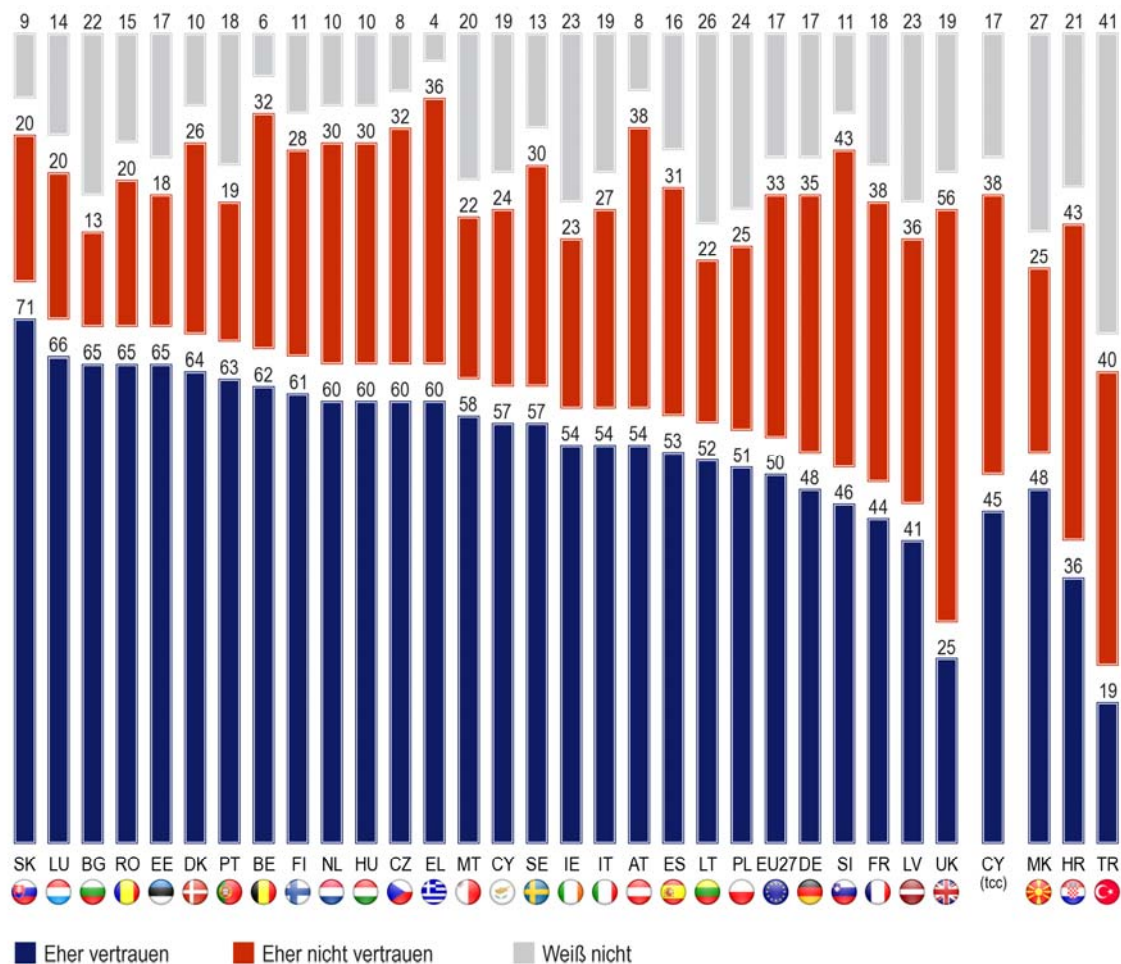


## Das Europäische Parlament

50% der Befragten erklären, dass sie dem Europäischen Parlament weitgehend vertrauen, 33% zeigen sich ihm gegenüber misstrauisch, und 17% sind nicht in der Lage, sich zu diesem Thema zu äußern<sup>55</sup>. Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009, die den historischen Tiefpunkt der Vertrauenswerte der europäischen Bürger gegenüber dem Parlament bildete, hat ihr Vertrauen in diese Institution allerdings um 2 Punkte zugenommen. Das Misstrauen hingegen ist im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 um –3 Punkte zurückgegangen. Somit scheint sich der zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2009 verzeichnete rückläufige Trend des Vertrauens gegenüber dem Europäischen Parlament mittlerweile nicht weiter fortzusetzen.

QA14.1. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Dem Europäischen Parlament



<sup>55</sup> QA14. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Dem Europäischen Parlament.



Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, in dem sich die öffentliche Meinung zu dieser Frage von jener der übrigen Mitgliedstaaten deutlich unterscheidet (25% Vertrauen, im Vergleich zu 56% Misstrauen), überwiegt in allen Mitgliedstaaten der EU das Vertrauen.

Am stärksten ist das Vertrauen in das Europäische Parlament in der Slowakei (71%) – in der bei den Europawahlen von Juni 2009 mit 19,6% paradoxerweise die geringste Wahlbeteiligung verzeichnet wurde –, in Luxemburg (66%), Bulgarien, Rumänien und Estland (jeweils 65%), sowie in Dänemark (64%) und Portugal (63%). In allen diesen Mitgliedstaaten ist das Vertrauen im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage gestiegen. Weitaus geteilter sind die Meinungen hingegen in Frankreich (44% bzw. 38%), Lettland (41% bzw. 36%) und Slowenien (46% bzw. 43%).

Ein deutlicher Zuwachs des Vertrauens in das Europäische Parlament ist in der Tschechischen Republik zu verzeichnen (60%, +11 Punkte), und, im Gegenteil hierzu, ein Rückgang des Vertrauens auf Malta (58%, -6 Punkte).

Am deutlichsten ist das Misstrauen gegenüber dem Europäischen Parlament bei denjenigen Befragten, die sich in einer prekären sozialen Lage befinden (40% derjenigen, die kein hohes Bildungsniveau haben, 41% der Arbeitslosen, 42% derjenigen, die finanzielle Schwierigkeiten haben) und verständlicherweise bei denjenigen, die die Europäische Union ablehnen (67% derjenigen, die der EU nicht vertrauen und 56% derjenigen, die den Euro ablehnen).

**QA14.1 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.**  
**Dem Europäischen Parlament**

	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
EU27	50%	33%	17%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	39%	40%	21%
16-19	48%	35%	17%
20+	59%	29%	12%
Studiert noch	65%	21%	14%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	56%	28%	16%
Leitende(r) Angestellte(r)	58%	31%	11%
Andere(r) Angestellte(r)	55%	34%	11%
Sonstige Arbeiter	47%	36%	17%
Hausfrauen / Hausmänner	44%	34%	22%
Arbeitslos	40%	41%	19%
Rentner / Pensionäre	46%	35%	19%
Studenten	65%	21%	14%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	36%	42%	22%
Gelegentlich	47%	35%	18%
Nahezu nie/ nie	53%	32%	15%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	80%	10%	10%
Eher nicht vertrauen	20%	67%	13%
<b>Euro</b>			
Dafür	66%	22%	12%
Dagegen	26%	56%	18%

**Die Europäische Kommission**

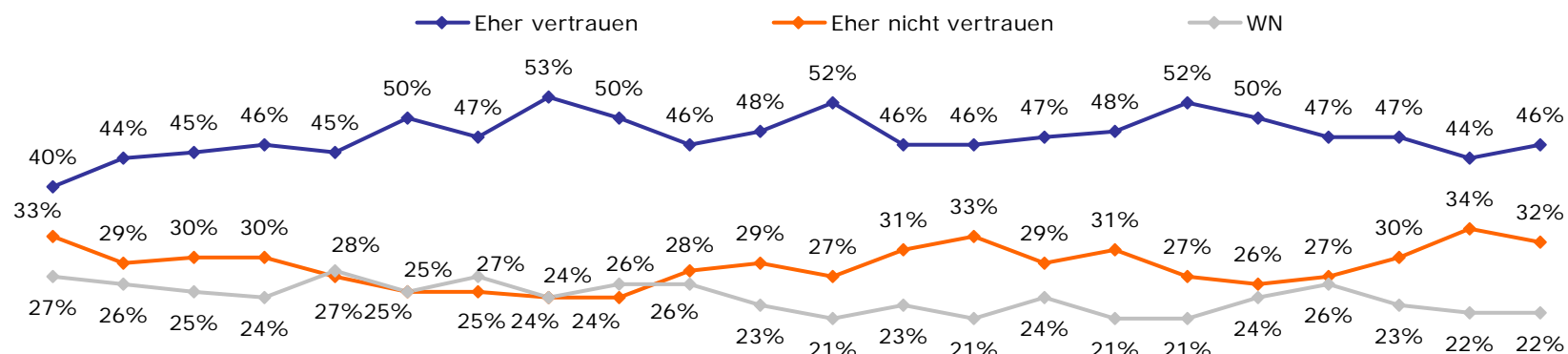
46% der Befragten erklären, dass sie der Europäischen Kommission weitgehend vertrauen, während 32% aussagen, dass sie ihr eher nicht vertrauen und 22% sich zu diesem Thema nicht äußern<sup>56</sup>. Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ist das Vertrauen der europäischen Bürger in die Kommission um 2 Prozentpunkte gestiegen, wohingegen das Misstrauen, ebenfalls im Vergleich zum Frühjahr 2009, um 2 Punkte zurückgegangen ist. Ebenso wie beim Europäischen Parlament scheint der 2007-2008 verzeichnete Trend zu rückläufigen Vertrauenswerten somit überholt.

---

<sup>56</sup> QA14. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 2. Der Europäischen Kommission

QA14.2 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

-Der Europäischen Kommission - % EU



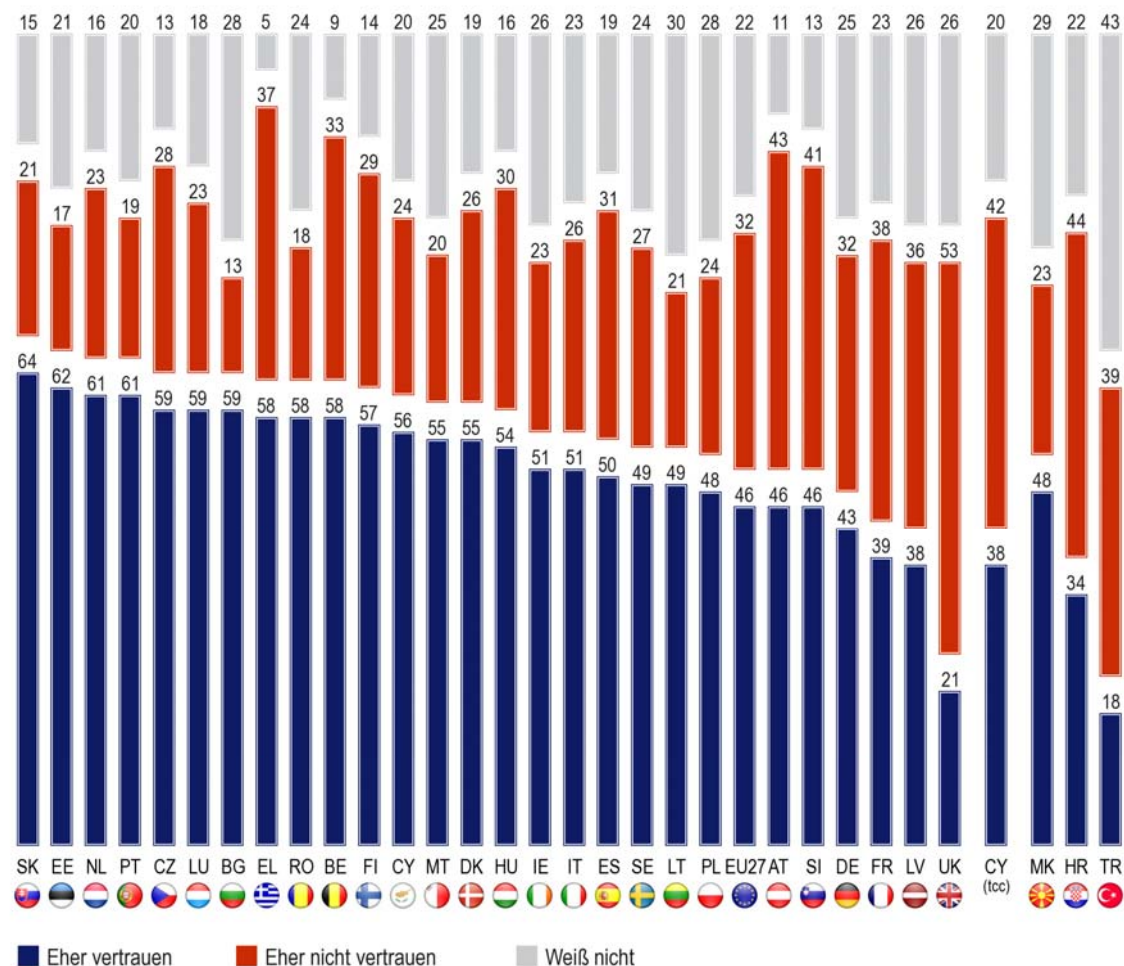
EB51	EB52	EB53	EB54	EB55	EB56	EB57	EB58	EB59	EB60	EB61	EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71	EB72

Ebenso wie beim Europäischen Parlament sind die Befragten im Vereinigten Königreich die einzigen, die der Europäischen Kommission mehrheitlich nicht vertrauen (53%). Sehr geteilt sind die Meinungen in Frankreich (39% Vertrauen; 38% Misstrauen), Lettland (38% bzw. 36%) und Österreich (46% bzw. 43%). Im Gegensatz hierzu überwiegt das Vertrauen weitgehend in der Slowakei (64%), in Estland (62%), Portugal und den Niederlanden (jeweils 61%), in Luxemburg, Bulgarien und der Tschechischen Republik (jeweils 59%).

Ebenfalls geteilt ist die öffentliche Meinung in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft (38% eher Vertrauen; 42% Misstrauen).

QA14.2. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
































Der Europäischen Kommission



Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 ist eine deutliche Stärkung des Vertrauens in die europäische Kommission in der Tschechischen Republik (+13 Punkte), in Bulgarien (+7 Punkte), Griechenland (+7 Punkte), Luxemburg und Spanien (jeweils +6 Punkte) zu verzeichnen. Nur in zwei Mitgliedstaaten – auf Malta und in Belgien - ist das Vertrauen in die Europäische Kommission deutlich zurückgegangen (–4 Punkte).

**QA14.2 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.**

**- Der Europäischen Kommission**

	<b>% Eher vertrauen</b>	<b>EB71 Fr.2009</b>	<b>EB72 Hbt.2009</b>	<b>Unt. Hbt.2009- Fr.2009</b>
 EU27		44%	46%	+2
 CZ		46%	59%	+13
 BG		52%	59%	+7
 EL		51%	58%	+7
 ES		44%	50%	+6
 LU		53%	59%	+6
 CY		51%	56%	+5
 PT		56%	61%	+5
 RO		53%	58%	+5
 HU		50%	54%	+4
 LV		35%	38%	+3
 AT		43%	46%	+3
 SK		61%	64%	+3
 EE		60%	62%	+2
 NL		59%	61%	+2
 DE		42%	43%	+1
 IT		50%	51%	+1
 FI		56%	57%	+1
 IE		51%	51%	=
 LT		49%	49%	=
 DK		56%	55%	-1
 PL		49%	48%	-1
 SI		47%	46%	-1
 UK		22%	21%	-1
 FR		41%	39%	-2
 SE		51%	49%	-2
 BE		62%	58%	-4
 MT		59%	55%	-4
CY (tcc)		30%	38%	+8
 MK		43%	48%	+5
 HR		34%	34%	=
 TR		20%	18%	-2

Die soziodemografische Analyse der Vertrauenswerte in die Europäische Kommission ist mit jener der Vertrauenswerte in das Europäische Parlament identisch. Folgende Gruppen Befragter erklären Vertrauen in die Kommission zu haben: 33% der Befragten, die behaupten, finanzielle Schwierigkeiten zu haben, 35% derjenigen, die keine längere Ausbildung absolviert haben und 41% der Rentner. Dies im Vergleich zu 49% derjenigen, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben, 55% derjenigen mit dem höchsten Bildungsniveau und 56% der Studenten.

### **Die Europäische Zentralbank**

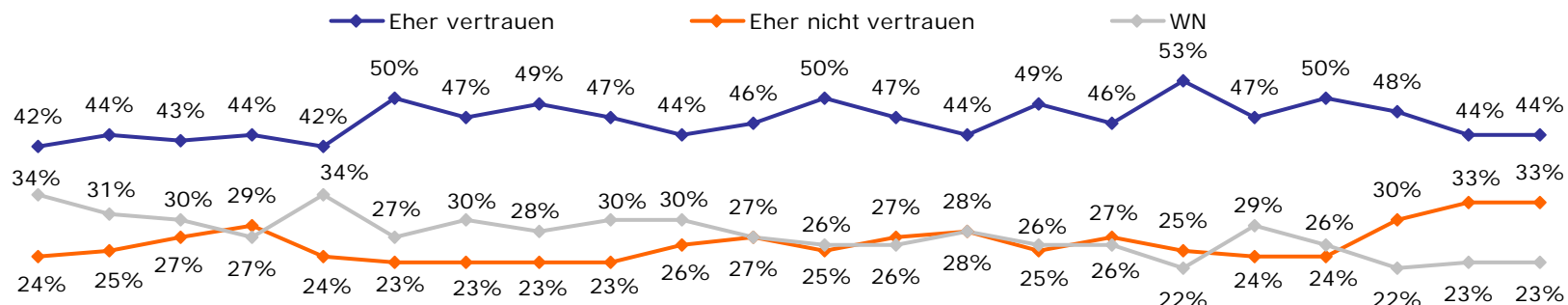
Mittlerweile erklären 44% der Befragten der Europäischen Zentralbank weitgehend zu vertrauen. Demgegenüber erklären 33% ihr Misstrauen, und 23% sind nicht in der Lage, sich zu dieser Frage zu äußern<sup>57</sup>. Das Verhältnis Vertrauen/Misstrauen ist seit der Frühjahrsumfrage 2009 vollkommen unverändert geblieben. Das bedeutet, dass die leichte Stärkung des Vertrauens, die beim Europäischen Parlament und bei der Europäischen Kommission festzustellen war, nicht auf die Europäische Zentralbank zutrifft. Es ist allerdings zu betonen, dass sich der kontinuierliche Vertrauensschwund, der seit Frühjahr 2008 (EB69) verzeichnet wurde, mittlerweile nicht weiter fortsetzt.

---

<sup>57</sup> QA14. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 4. Der Europäischen Zentralbank



**QA14.4 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen  
oder eher nicht vertrauen.  
-Der Europäischen Zentralbank - % EU**

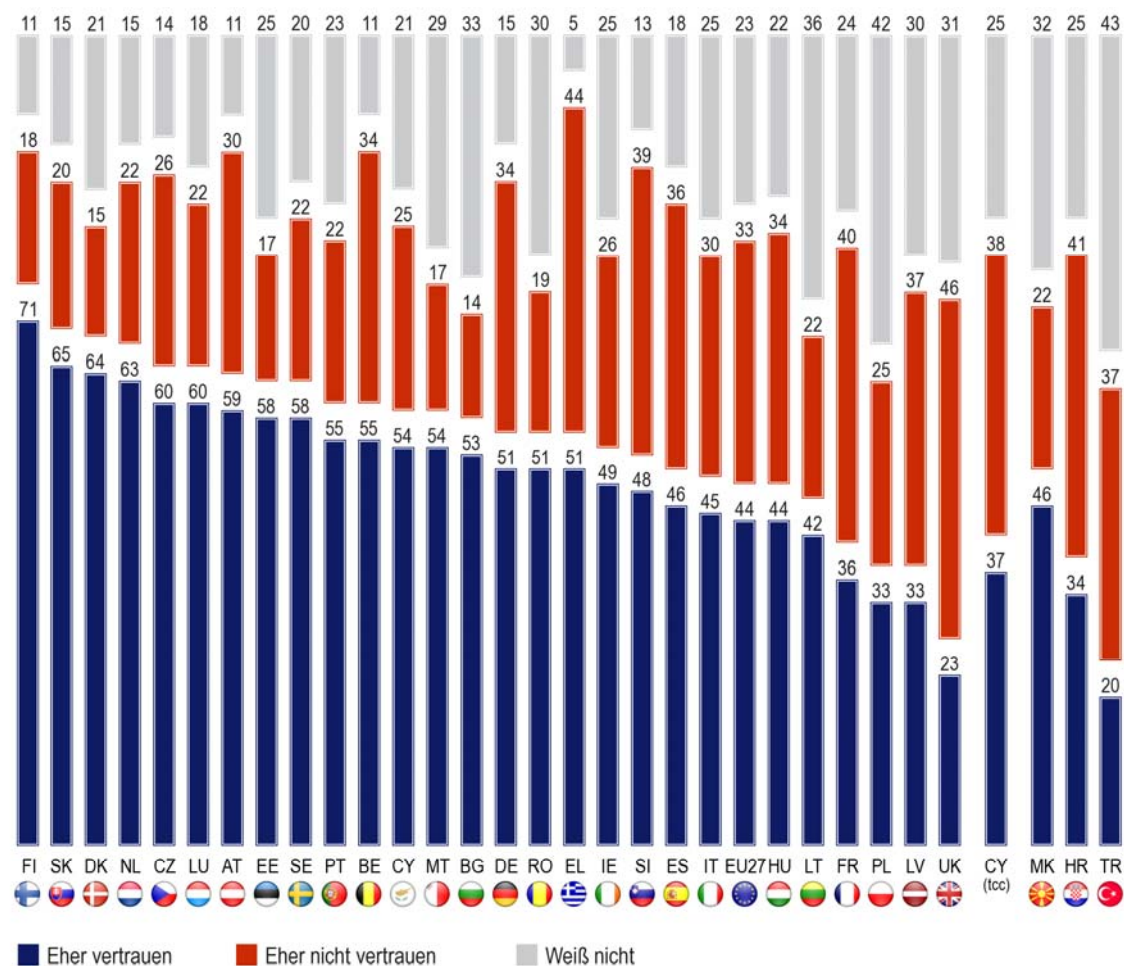


In drei Mitgliedstaaten der EU überwiegt das Misstrauen, so im Vereinigten Königreich (46%), Frankreich (40%) und Lettland (37%). Das größte Vertrauen ist in Finnland (71%), der Slowakei (65%), Dänemark (64%) und der Tschechischen Republik (60%) zu finden. Die Meinungstrends in den einzelnen Mitgliedstaaten entsprechen im Großen und Ganzen denjenigen, die in Bezug auf das Europäische Parlament und die Europäische Kommission ermittelt wurden.

Es sollte allerdings auf die Besonderheit von Polen hingewiesen werden: Hier liegen die Werte für das Vertrauen in die Europäische Kommission und ins Europäische Parlament im europäischen Durchschnitt, während das Vertrauen in die Zentralbank aufgrund eines hohen Anteils von „Weiß nicht“-Nennungen (42%) wesentlich geringer ist (33%).

QA14.4. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Der Europäischen Zentralbank

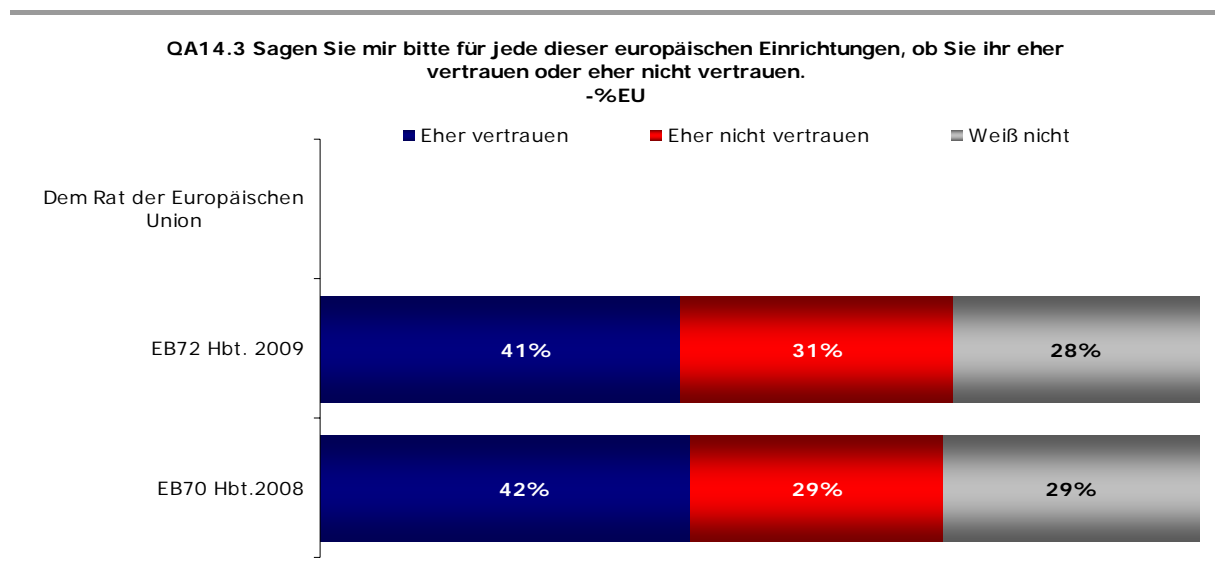


Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 kann eine beträchtliche Stärkung des Vertrauens in die Europäische Zentralbank in Griechenland (+9 Punkte), der Tschechischen Republik (+8 Punkte) und der Slowakei (+7 Punkte) festgestellt werden. Im Gegensatz hierzu ist auf Malta ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (-8 Punkte).

Ebenso wie bei den übrigen Institutionen sind auch bei der Europäischen Zentralbank Vertrauensdifferenzen von etwa 10 bis 15 Punkten festzustellen, je nachdem, ob die Befragten sich den oberen sozialen Schichten zurechnen oder sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren.

### Der Rat der Europäischen Union

In dieser Eurobarometer-Umfrage wurde auch das Vertrauen der Bürger in den Rat der Europäischen Union ermittelt. So erklären 41% der Befragten, Vertrauen in den Rat zu haben, im Gegensatz zu einem Anteil von 31%, die kein Vertrauen haben, und 28%, die mit „Weiß nicht“ antworten<sup>58</sup>. Im Vergleich zum letzten, anlässlich der Herbstumfrage 2008 ermittelten Wert, ist das Vertrauen gegenüber dem Rat um einen Prozentpunkt zurückgegangen, während das Misstrauen um 2 Punkte zugenommen hat. Der Anteil der „Weiß nicht“-Nennungen ist zwar um einen Punkt gesunken, allerdings ist er nach wie vor verhältnismäßig hoch (28%).

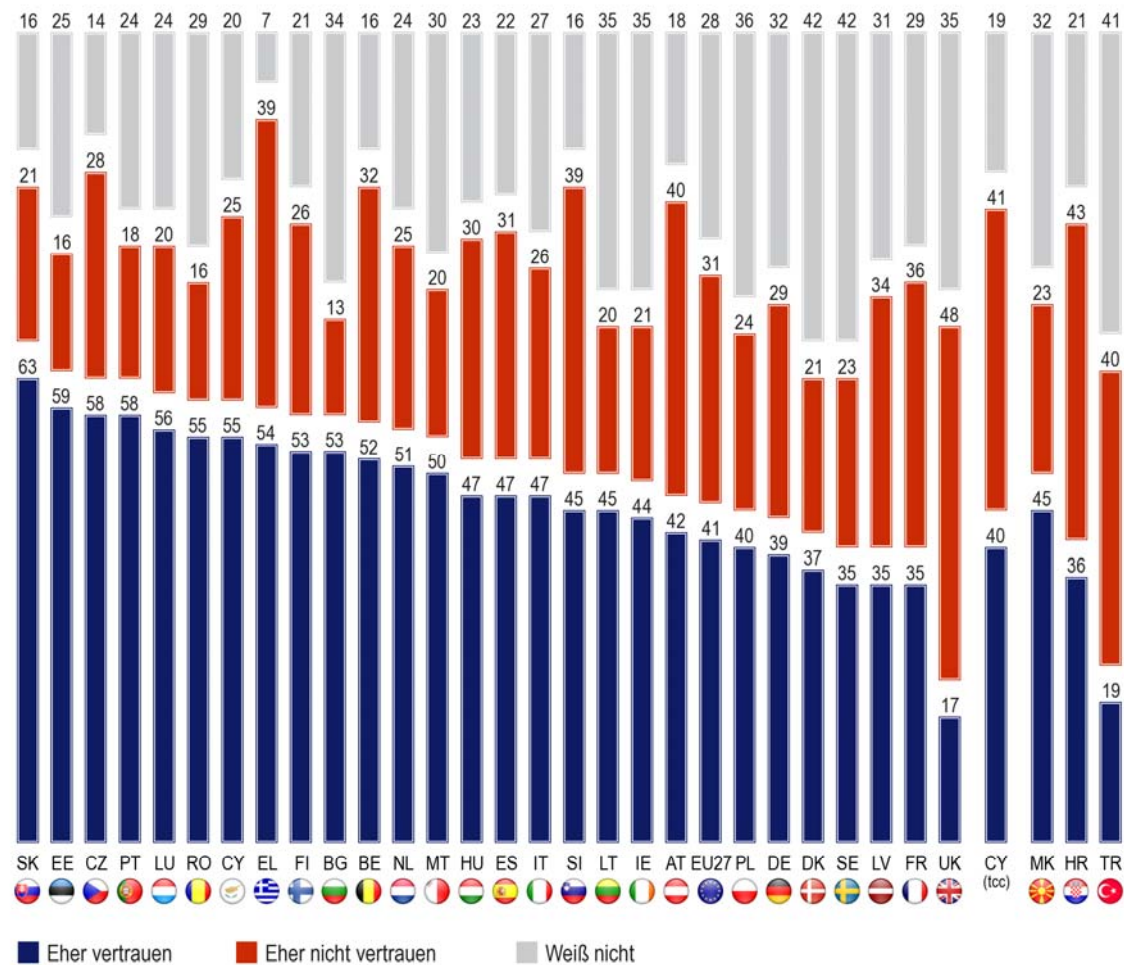


In Bezug auf das Vertrauen, das in den Rat der Europäischen Union gesetzt wird, sind im Ländervergleich und in der soziodemografischen Analyse dieselben Differenzen festzustellen wie beim Vertrauen in die anderen europäischen Institutionen. So ist im Vereinigten Königreich (48%) das größte Misstrauen zu verzeichnen. Sehr differenziert sind die Meinungen in Frankreich (35% Vertrauen; 36% Misstrauen) und Lettland (35% bzw. 34%). Deutlich überwiegt das Vertrauen in der Slowakei (63%), Estland (59%), der Tschechischen Republik (58%), Portugal (58%) und Luxemburg (56%). Eine Besonderheit zu dieser Frage ist in Dänemark und Schweden festzustellen: In beiden Ländern ist ein sehr hoher Anteil der „Weiß nicht“-Nennungen (42%) zu beobachten.

<sup>58</sup> QA14. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 3. Dem Rat der Europäischen Union.

QA14.3. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Dem Rat der Europäischen Union



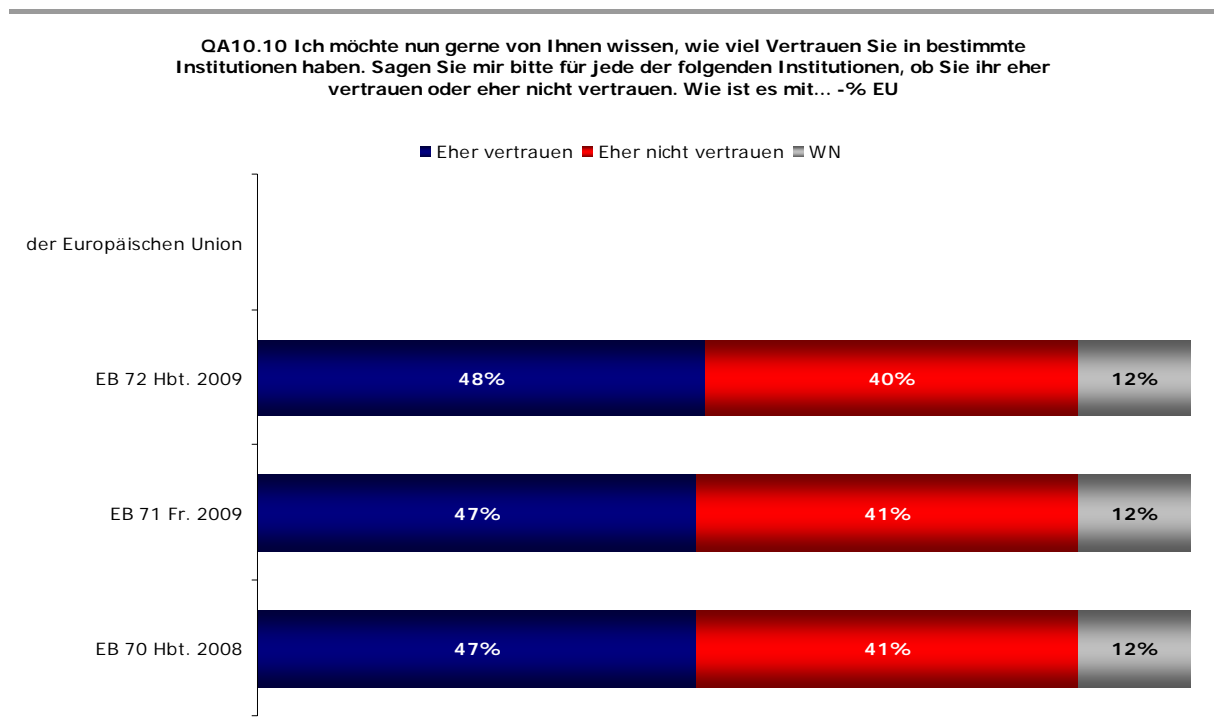
Die Entwicklungen, die seit der Herbstumfrage 2008 in der öffentlichen Meinung festgestellt werden, sind recht gegensätzlich: So stieg in Portugal, Bulgarien und Luxemburg das Vertrauen in den Rat der Europäischen Union um jeweils +7 Punkte. Gleichzeitig ist das Vertrauen um 15 Punkte in Slowenien, um 10 Punkte in Dänemark, um 6 Punkte auf Malta und um jeweils 5 Punkte in Frankreich, Belgien und den Niederlanden zurückgegangen.

Die Unterschiede, die sich in Abhängigkeit vom soziodemografischen Profil der Befragten hinsichtlich des Vertrauens ergeben, folgen demselben Schema wie bei den anderen europäischen Institutionen. Die Differenzen zwischen den am besten situierten und den schwächsten Bevölkerungskategorien betragen etwa 10 Punkte.

### 3.3. Vertrauen in die Europäische Union

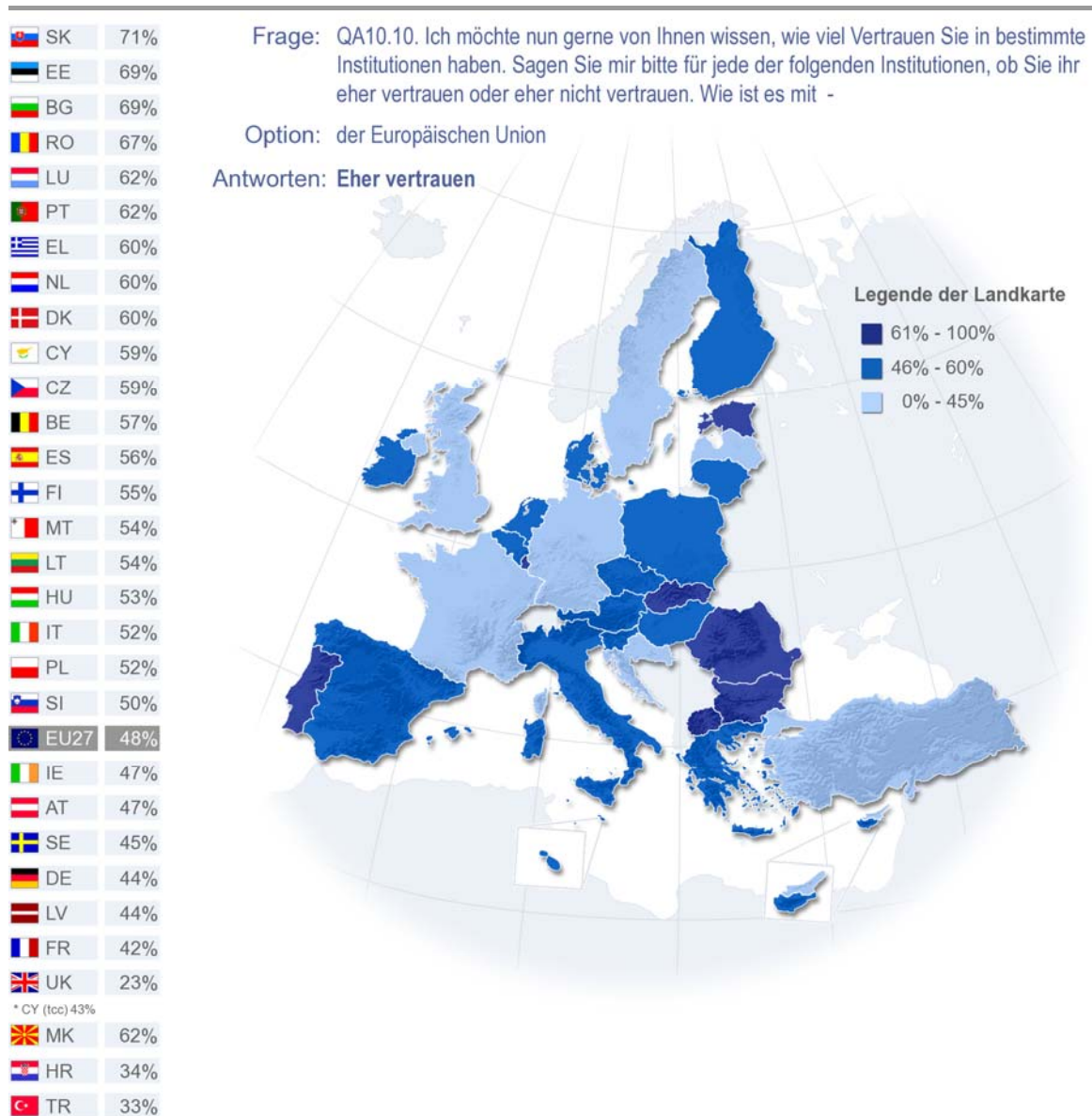
In dieser Eurobarometer-Umfrage wurde das Vertrauen der europäischen Bürger sowohl in die EU selbst, wie auch in die großen internationalen Organisationen – die Vereinten Nationen (UN) und die NATO – ermittelt (die Analyse des Vertrauens in diese beiden Institutionen wird im Abschnitt 3.4 im Einzelnen behandelt). Das Vertrauen der europäischen Bürger in die Europäische Union ist im Vergleich zu den früheren Umfragen von 2008 und 2009 weitestgehend unverändert geblieben.

**- Weniger als einer von zwei Bürgern hat Vertrauen in die Europäische Union -**



48% der Befragten erklären, dass sie der EU weitgehend vertrauen, im Vergleich zu 40%, die das Gegenteil behaupten, und 12%, die keine Meinung äußern<sup>59</sup>. Im Vergleich zum Frühjahr 2009, aber auch zum Herbst 2008, hat das Vertrauen um einen Punkt zugenommen, während das Misstrauen um einen Punkt abgenommen hat. Somit ist tendenziell eine Stabilisierung der öffentlichen Meinung zur Europäischen Union festzustellen.

<sup>59</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 10. der Europäischen Union?



In sieben Mitgliedstaaten der EU liegt das Vertrauen in die Union bei unter 50%. Am geringsten ist das Vertrauen, wie schon in früheren Umfragen festgestellt, im Vereinigten Königreich (23%), Frankreich (42%) und Lettland (44%). Am stärksten ist es demgegenüber in der Slowakei (71%), Estland (69%), Bulgarien (69%) und Rumänien (67%). Diese vier Mitgliedstaaten standen bei dieser Frage bereits in der vorherigen Umfrage im Ländervergleich an der Spitze.

Seit der letzten Umfrage ist das Vertrauen in die Europäische Union in Portugal (+7 Punkte), Luxemburg (+7 Punkte), der Slowakei (+6 Punkte), Bulgarien (+6 Punkte), Griechenland (+5 Punkte) und Spanien (+5 Punkte) deutlich gestiegen. Aufgrund eines Zuwachses um jeweils 4 Punkte in dieser Umfrage ist das Vertrauen in Ungarn (53%) und Italien (52%) mittlerweile Mehrheitsmeinung. Ein Vertrauensschwund ist hingegen in den folgenden Mitgliedstaaten zu verzeichnen: Belgien (-2 Punkte), Deutschland (-2 Punkte) und recht drastisch in Litauen (-5 Punkte) und auf Malta (-8 Punkte). Im Vereinigten Königreich (+1 Punkt) und in Frankreich (-1 Punkt) sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen zeigen somit recht deutlich, dass das Vertrauen in denjenigen Mitgliedstaaten zugenommen hat, in denen es ohnehin schon am stärksten war, während die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten, in denen das Vertrauen in die EU geringer war, tendenziell eher unverändert bleibt.





Was die Kandidatenländer betrifft, so hat in Kroatien (34%) und in der Türkei (33%) eine Minderheit Vertrauen in die Europäische Union. Deutlich über dem europäischen Durchschnitt hingegen sind die Vertrauenswerte in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (62%). Leicht zugenommen hat das Vertrauen in Kroatien (+3 Punkte) und weitaus deutlicher in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+8 Punkte), während es in der Türkei deutlich zurückgegangen ist (-5 Punkte).

Die soziodemografischen Faktoren spielen im Muster, das sich hinsichtlich des Vertrauens der europäischen Bürger in die Europäische Union ergibt, eine wichtige Rolle: So steigt das Vertrauen linear mit der sozialen Stellung der Befragten und geht linear mit zunehmendem Alter zurück. Deutlich ausgeprägter ist es bei den besser situierten Bevölkerungskategorien, im Vergleich zu den weniger gut situierten bzw. den sozial schwächeren Bevölkerungskategorien. So zeigt sich die soziodemografische Analyse folgendermaßen:

- 50% der Männer haben Vertrauen in die Union, im Vergleich zu 46% der Frauen;
- 58% der 15- bis 24-Jährigen haben Vertrauen in die Union, im Vergleich zu 45% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber;
- 65% der Studenten und 56% derjenigen Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, haben Vertrauen in die Union, im Vergleich zu nur 38% derjenigen, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben;
- 53% der Führungskräfte haben Vertrauen in die Union, im Vergleich zu 45% der Arbeiter und 41% der Arbeitslosen;
- 51% derjenigen, die behaupten, keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben, haben Vertrauen in die Union, im Vergleich zu 36% derjenigen, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben;
- und schließlich haben 57% derjenigen Befragten, die sich den oberen sozialen Bevölkerungskategorien zuordnen, Vertrauen in die Union, im Vergleich zu 39% derjenigen, die sich den unteren bzw. sozial schwächeren Bevölkerungsschichten zurechnen.



**QA10.10** Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -  
der Europäischen Union

	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
EU27	48%	40%	12%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	50%	39%	11%
Weiblich	46%	40%	14%
<b>Alter</b>			
 15-24	58%	29%	13%
25-39	50%	39%	11%
40-54	45%	44%	11%
55 +	45%	41%	14%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	38%	48%	14%
 16-19	46%	42%	12%
20+	56%	34%	10%
Studiert noch	65%	23%	12%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	55%	35%	10%
Leitende(r) Angestellte(r)	53%	38%	9%
Andere(r) Angestellte(r)	51%	39%	10%
Sonstige Arbeiter	45%	43%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	43%	42%	15%
Arbeitslos	41%	47%	12%
Rentner / Pensionäre	44%	41%	15%
Studenten	65%	23%	12%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	36%	49%	15%
Gelegentlich	47%	41%	12%
Nahezu nie/ nie	51%	38%	11%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	39%	46%	15%
Mitte (5-6)	49%	39%	12%
Hoch (7-10)	57%	34%	9%

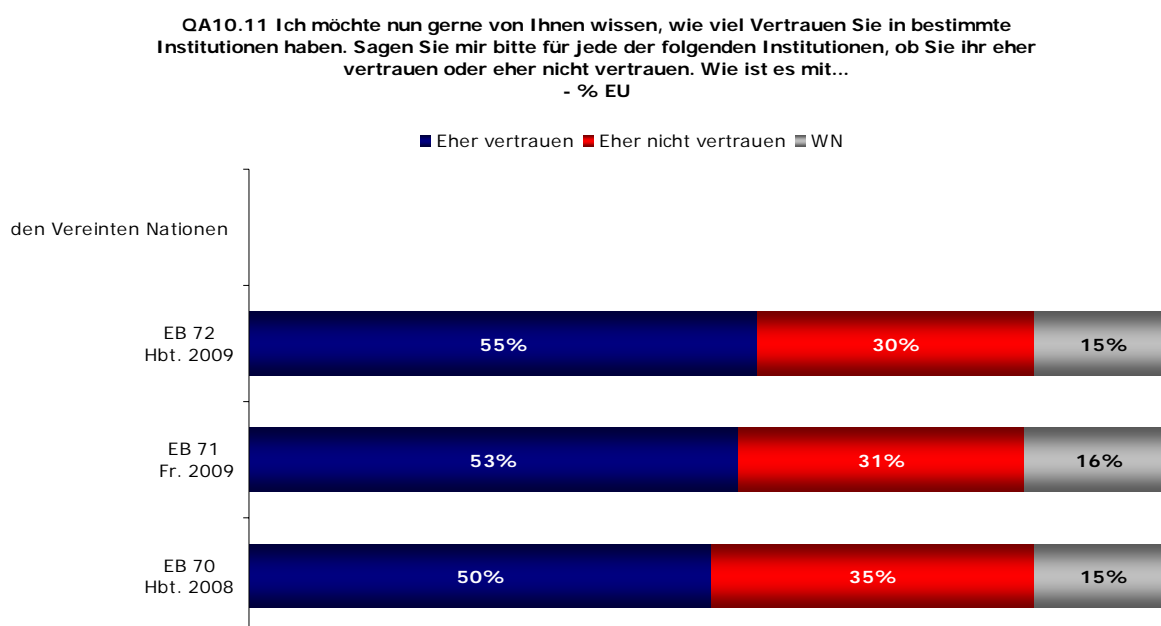


### 3.4. Vertrauen in die Vereinten Nationen und die NATO

#### Die Vereinten Nationen (UN)

**- Das Vertrauen in die Vereinten Nationen nimmt kontinuierlich zu und wird mittlerweile von 55% der europäischen Bürger geteilt -**

Das Vertrauen der europäischen Bürger in die Vereinten Nationen ist geringfügig stärker als das Vertrauen in die Europäische Union. Im Übrigen hat das Vertrauen der europäischen Bürger in die Vereinten Nationen seit der Herbstumfrage 2008 um 5 Prozentpunkte zugenommen, während ihr Vertrauen in die EU in demselben Zeitraum nur um einen Punkt gestiegen ist.



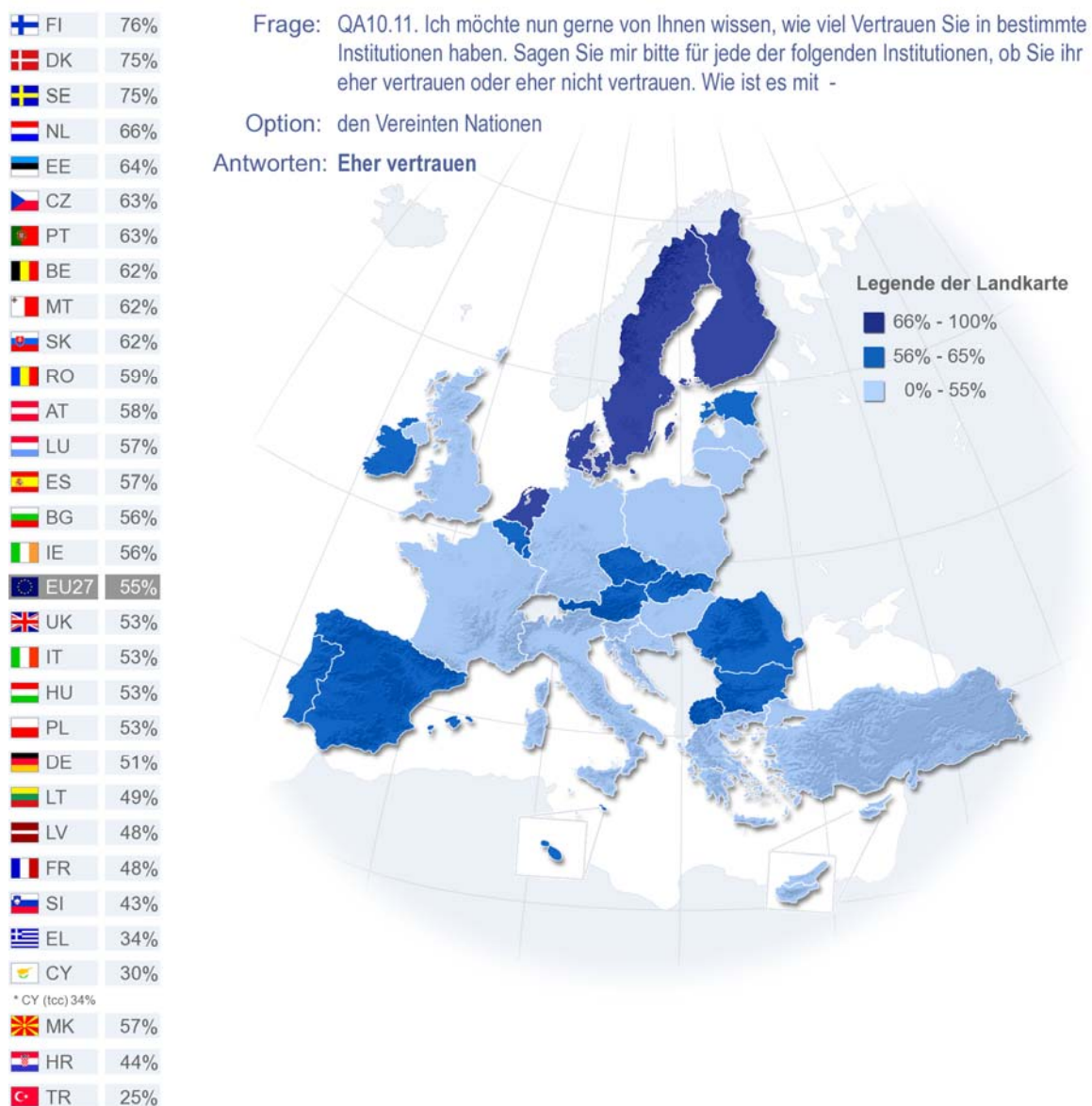
55% der Befragten erklären, in die Vereinten Nationen weitgehend Vertrauen zu haben, im Gegensatz zu einem Anteil von 30%, die eher kein Vertrauen haben und 15%, die mit „Weiß nicht“ antworten<sup>60</sup>. Beim Vertrauen in die Vereinten Nationen ist ein Trend zur Konsolidierung festzustellen: Während das Vertrauen im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 um +5 Punkte zugenommen hat, so beträgt der Zuwachs im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 nur 2 Punkte.

<sup>60</sup> QA10.: Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 10. den Vereinten Nationen?

Diese Trends lassen sich möglicherweise dadurch erklären, dass die öffentliche Meinung aktuell stark nach globalen Lösungen verlangt. Darüber hinaus engagiert sich die UN in Problembereichen, die den Europäern sehr stark am Herzen liegen, wie zum Beispiel dem Kampf gegen die Klimaerwärmung.

In 21 Mitgliedstaaten der EU liegt das Vertrauen in die Vereinten Nationen bei über 50%. Am stärksten ist es in den drei skandinavischen Ländern Finnland (76%), Schweden (75%) und Dänemark (75%). Diese Länder sind traditionell der Wahrung des Weltfriedens – und der Rolle, die die Vereinten Nationen diesbezüglich übernehmen, - sehr verbunden.

Nur in drei Mitgliedstaaten der EU ist der Anteil Befragter, die kein Vertrauen in die Vereinten Nationen haben, höher als der Anteil Befragter, die ihr Vertrauen erklären: auf Zypern (60% Misstrauen; 30% Vertrauen), in Griechenland (63% bzw. 34%) und Slowenien (49% bzw. 43%).



Was die Kandidatenländer betrifft, so überwiegt das Vertrauen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (57%, im Gegensatz zu 31% Misstrauen). In der Türkei hingegen setzt nur eine Minderheit Vertrauen in die Vereinten Nationen (25% bzw. 54%). Geteilt sind die Meinungen in Kroatien (44% Vertrauen, im Gegensatz zu 42% Misstrauen).

Im Ländervergleich ist hinsichtlich der Entwicklung der öffentlichen Meinung eine ähnliche Tendenz festzustellen wie beim Vertrauen in die Europäische Union. Die Mitgliedstaaten, in denen das Vertrauen in die Vereinten Nationen am meisten zugenommen hat, sind auch diejenigen, in denen das Vertrauen in die EU den größten Zuwachs verzeichnet. So gilt dies ein weiteres Mal für Portugal (+7 Punkte), die Slowakei (+6 Punkte), Rumänien (+5) und Spanien (+5). Mit Ausnahme von Zypern (-5 Punkte) - und bei den Kandidatenländern der Türkei (-7 Punkte) - ist in den anderen Mitgliedstaaten im Großen und Ganzen kein wesentlicher Vertrauensschwund zu verzeichnen.

Die soziodemografische Analyse zeigt für das Vertrauen, das in die Vereinten Nationen gesetzt wird, ein identisches Muster wie im Falle der Europäischen Union, d.h. es ist linear zunehmend mit steigendem finanziellem Wohlstand, steigendem Bildungsniveau und sozialer Integration. So zeigt sich die soziodemografische Analyse auch hier folgendermaßen:

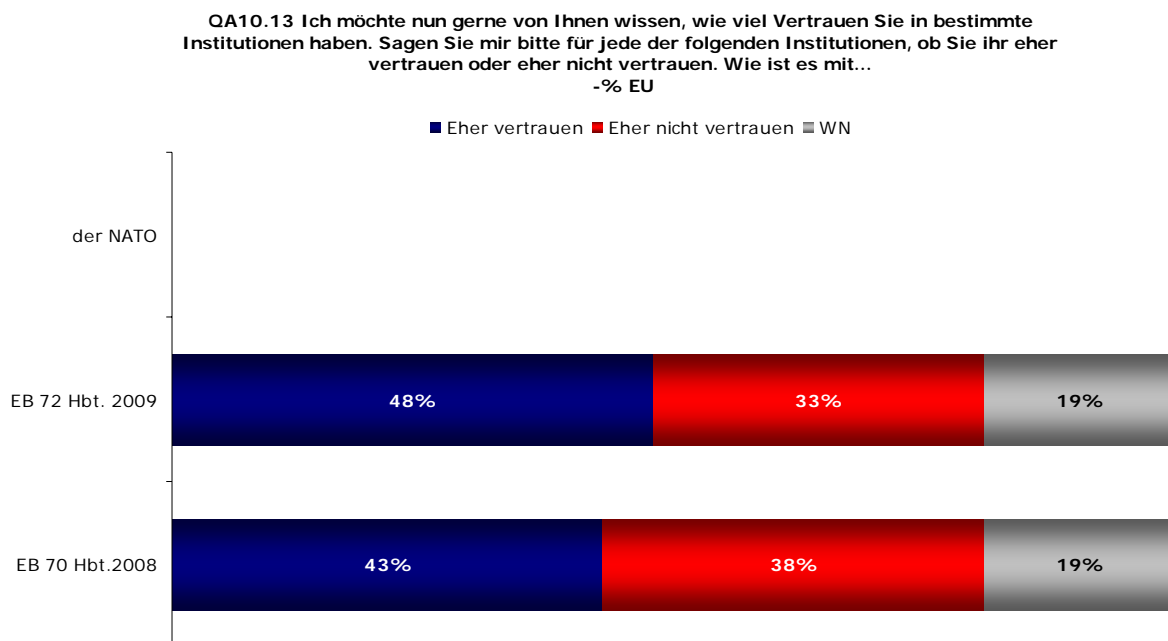
- 61% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr bzw. darüber hinaus fortgesetzt haben, haben Vertrauen in die Vereinten Nationen, im Vergleich zu 46% derjenigen mit einem geringen Bildungsniveau;
- 62% der Führungskräfte haben Vertrauen in die Vereinten Nationen, im Vergleich zu 53% der Arbeiter und 45% der Arbeitslosen;
- 59% derjenigen Befragten, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben, haben Vertrauen in die Vereinten Nationen, im Vergleich zu 41% derjenigen, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben;
- 64% derjenigen, die sich den oberen sozialen Bevölkerungskategorien zurechnen, haben Vertrauen in die Vereinten Nationen, im Vergleich zu 44% derjenigen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren.

Das Vertrauen in die Vereinten Nationen korreliert auch stark mit dem Vertrauen in die Europäische Union. So erklären 81% derjenigen, die ihr Vertrauen in die Union setzen, dass sie auch Vertrauen in die Vereinten Nationen haben, im Vergleich zu nur 30% derjenigen, die der Europäischen Union nicht vertrauen.

## Die NATO

Obwohl das Vertrauen in die NATO zugenommen hat, liegt es dennoch auf einem geringeren Niveau als das Vertrauen, das die europäischen Bürger in die Vereinten Nationen setzen. 48% der Befragten – ein Anteil, der im Vergleich zur letzten Erhebung zu diesem Thema im Herbst 2008 um +5 Punkte gestiegen ist, – setzen ihr Vertrauen in die NATO, im Gegensatz zu einem Anteil von 33% (-5 Punkte), die kein Vertrauen haben, und einem recht hohen Anteil (19%) von „Weiß nicht“-Nennungen<sup>61</sup>.

Das Vertrauen der Bürger in die Nato ist somit geringer als dasjenige gegenüber den Vereinten Nationen und es liegt auf demselben Niveau wie jenes, das der Europäischen Union entgegengebracht wird.



In acht Mitgliedstaaten der EU liegt das Vertrauen in die NATO bei über 50%, wobei die vier Länder Dänemark (73%), die Niederlande (69%), Estland (64%) und Belgien (60%) an der Spitze stehen.

In vier Mitgliedstaaten der Union hingegen überwiegt das Misstrauen, so auf Zypern (14% Vertrauen; 70% Misstrauen), in Griechenland (23% bzw. 74%), Slowenien (38% bzw. 55%) und Finnland (38% bzw. 48%). Deutlich differenzierter sind die Meinungen in Spanien (43% bzw. 39%), Frankreich (39% bzw. 37%) und Schweden (39% bzw. 40%).

<sup>61</sup> QA10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 13. der NATO?

Während die Meinungstrends in den drei skandinavischen Mitgliedstaaten der EU häufig übereinstimmen, so sind hier in Bezug auf das Vertrauen in die NATO eklatante Unterschiede festzustellen, wobei Dänemark das Land mit den höchsten Vertrauenswerten ist, und Schweden und Finnland sich demgegenüber durch ein Niveau des Misstrauens unterscheiden, das mit deutlichem Abstand über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Was die Kandidatenländer betrifft, so überwiegt in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (54% Vertrauen; 33% Misstrauen) das Vertrauen, während es in der Türkei weitgehend nur von einer Minderheit unterstützt wird (24% bzw. 51%). Im Vergleich hierzu ist das Verhältnis in Kroatien ausgeglichen (40% Vertrauen, 45% Misstrauen).

In 18 der 27 Mitgliedstaaten der EU ist ein Trend zu wachsendem Vertrauen in die NATO festzustellen. Am stärksten sind die Zuwächse in Portugal (+12 Punkte), Spanien (+11 Punkte), der Slowakei (+10 Punkte) und Italien (+8 Punkte). Dies sind bedeutende Entwicklungen, denn hierdurch wird - mit Ausnahme von Portugal, wo das Vertrauen in die NATO bereits eine Mehrheitsmeinung ist, - eine Umkehr des Verhältnisses Vertrauen/Misstrauen in den drei übrigen genannten Mitgliedstaaten herbeigeführt. Somit überwiegt in diesen drei Ländern mittlerweile das Vertrauen, während 2008 noch das Misstrauen vorherrschte: Von 2008 bis 2009 ist eine Entwicklung dieses Verhältnisses von 32%/44% auf 43%/39% in Spanien, von 39%/44% auf 49%/40% in der Slowakei und von 41%/43% auf 49%/32% in Italien zu verzeichnen.

Im Gegensatz hierzu sind in drei Mitgliedstaaten Rückgänge des Vertrauens in die NATO zu verzeichnen, so in Irland (-4 Punkte), Griechenland (-3 Punkte) und auf Malta (-3 Punkte).

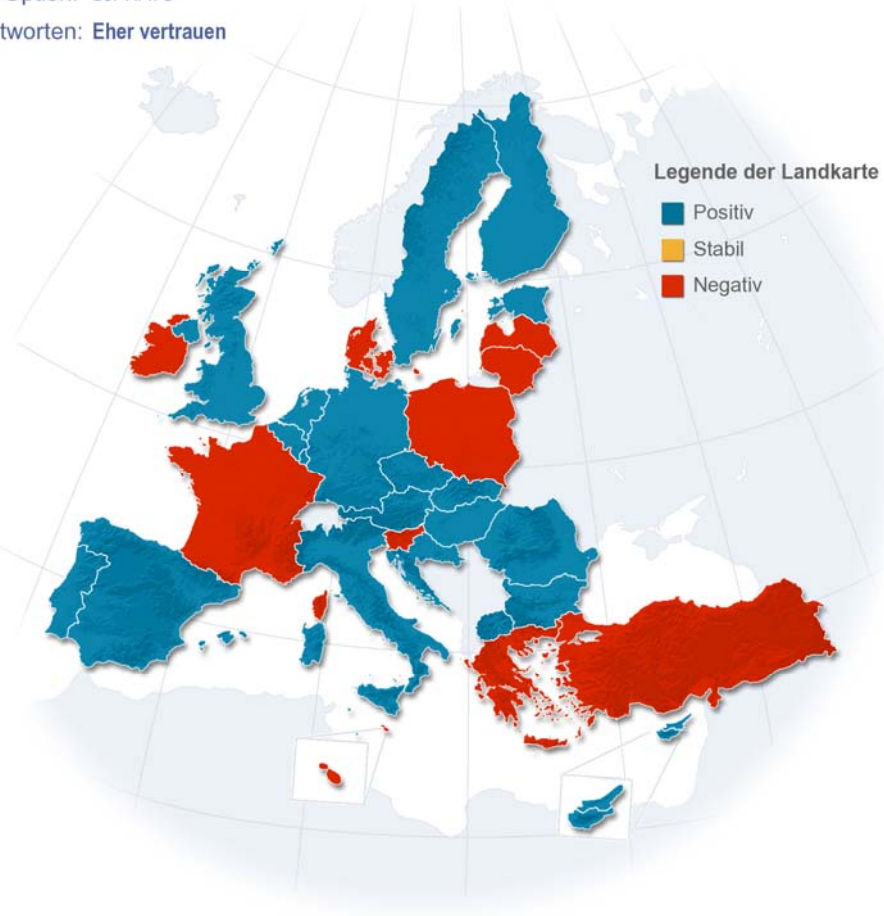
Was die Kandidatenländer betrifft, so ist eine deutliche Tendenz zu einer Zunahme des Vertrauens in Kroatien (+9 Punkte) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+7 Punkte) festzustellen, im Gegensatz zu einem Vertrauensschwund in der Türkei (-2 Punkte).

	PT	57%	+12
	ES	43%	+11
	SK	49%	+10
	IT	49%	+8
	BG	43%	+6
	DE	49%	+6
	NL	69%	+6
	LU	54%	+5
	AT	46%	+5
	EU27	48%	+5
	FI	38%	+4
	RO	54%	+4
	HU	50%	+4
	EE	64%	+3
	CZ	56%	+3
	UK	48%	+3
	CY	14%	+2
	BE	60%	+1
	SE	39%	+1
	DK	73%	-1
	SI	38%	-2
	PL	48%	-2
	FR	39%	-2
	LV	46%	-2
	LT	47%	-2
	MT	37%	-3
	EL	23%	-3
	IE	40%	-4
* CY (tcc) 36%			
	HR	40%	+9
	MK	54%	+7
	TR	24%	-2

Frage: QA10.13. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

Option: der NATO

Antworten: Eher vertrauen



Diff. EB72 Aut.2009- EB70 Aut.2008

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass das Alter, wenn es um das Vertrauen in die NATO geht, eine relativ geringe Rolle spielt. Wesentlich entscheidender hingegen sind die Faktoren der sozialen Stellung der Befragten: So ergibt die Analyse, dass das Vertrauen in die NATO bei den besser situierten Bevölkerungskategorien von einer Mehrheit, und bei den weniger gut situierten Schichten von einer Minderheit unterstützt wird. Anhand der folgenden Beispiele wird dies veranschaulicht:

- 53% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, haben Vertrauen in die NATO, im Vergleich zu 41% derjenigen, die die Schule mit dem 16. Lebensjahr oder früher beendet haben;
- 56% der Führungskräfte und 51% der Angestellten haben Vertrauen in die NATO, im Vergleich zu 46% der Arbeiter und 40% der Arbeitslosen;
- 52% derjenigen Befragten, die behaupten, keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben, haben Vertrauen in die NATO, im Vergleich zu 35% derjenigen, die Schwierigkeiten haben;
- 56% derjenigen, die sich den oberen Schichten der sozialen Hierarchie zuordnen, haben Vertrauen in die NATO, im Vergleich zu 38% derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren.

Und schließlich - ebenso wie bei den Vereinten Nationen – korreliert das Vertrauen in die NATO auch hier sehr stark mit dem Vertrauen in die Europäische Union: 68% derjenigen, die ihr Vertrauen in die Europäische Union setzen, haben auch Vertrauen in die NATO, im Vergleich zu nur 29% derjenigen, die der EU nicht vertrauen.



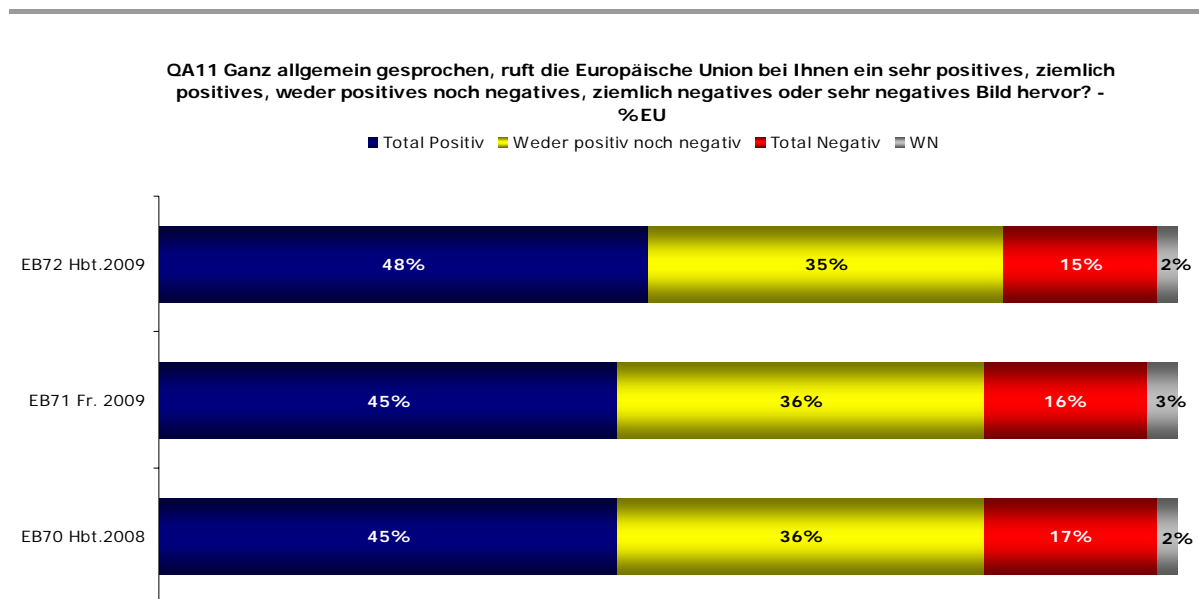
### 3.5. Das Bild der Europäischen Union

**- Der Anteil europäischer Bürger mit einem positiven Bild der Europäischen Union ist genauso groß wie der Anteil Bürger, die Vertrauen haben -**

48% der europäischen Bürger erklären mittlerweile, dass sie ein positives Bild von der Europäischen Union haben, im Vergleich zu nur 15%, die ein negatives Bild haben; 35% haben ein neutrales Bild, und schließlich gibt es einen kleinen Anteil von 2% „Weiß nicht“-Nennungen<sup>62</sup>.

Im Einzelnen ist festzustellen, dass das Bild von der EU für 7% der Befragten „sehr positiv“ und für 41% „ziemlich positiv“ ist. Für 3% der Stichprobe ist es „sehr negativ“ und für 12% „ziemlich negativ“.

Während das Vertrauen in die Europäische Union im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009 um nur +1 Punkt zugenommen hat, so zeigt sich die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Bezug auf das Bild der Europäischen Union positiver. So ist bei den positiven Nennungen ein Zuwachs um +3 Punkte in diesen sechs Monaten zu verzeichnen, während die negativen, die neutralen und die „Weiß nicht“-Nennungen um jeweils einen Punkt zurückgegangen sind.



In dreizehn Mitgliedstaaten der EU hat eine absolute Mehrheit der Befragten ein positives Bild von der Union; an der Spitze stehen Luxemburg (66%), Rumänien (63%), Bulgarien (63%), Italien (58%), Irland (58%) und Griechenland (56%).

Im Vergleich zu den positiven überwiegen nur in einem Mitgliedstaat die negativen Nennungen, und zwar dem Vereinigten Königreich (32% der negativen Nennungen, im Vergleich zu 26% der positiven und 38% der neutralen Nennungen).

<sup>62</sup> QA11: Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?



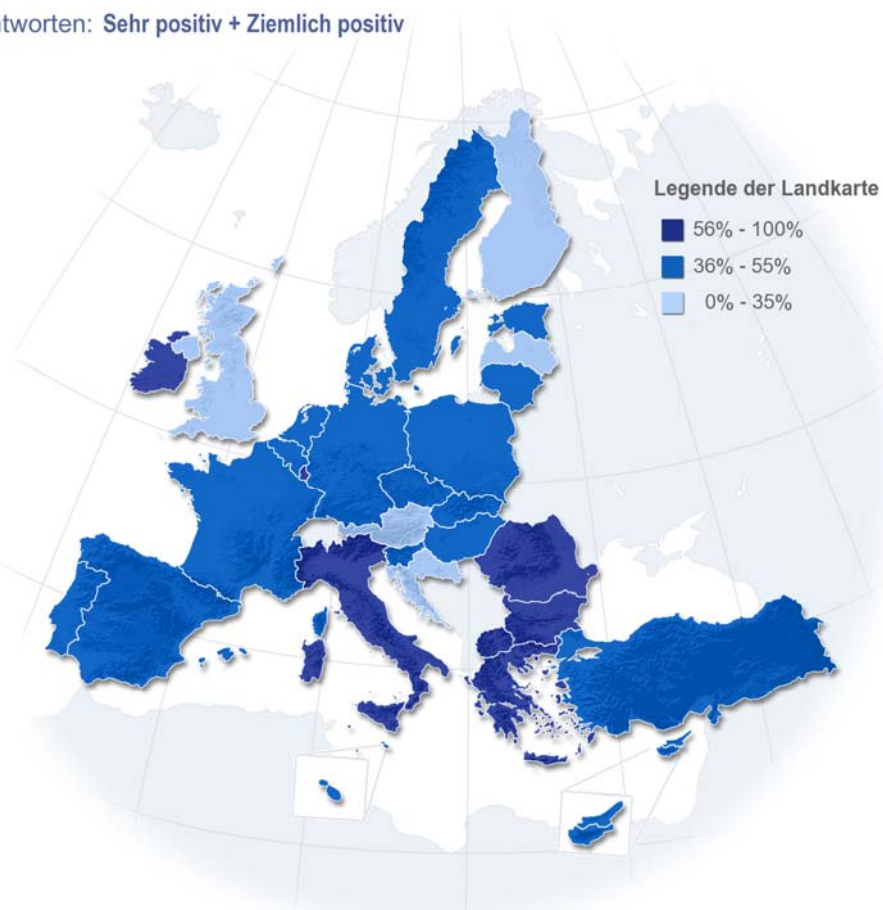
Die neutralen Nennungen („weder positiv noch negativ“) überwiegen im Vergleich zu den positiven Nennungen in sechs Mitgliedstaaten, so in Estland (48% neutral; 45% positiv), Lettland (55% bzw. 28%), Litauen (45% bzw. 44%), Ungarn (41% bzw. 39%), Österreich (38% bzw. 34%) und Finnland (45% bzw. 35%).

In den Kandidatenländern ist das Bild von der Europäischen Union in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (65%) am positivsten. Die positiven Meinungen überwiegen auch in der Türkei (42%, im Vergleich zu 28% negative und 23% neutrale Nennungen). In Kroatien hingegen haben nur 25% der Befragten ein positives Bild von der Union, im Vergleich zu 40%, die ein neutrales Bild und 32%, die ein negatives Bild von ihr haben.

 LU	66%
 RO	63%
 BG	63%
 IT	58%
 IE	58%
 EL	56%
 ES	54%
 SK	54%
 PT	53%
 SI	53%
 PL	53%
 CY	51%
 BE	50%
 NL	49%
 FR	49%
 EU27	48%
 DE	47%
 MT	46%
 EE	45%
 DK	44%
 LT	44%
 CZ	41%
 SE	41%
 HU	39%
 FI	35%
 AT	34%
 LV	28%
 UK	26%
* CY (tcc) 49%	
 MK	65%
 TR	42%
 HR	25%

Frage: QA11. Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Antworten: **Sehr positiv + Ziemlich positiv**



In 22 der 27 Mitgliedstaaten der EU wächst der Anteil der positiven Nennungen in Bezug auf das Bild von der Europäischen Union, wobei die stärksten Anstiege in Griechenland (+11 Punkte), Luxemburg (+10 Punkte), Ungarn (+6 Punkte) und Frankreich (+5 Punkte) zu verzeichnen sind. Aufgrund dieser Zuwächse ist mittlerweile in Griechenland eine solide Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass das Bild der EU positiv ist.

Nur auf Malta ist ein deutlicher Rückgang der positiven Meinungen über das Bild von der Union (-5 Punkte) zu verzeichnen.

Was die Kandidatenländer betrifft, so ist in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+6 Punkte) ein Zuwachs der positiven Meinungen über das Bild von der Union zu verzeichnen; im Gegensatz hierzu hat sich die öffentliche Meinung jedoch in Kroatien (-3 Punkte) und in der Türkei (-4 Punkte) verschlechtert.





Die Frage nach dem Bild der Europäischen Union vermittelt ein hervorragendes Bild der Differenzen in der Meinungsbildung, die sich in Abhängigkeit vom soziodemografischen Profil ergeben. So genießt die Europäische Union bei den mittleren und oberen Schichten der europäischen Bevölkerung ein positives Bild. Dieses Bild ist demgegenüber in den sozial schwächeren bzw. weniger gut situierten Schichten der Bevölkerung weitaus weniger stark ausgeprägt.

So nimmt die positive Sichtweise der Union linear mit steigendem Alter ab. Während der Anteil bei den 15- bis 24-Jährigen 55% beträgt, so beträgt er bei den 25- bis 39-Jährigen 49%, bei den 40- bis 54-Jährigen 47%, und bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber nur 44%.

Ebenso nimmt sie linear in Abhängigkeit vom Bildungsniveau ab: 58% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, haben ein positives Bild von der Union, im Vergleich zu 44% derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter zwischen 16 und 19 Jahren beendet haben, und 38% derjenigen, die die Schule spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben.

Auch mit der Position der Befragten in der sozialen Hierarchie nimmt die positive Sichtweise von der Europäischen Union linear ab: So haben 58% derjenigen, die sich am oberen Ende der Skala positionieren, ein positives Bild von der Union, im Vergleich zu 48% derjenigen, die sich in der Mitte dieser Skala, und 39% derjenigen, die sich am unteren Ende positionieren. Auch anhand der Analyse nach Beschäftigungskategorien werden diese sozialen Unterschiede deutlich, d.h. 63% der Studenten und 58% der Führungskräfte und 51% der sonstigen Angestellten haben eine positive Sichtweise der Europäischen Union, im Vergleich zu 44% der Arbeiter, 43% der Rentner und 37% der Arbeitslosen.

**QA11 Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?**

	Total positiv	Total negativ	WN
EU27	48%	15%	2%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	51%	16%	1%
Weiblich	45%	15%	2%
<b>Alter</b>			
 15-24	55%	8%	2%
25-39	49%	14%	2%
40-54	47%	17%	1%
55 +	44%	18%	3%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	38%	21%	3%
16-19	44%	16%	2%
20+	58%	11%	1%
Studiert noch	63%	6%	2%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	56%	12%	1%
Leitende(r) Angestellte(r)	58%	14%	-
Andere(r) Angestellte(r)	52%	13%	1%
Sonstige Arbeiter	44%	16%	2%
Hausfrauen / Hausmänner	43%	15%	3%
Arbeitslos	37%	18%	3%
Rentner / Pensionäre	43%	19%	3%
Studenten	63%	6%	2%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	33%	22%	4%
Gelegentlich	46%	16%	2%
Nahezu nie/ nie	51%	14%	1%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	39%	19%	3%
Mitte (5-6)	48%	15%	2%
Hoch (7-10)	58%	11%	1%

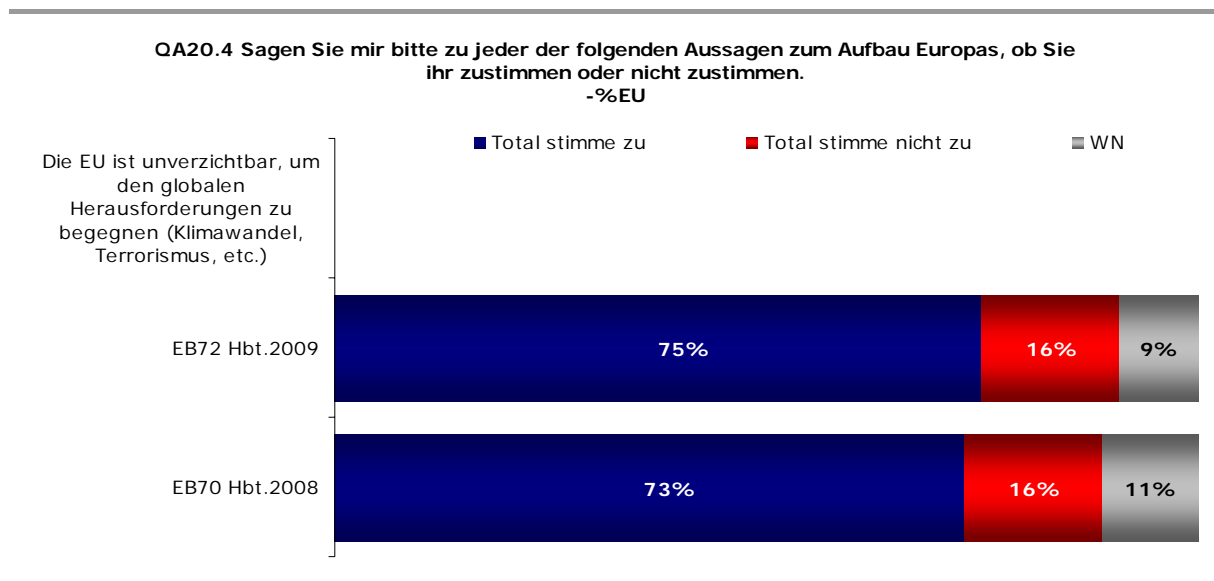
## 4 DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE

### 4.1 Die Europäische Union als Rahmenstruktur, um den globalen Herausforderungen besser begegnen zu können

**- Das Bild von der EU: eine Gemeinschaft, die die Bürger vereint, eine unverzichtbare Rahmenstruktur, aber auch eine Institution, die zu schnell gewachsen ist und in der es heute an Ideen und Projekten mangelt -**

Die europäischen Bürger sehen die EU als eine Schicksalsgemeinschaft und als eine unverzichtbare Rahmenstruktur, um den globalen Herausforderungen begegnen zu können.

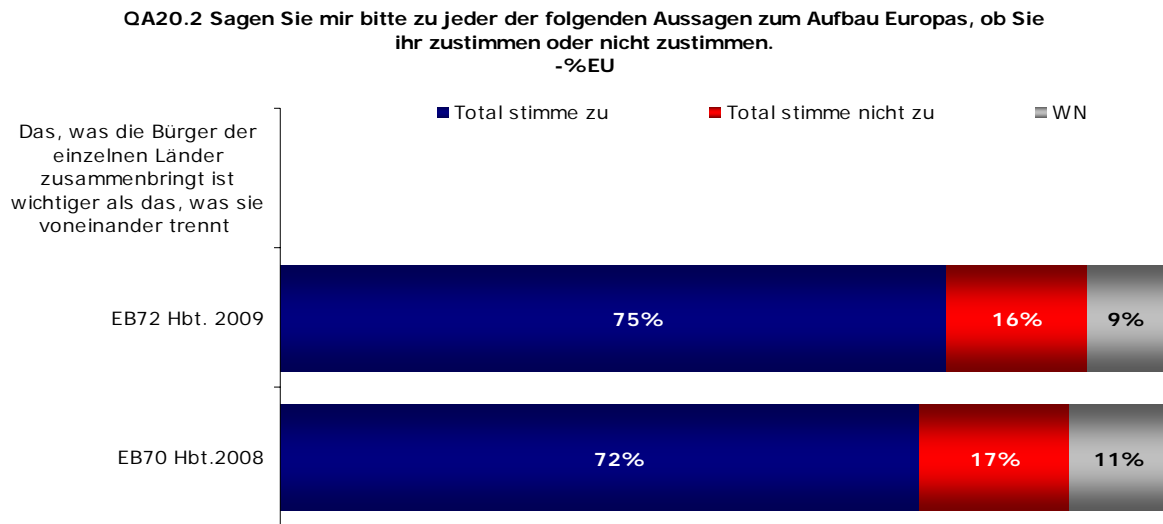
So sind drei Viertel der Befragten der Meinung, dass die EU eine unverzichtbare Rahmenstruktur bildet, die es erlaubt, den großen globalen Herausforderungen (Klimawandel, Terrorismus usw.) zu begegnen. Nahezu ein Drittel (31%) stimmt dieser Meinung sogar „voll und ganz“ zu. Nur 16% stimmen dieser Meinung nicht zu, und 9% sind nicht in der Lage, sich zu dieser Frage zu äußern<sup>63</sup>. Der Anteil Befragter, die diese Meinung teilen, ist im Vergleich zum Herbst 2008 um 2 Prozentpunkte gestiegen.



In allen Mitgliedstaaten besteht zu dieser Meinung weitgehend Konsens. Nur die Befragten in Irland zeigen sich im Vergleich zum Durchschnitt weitaus zurückhaltender (47%, im Vergleich zu 22%). Diese Ansicht wird darüber hinaus von allen Sozialkategorien der europäischen Bevölkerung geteilt.

<sup>63</sup> QA20: Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen zum Aufbau Europas, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen.

Hinzu kommt, dass drei Viertel der europäischen Bürger dahingehend übereinstimmen, dass das, was die Bürger der einzelnen Länder zusammenbringt, wichtiger ist als das, was sie voneinander trennt. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Herbst 2008 um +3 Punkte gestiegen. Nur 16% stimmen dieser Meinung nicht zu, und 9% äußern keine Meinung.

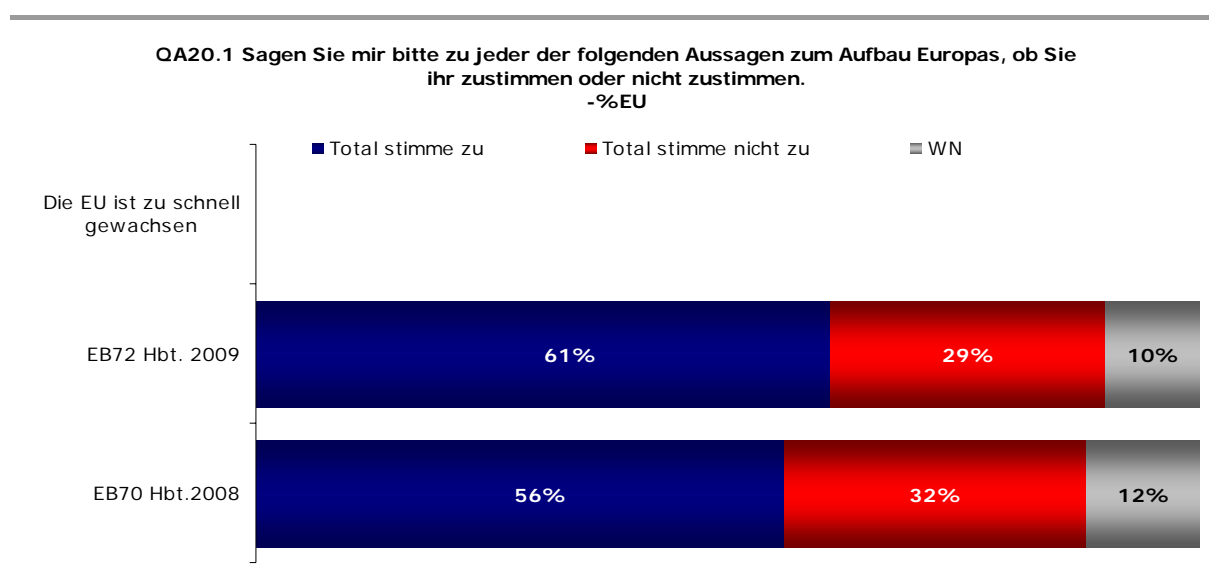


Der Gedanke einer vereinigten europäischen Gemeinschaft ist in allen Mitgliedstaaten der Union und allen sozialen Bevölkerungskategorien maßgebend.

## 4.2 In welche Richtung entwickelt sich die Europäische Union

Auch wenn die Bürger der EU in Bezug auf zwei absolut wesentliche Konzepte übereinstimmen, die die Grundlagen für die Existenz der EU an sich bilden, so ist nichtsdestoweniger bei den negativen Meinungen ein Zuwachs zu verzeichnen – zweifelsohne ein Zeichen dafür, dass sich die europäischen Bürger in zunehmendem Maße die Frage stellen, wo die EU heute steht und in welche Richtung sie sich entwickeln wird.

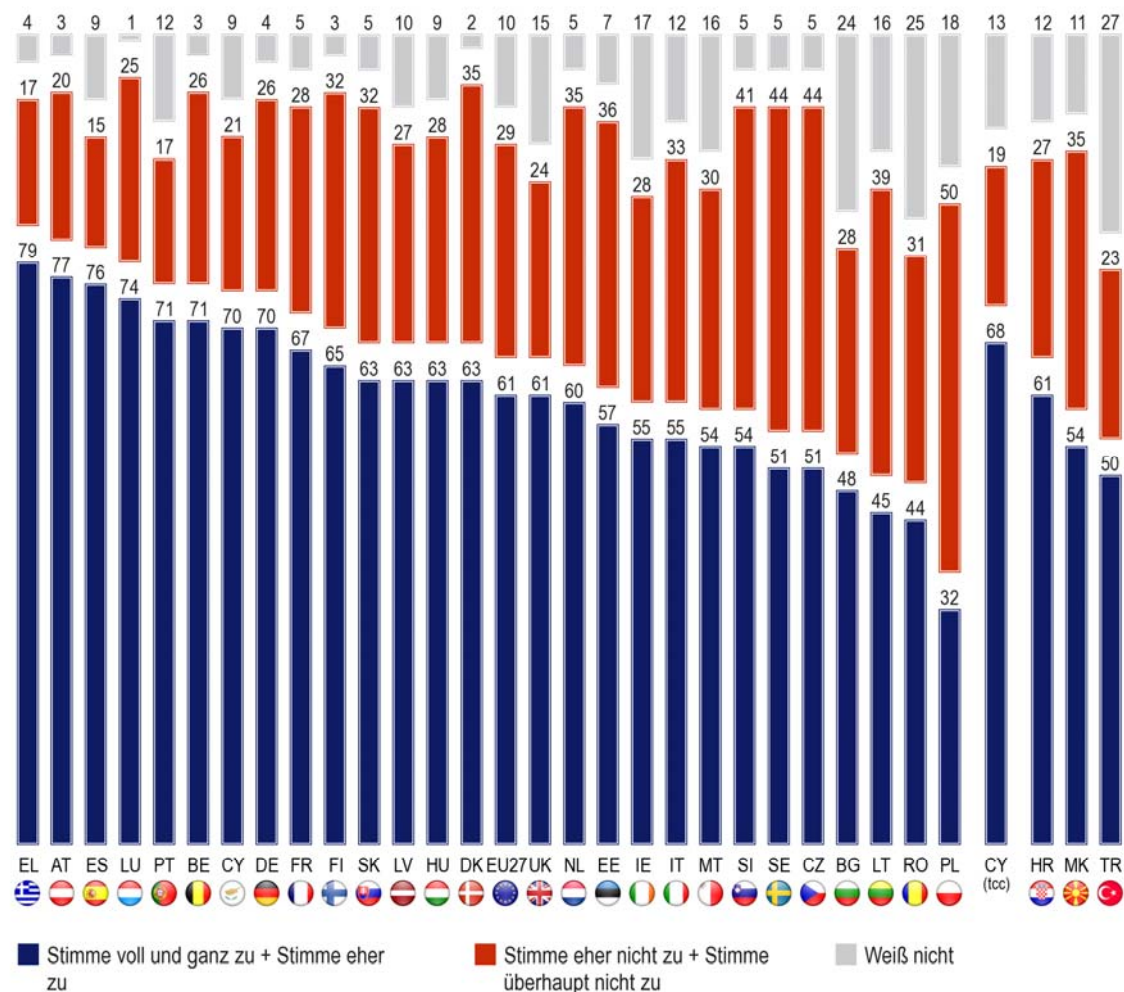
Zunächst einmal ist der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass die Europäische Union zu schnell gewachsen ist, im Vergleich zum Herbst 2008 um +5 Punkte gestiegen. 61% der Befragten stimmen dieser Meinung mittlerweile zu, 29% (-3 Punkte) zeigen sich entgegengesetzter Meinung, und 10% (-2 Punkte) machen keine Angaben.



Die Polen sind die einzigen, die dieser Meinung mehrheitlich nicht zustimmen (50%, die nicht zustimmen, im Vergleich zu 32%, die zustimmen). Generell ist festzustellen, dass die Befragten in den Gründerstaaten der EU hinsichtlich der Frage, ob die Union zu schnell gewachsen ist, weitaus empfindlicher reagieren, als dies für die Befragten in den jüngeren Beitrittsländern der Fall ist. So wird diese Meinung weitgehend in Luxemburg (74%), in Belgien (71%), in Deutschland (70%) und in Frankreich (67%) geteilt.

QA20.1. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen zum Aufbau Europas, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen.

Die EU ist zu schnell gewachsen



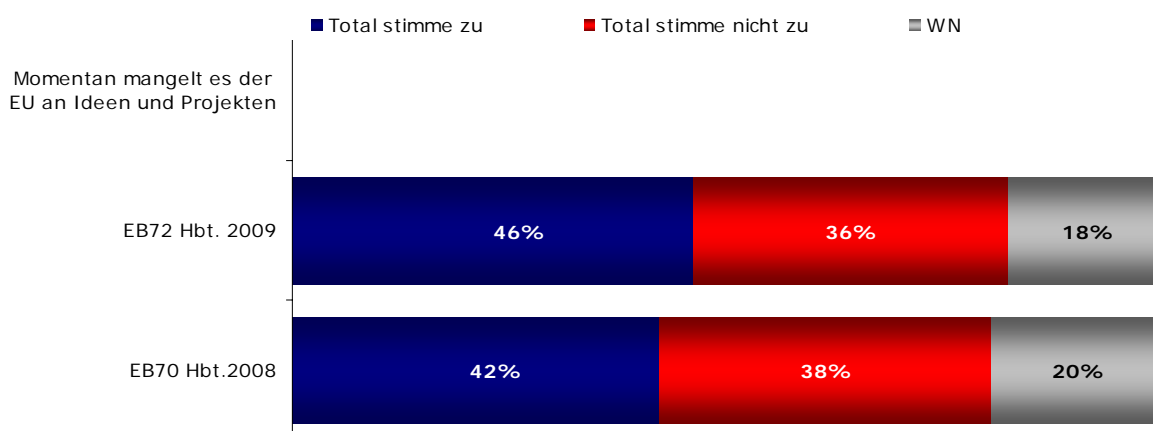
Die sozialen Kriterien spielen bei dieser Frage keine Rolle: So wird diese Meinung beispielsweise sowohl von den Befragten geteilt, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie ansiedeln wie auch von denjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala ansiedeln (60%). Dahingegen ist ein recht deutlicher Alterseffekt festzustellen: die 15- bis 24-Jährigen (51%) reagieren auf das Argument, dass die EU zu schnell gewachsen ist, weniger deutlich als die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (64%). Es ist auch festzustellen, dass diese Meinung zwar mehrheitlich von denjenigen geteilt wird, die ein positives Bild von der EU haben, in entsprechend geringerem Maße aber auch von jenen, die ein negatives Bild von ihr haben. 71% derjenigen, die kein Vertrauen in die EU haben, sind der Meinung, dass sie zu schnell gewachsen ist, im Vergleich zu 56% derjenigen, die Vertrauen haben.

**QA20.1 Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen zum Aufbau Europas, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen.**  
**Die EU ist zu schnell gewachsen**

	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	WN
EU27	61%	29%	10%
<b>Alter</b>			
15-24	51%	37%	12%
25-39	60%	32%	8%
40-54	64%	28%	8%
55 +	64%	24%	12%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	60%	26%	14%
Mitte (5-6)	63%	28%	9%
Hoch (7-10)	60%	34%	6%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	56%	37%	7%
Eher nicht vertrauen	71%	20%	9%
<b>Vorteil von EU Mitgliedschaft</b>			
Land hat profitiert	56%	37%	7%
Land hat nicht profitiert	73%	19%	8%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	54%	39%	7%
Neutral	65%	22%	13%
Negativ	77%	15%	8%

Schließlich ist auch der Anteil Befragter, die der Meinung sind, dass es in der Europäischen Union heute an Projekten und Ideen mangelt, im Vergleich zum Herbst 2008 um +4 Punkte gestiegen. Dieser Meinung sind heute 46% der Befragten. 36% (-2 Punkte) von ihnen stimmen dieser Meinung nicht zu, und 18% (-2 Punkte) machen keine Angaben.

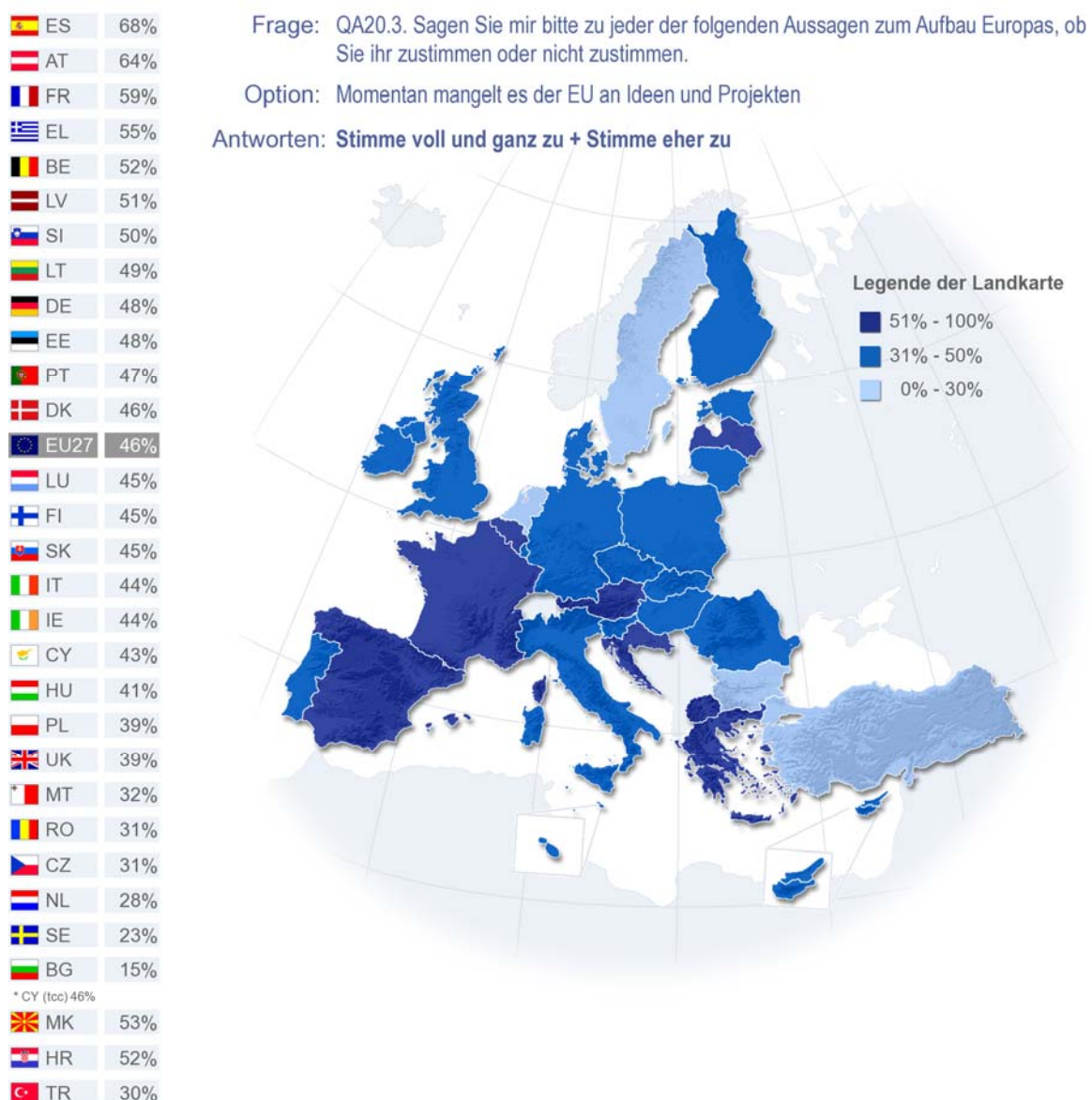
**QA20.3 Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen zum Aufbau Europas, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen.**  
**-%EU**





Das Gefühl, dass es in der EU derzeit an Ideen und Projekten mangelt, ist insbesondere in Spanien (68%), Österreich (64%), Frankreich (59%), Griechenland (55%) und Belgien (52%) ausgeprägt. Umgekehrt wird diese Meinung von einer Mehrheit Befragter in Schweden (61%), der Tschechischen Republik (58%), Bulgarien (51%) und den Niederlanden (50%) nicht geteilt.

Was die Kandidatenländer betrifft, so sind 53% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 52% der Kroaten der Meinung, dass es in der EU zur Zeit an Ideen und Projekten fehlt. Die Türken hingegen zeigen sich in hohem Maße unentschieden, mit einem Anteil von 41% „Weiß nicht“-Nennungen.

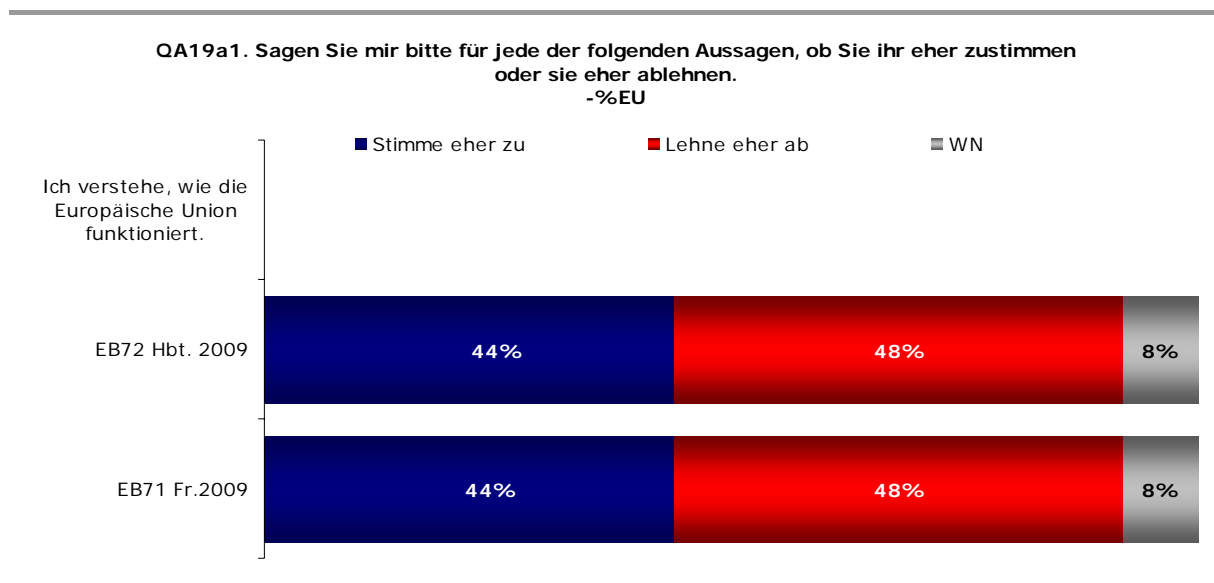


Das Alter der Befragten ist in Bezug auf die Meinung, dass es in der EU zurzeit an Ideen und Projekten fehlt, wenig ausschlaggebend. So sind die Befragten im Alter von 54 Jahren und darüber nahezu ebenso häufig der Meinung, dass es in der EU zurzeit an Ideen und Projekten mangelt (45% für die älteren, und 44% für die jüngeren Befragten), wie die jüngsten Befragten (15- bis 24-Jahre alt). Festzustellen ist, dass diese Meinung bei den Befragten der Altersgruppen der 25- bis 39-Jährigen (49%) und der 40- bis 54-Jährigen (47%) geringfügig ausgeprägter ist. Im Gegensatz hierzu sind je nach Beschäftigungskategorie der Befragten deutlichere Unterschiede festzustellen: Während eine Mehrheit der Arbeiter der Meinung ist, dass es in der EU zur Zeit an Ideen und Projekten fehlt (50%, im Vergleich zu 33%, die entgegengesetzter Meinung sind), so ist nur eine Minderheit der Führungskräfte (43% bzw. 46%) ebenfalls dieser Ansicht. Schließlich ist dieses Gefühl bei den Befragten mit einer kritischen Haltung gegenüber der EU umso ausgeprägter. So sind beispielsweise 56% derjenigen, die kein Vertrauen in die EU haben, der Meinung, dass es ihr heute an Projekten und Ideen fehlt, im Vergleich zu 41% derjenigen, die Vertrauen in sie haben.

## 5. DIE FUNKTIONSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION

### 5.1 Kenntnisse über die Funktionsweise der Europäischen Union

Die Funktionsweise der Europäischen Union ist für einen großen Teil der öffentlichen Meinung nach wie vor unklar. So erklären 48% der Befragten, dass sie die Funktionsweise der EU nicht verstehen, im Gegensatz zu 44%, die sie verstehen und 8%, die sich zu dieser Frage nicht äußern<sup>64</sup>. Die Ergebnisse zu dieser Frage sind im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage vollkommen unverändert.

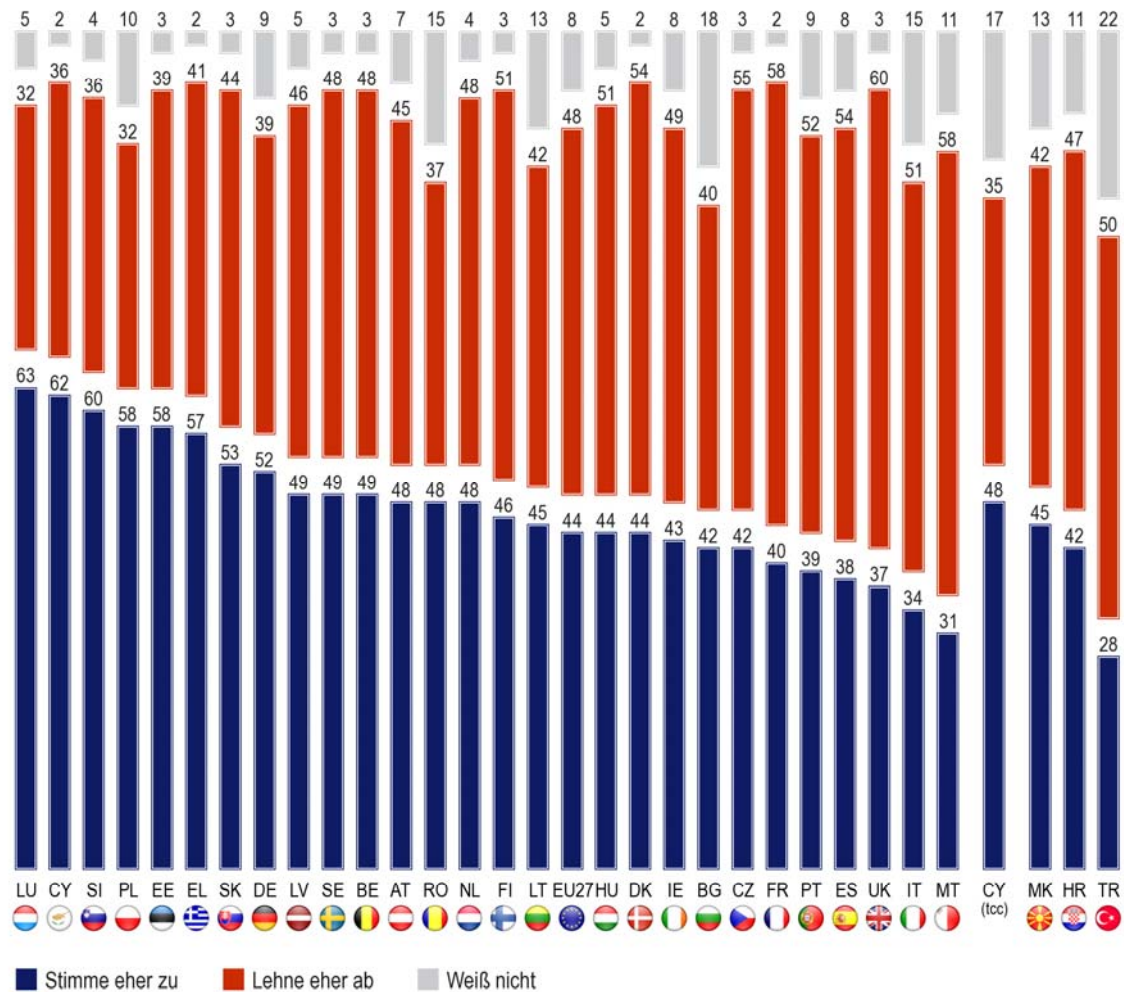


Die Mitgliedstaaten mit dem höchsten Anteil Befragter, die erklären, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union verstehen, sind Luxemburg (63%), Zypern (62%), Slowenien (60%), Polen (58%), Estland (58%), Griechenland (57%), die Slowakei (53%) und Deutschland (52%). Im Gegensatz hierzu liegt der Anteil der Befragten, die erklären, dass sie die Funktionsweise der EU nicht verstehen, am höchsten im Vereinigten Königreich (60%), in Frankreich (58%), auf Malta (58%), in der Tschechischen Republik (55%), Spanien (54%), Dänemark (54%), Portugal (52%), Finnland (51%) und Italien (51%).

<sup>64</sup> QA19: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen: 1. Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.

QA19. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.





Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.



Das Verständnis, wie die EU funktioniert, wird von den sozialen Faktoren sehr stark beeinflusst. So ist das Verständnis bei den Männern wesentlich höher als bei den Frauen (51% bzw. 38%), bei den Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben wesentlich höher als bei denjenigen mit einem geringeren Bildungsniveau (59% bzw. 28%), bei den Führungskräften wesentlich höher als bei den Arbeitslosen (61% bzw. 35%) und bei denjenigen, die behaupten, keinerlei finanzielle Schwierigkeiten zu haben, wesentlich höher als bei denjenigen, die Schwierigkeiten haben (50% bzw. 30%). Auch sind die Haltungen gegenüber der EU hinsichtlich dieser Frage ein entscheidender Faktor: So erklären 57% derjenigen, die Vertrauen in die EU haben, dass sie deren Funktionsweise verstehen, im Vergleich zu nur 34% derjenigen, die kein Vertrauen in sie haben.

**QA19a.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.**

**Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.**

	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
EU27	44%	48%	8%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	51%	42%	7%
Weiblich	38%	54%	8%
<b>Alter</b>			
 15-24	48%	45%	7%
25-39	46%	46%	8%
40-54	46%	47%	7%
55 +	40%	52%	8%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	28%	64%	8%
 16-19	43%	49%	8%
20+	59%	36%	5%
Studiert noch	55%	38%	7%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	54%	37%	9%
Leitende(r) Angestellte(r)	61%	34%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	50%	43%	7%
Sonstige Arbeiter	40%	52%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	32%	60%	8%
Arbeitslos	35%	56%	9%
Rentner / Pensionäre	39%	53%	8%
Studenten	55%	38%	7%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	30%	62%	8%
Gelegentlich	38%	53%	9%
Nahezu nie/ nie	50%	44%	6%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	57%	37%	6%
Eher nicht vertrauen	34%	59%	7%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	59%	34%	7%
Neutral	32%	59%	9%
Negativ	30%	64%	6%

## 5.2 Objektive Kenntnisse über die Europäische Union

Im Anschluss an die Frage über die Kenntnisse der europäischen Bürger zur Funktionsweise der EU – die zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine Mehrheit der Befragten sie nach wie vor nicht verstehen, – sollen in diesem Abschnitt nun die objektiven Kenntnisse der Befragten über die EU näher untersucht werden: So wurden den Befragten vier Aussagen im Zusammenhang mit der Europäischen Union vorgelegt, und sie mussten entscheiden, ob diese richtig oder falsch sind. Dabei handelte es sich um die folgenden Aussagen<sup>65</sup>:

- Die europäische Union besteht zurzeit aus 25 Mitgliedstaaten (neu abgefragte Aussage).
- Die Iren haben im zweiten Referendum vom 2. Oktober 2009 über den Vertrag von Lissabon mit „ja“ abgestimmt (neu abgefragte Aussage).
- Die Eurozone besteht zur Zeit aus 12 Mitgliedsländern.
- Die Schweiz ist Mitglied der Europäischen Union (nur für eine Hälfte der Stichprobe - Split A) / Island ist Mitglied der Europäischen Union (neu abgefragte Aussage, nur für eine Hälfte der Stichprobe - Split B).

Die Bilanz, die sich anhand der Quizergebnisse ziehen lässt, ist recht gegensätzlich und ergibt mittelmäßige objektive Kenntnisse über den Stand der Europäischen Union im Jahr 2009. Nur 27% der Befragten haben eine Frage korrekt beantwortet, 30% zwei Fragen, 20% drei Fragen und 6% alle vier Fragen<sup>66</sup>.

Der Anteil korrekter Antworten auf die gestellte Frage variiert zwischen 30% für die Aussage „Die europäische Union besteht zur Zeit aus 25 Mitgliedstaaten“, und 64% für die Aussage „Die Schweiz ist Mitglied der Europäischen Union“. **Wenn wir den Durchschnitt der Anteile korrekter Antworten auf die jeweiligen Fragen ermitteln, um eine Aussage über den objektiven Kenntnisstand der europäischen Bürger über die Europäische Union zu erhalten, liegt das Ergebnis bei 42%**<sup>67</sup>. Der Durchschnitt der falschen Antworten beträgt 29%, jener der „Weiß nicht“-Antworten 29%<sup>68</sup>. Wenn wir die falschen Antworten und die „Weiß nicht“-Antworten addieren, können wir schlussfolgern, dass bei den europäischen Bürgern nach wie vor eine weitverbreitete Unkenntnis vorherrscht. In der Länderanalyse ergeben sich allerdings erhebliche Unterschiede.

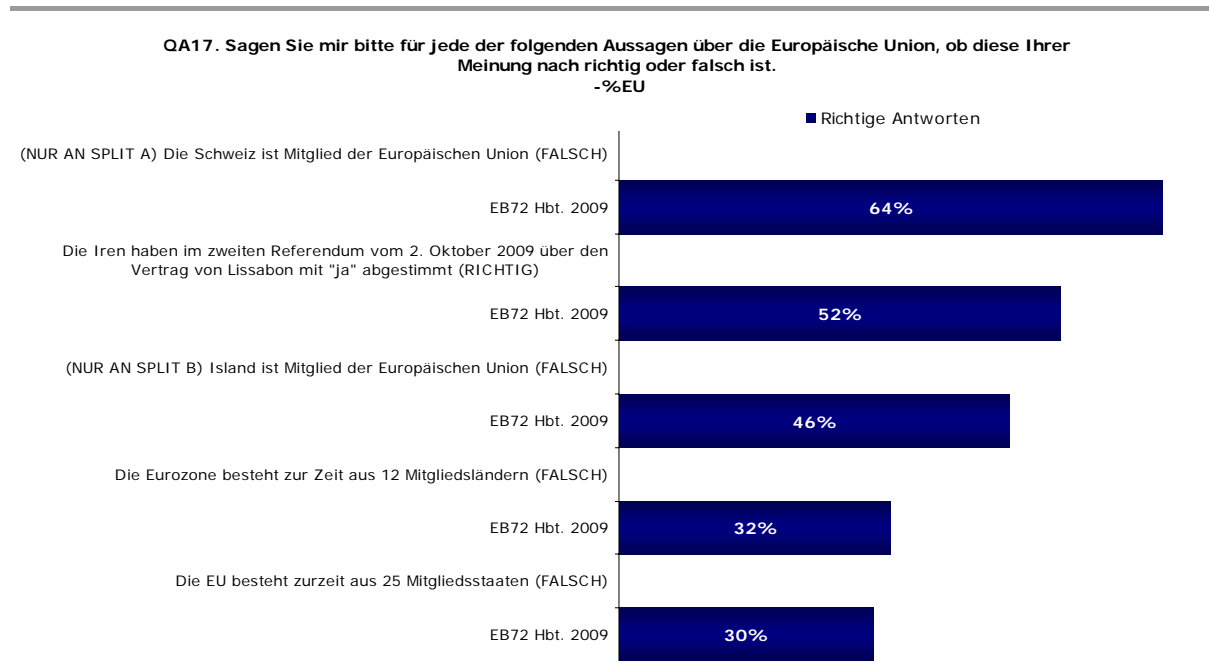
<sup>65</sup> QA17 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

<sup>66</sup> Nicht allen Befragten wurden dieselben Fragen gestellt, da eine der Fragen im Rahmen einer gegabelten Befragung verwendet wurde.

<sup>67</sup> Die EU besteht zur Zeit aus 25 Mitgliedstaaten: 30% korrekte Antworten; Die Iren haben im zweiten Referendum vom 2. Oktober 2009 über den Vertrag von Lissabon mit „ja“ abgestimmt: 52% korrekte Antworten; Die Eurozone besteht zur Zeit aus 12 Mitgliedsländern: 32% korrekte Antworten; Die Schweiz ist Mitglied der Europäischen Union (nur eine Hälfte der Stichprobe - Split A): 64% korrekte Antworten. Island ist Mitglied der Europäischen Union (nur eine Hälfte der Stichprobe - Split B): 46% korrekte Antworten. Durchschnitt dieser korrekten Antworten: 42%.

<sup>68</sup> Der Durchschnitt der korrekten / inkorrekten Antworten sowie der Anteil der „Weiß nicht / keine Angabe“ - Nennungen werden auf der Grundlage der vier obengenannten Fragen errechnet.

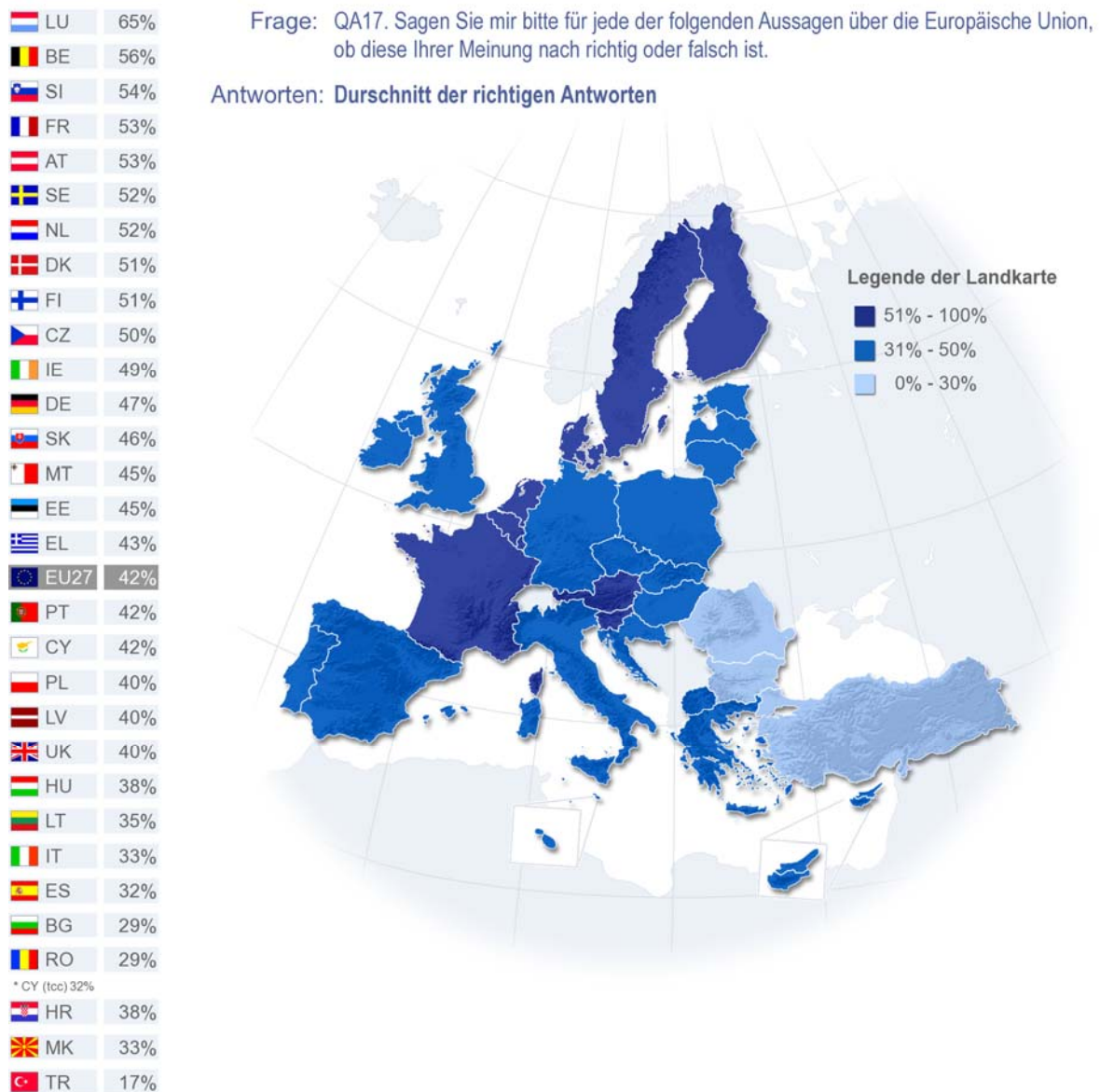
Generell aber lässt sich die Bilanz ziehen, dass dieser Durchschnitt der korrekten Antworten im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 um 11 Punkte gesunken ist. Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass dieser Vergleich aufgrund der Tatsache, dass nicht alle der vorgelegten Aussagen in beiden Umfragen die gleichen waren, nur als tendenzielles, nicht als absolutes Ergebnis betrachtet werden kann.



Mit einem Durchschnitt von 50% korrekten Antworten oder mehr erweisen sich die Befragten in Luxemburg (65%), Belgien (56%), Slowenien (54%), Frankreich (53%), Österreich (53%), den Niederlanden (52%), Schweden (52%), Dänemark (51%), Finnland (51%) und der Tschechischen Republik (50%) als diejenigen mit den besten objektiven Kenntnissen über die Europäische Union

Im Gegensatz hierzu erweisen sich mit durchschnittlich über 50% falschen Antworten die Befragten in Bulgarien (71%), Rumänien (71%), Spanien (68%), Italien (67%), Litauen (65%), Ungarn (62%), Polen (60%), dem Vereinigten Königreich (60%) und Lettland (60%) als diejenigen mit den geringsten objektiven Kenntnisstand über die EU.





**Die Tatsache, dass die Schweiz nicht zur Europäischen Union gehört,** ist den Europäern (64%) am besten bekannt, mit einem relativ geringen Anteil von „Weiß nicht“-Nennungen (18%). Wenngleich von einer Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten generell die richtige Antwort auf diese Frage gegeben wurde, so sind dennoch hohe Anteile von „Weiß nicht“-Nennungen in Bulgarien (40%), Rumänien (37%) und Spanien (31%) zu verzeichnen.

Dahingegen sind die Anteile der „Weiß nicht“-Nennungen bei den übrigen vier Fragen (Ergebnisse schwanken zwischen 26% und 35%) deutlich höher. Dies kann als ein erstes Zeichen der Unkenntnis der europäischen Bürger über die Realitäten und Problematiken der Europäischen Union interpretiert werden.



52% der Befragten wissen darüber Bescheid, dass **die Iren im zweiten Referendum vom 2. Oktober 2009 über den Vertrag von Lissabon mit „ja“ abgestimmt haben**: Dies im Vergleich zu nur 13%, die fälschlicherweise davon überzeugt waren, dass sie mit „nein“ abgestimmt haben, wobei der Anteil der „Weiß nicht“-Nennungen bei einem Drittel (35%) liegt. Verständlicherweise ist der höchste Anteil korrekter Antworten in Irland selbst zu verzeichnen (94%).

Auch die Befragten in der Tschechischen Republik (73%), Luxemburg (73%) sowie Dänemark (70%), Österreich (70%) und Schweden (70%) sind über dieses Thema gut informiert. Hohe Anteile von „Weiß nicht“-Nennungen sind in Rumänien (64%), Italien (55%), auf Zypern (54%), in Bulgarien (54%) und Spanien (53%) zu verzeichnen.

46% der Befragten haben korrekt geantwortet, dass **Island kein Mitgliedstaat der Europäischen Union** ist. Ein Anteil von 24% hingegen antwortete falsch und 30% der Befragten antwortete mit „Weiß nicht“. Aufgrund der geographischen Nähe ist die Nichtzugehörigkeit von Island zur EU in den drei skandinavischen Mitgliedstaaten der Union (77% in Dänemark, 72% Finnland, 67% Schweden) sowie in Luxemburg (74%) eher bekannt. Wenn diese Länder mit einbezogen werden, ist in zwölf Mitgliedstaaten der EU eine absolute Mehrheit der Befragten in der Lage, diese Frage korrekt zu beantworten.

Schließlich war nur eine Minderheit der Befragten in der Lage, die Frage nach der **Anzahl der Mitgliedstaaten in der Eurozone**<sup>69</sup> oder **der Europäischen Union** korrekt zu beantworten: 32% wissen, dass die Eurozone *nicht* aus 12 Mitgliedstaaten besteht, und 30% wissen, dass die Aussage, die EU bestünde gegenwärtig aus 25 Mitgliedstaaten, falsch ist.

Die höchsten Anteile korrekter Antworten auf die Frage nach der **Anzahl der Mitgliedstaaten in der Eurozone** sind in Luxemburg (49%) – das schließlich eine bedeutende Finanz- und Bankenmetropole ist - Portugal (44%), Belgien (43%), der Slowakei (41%), Slowenien (40%), Griechenland (39%) und Frankreich (39%) zu verzeichnen. Umgekehrt sind die höchsten Anteile falscher Antworten auf diese Frage in Schweden (58%), Dänemark (58%) und Griechenland (50%) zu verzeichnen. Schließlich sind hohe Anteile von „Weiß nicht“-Nennungen in Bulgarien (59%), Rumänien (49%), Litauen (44%), auf Malta (44%) und Zypern (42%) festzustellen.

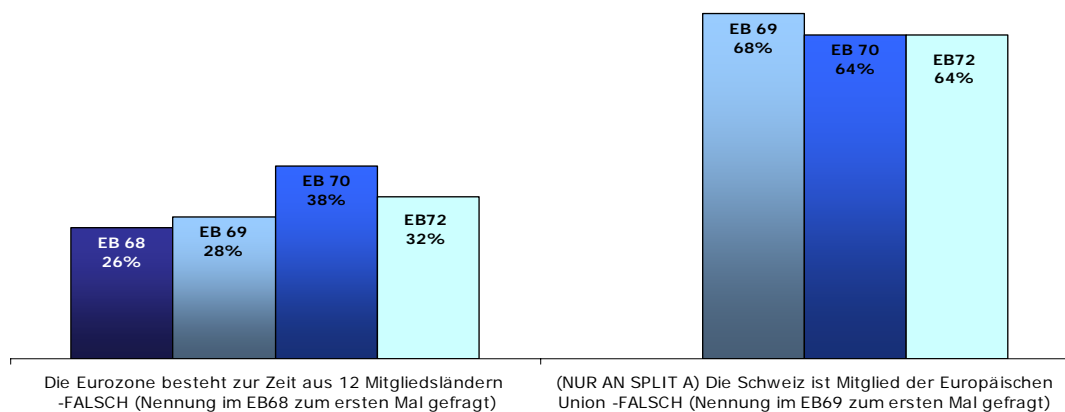
Der geringste Anteil falscher Antworten auf die Frage über die **korrekte Anzahl der Mitgliedstaaten der EU** ist bei den Befragten in Luxemburg (60% sind der Meinung, dass die Aussage falsch ist), auf Zypern (51%), in Belgien (46%), Frankreich (44%), Estland (41%), auf Malta (41%), in Slowenien (41%) und Schweden (40%) zu verzeichnen. Umgekehrt sind die höchsten Anteile falscher Antworten auf diese Frage in Griechenland (56% der Befragten sind fälschlicherweise der Meinung, dass die EU aus 25 Mitgliedstaaten besteht), Österreich (55%), der Slowakei (53%), Polen (53%) und Ungarn (53%) zu verzeichnen.

---

<sup>69</sup> 16 Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Befragung.

Wenn wir die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die schon in der vorherigen Umfrage abgefragten Bereiche analysieren, ergibt sich, dass der Anteil Befragter, die wissen, dass die Eurozone nicht aus 12 Mitgliedstaaten besteht, seit Herbst 2008 zurückgegangen ist, (32%, -6 Punkte), während der Anteil Befragter, denen die Nichtzugehörigkeit der Schweiz zur Europäischen Union bekannt ist, unverändert geblieben ist (64%).

QA17.3\_4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.  
Richtige Antworten - %EU



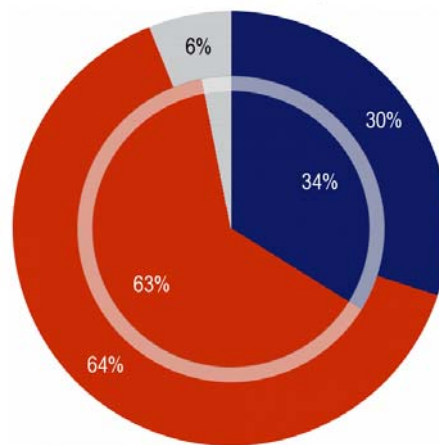
Und schließlich zeigt die soziodemografische Analyse, dass die Männer (47%, im Vergleich zu 38% der Frauen) und die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (51% bzw. 36% derjenigen, die die Schule mit dem 16. Lebensjahr beendet haben), diejenigen sind, die durchschnittlich am besten informiert sind.

### 5.3 Die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union

- **Weniger als ein Drittel der europäischen Bürger wissen, dass Schweden zur Zeit die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehat -**

Nahezu zwei Drittel der Befragten (64%) erklären, dass sie von der schwedischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 2009 nicht gehört haben, im Gegensatz zu 30%, die erklären, dass sie davon gehört haben und 6%, die mit „Weiß nicht“ antworten<sup>70</sup>. Dieses Ergebnis für den Bekanntheitsgrad liegt nahe an jenem aus der letzten Eurobarometer-Umfrage für die tschechische Präsidentschaft (63% hatten damals nicht davon gehört, im Gegensatz zu 34% - siehe Graphik unten). Dennoch sollte darauf hingewiesen werden, dass dieses Ergebnis weit unterhalb von jenem liegt, dass im Herbst 2008 für die französische Präsidentschaft der Union festgestellt wurde: zu jener Zeit wussten 50% der europäischen Bürger darüber Bescheid, dass Frankreich die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehatte.

QA21. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Schweden an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die schwedische Präsidentschaft gelesen oder gehört?



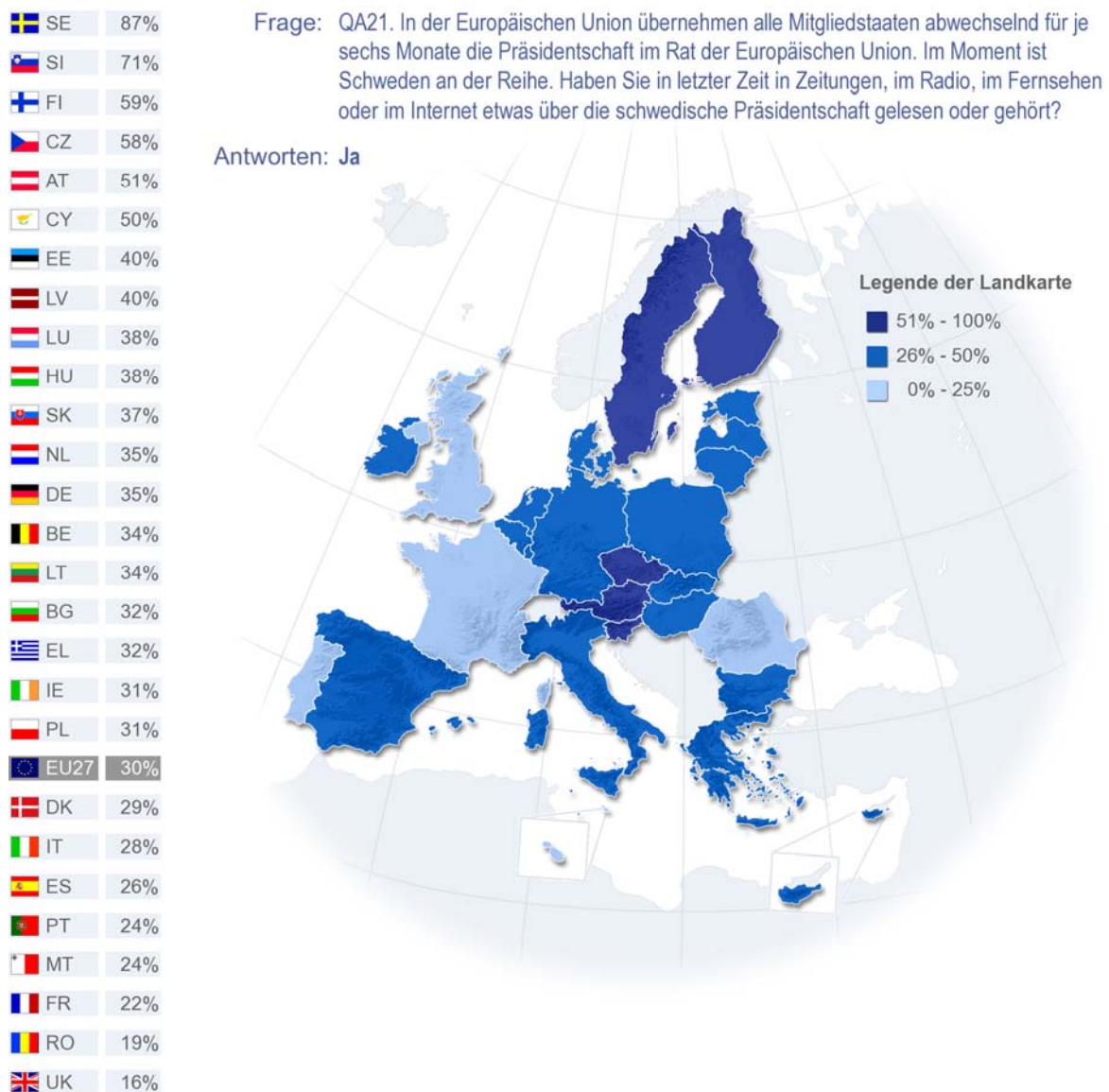
■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht

Innerer Kreis : EB71 Fr.2009  
Äußerer Kreis : EB72 Hbt.2009

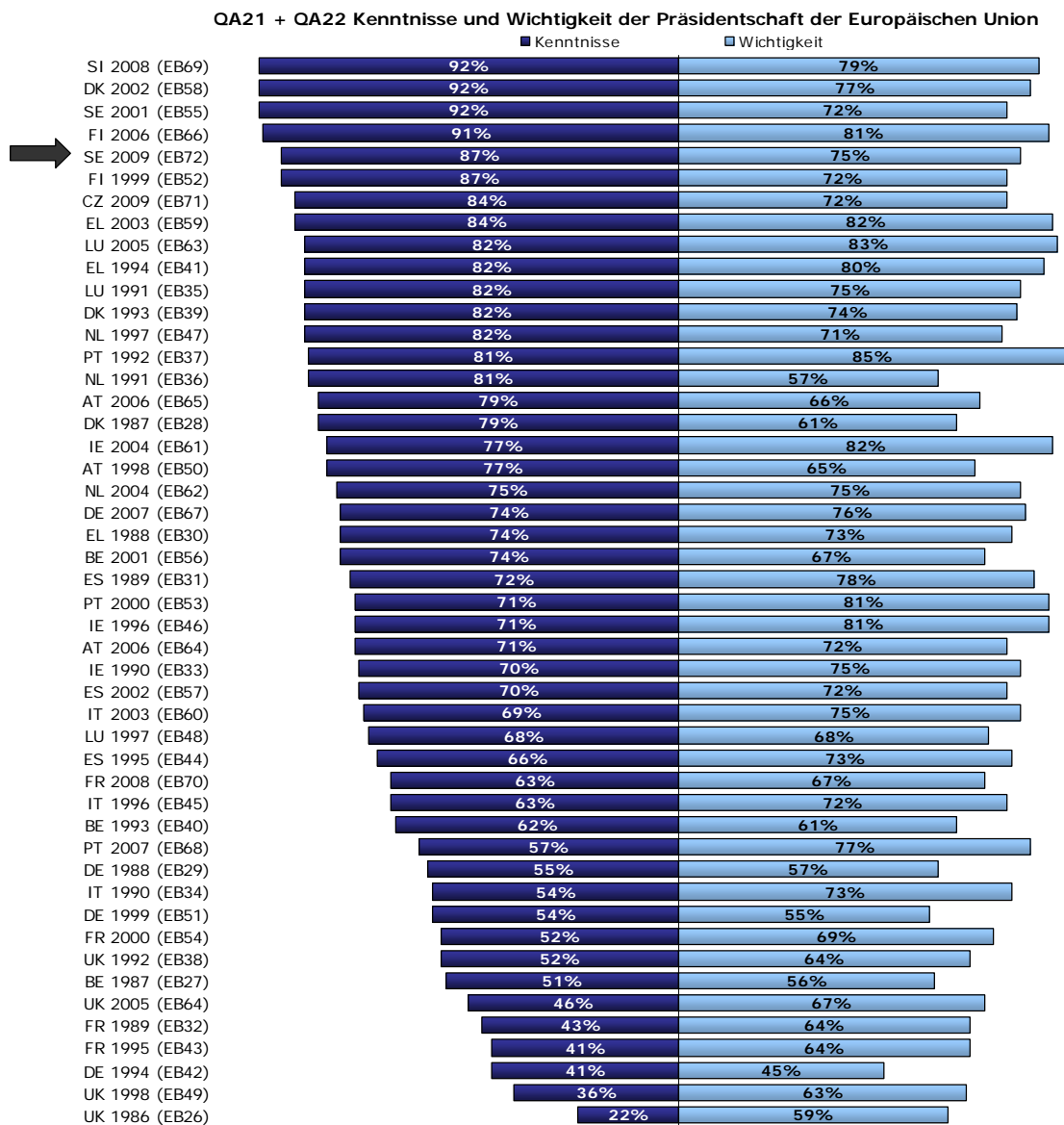
EU27

<sup>70</sup> QA21. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Schweden an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die schwedische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

Außer in Schweden selbst ist die schwedische Präsidentschaft des Rates der EU in nur fünf Mitgliedstaaten der EU einer Mehrheit der Bürger bekannt. Der Bekanntheitsgrad ist in denjenigen Mitgliedstaaten der Union hoch, die die Präsidentschaft vor Schweden innehatte, d.h. in der Tschechischen Republik (58%) und in Slowenien (71%). In Österreich (51%) und auf Zypern (50%) ist die schwedische Präsidentschaft ebenfalls mehrheitlich bekannt. Und was die skandinavischen Mitgliedstaaten betrifft, so ist die schwedische Präsidentschaft zwar im Nachbarland Finnland mehrheitlich bekannt (59%) in Dänemark hingegen weiß nur ein geringer Anteil der Befragten Bescheid (29%).



In Schweden selbst genießt die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union einen sehr hohen Bekanntheitsgrad von 87%. Dieses Ergebnis liegt seit 1986 an fünfter Stelle der Rangliste des Bekanntheitsgrads der Präsidentschaft in dem Mitgliedstaat, der sie jeweils innehat und entspricht dem Ergebnis für die finnische Präsidentschaft von 1999, vor der tschechischen Präsidentschaft von 2009.



Die Bedeutung dieser Präsidentschaft erreicht in Schweden einen Meinungskonsens, da 75% der Schweden diese für „wichtig“ halten<sup>71</sup>; nahezu ein Drittel (32%) hält sie sogar für „sehr wichtig“. Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Bedeutung dieser Präsidentschaft von allen Schichten der schwedischen Bevölkerung anerkannt wird. Der schwedische Anteil Befragter, der die Präsidentschaft für wichtig hält, schlägt allerdings nicht den Rekordanteil von 85%, der im Jahr 1992 anlässlich der portugiesischen Präsidentschaft von der portugiesischen öffentlichen Meinung erreicht wurde. Er liegt trotzdem im Bereich der höheren Ergebnisse, die seit 1986 ermittelt wurden.

<sup>71</sup> QA22 Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass Schweden gegenwärtig die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehat? Würden Sie sagen, das ist sehr wichtig, wichtig, nicht sehr wichtig, überhaupt nicht wichtig?

Da die schwedische Präsidentschaft einer großen Mehrheit der europäischen Bürger nur geringfügig bekannt war, ist die nachfolgende spanische Präsidentschaft verständlicherweise noch weniger bekannt<sup>72</sup>. Nur 21% der Befragten erklären, dass sie darüber informiert sind, dass Spanien ab dem 1. Januar 2010 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union übernimmt<sup>73</sup>. 72% erklären, dass sie darüber nicht informiert sind und 7% äußern keine Meinung. Dieser Bekanntheitsgrad von 21% ist identisch mit demjenigen für die schwedische Präsidentschaft, die zum Zeitpunkt der letzten Eurobarometer-Umfrage noch bevorstand.

---

QA23. Ab dem 1. Januar 2010 wird Spanien an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die spanische Präsidentschaft gelesen oder gehört?



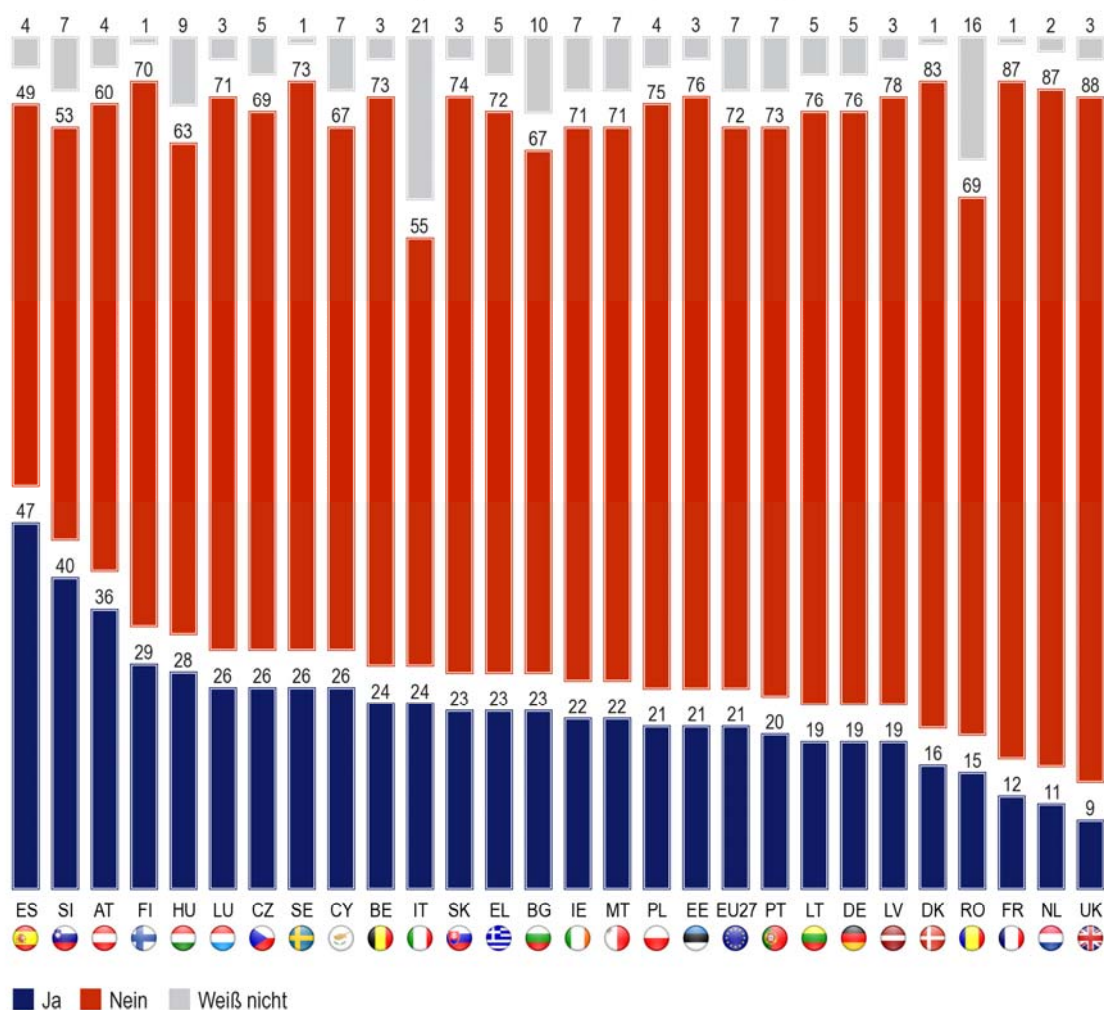
---

<sup>72</sup> Wir weisen darauf hin, dass die Befragung vor Ort in den einzelnen Mitgliedstaaten vom 23. Oktober bis 18. November 2009 stattfand.

<sup>73</sup> QA23. Ab dem 1. Januar 2010 wird Spanien an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die spanische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

In allen Mitgliedstaaten der EU erklärt eine sehr breite Mehrheit der Befragten, dass sie über die künftige spanische Präsidentschaft nicht informiert sei. Nichtsdestoweniger sind die Befragten in Slowenien (40%) und die Österreicher (36%) am häufigsten darüber informiert.

QA23. Ab dem 1. Januar 2010 wird Spanien an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die spanische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

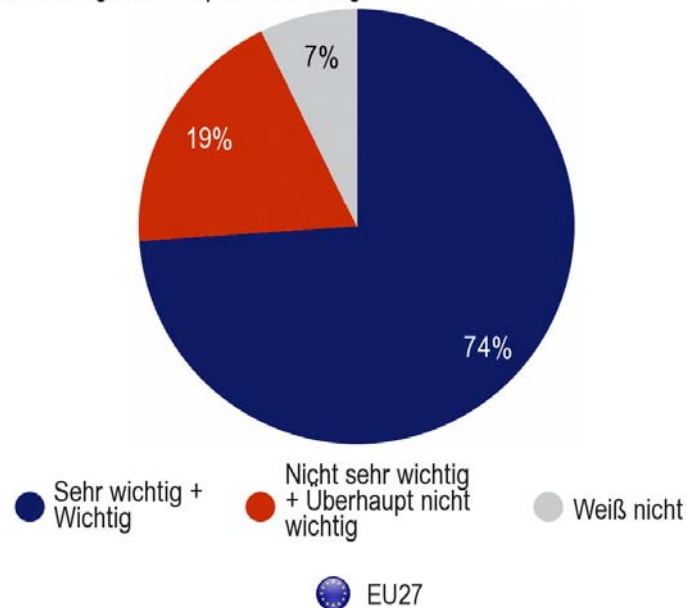


In Spanien selbst ist nach wie vor nur eine Minderheit der Befragten über die künftige Präsidentschaft im Bilde, auch wenn die Befragten in diesem Mitgliedstaat nachvollziehbarerweise diejenigen sind, die am häufigsten darüber informiert sind. So erklären 47% der Spanier, dass sie davon gehört haben, während 49% das Gegenteil erklären und 4% sich zu dieser Frage nicht äußern. Im Vergleich hierzu haben nur 19% der Deutschen, 12% der Franzosen und 9% der Briten von der künftigen spanischen Präsidentschaft der Europäischen Union gehört.



Etwas genauer betrachtet, halten 24% der Befragten in Spanien die künftige Präsidentschaft ihres Landes für „sehr wichtig“ und 50% für „wichtig“<sup>74</sup>. 16% halten sie demgegenüber für „nicht sehr wichtig“ 3% für „überhaupt nicht wichtig“. Auch wenn die Spanier noch nicht alle darüber informiert sind, so betrachten sie ihre Präsidentschaft dennoch mit Interesse. So sind 74% von ihnen der Meinung, dass es wichtig ist, dass Spanien ab dem 1. Januar 2010 die Präsidentschaft des Rates der EU übernimmt.

QA24. Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass Spanien ab dem 1. Januar 2010 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehaben wird? Würden Sie sagen, das ist - sehr wichtig, wichtig, nicht sehr wichtig, überhaupt nicht wichtig?



Wenngleich diese Meinung mehrheitlich von allen Schichten der spanischen Bevölkerung geteilt wird, so ist sie bei den besser situierten Schichten der Bevölkerung und bei den jüngeren Generationen noch ausgeprägter. So halten 77% der Spanier im Alter zwischen 15 und 39 Jahren die Präsidentschaft für wichtig, im Vergleich zu 71% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. 81% der Spanier, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, halten die Präsidentschaft für wichtig, im Vergleich zu 67% derjenigen mit einem geringen Bildungsniveau. Und schließlich sind 82% der Spanier, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, der Meinung, dass diese Präsidentschaft wichtig sei, im Vergleich zu 65% derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala ansiedeln.

<sup>74</sup> QA24 Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass Spanien ab dem 1. Januar 2010 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehaben wird? Würden Sie sagen, das ist - sehr wichtig, wichtig, nicht sehr wichtig, überhaupt nicht wichtig?



### *III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND IN DER ZUKUNFT*

Am 1. Dezember 2009 trat der [Lissabonner Vertrag](#) endlich in Kraft<sup>75</sup>. Mit ihm werden bedeutende institutionelle Änderungen eingeführt, die in erster Linie das Verfahren der Beschlussfassung vereinfachen und der Europäischen Union auf internationaler Ebene mehr Mitsprache einräumen sollen. Dieser neue Vertrag ist die Vollendung eines langen Revisionsprozesses der internen Regeln der EU, welcher nach der Erweiterung – zuerst auf 25 Mitgliedstaaten im Jahr 2004, und dann auf 27 im Jahr 2007 - unerlässlich geworden war.

## **1. DIE KOMPETENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **1.1 Die Bewertung der besten Entscheidungsebene (europäische, nationale, regionale oder lokale Ebene)**

In der vorliegenden Eurobarometer-Umfrage wurde die Art und Weise untersucht, wie die europäischen Bürger die Auswirkungen der EU auf ihr tägliches Leben wahrnehmen, insbesondere im Vergleich zum Einfluss anderer Entscheidungsebenen (nationale und regionale bzw. lokale Ebene)<sup>76</sup>.

45% der Befragten sind der Meinung, dass die nationale Ebene die Entscheidungsebene ist, die die größten Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen hat. Nahezu vier von zehn Befragten (38%) hingegen nennen die regionale oder lokale Ebene, während nur einer von zehn Befragten (11%) der Meinung ist, dass die Beschlüsse der Europäischen Union die größten Auswirkungen auf ihr tägliches Leben haben.

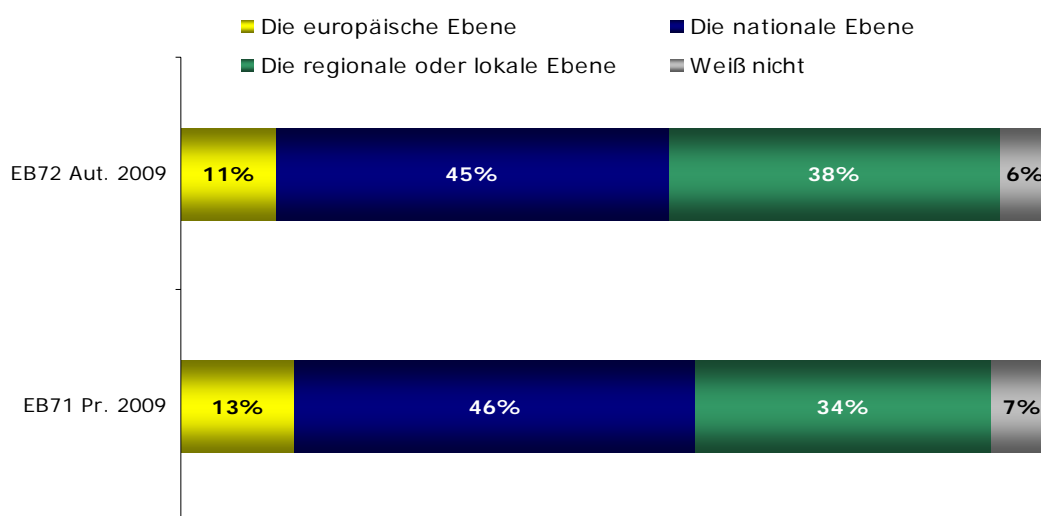
Diese Ergebnisse sind im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 generell unverändert geblieben, obwohl bei der europäischen und der nationalen Ebene leichte Rückgänge (um –2 Punkte bzw. –1 Punkt) zu verzeichnen sind, gegenüber einem etwas deutlicheren Zuwachs (um +4 Punkte) für die regionale und lokale Ebene.

---

<sup>75</sup>Für einen Kurzüberblick über den Vertrag siehe: [http://europa.eu/lisbon\\_treaty/glance/index\\_de.htm](http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm)

<sup>76</sup> QE1 Welche der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluß auf Ihre Lebensbedingungen? Die europäische Ebene, die nationale Ebene oder die regionale oder lokale Ebene?

**QE1 Welche der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluß auf Ihre Lebensbedingungen? Die europäische Ebene, die nationale Ebene oder die regionale oder lokale Ebene?**

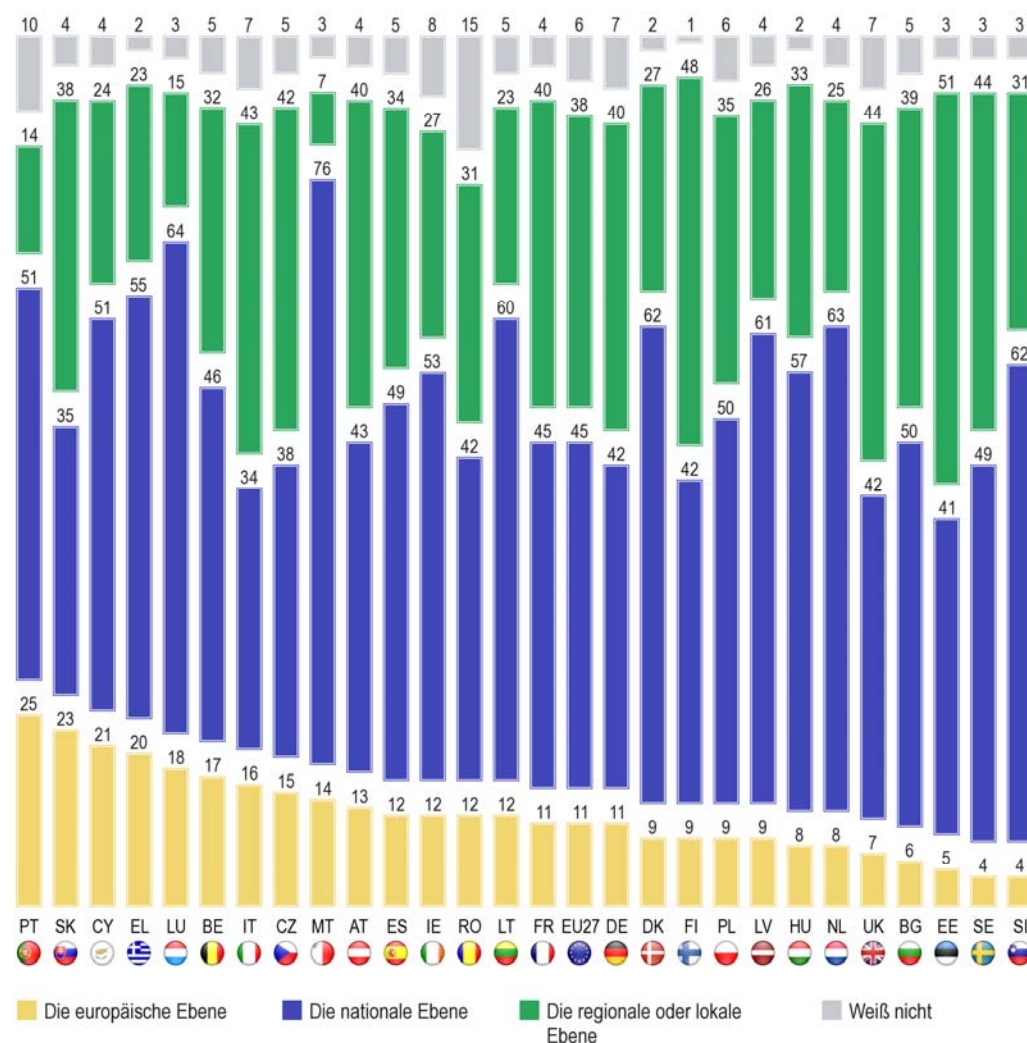


In der Länderanalyse fällt dieses generelle Bild ein wenig differenzierter aus, wobei vor allem eine interessante Feststellung zu erwähnen ist: Die Beschlüsse der europäischen Ebene werden am deutlichsten in Portugal (25%), in der Slowakei (23%), auf Zypern (21%), in Griechenland (20%), und in geringerem Umfang auch in Luxemburg (18%) und Belgien (17%) wahrgenommen.

Das Gefühl, dass die nationale Entscheidungsebene die größten Auswirkungen auf ihr tägliches Leben hat, ist besonders auf Malta (76%) ausgeprägt. Diese Meinung teilen mehr als sechs von zehn Befragten in Luxemburg (64%), den Niederlanden (63%), Slowenien (62%), Dänemark (62%) und zwei der baltischen Staaten, und zwar in Lettland (61%) und Litauen (60%). Die nationale Ebene scheint in Italien (34%), der Tschechischen Republik (38%) und der Slowakei (35%) vergleichsweise weniger bedeutend zu sein.

Schließlich werden die regionalen bzw. lokalen Behörden als wichtigste Entscheidungsebene, die sich auf ihr tägliches Leben auswirkt, von den Befragten in Estland (51%), Finnland (49%), im Vereinigten Königreich (44%), in Italien (43%), der Tschechischen Republik (42%) und der Slowakei (38%) genannt. In diesen Mitgliedstaaten handelt es sich im Übrigen jeweils um die häufigste Nennung zu dieser Frage. Auch sind in Schweden (44%) und Deutschland (40%) hohe Anteile dieser Meinung zu verzeichnen, auch wenn es sich hier nicht um die häufigste Nennung handelt.

QE1. Welche der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluß auf Ihre Lebensbedingungen? Die europäische Ebene, die nationale Ebene oder die regionale oder lokale Ebene?

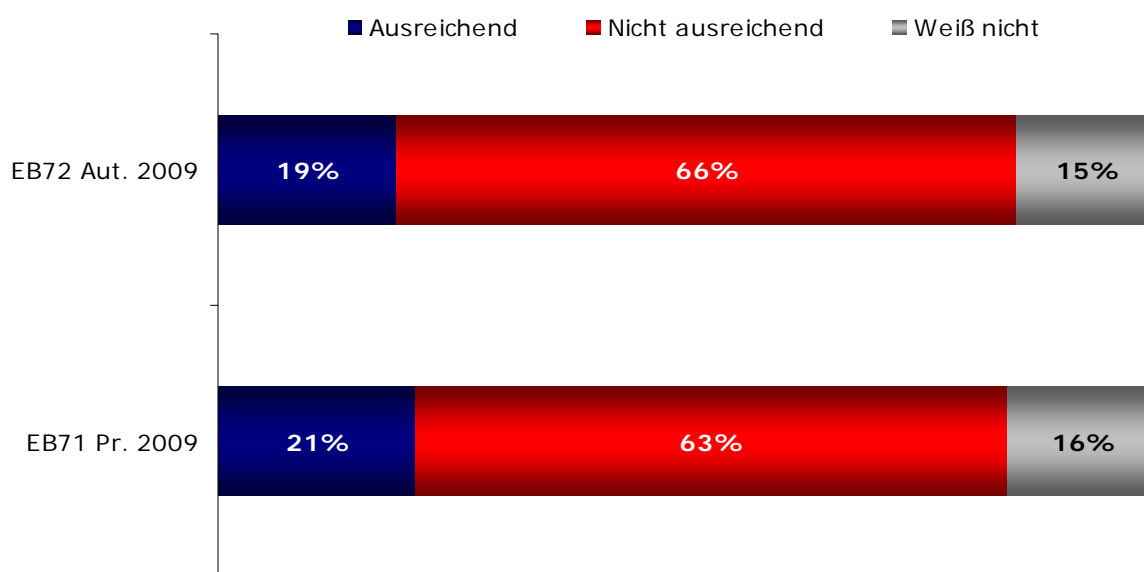


Die Länderergebnisse sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 insgesamt recht stabil geblieben, und nur einige bedeutende Veränderungen sollten kommentiert werden: So sind Zuwächse um jeweils 5 bzw. 7 Punkte für die europäische Ebene in Portugal und auf Zypern zu verzeichnen. Die bedeutendsten Veränderungen für die regionale und lokale Ebene sind in Frankreich (+15 Punkte), Estland (+12 Punkte) und Deutschland (+9) zu verzeichnen. Im Übrigen wirken sich diese Zuwächse bei der Bedeutung der regionalen bzw. lokalen Ebene in Frankreich und in Estland nachteilig auf die Bewertung der nationalen Ebene als Entscheidungsebene aus: Diese hat im Vergleich zu vor acht Monaten um jeweils –10 Punkte verloren.

Wie festzustellen ist, sind die regionalen und lokalen Behörden, nach den nationalen Behörden, diejenige Entscheidungsebene, die nach Ansicht der Bürger den größten Einfluss auf ihre Lebensbedingungen hat. Diese Überzeugung hat im Vergleich von vor einigen Monaten zugenommen. Somit wurde in dieser Umfrage die Frage aufgenommen, ob die lokalen oder regionalen Behörden nach Meinung der Bürger bei politischen Entscheidungen in der Europäischen Union ausreichend einbezogen werden oder nicht<sup>77</sup>.

Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die lokalen Behörden bei der politischen Beschlussfassung in der Europäischen Union nicht ausreichend einbezogen werden (66%). Knapp ein Fünftel der Befragten (19%) hingegen ist der Meinung, dass das Niveau der Einbeziehung ausreichend ist. Aus komparativer Sicht ist bei der ersten Antwort ein Zuwachs der Anteile festzustellen, der mit der bereits oben beschriebenen Entwicklung des Gefühls der Bürger angesichts des Einflusses der lokalen und der regionalen Ebene auf ihr tägliches Leben übereinstimmt.

**QE2 Werden Ihrer Meinung nach regionale oder lokale Behörden ausreichend einbezogen oder nicht, wenn über Politik in der Europäischen Union entschieden wird?**

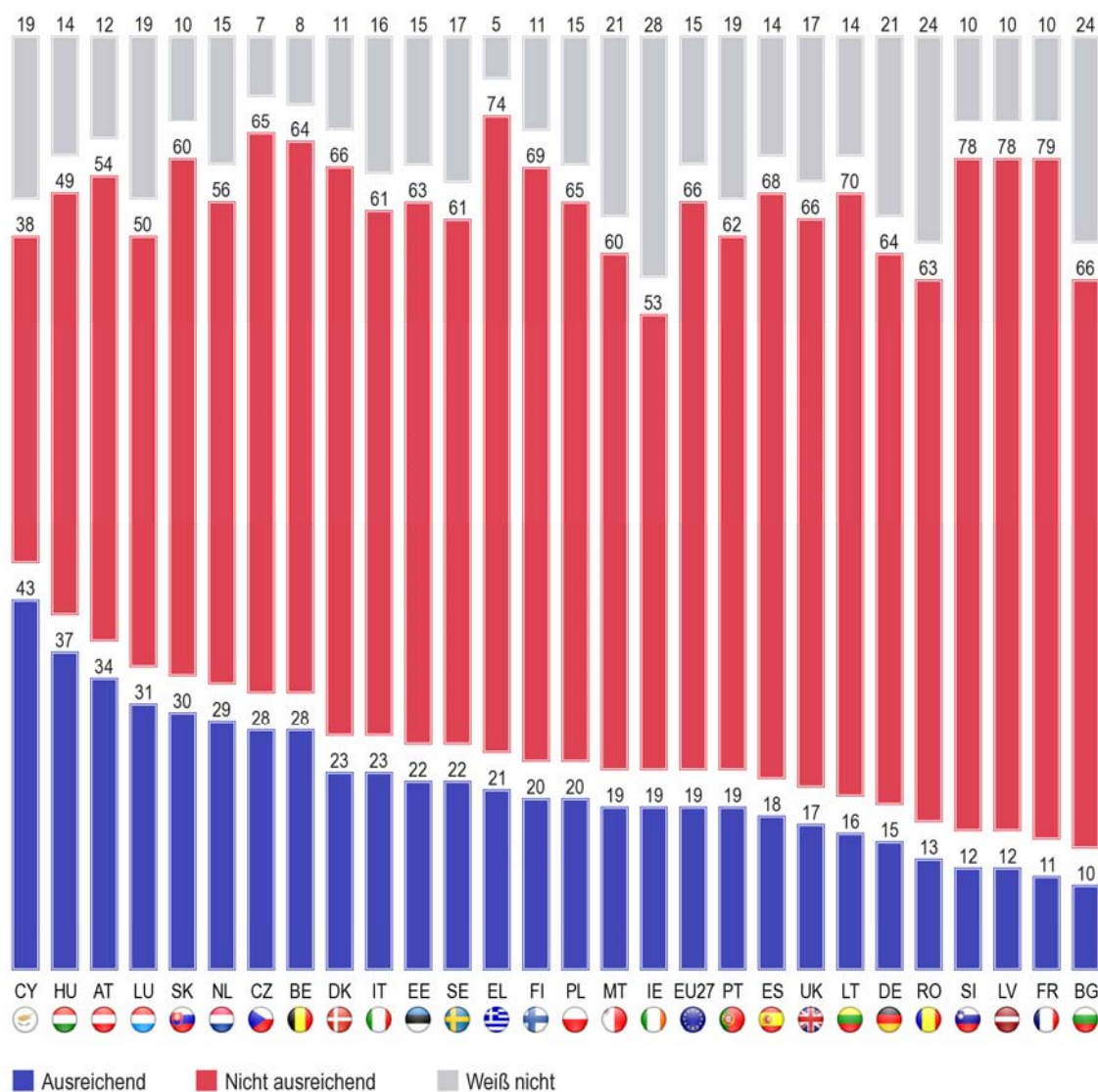


In der Länderanalyse wird deutlich, dass die Sichtweise, die die Einbeziehung der lokalen und der regionalen Behörden in die politische Beschlussfassung in der Europäischen Union kritischer sieht, in 26 der 27 Mitgliedstaaten der Union überwiegt. Diese Meinung wird von nahezu acht von zehn Befragten in Frankreich (79%), Lettland (78%) und Slowenien (78%) geteilt. Auch wird sie von etwa sieben von zehn Befragten in Griechenland (74%), Litauen (70%) sowie in Finnland und Spanien (69% bzw. 68%) geteilt.

<sup>77</sup> QE2 Werden Ihrer Meinung nach regionale oder lokale Behörden ausreichend einbezogen oder nicht, wenn über Politik in der Europäischen Union entschieden wird?

Positiver hingegen sind die Meinungen auf Zypern, wo über 40% der Befragten der Meinung sind, dass die Einbeziehung der lokalen und regionalen Behörden bei der politischen Beschlussfassung in der Europäischen Union ausreichend ist (43%). Diese Meinung wird auch von über einem Drittel der Befragten in Ungarn (37%) und Österreich (34%) sowie von drei von zehn Befragten in Luxemburg (31%), der Slowakei (30%), in den Niederlanden (29%), Belgien (28%) und der Tschechischen Republik (28%) geteilt.

QE2. Werden Ihrer Meinung nach regionale oder lokale Behörden ausreichend einbezogen oder nicht, wenn über Politik in der Europäischen Union entschieden wird?



Mit einigen Ausnahmen hat diese Wahrnehmung in den meisten Mitgliedstaaten der Union zugenommen, so in erster Linie in Portugal (+12), Italien (+9), Litauen (+8) und Polen (+6). Sehr deutlich ist sie hingegen in Luxemburg (-15), Österreich (-12) und Griechenland (-8) zurückgegangen.

Wenn wir die Ergebnisse in Abhängigkeit von der Haltung der Befragten gegenüber der Europäischen Union untersuchen, stellen wir fest, dass das Gefühl einer nicht ausreichenden Einbeziehung der lokalen und regionalen Behörden bei der politischen Beschlussfassung in der Europäischen Union vorherrscht, auch wenn es weniger ausgeprägt ist, als in den anderen Kategorien, wie z.B. bei den Befragten, die generell eine positivere Sichtweise gegenüber der Europäischen Union haben, sei es in Bezug auf das Bild, das sie von ihr haben, oder in Bezug auf das Vertrauen, dass sie in die EU setzen oder in Bezug auf ihre Meinung über die Zugehörigkeit ihres Landes zur Union.

<b>QE2 Werden Ihrer Meinung nach regionale oder lokale Behörden ausreichend einbezogen oder nicht, wenn über Politik in der Europäischen Union entschieden wird?</b>			
	<b>Ausreichend</b>	<b>Nicht ausreichend</b>	<b>Weiß nicht</b>
<b>EU27</b>	19%	66%	15%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	27%	59%	14%
Eher nicht vertrauen	11%	76%	13%
<b>Mitgliedschaft in der EU</b>			
Gute Sache	24%	62%	14%
Schlechte Sache	10%	78%	12%
Neutral	14%	69%	17%
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	26%	60%	14%
Neutral	14%	68%	18%
Negativ	8%	81%	11%

## 1.2 Die Bewertung der besten Entscheidungsebene in bestimmten Bereichen: gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene oder durch die nationale Regierung

Wenn die europäischen Bürger um ihre Meinung darüber gebeten werden, welche Entscheidungsebene sie in 20 Bereichen für die effizienteste halten, ergibt sich ein Bild gegensätzlicher Meinungen. In 18 der 20 abgefragten Bereiche – in jeweils unterschiedlichem Maße – ist immerhin ein wachsender Trend zur europäischen als bester Entscheidungsebene festzustellen. Dies geht zum Nachteil der nationalen Ebene<sup>78</sup>. Diese Zuwächse sind in den wirtschaftsbezogenen Bereichen bzw. den Bereichen, die sich auf die Kaufkraft der europäischen Bürger auswirken, noch deutlicher.

Eine Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass in folgenden 12 Bereichen gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden sollten: dem Kampf gegen den Terrorismus (80%, +1 Punkt), der wissenschaftlichen und technologischen Forschung (72%, unverändert), dem Umweltschutz (70%, +3 Punkte), der Verteidigung und Außenpolitik (67%, +3 Punkte), der Energie (67%, +4 Punkte), der Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen (60%, -2 Punkte), der Einwanderung (63%, +3 Punkte), der Bekämpfung von Kriminalität (60%, +1 Punkt), dem Wettbewerb (59%, +2 Punkte), der Bekämpfung der Inflation (59%, +5 Punkte), der Wirtschaft (57%, +6 Punkte) und schließlich der Landwirtschaft und Fischerei (52%, +2 Punkte).

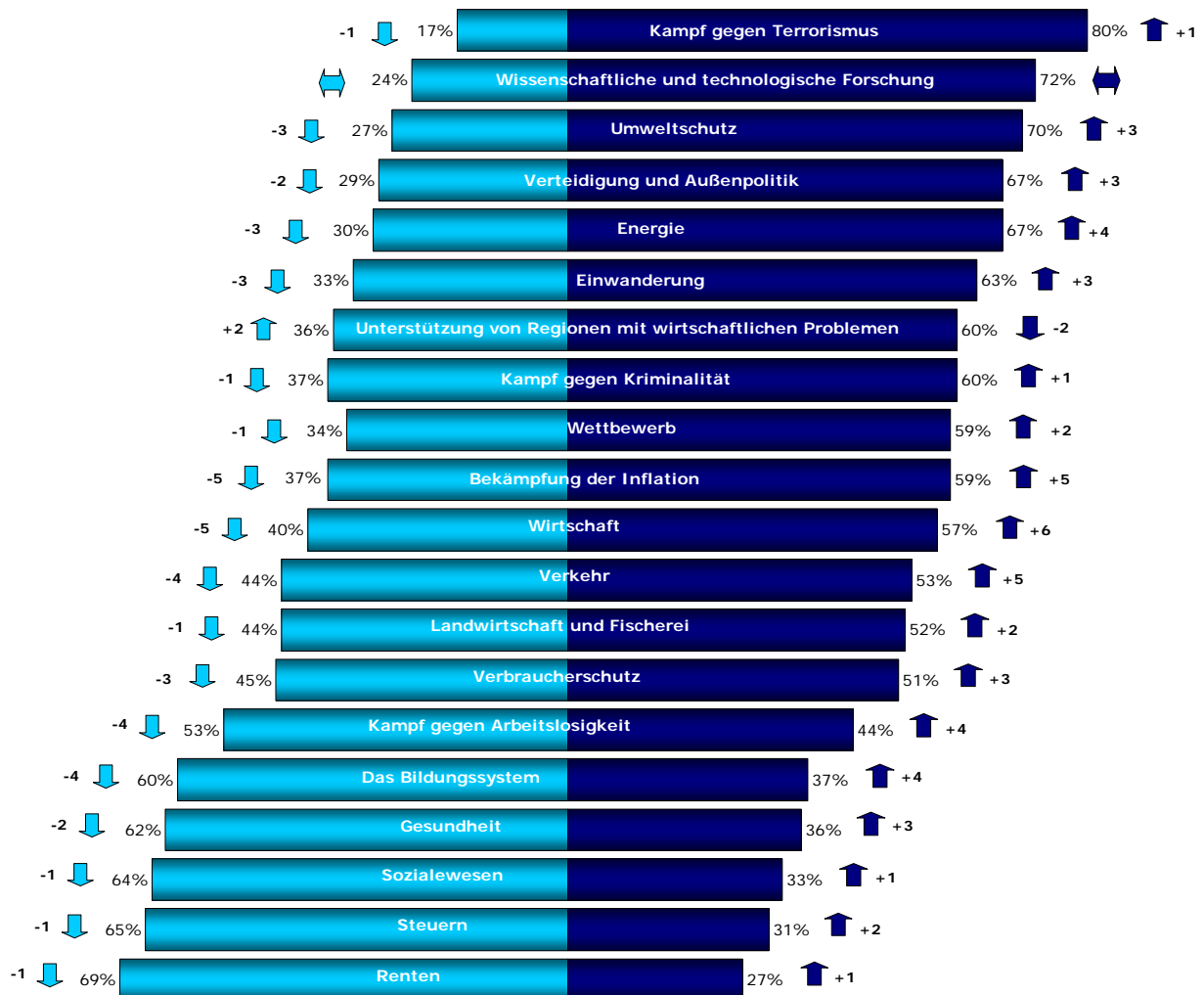
---

<sup>78</sup> QF3-QF4 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALEN REGIERUNG) oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte? 1. Kampf gegen Kriminalität; 2. Steuern; 3. Kampf gegen Arbeitslosigkeit; 4. Kampf gegen Terrorismus; 5. Verteidigung und Außenpolitik; 6. Einwanderung; 7. Das Bildungssystem; 8. Renten; 9. Umweltschutz; 10. Gesundheit; 11. Sozialwesen; 12. Landwirtschaft und Fischerei; 13. Verbraucherschutz; 14. Wissenschaftliche und technologische Forschung; 15. Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen; 16. Energie; 17. Wettbewerb; 18. Verkehr; 19. Wirtschaft; 20. Bekämpfung der Inflation.

QF3-4 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALITÄT) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

■ Von der (NATIONALITÄT) Regierung

■ Gemeinsam innerhalb der EU





Zwei Bereiche – der Verbraucherschutz und der Verkehr - bei denen die Befragten zuvor zu jeweils fast gleich hohen Anteilen geteilter Meinung waren, werden heute stärker mit der Europäischen Union als bester Entscheidungsebene assoziiert (was den Verbraucherschutz betrifft, so wird die EU von 51% der Befragten genannt; +3 Punkte im Vergleich zur Herbstumfrage 2008; was den Bereich Verkehr betrifft, so wird die EU von 53% genannt, +5 Punkte im Vergleich zu Herbst 2008).

Was die sechs übrigen Bereiche betrifft, ist schließlich eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Beschlüsse von der nationalen Regierung gefasst werden sollten, auch wenn die Anteile der Meinungen für die nationale Regierung in allen sechs Bereichen rückläufig sind: Renten (69%, -1 Punkt), Steuern (65%, -1 Punkte), Sozialwesen (64%, -1 Punkt), Gesundheit (62%, -2 Punkte) Bildungssystem (60%, -4 Punkte) sowie der Kampf gegen Arbeitslosigkeit (53%, -4 Punkt).

Die in dieser Umfrage verzeichnete positive Trendentwicklung in der öffentlichen Meinung scheint somit den bereits im Herbst 2008 (EB70) festgestellten Trend - im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2008 (EB69) - zu bestätigen, demzufolge **eine Mehrheit der Befragten in elf der abgefragten Bereiche der Meinung ist, dass die europäische Ebene die beste Entscheidungsebene sei**. Bei dieser früheren Eurobarometer-Umfrage waren die Zuwächse in den Bereichen Wirtschaft und Bekämpfung der Inflation bereits ausgeprägter. In dieser Hinsicht sei darauf hingewiesen, dass diese beiden Bereiche, ebenso wie die Arbeitslosigkeit und die Kriminalität, nach Meinung der EU-Bürger die Hauptprobleme auf nationaler Ebene darstellen. Es scheint, als ob die Bürger in einem extrem schwierigen wirtschaftlichen Kontext den größeren Vorteil einer Beschlussfassung auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringen wollen.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Befragten im Vereinigten Königreich, in Österreich, Finnland - und in geringerem Maße auch in Irland, Schweden, auf Malta, in Rumänien und Bulgarien – in den meisten Bereichen eine Entscheidungsbefugnis der nationalen Regierungen deutlich befürworten würden.

*Demgegenüber* sind die Befragten auf Zypern – und in etwas geringerem Umfang auch diejenigen in Portugal, der Slowakei, Lettland, Litauen, und selbst Luxemburg, Deutschland, Italien und Belgien sehr häufig der Meinung, dass eine gemeinsame Beschlussfassung auf europäischer Ebene in den meisten der Bereiche von Vorteil wäre.

Die Analyse der Länderergebnisse befasst sich zuerst mit den Bereichen, in denen die europäischen Bürger einen Wunsch nach stärkerer Europäisierung zum Ausdruck bringen, und dann mit den Bereichen, in denen sie Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden.

- **Die Bereiche, für die die europäischen Bürger insgesamt gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen würden:**

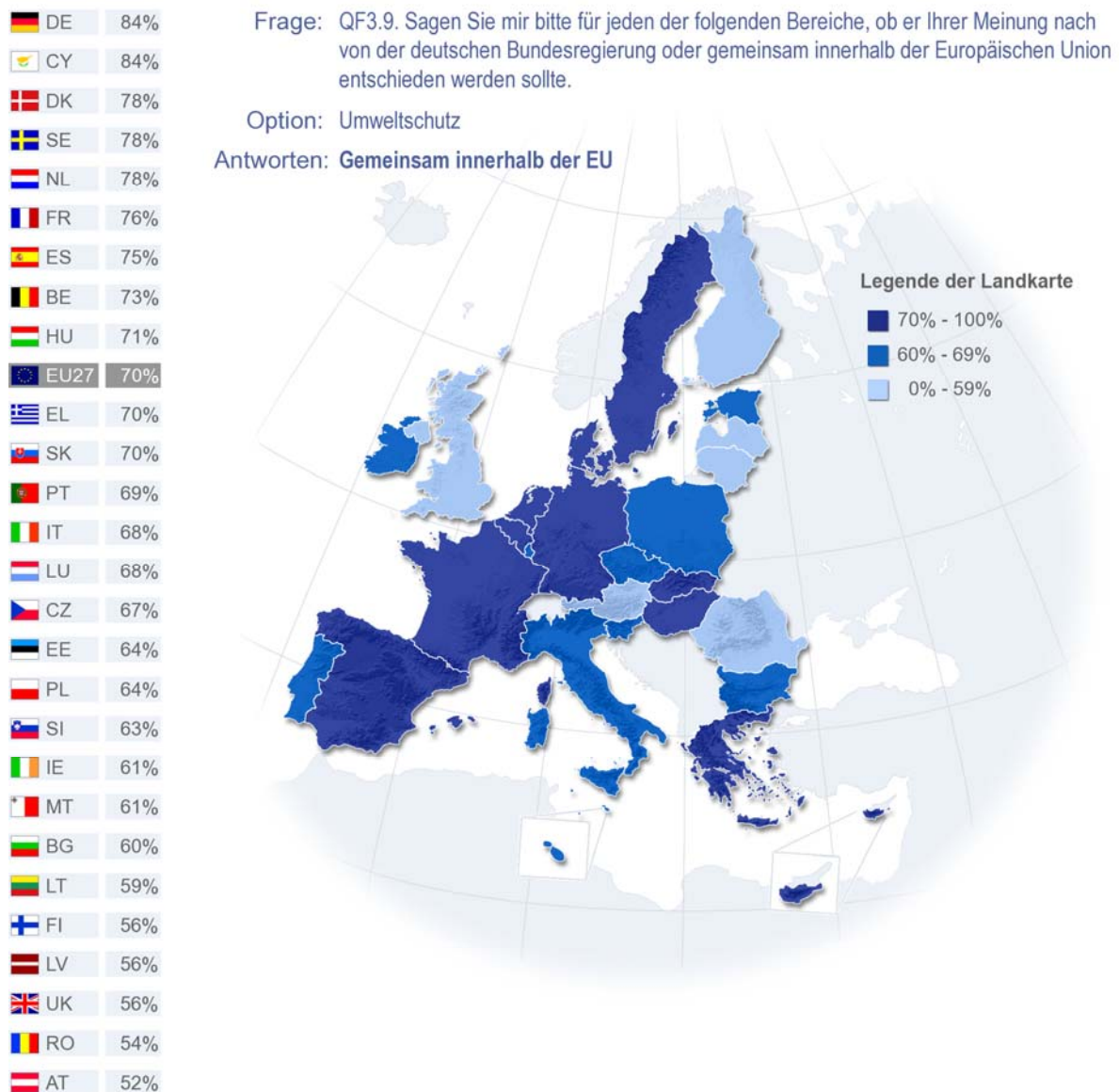
Was den **Kampf gegen Terrorismus**, die **wissenschaftliche und technologische Forschung**, den **Umweltschutz** und die **Energie** betrifft, so ist in allen Mitgliedstaaten eine klare Mehrheit Befragter der Ansicht, dass in diesen Bereichen Beschlüsse auf europäischer Ebene gefasst werden sollten.

Nahezu die Gesamtheit der Befragten in Dänemark (91%), auf Malta (91%), in Bulgarien (91%), Luxemburg (91%) sowie in Ungarn, auf Zypern, in der Slowakei und Lettland (jeweils 89%) und der Tschechischen Republik (88%) würden es befürworten, wenn die Beschlüsse im Bereich des **Kampfes gegen Terrorismus** gemeinsam auf europäischer Ebene gefasst würden.

Vergleichsweise weniger hoch sind die Anteile der Befürwortung einer Beschlussfassung auf europäischer Ebene in Spanien (73%) und im Vereinigten Königreich (63%) – zwei Mitgliedstaaten der EU, in denen der Terrorismus in der Vergangenheit seine Spuren hinterlassen hat und die in den letzten Jahren stark vom internationalen Terrorismus betroffen waren.

Mehr als neun von zehn Befragten auf Zypern (94%), 85% der Malteser und mehr als 80% der Luxemburger (84%), der Slowaken (82%) und der Litauer (81%) sind der Meinung, dass die Europäische Union im Bereich der **wissenschaftlichen und technologischen Forschung** das wichtigste Entscheidungsorgan sein müsste. Andererseits wird diese Meinung von sechs von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (59%), in Finnland (63%) und Rumänien (64%) geteilt.

Mehr als acht von zehn Befragten auf Zypern und in Deutschland (jeweils 84%) sind der Meinung, dass die Beschlüsse im Bereich des **Umweltschutzes** gemeinsam auf europäischer Ebene getroffen werden müssten. Diese Meinung wird nur von einer knappen Mehrheit der Befragten im Vereinigten Königreich, in Rumänien und Österreich (56%, 54% bzw. 52%) geteilt. Aufschlussreich ist auch die Feststellung, dass die Befragten in den skandinavischen Mitgliedstaaten in Bezug auf die meisten abgefragten Bereiche einerseits eher dazu neigen, die Beschlussfassung auf nationaler Ebene zu befürworten, während sie sich andererseits, was den Bereich Umweltschutz betrifft, eher gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene wünschen.



Was den Bereich **Energie** betrifft, so würden neun von zehn Befragten auf Zypern (90%) gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene befürworten. Diese Meinung wird auch von knapp acht von zehn Befragten in Deutschland und Litauen (jeweils 77%) sowie in Belgien und Lettland (jeweils 76%) geteilt. Jedoch nur eine knappe Mehrheit der Befragten in Österreich und im Vereinigten Königreich (50% bzw. 49%) ist derselben Ansicht.

Die einzigen, die mehrheitlich der Meinung sind, dass die **Verteidigung** und die **Außenpolitik** besser auf nationaler Ebene entschieden werden sollten, sind - in sehr deutlichem Maße - die Befragten in Finnland (80%) und in geringerem Umfang die Befragten im Vereinigten Königreich (50%). Das in Finnland verzeichnete Ergebnis – das sich stark von allen anderen Mitgliedstaaten unterscheidet - ist aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch zu erklären, dass dieses Land in Bezug auf die Außenpolitik traditionell neutral ist.

In Schweden hingegen ist in diesem Bereich ein Zuwachs des Anteils der öffentlichen Meinung zu verzeichnen, der gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen würde (von 46% auf 50%). Schweden hat in der zweiten Jahreshälfte 2009 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne.

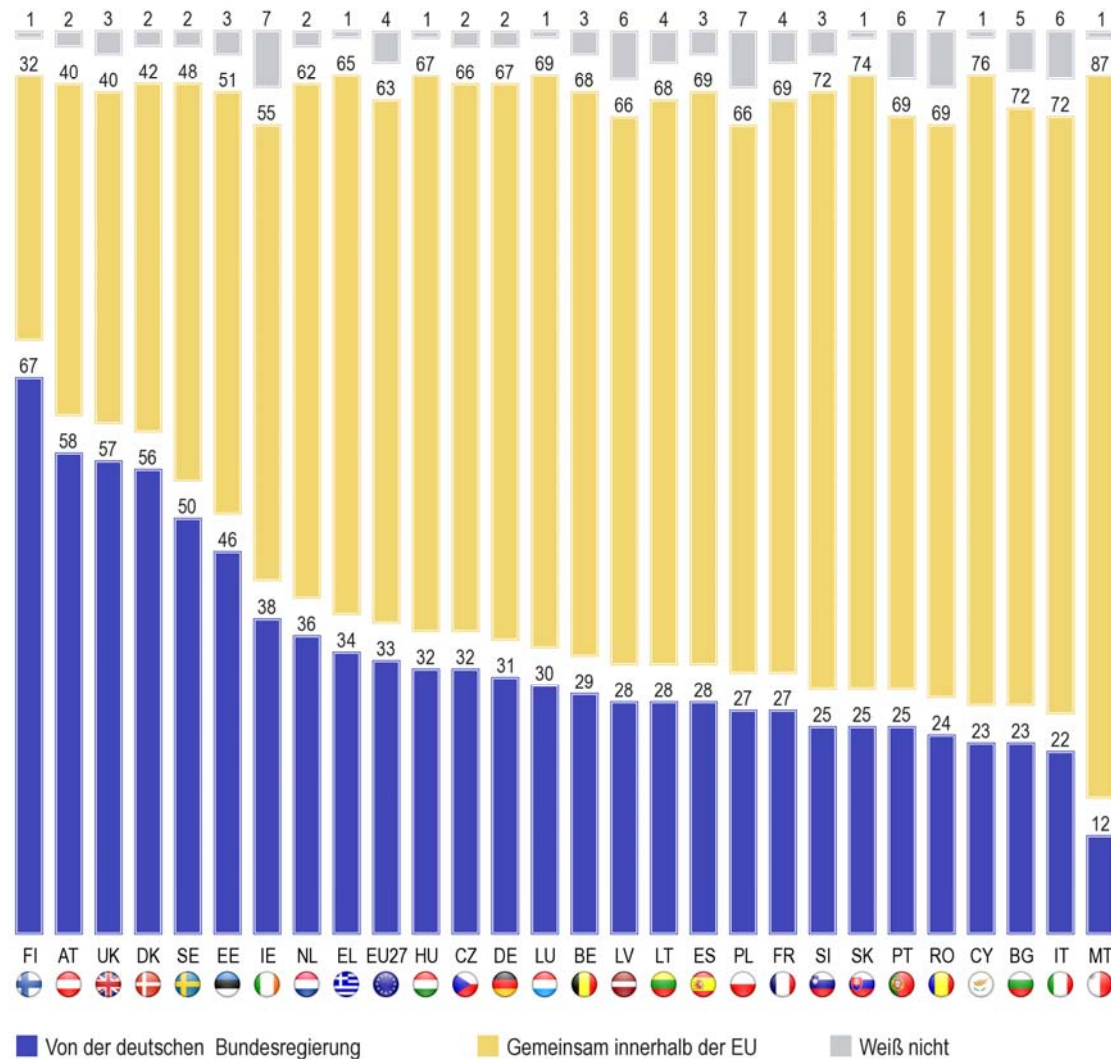
Für den Bereich der **Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen** werden in 25 der 27 Mitgliedstaaten Beschlüsse auf europäischer Ebene vorgezogen. Mehr als acht von zehn Befragten auf Zypern (86%), in den Niederlanden (85%) und auf Malta (83%) vertreten diese Meinung. Dieser Anteil beträgt in Frankreich und im Vereinigten Königreich nur jeweils 48%.

Was den **Kampf gegen Kriminalität** betrifft, so sind die Bürger in fünfundzwanzig Mitgliedstaaten der Meinung, dass diese Probleme auf europäischer Ebene entschieden werden sollten. Nur die Befragten im Vereinigten Königreich (66%) und in Irland (50%) sind mehrheitlich der Ansicht, dass man sich dieser Probleme besser auf nationaler Ebene annehmen sollte.

In 22 Mitgliedstaaten – insbesondere auf Malta, das sich aufgrund seiner besonderen Situation hervorhebt (87%, im Vergleich zu nur 32% in Finnland), - würde sich eine Mehrheit der Bürger wünschen, dass der Bereich der **Einwanderung** gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden werden würde. Anhand der Ergebnisse der beiden zuvor genannten Mitgliedstaaten wird deutlich, dass in diesem Bereich im Vergleich zum Herbst 2008 ein starker Zuwachs des Anteils Befragter zu verzeichnen ist, die eine Beschlussfassung auf europäischer Ebene vorziehen würden (um +11 Prozentpunkte auf Malta und um +15 Punkte in Finnland).

QF3.6. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der deutschen Bundesregierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

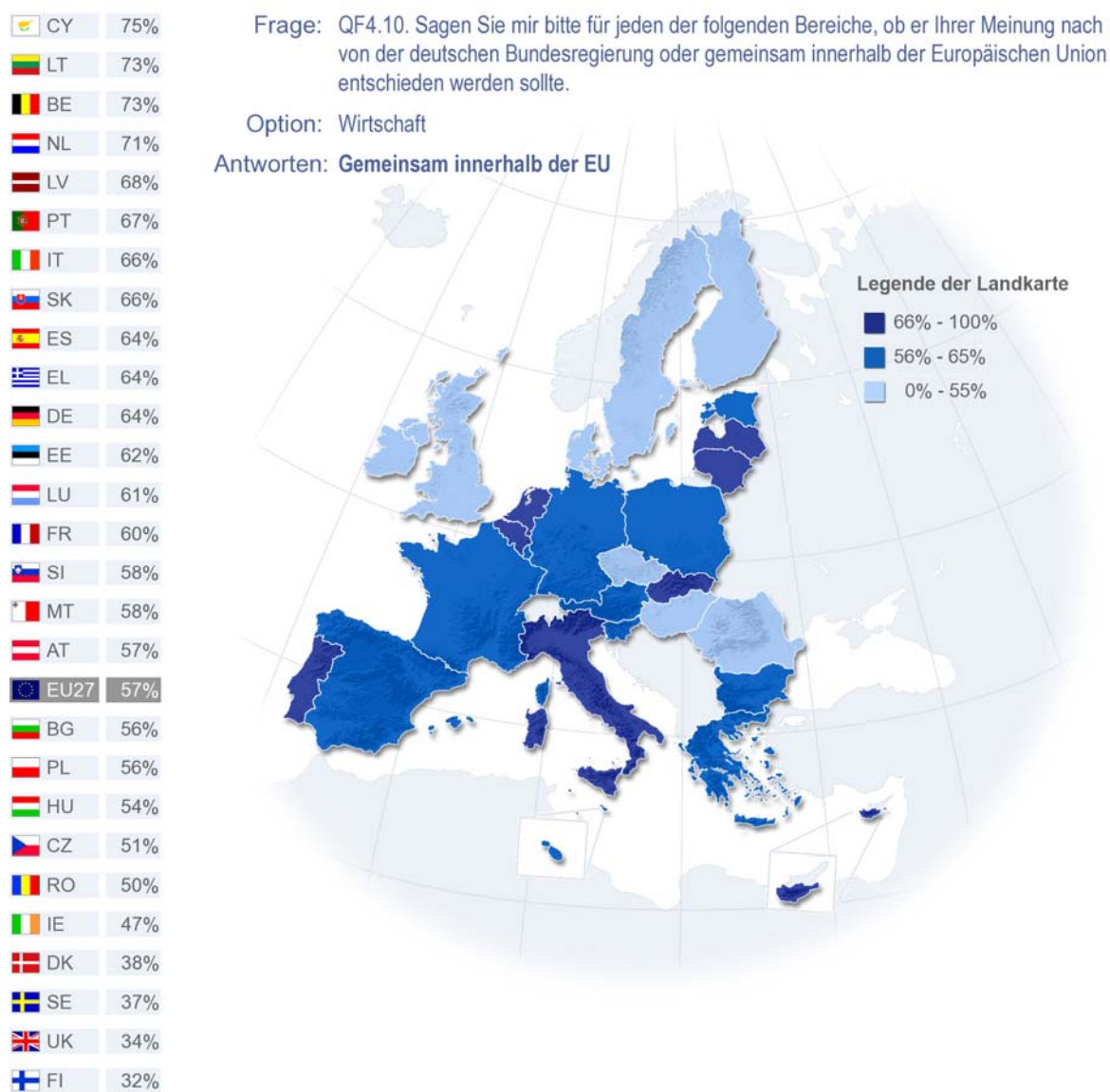
Einwanderung



Wie bereits zuvor erwähnt, ist der Zuwachs des Anteils einer Befürwortung von gemeinsamen Beschlüssen auf europäischer Ebene besonders in den Bereichen ausgeprägt, die direkt mit der Wirtschaft in Zusammenhang stehen. So sind die Länderergebnisse und deren Entwicklung in Bezug auf die Bereiche **Wirtschaft** und **Inflation** besonders aufschlussreich.

In der Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2008 (EB70) zogen die Befragten in neun Mitgliedstaaten die nationale Ebene als Entscheidungsebene für den Bereich **Wirtschaft** vor. Diese Zahl ist heute auf vier Mitgliedstaaten zurückgegangen: Finnland (67%), das Vereinigte Königreich I (61%), Schweden (59%) und Dänemark (59%). Die Iren sind zu dieser Frage geteilter Meinung.

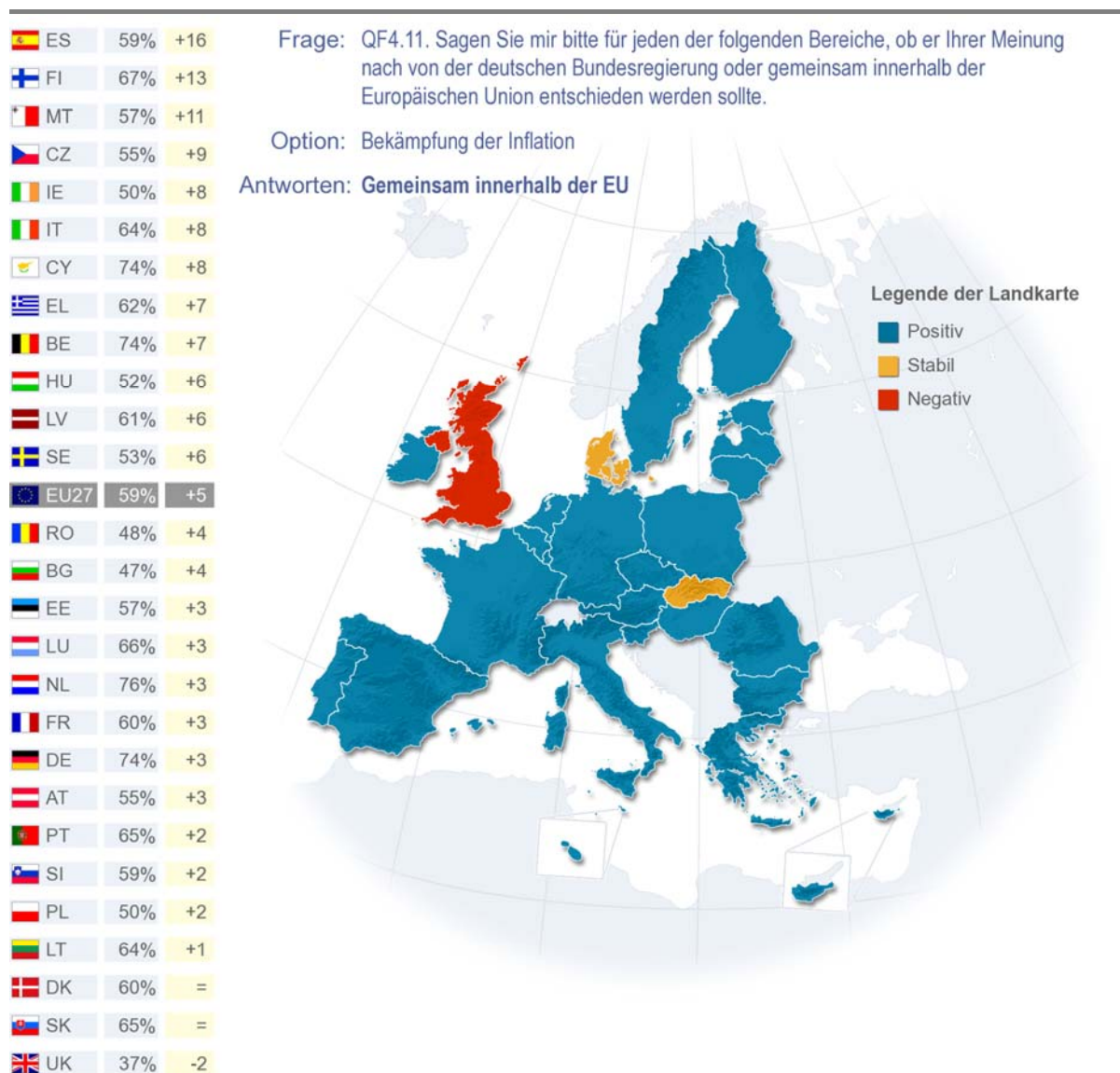
In 25 Mitgliedstaaten ist in Bezug auf das Konzept einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ein Zuwachs zu verzeichnen. Besonders starke Trends sind in denjenigen Mitgliedstaaten zu verzeichnen, die am stärksten von der Krise betroffen sind, so Spanien (+19 Punkte auf 64%, im Vergleich zu 45% im Herbst 2008), Griechenland (+16 Punkte, von 48% auf 64%), Irland (+11 Punkte, von 36% auf 47%) und auf Malta (+11 Punkte, von 47% auf 58%).



In 25 Mitgliedstaaten würde sich eine Mehrheit der Befragten ebenfalls eine Politik zur Bekämpfung der **Inflation** auf europäischer Ebene wünschen. Das Vereinigte Königreich ist der einzige Mitgliedstaat, in dem die Befragten mehrheitlich eine nationale Politik zur Bekämpfung der Inflation vorziehen würden (58%, im Vergleich zu 37%, die die europäische Ebene vorziehen würden), während sich die Befragten in Bulgarien zu diesem Thema eindeutig geteilter Meinung zeigen (47%, im Vergleich zu 48%, die die nationale Ebene befürworten).



In jedem Fall ist auch bei dieser Umfrage in den meisten Mitgliedstaaten (24 von 27) ein Zuwachs des Anteils Befragter zu verzeichnen, die die europäische Ebene befürworten. Die Anstiege sind in Spanien (+16 Punkte), Finnland (+13 Punkte) und auf Malta (+11 Punkte) besonders hoch.



Unt. EB70.1-EB72

Und schließlich sind nur knapp ein Viertel der Befragten in Finnland (23%) und knapp vier von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (38%) der Meinung, dass im Bereich der **Landwirtschaft und Fischerei** eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene am effizientesten sei. Dies im Gegensatz zu einer Mehrheit der Befragten auf Zypern (78%), die diese Meinung teilen.

### Die Bereiche, für die sich die europäischen Bürger mehr Beschlüsse durch die nationalen Regierungen wünschen:

In Bezug auf die Bereiche, für die es die EU-Bürger insgesamt lieber sehen würden, dass die Kompetenzen auf Ebene der nationalen Regierung beibehalten würden, erklären die Befragten in 26 Mitgliedstaaten, dass sie im Bereich der **Steuern** mehrheitlich eine Beschlussfassung auf nationaler Ebene befürworten. Die einzige Ausnahme ist Portugal, wo 50% der Befragten demgegenüber der Meinung sind, dass diese Beschlüsse gemeinsam auf europäischer Ebene gefasst werden sollten.

Diese Meinung wird am häufigsten von den Befragten in den skandinavischen Mitgliedstaaten geteilt, so von 89% der Finnen, 88% der Dänen und 83% der Schweden.

Im Bereich der **Gesundheit** werden Entscheidungen durch die nationale Regierung in 20 der 27 Mitgliedstaaten vorgezogen. Nur Zypern ist hier eine besonders drastische Ausnahme: 77% der Befragten sind der Meinung, dass die Beschlüsse am besten gemeinsam auf Ebene der Europäischen Union gefasst werden sollten. Im Vergleich zur Herbstumfrage 2008 wird diese Meinung heute auch von einer knappen Mehrheit der Befragten in Lettland, Litauen und Griechenland (jeweils 51%) geteilt.

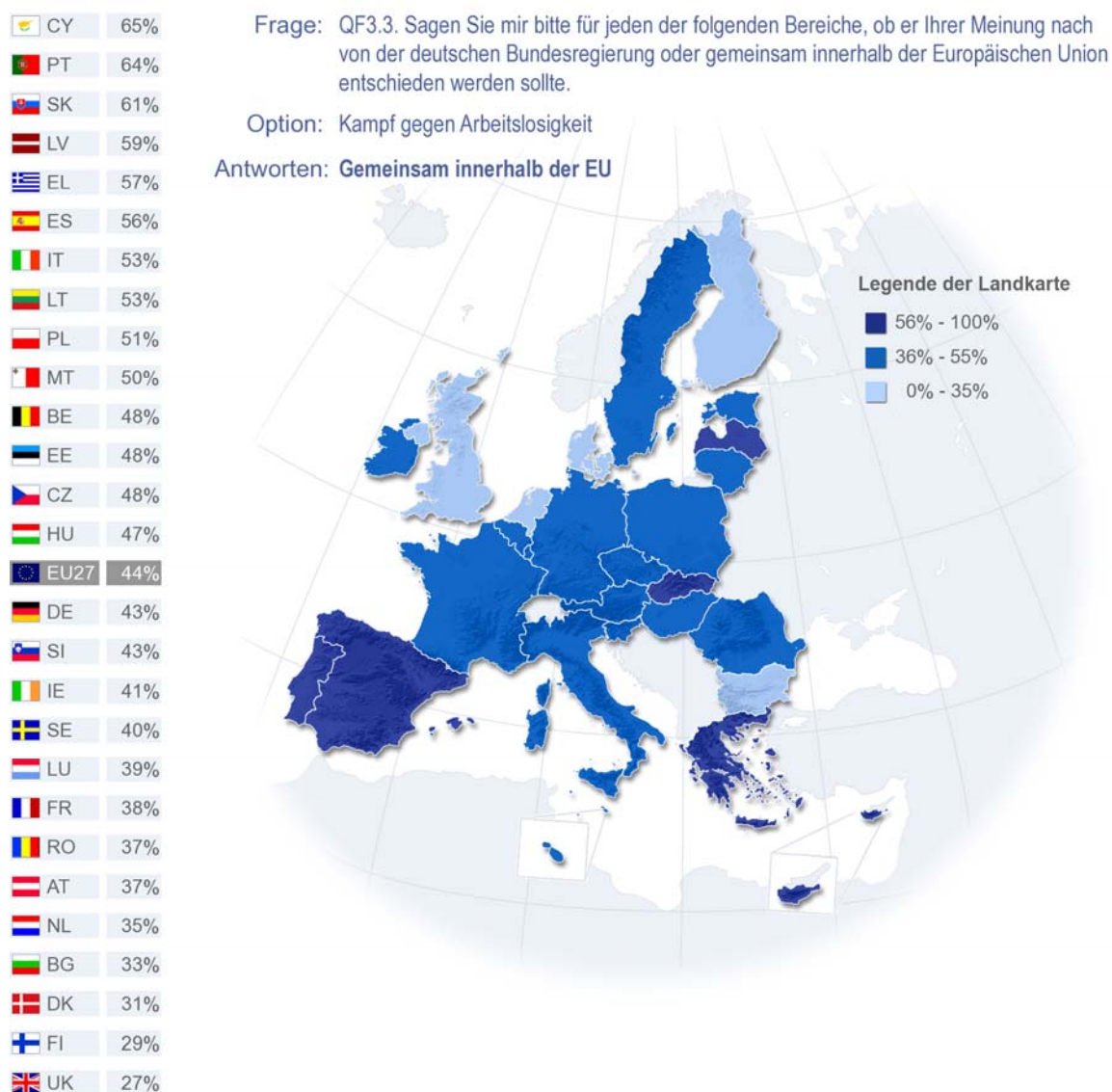
Dieselbe Entwicklung in der öffentlichen Meinung ist im Bereich **Sozialwesen** festzustellen, wobei in 23 der 27 Mitgliedstaaten die Befragten die nationale Ebene als Entscheidungsebene befürworten. Dies im Gegensatz zu den Befragten in vier Mitgliedstaaten, die mehrheitlich eine gemeinsame Beschlussfassung auf europäischer Ebene vorziehen würden, so auf Zypern (64%), und in geringerem Umfang auch in Portugal (50%, im Vergleich zu 44%, die die nationale Ebene vorziehen), Litauen (50% bzw. 48%) und Griechenland (51% bzw. 49%). Im Bereich des **Bildungswesens** bilden nur die Zyprer (57%), die Portugiesen (53%), die Spanier (50%) und die Letten (49%) eine Ausnahme, indem sie häufiger eine gemeinsame Beschlussfassung auf europäischer Ebene befürworten.

In diesen drei Bereichen wird von den Befragten in den nordeuropäischen Ländern, insbesondere in Finnland, am stärksten die Beschlussfassung auf nationaler Ebene befürwortet.

Für den Bereich **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** wird von den Befragten in zehn Mitgliedstaaten mittlerweile eher die Europäische Union als Entscheidungsebene gewünscht, so auf Zypern (65%), in Portugal (64%), der Slowakei (61%), Lettland (59%), Griechenland (57%), Spanien (56%), Litauen (53%), Italien (53%) und Polen (51%). Zu diesem Thema sind die Befragten auf Malta (50% bzw. 49%, die die nationale Ebene vorziehen) geteilter Ansicht. In 22 der 27 Mitgliedstaaten sind im Bereich Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Zuwächse zugunsten der Europäischen Union als Entscheidungsebene zu verzeichnen.



Was die Bereiche Wirtschaft und Inflation betrifft, so ist die Trendentwicklung ganz besonders in jenen Mitgliedstaaten der Union deutlich, die am stärksten von der Krise betroffen sind und deren Arbeitsmärkte unter den größten Auswirkungen der Krise zu leiden haben: So sind in Spanien (+17 Punkte), auf Zypern (+14 Punkte) und in Lettland (+11 Punkte) Zuwächse dafür zu verzeichnen, dass die Entscheidungen auf Ebene der EU getroffen werden sollten.



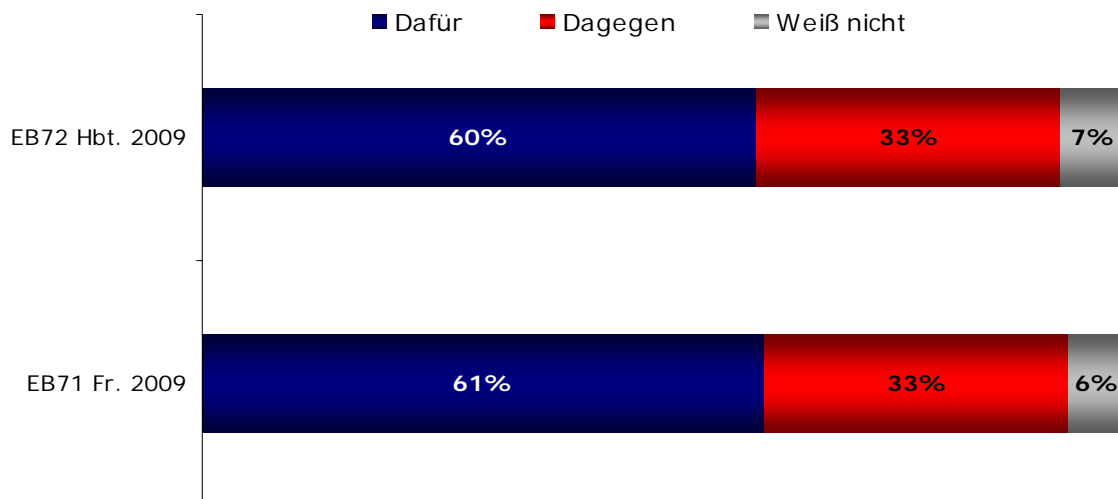
Während die Länderanalyse erhebliche Unterschiede aufzeigt, so fallen diese in der soziodemografischen Analyse gemäßiger aus. Deutlichere Unterschiede ergeben sich nur aufgrund des Alters und des Bildungsniveaus der Befragten. So sind die jüngsten Befragten und diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau im Vergleich zum europäischen Durchschnitt generell häufiger der Meinung, dass die Europäische Union die bessere Entscheidungsebene ist. Doch selbstverständlich treten bei dieser Frage über die beste Entscheidungsebene auch erhebliche Differenzen je nach Haltung der Befragten gegenüber der Europäischen Union auf.

## 2. UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK

### 2.1 Die Einheitswährung (Euro)

Eine breite Mehrheit der EU-Bürger (60%) ist für die gemeinsame Währung, im Vergleich zu einem Drittel (33%), die „dagegen“ sind<sup>79</sup>. Im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 (EB71) ist der Anteil, der für einen Beitritt ist, unverändert geblieben (-1 Punkt, von 61%) und zeugt von der Zurückhaltung in Bezug auf das Image des Euro in den Zeiten der Wirtschaftskrise, von der die Mitgliedstaaten der EU seit September 2008 betroffen sind.

**QA15.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro. % EU**



Eine recht deutliche Unterstützung zeigen die Befragten innerhalb der Eurozone: 67% befürworten eine europäische Währungsunion (-2 Punkte im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009), während 27% dagegen sind. Demgegenüber zeigen sich die Befragten derjenigen Mitgliedstaaten der EU, die heute noch nicht in der Währungsunion sind, wesentlich differenzierterer Ansicht: So wird eine europäische Währungsunion von 46% befürwortet (im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 unverändert), während 45% dagegen sind.

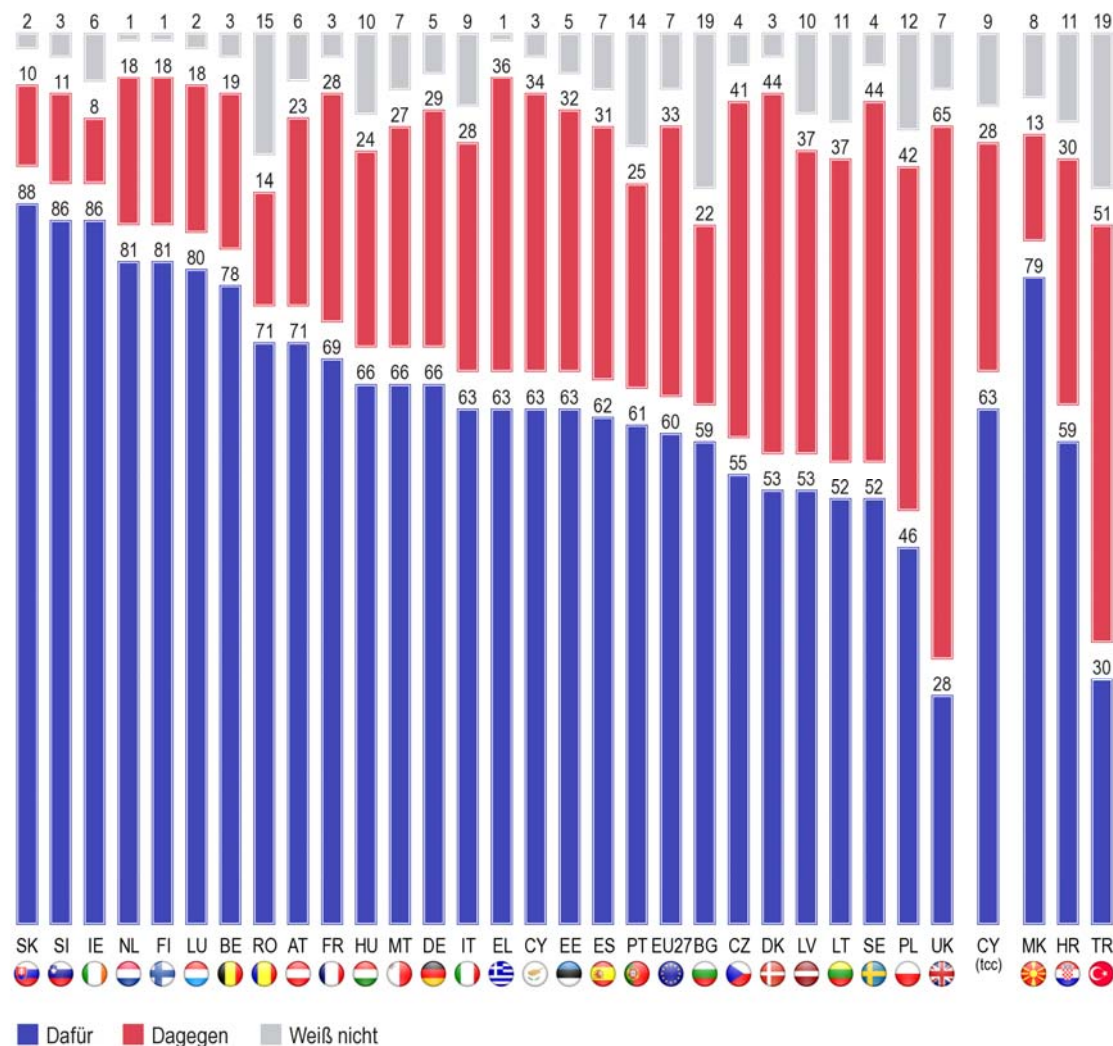
Die Länderanalyse ergibt, dass die Befragten aller Mitgliedstaaten, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, mehrheitlich für die Einheitswährung sind.

<sup>79</sup> QA15. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind: 1. Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.

Nichtsdestoweniger sind einige geringfügige Unterschiede dahingehend festzustellen, wie sehr die Befragten die Einheitswährung unterstützen: Während die gemeinsame europäische Währung (der Euro) von nahezu neun von zehn Befragten in der Slowakei (88%) und in Slowenien (86%) - die der Eurozone in jüngster Zeit beigetreten sind – sowie in Irland (86%) unterstützt wird, so liegt die Unterstützung in Portugal (61%) und Bulgarien (59%) sowie bei etwas mehr als der Hälfte der Befragten in der Tschechischen Republik (55%), in Dänemark und Lettland (jeweils 53%), in Litauen und Schweden (jeweils 52%) sowie bei 46% der Befragten in Polen eher im Bereich des europäischen Durchschnitts. Nur die Befragten im Vereinigten Königreich sind entschieden gegen die Einheitswährung, wobei nur 28% „dafür“ sind und 65% sie ablehnen.

QA15.1. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.







Was die Kandidatenländer betrifft, so wird die europäische Einheitswährung besonders deutlich in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (79%) unterstützt. Auch nahezu sechs von zehn Kroaten (59%) sind von den Vorteilen der Einheitswährung überzeugt. Demgegenüber wird sie von den Befragten in der Türkei mehrheitlich abgelehnt (51% dagegen, 30% dafür).

Die Differenzen in der soziodemografischen Analyse, entsprechen dem üblichen Bild, das sich je nach Haltung der Befragten gegenüber der Europäischen Union abzeichnet:

- Die Meinung der Befragten über die einheitliche Währung ist vom Geschlecht und in noch höherem Maße vom Alter abhängig, wobei die Männer (63%) die Einheitswährung eher unterstützen als die Frauen (56%). Die positive Einschätzung nimmt mit steigendem Alter allmählich ab (9 Punkte Unterschied zwischen den jüngsten und den ältesten Befragten, mit 65% bzw. 56% der Befragten, die dafür sind).
- Auch je nach dem Bildungsniveau der Befragten sind erhebliche Unterschiede festzustellen: So liegt eine Differenz von 22 Prozentpunkten zwischen denjenigen, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (48% Unterstützung der gemeinsamen Währung) und denjenigen mit einem längeren Bildungsweg (70% Unterstützung).
- Was die Beschäftigungskategorien betrifft, so ist ein erheblicher Unterschied zwischen dem Anteil positiver Meinungen bei den Arbeitslosen (50%) und bei den Studenten (71%) sowie bei den Führungskräften (72%) zu verzeichnen.
- Und schließlich haben diejenigen Befragten, die möglicherweise am stärksten vom gegenwärtigen Wirtschaftsklima betroffen sind und die eher Schwierigkeiten haben, ihre monatlichen Rechnungen zu begleichen, bei der Frage über den Euro deutlich differenziertere Ansichten (47% für den Euro bzw. 44% dagegen) als diejenigen, die behaupten, so gut wie niemals finanzielle Schwierigkeiten zu haben (64%, die sich für den Euro aussprechen).

**QA15.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.**

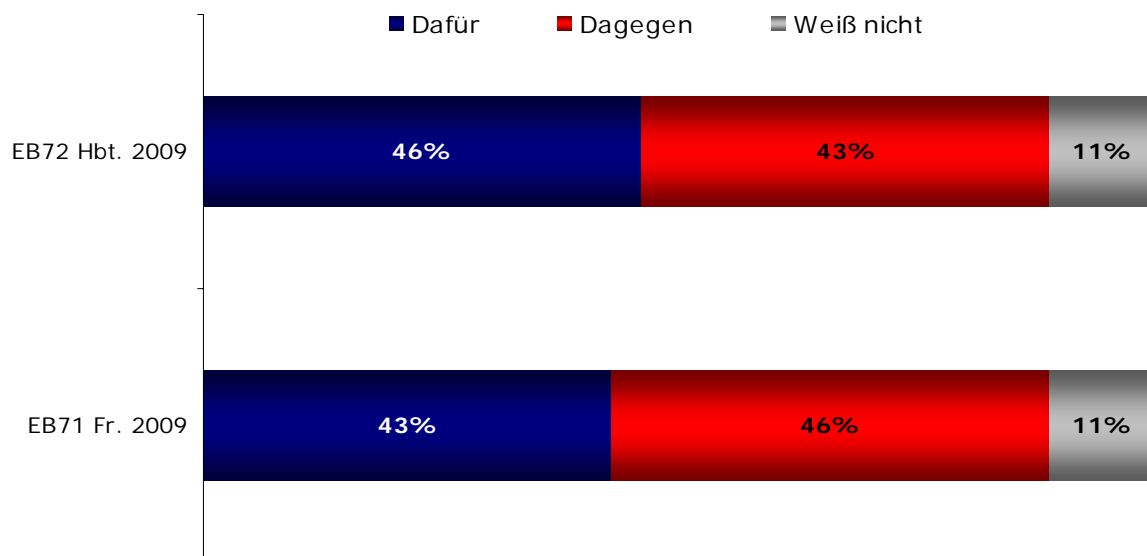
**Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.**

	<b>Dafür</b>	<b>Dagegen</b>	<b>Weiß nicht</b>
EU27	60%	33%	7%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	63%	31%	6%
Weiblich	56%	36%	8%
<b>Alter</b>			
 15-24	65%	29%	6%
25-39	61%	33%	6%
40-54	60%	34%	6%
55 +	56%	35%	9%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	48%	43%	9%
16-19	58%	35%	7%
20+	70%	25%	5%
Studiert noch	71%	23%	6%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	68%	26%	6%
Leitende(r) Angestellte(r)	72%	25%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	63%	31%	6%
Sonstige Arbeiter	57%	37%	6%
Hausfrauen / Hausmänner	52%	39%	9%
Arbeitslos	50%	43%	7%
Rentner / Pensionäre	55%	35%	10%
Studenten	71%	23%	6%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>			
Meistens	47%	44%	9%
Gelegentlich	55%	37%	8%
Nahezu nie/ nie	64%	30%	6%

## 2.2 Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union

Die Ergebnisse dieser Eurobarometer-Umfrage zu der Frage, ob die EU in den kommenden Jahren erweitert werden sollte, zeigen für die Trends in der öffentlichen Meinung im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) geringfügige Veränderungen, d.h. heute erklärt ein etwas höherer Anteil Befragter, dass eine zusätzliche Erweiterung befürwortet werden würde (46% dafür, im Vergleich zu 43% dagegen)<sup>80</sup>. Bei den positiven Meinungen ist ein Zuwachs um +3 Punkte zu verzeichnen, sodass die negativen Meinungen mittlerweile einen niedrigeren Anteil ausmachen. Somit ist erneut eine Mehrheit der Befragten für eine zusätzliche Erweiterung der Europäische Union.

**QA15.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. - Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen. % EU**



Eine erste geographische Analyse zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen der öffentlichen Meinung, die in jenen Mitgliedstaaten vorherrscht, die aus den beiden letzten Erweiterungen hervorgegangen sind<sup>81</sup> (64% der Befragten sind dafür) und der öffentlichen Meinung in den 15 „alten“ Mitgliedstaaten, in denen sich 41% der Befragten für zusätzliche Erweiterungen aussprechen, während 49% dagegen sind.

<sup>80</sup> QA15. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind: 2. Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren weitere Länder aufzunehmen.

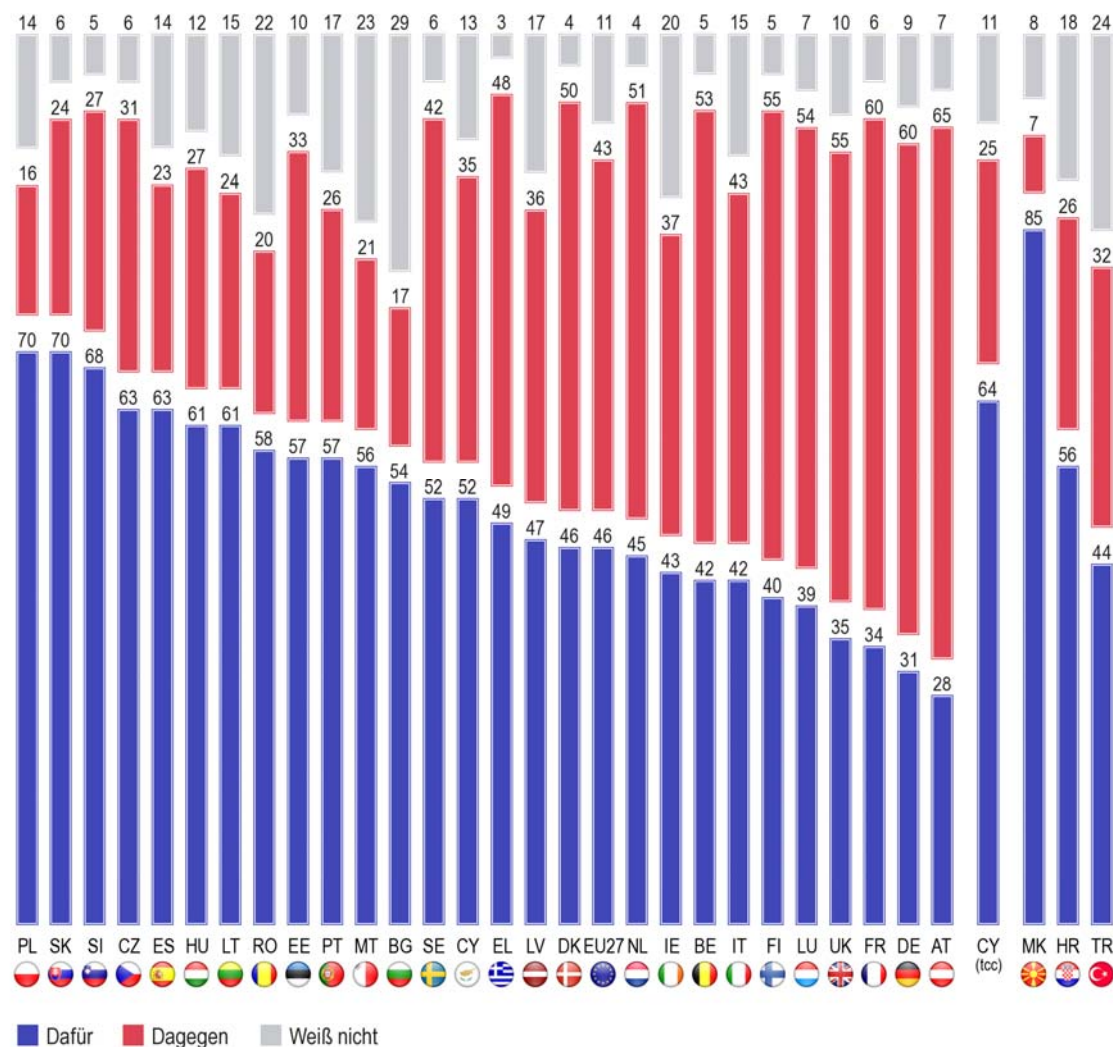
<sup>81</sup> Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten im Jahr 2004, und von 25 auf 27 im Jahr 2007.

Dieser erste geographische Überblick über die Einstellungen der Bürger wird durch die Länderanalyse bestätigt: Polen (70%), die Slowakei (70%), Slowenien (68%) und die Tschechische Republik (63%) sind die Mitgliedstaaten mit dem höchsten Anteil positiver Meinungen. Von den „alten“ Mitgliedstaaten ist Spanien (mit einem Ergebnis gleich hoch wie in der Tschechischen Republik) das Land mit dem höchsten Anteil positiver Meinungen in Bezug auf zusätzliche Erweiterungen der EU.

Demgegenüber zeigt eine deutliche Mehrheit der Bürger in Österreich (65%), Frankreich (60%), Deutschland (60%), Finnland (55%), im Vereinigten Königreich (55%), in Luxemburg (54%), Belgien (53%), den Niederlanden (51%) sowie Dänemark (50%) eine ablehnende Haltung.

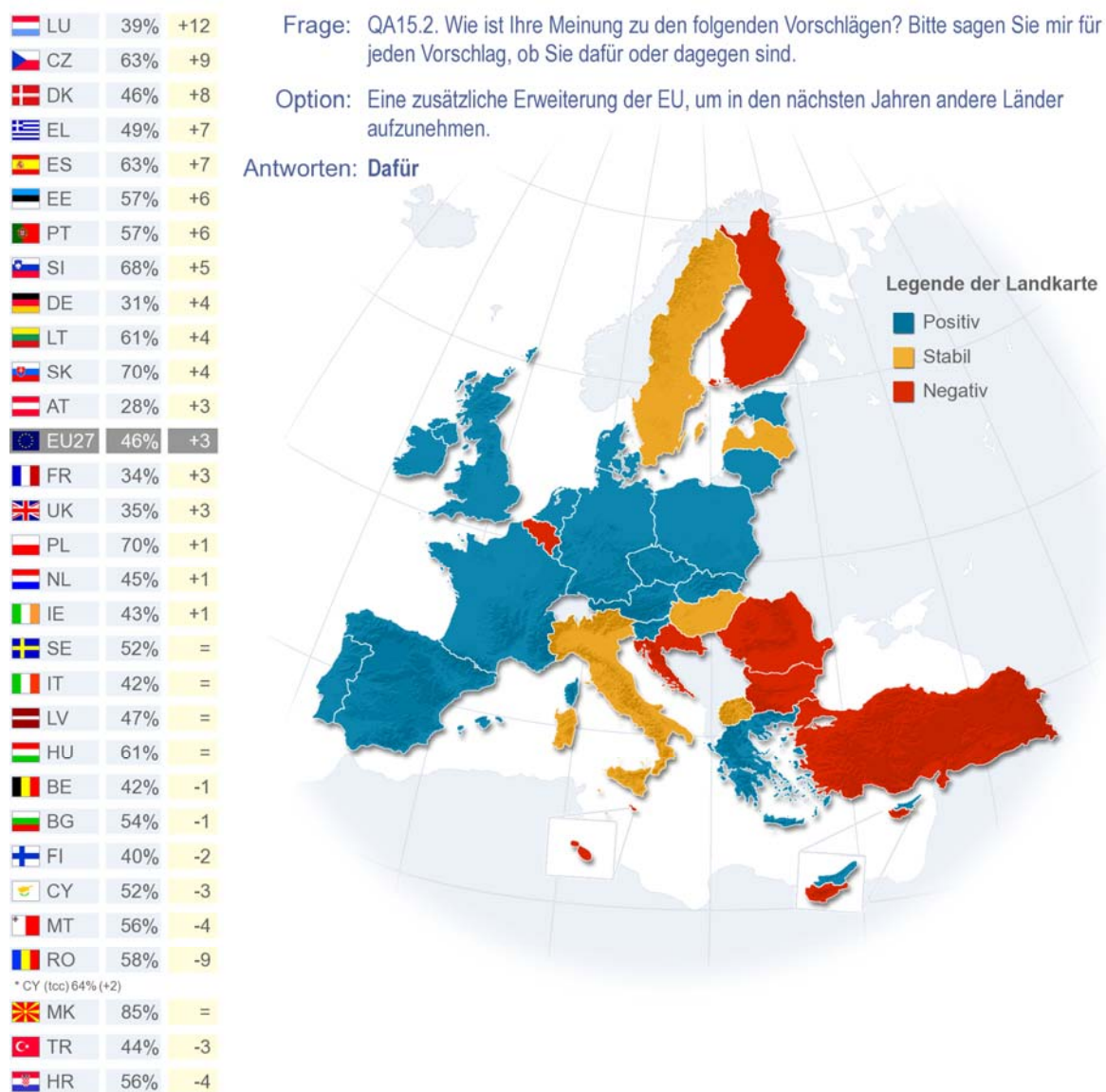
QA15.2. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.





Ein kurzer Überblick darüber, wie sich die nationalen Meinungstrends entwickelt haben, ergibt, dass die Befragten in 19 Mitgliedstaaten der EU zu diesem strategischen Thema mittlerweile eine positivere Meinung haben als zum Zeitpunkt der Frühjahrsumfrage 2009 (EB71). Besonders deutliche Zuwächse der positiven Meinungen sind in Luxemburg (+12 Punkte), der Tschechischen Republik (+9 Punkte) und Dänemark (+8) sowie in Griechenland und Spanien (mit jeweils +7 Punkten) zu verzeichnen.







Unt. EB71-EB72



Aus soziodemografischer Sicht sind Alter und Geschlecht der Befragten diejenigen Faktoren, die die öffentliche Meinung offensichtlich am meisten beeinflussen: So erklären 57% der jüngsten Befragten, dass sie eine zusätzliche Erweiterung der EU befürworten, während dieser Anteil bei den Befragten der Gruppe der 40- bis 54-Jährigen nur bei 45% liegt, und bei den Älteren sogar nur bei 38%. Auch das Bildungsniveau ist ein Faktor, der die öffentliche Meinung zu diesem Thema beeinflusst, wobei die positiven Meinungen proportional mit dem Alter der Befragten zum Zeitpunkt ihres Bildungsabschlusses zunehmen. Diejenigen Befragten, die Vertrauen in die Europäische Union haben, sind in deutlicher Mehrheit für zusätzliche Erweiterungen (61% dafür, 31% dagegen), während bei denjenigen, die eher kein Vertrauen in die Europäische Union haben, die entgegengesetzte Meinung überwiegt (29% dafür, 61% dagegen).

**QA15.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.**

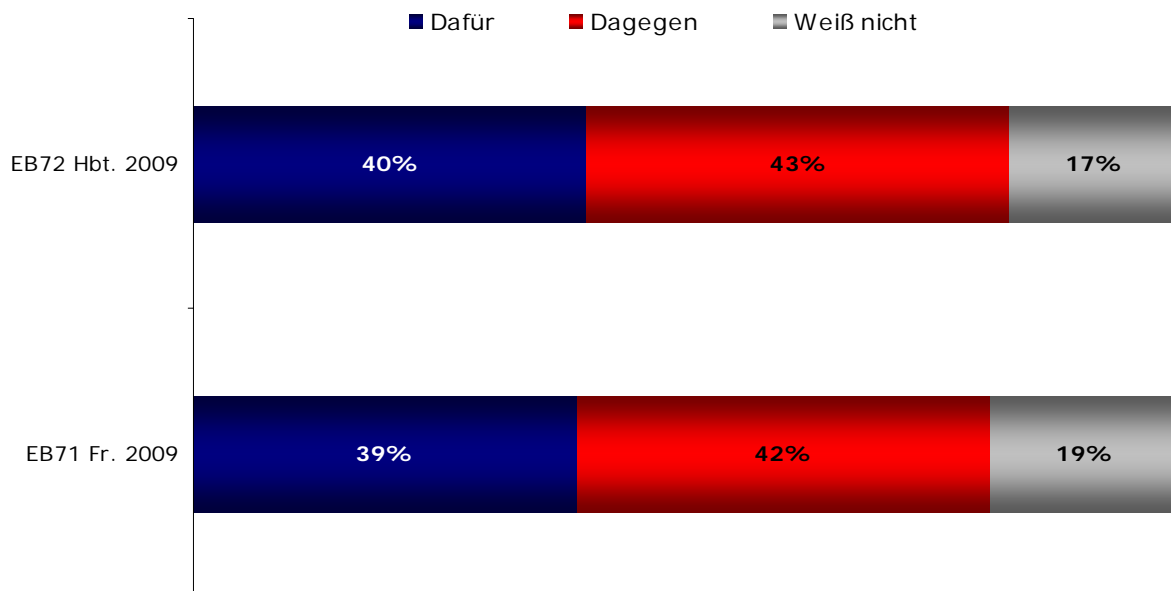
**Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.**

	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
EU27	46%	43%	11%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	47%	44%	9%
Weiblich	45%	43%	12%
<b>Alter</b>			
 15-24	57%	34%	9%
25-39	51%	40%	9%
40-54	45%	45%	10%
55 +	38%	49%	13%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	35%	50%	15%
16-19	44%	45%	11%
20+	51%	41%	8%
Studiert noch	63%	29%	8%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	50%	41%	9%
Leitende(r) Angestellte(r)	48%	45%	7%
Andere(r) Angestellte(r)	45%	44%	11%
Sonstige Arbeiter	46%	44%	10%
Hausfrauen / Hausmänner	42%	44%	14%
Arbeitslos	47%	43%	10%
Rentner / Pensionäre	37%	49%	14%
Studenten	63%	29%	8%
<b>Vertrauen in die EU</b>			
Eher vertrauen	61%	31%	8%
Eher nicht vertrauen	29%	61%	10%

### 2.3. Die Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus

Wie dies auch schon in der Vergangenheit der Fall war, sind die europäischen Bürger geteilter Meinung, wenn es darum geht zu beurteilen, ob es beim europäischen Aufbau ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ geben sollte: 40% der Befragten (+1 Punkt im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009) sind dafür, während ein leicht höherer Anteil (43%, +1 Punkt) dagegen ist<sup>82</sup>. Bei der Ergebnisanalyse ist aufschlussreich, dass sich diese Teilung der öffentlichen Meinung in Abhängigkeit von der Dauer der Zugehörigkeit zur Europäischen Union ergibt: So stimmen 40% der Befragten in den „alten“ Mitgliedstaaten dem Vorschlag zu, während 43% dagegen sind. Die Meinungen in den Ländern, die seit 2004 Mitgliedstaaten der EU sind, teilen sich hingegen in exakt zwei gleich große Gruppen auf, d.h. 40% sind dafür, 40% dagegen.

**QA15.3 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. - Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern %EU**

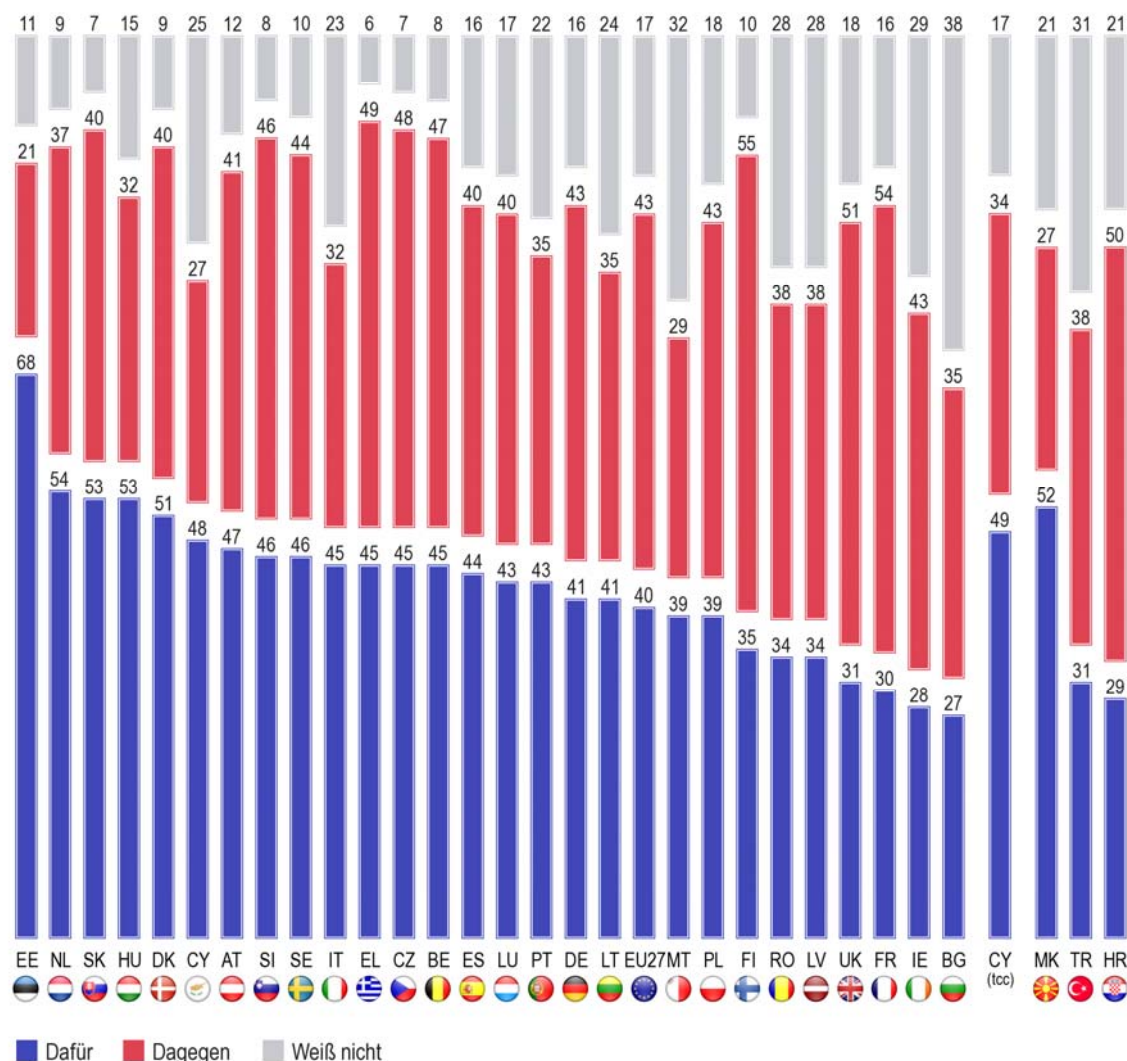


Die Tatsache, dass zwischen der Dauer der Zugehörigkeit zur Europäischen Union und den Meinungen über ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ kein Zusammenhang besteht, wird von der Länderanalyse bestätigt: So stimmt eine breite Mehrheit der Befragten in Estland (68%) und mehr als die Hälfte der Befragten in den Niederlanden (54%), Ungarn (53%) der Slowakei (53%) und Dänemark (51%) einer solchen Möglichkeit zu. Die negativen Meinungen bilden jedoch in Finnland (55%), Frankreich (54%) sowie im Vereinigten Königreich (51%) eine Mehrheit.

<sup>82</sup> QA15. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind: 3. Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.

QA15.3. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.



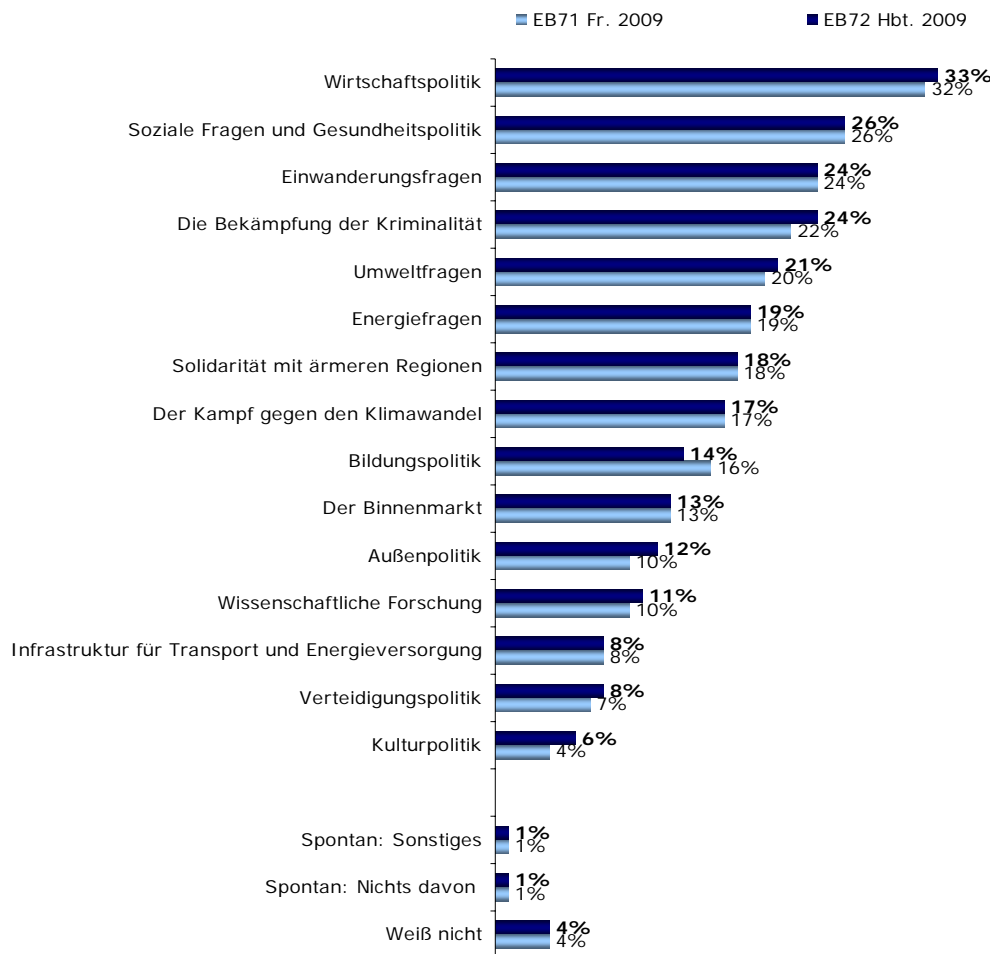
Was die Kandidatenländer betrifft, so erhält die Idee eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ von einer Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (52%) Zuspruch, während die Hälfte der Kroaten eine solche Perspektive ablehnen (50%). In der Türkei sind die Meinungen deutlich differenzierter (d.h. 31% wären dafür, im Vergleich zu 38%, die dagegen sind). Ein erheblicher Anteil der Befragten (31%) äußert zu dieser Frage keine Meinung.

Die soziodemografische Analyse ergibt in Bezug auf die Frage über die Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus dieselben Trends, die bereits bei den Fragen über den Euro sowie einer möglichen Erweiterung der EU beschrieben wurden, d.h. die Männer, die jüngsten Befragten sowie diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau haben eine vergleichsweise positivere Meinung über die Perspektive einer Union, die mit unterschiedlicher Geschwindigkeit aufgebaut wird.

### 3. PRIORITÄTEN FÜR EINE KÜNFTIGE STÄRKUNG DER EU

Als nächstes folgt die Frage, welche Belange im Interesse einer Stärkung der Union in den nächsten Jahren durch die europäischen Institutionen nach Meinung der europäischen Bürger verstärkt beachtet werden sollten<sup>83</sup>.

**QA16 Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken? (MAX. 3 ANTWORTEN)**



Den aktuellen Ergebnissen zufolge haben sich die Bereiche, die nach Meinung der Befragten im Interesse einer künftigen Stärkung der Union verstärkt beachtet werden sollten, im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 nicht wesentlich geändert.

<sup>83</sup> QA16 Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?

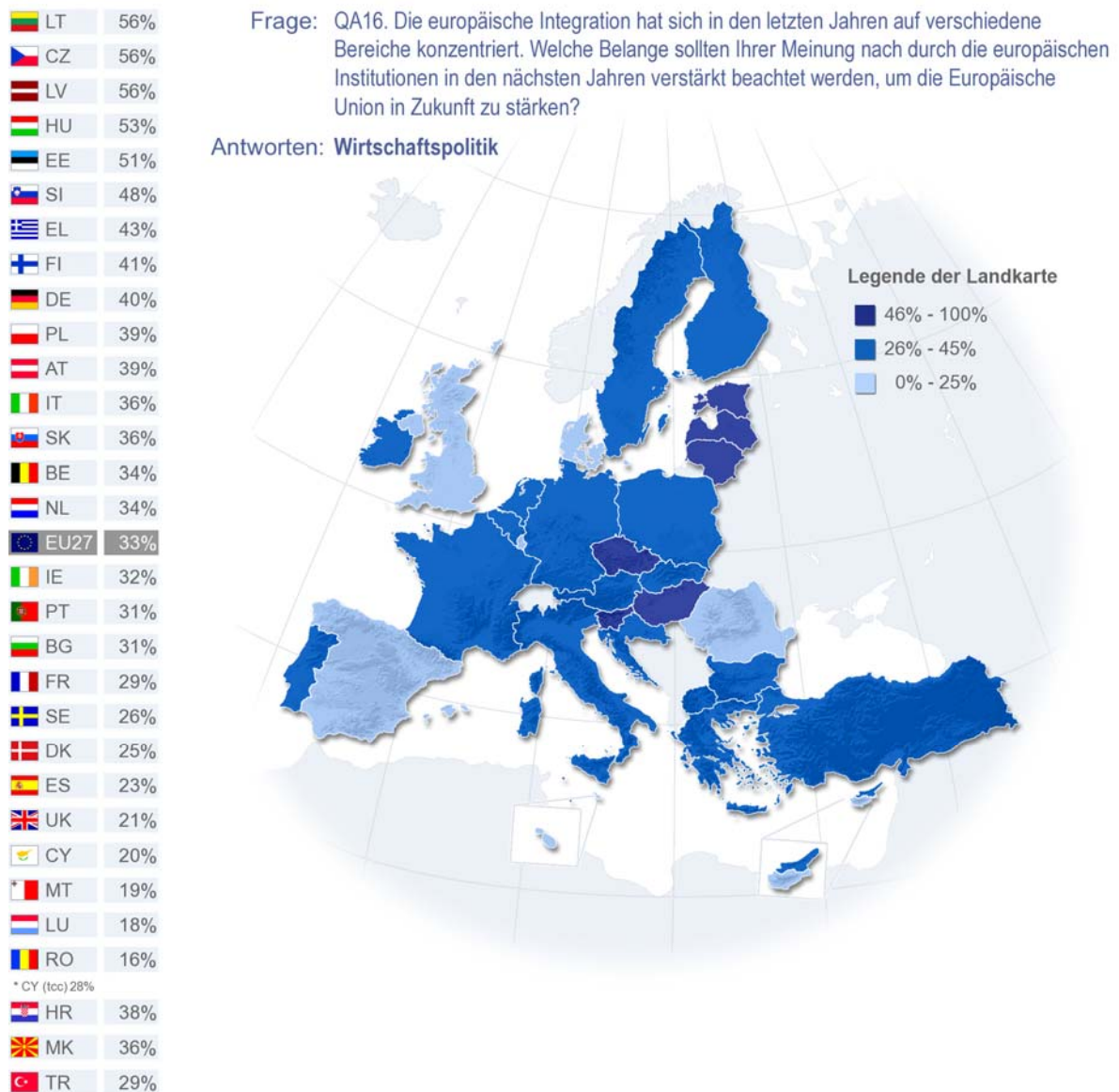
In einem Kontext, in dem noch nicht deutlich abzusehen ist, wie sich die Krise in der realen Wirtschaft entwickelt, besteht die wichtigste Priorität nach Meinung der europäischen Bürger – genau wie vor acht Monaten – darin, dass sich die EU stärker auf die Wirtschaftsfragen konzentrieren sollte (33%, +1 Punkt), gefolgt von den Sozialen Fragen und der Gesundheitspolitik (26%), der Bekämpfung der Kriminalität (24%, +2 Punkte im Vergleich zur letzten Umfrage), den Einwanderungsfragen (24%) und den Umweltfragen (21%, +1 Punkt).

Die Bereiche Energiefragen (19%), Solidarität mit ärmeren Regionen (18%) und Kampf gegen den Klimawandel (17%) liegen knapp unter 20%. Geringer sind die Anteile der Nennungen für Bildungspolitik (14%, -2 Punkte), Binnenmarkt (13%), Außenpolitik (12%, +2 Punkte) und wissenschaftliche Forschung (11%, +1 Punkt). Für einige der abgefragten Bereiche liegen sie sogar unter 10%, so für den Bereich Verteidigungspolitik (8%, +1 Punkt), Infrastruktur des Energietransports (8%, -1 Punkt) und Kulturpolitik (6%, +2 Punkte).

Die Belange, die nach Meinung der europäischen Bürger im Interesse einer Stärkung der Union verstärkt beachtet werden sollten, variieren je nach den einzelnen Mitgliedstaaten: So werden von mehr als der Hälfte der Befragten in der Tschechischen Republik, Lettland und Litauen (jeweils 56%), in Ungarn (53%) und Estland (51%) **die Wirtschaftsfragen** an erster Stelle genannt. Diese Ergebnisse stehen in Kontrast zu den Ergebnissen in Rumänien (16%), Luxemburg (18%) und Malta (19%).

**Priorités sur lesquelles il faudrait mettre l'accent pour renforcer l'Union européenne dans le futur**  
**Top 3 par pays**

<b>BE</b>  Les affaires économiques Les questions d'immigration La lutte contre l'insécurité	<b>BG</b>  34% Les questions sociales et de santé 32% Les affaires économiques 30% Les questions énergétiques La lutte contre l'insécurité	<b>CZ</b>  34% Les affaires économiques 56% 31% Les questions sociales et de santé 37% 29% La lutte contre l'insécurité 23%
<b>DK</b>  La lutte contre l'insécurité Les questions environnementales La lutte contre le changement climatique	<b>DE</b>  38% Les affaires économiques 36% Les questions sociales et de santé 33% La lutte contre l'insécurité La lutte contre le changement climatique Les questions énergétiques	<b>EE</b>  40% Les affaires économiques 51% Les questions sociales et de santé 37% 29% Les questions énergétiques 20% 27%
<b>IE</b>  Les questions sociales et de santé Les affaires économiques La politique de l'éducation	<b>EL</b>  33% Les affaires économiques 32% Les questions environnementales 25% Les questions d'immigration	<b>ES</b>  43% Les questions d'immigration 28% 30% Les affaires économiques 23% 27% La solidarité avec les régions plus pauvres 22%
<b>FR</b>  Les questions sociales et de santé Les affaires économiques Les questions environnementales <b>LV</b>  Les affaires économiques Les questions sociales et de santé Le marché intérieur	<b>IT</b>  34% Les affaires économiques 29% Les questions d'immigration 27% La lutte contre l'insécurité <b>LT</b>  56% Les affaires économiques 41% Les questions énergétiques 24% Les questions sociales et de santé	<b>CY</b>  36% Les questions d'immigration 35% 27% La solidarité avec les régions plus pauvres 33% 25% Les questions sociales et de santé 32% <b>LU</b>  56% Les questions d'immigration 28% 37% La politique de l'éducation 24% 30% La solidarité avec les régions plus pauvres Les questions environnementales 23%
<b>HU</b>  Les affaires économiques Les questions énergétiques Les questions sociales et de santé <b>AT</b>  La lutte contre l'insécurité Les affaires économiques Les questions sociales et de santé	<b>MT</b>  53% Les questions d'immigration 35% Les questions énergétiques 32% Les questions environnementales <b>PL</b>  41% Les affaires économiques 39% Les questions sociales et de santé 30% La solidarité avec les régions plus pauvres	<b>NL</b>  53% La lutte contre l'insécurité 40% 42% Les affaires économiques 34% 30% Les questions sociales et de santé 32% <b>PT</b>  39% La lutte contre l'insécurité 31% 28% Les affaires économiques 23% Les questions sociales et de santé 30% La solidarité avec les régions plus pauvres 26%
<b>RO</b>  Les questions sociales et de santé La solidarité avec les régions plus pauvres Le marché intérieur	<b>SI</b>  33% Les affaires économiques 29% Les questions sociales et de santé 23% Les questions environnementales La lutte contre le changement climatique	<b>SK</b>  48% Les affaires économiques 36% 32% Les questions sociales et de santé 33% 26% Les questions énergétiques 25%
<b>FI</b>  Les affaires économiques Les questions sociales et de santé Les questions environnementales	<b>SE</b>  41% Les questions environnementales 33% La lutte contre le changement climatique 31% La lutte contre l'insécurité <b>CY (tcc)</b> La politique étrangère La lutte contre l'insécurité Les questions sociales et de santé Les affaires économiques	<b>UK</b>  52% Les questions d'immigration 43% 31% La lutte contre l'insécurité 28% 29% Les questions énergétiques 23% 30% 29% 28%
<b>HR</b>  La lutte contre l'insécurité Les affaires économiques La solidarité avec les régions plus pauvres	<b>TR</b>  41% Les affaires économiques 38% La politique de l'éducation 30% La solidarité avec les régions plus pauvres	<b>MK</b>  29% Les affaires économiques 36% 22% La solidarité avec les régions plus pauvres 28% 20% La lutte contre l'insécurité Le marché intérieur 22%



Am häufigsten wünschen die Befragten in Lettland, der Tschechischen Republik und Estland, dass auf die **Sozialen Fragen und die Gesundheitspolitik** stärkeres Gewicht gelegt wird (41%, 37% bzw. 37%), während die **Bekämpfung der Kriminalität** von einem besonders hohen Anteil der Befragten in Österreich (41%), den Niederlanden (40%) und Dänemark (38%) genannt wird.

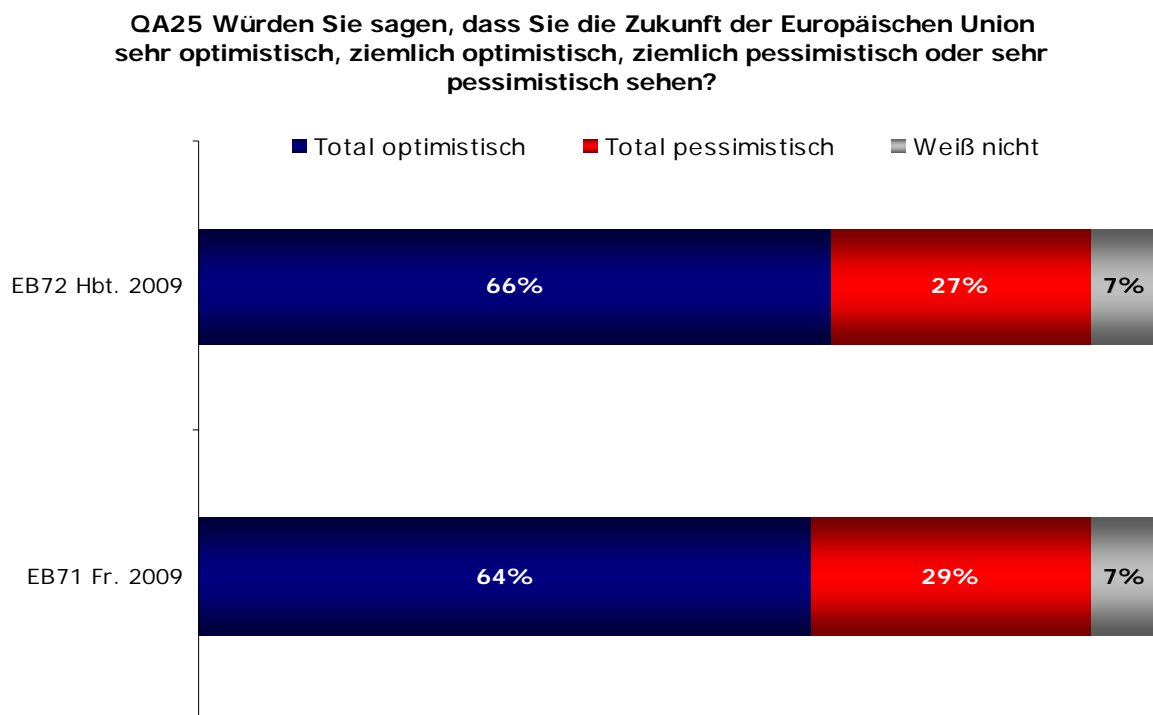
Im Interesse einer Stärkung der Europäischen Union müssten nach Meinung von über der Hälfte der Malteser (53%) und vier von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (43%) die **Einwanderungsfragen** an erster Stelle stehen, während in Schweden – und in geringerem Umfang in Dänemark – die **Umweltfragen** (mit 52% bzw. 36%) an erster Stelle stehen. In Litauen und Lettland hingegen werden den Umweltfragen mit unter 10% der Nennungen deutlich geringere Priorität eingeräumt (jeweils 7%).

In der soziodemografischen Analyse gibt es keine größeren Unterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien. Dennoch sind einige Unterschiede zu erwähnen: So würden die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (28%) und diejenigen, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (30%), häufiger wünschen, dass die Bekämpfung der Kriminalität vorrangig behandelt wird, im Vergleich zu den Befragten der jüngsten Altersgruppe (20% der 15- bis 24-Jährigen), oder denjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (19%). Symmetrisch dazu werden die Umweltfragen häufiger von den Befragten der Altersgruppen unter 55 Jahren (23% der 15- bis 24-Jährigen, 22% der 25- bis 39-Jährigen und 23% der 40- bis 45-Jährigen) genannt, doch vor allem von denjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr fortgesetzt haben (26%), im Vergleich zu den älteren Befragten (18%) oder denjenigen, die die Schule mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (15%).



## 4. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION





























Um ein Bild der längerfristigen Erwartungen der europäischen Bürger zu erhalten, wurde in diese Eurobarometer-Umfrage eine Frage aufgenommen, in der die Bürger wählen können, ob sie die Zukunft der EU „pessimistisch“ oder „optimistisch“ sehen<sup>84</sup>. Die Ergebnisse zeigen, dass eine sehr breite Mehrheit der Befragten (66%) erklärt, die Zukunft der EU optimistisch zu sehen, wobei sie von nur 8% „sehr optimistisch“ und von 58% „optimistisch“ gesehen wird. Düsterer sieht die Einschätzung der Zukunft der Europäischen Union hingegen für gut ein Viertel der Befragten (27%) aus, die mit „pessimistisch“ antworten. Auch wenn diese Ergebnisse im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) im Großen und Ganzen unverändert sind, so ist dennoch ein leichter Zuwachs der positiven Meinungen (+2 Punkte) zu verzeichnen, während der Anteil der pessimistischen Meinungen um –2 Punkte zurückgegangen ist.



Bei der Länderanalyse sind erhebliche Unterschiede festzustellen: So sind nahezu acht von zehn Befragten in Dänemark (79%), den Niederlanden (79%), Luxemburg (78%), in Estland (76%), Spanien (75%) und der Slowakei (75%) angesichts der Zukunft der Europäischen Union optimistisch.

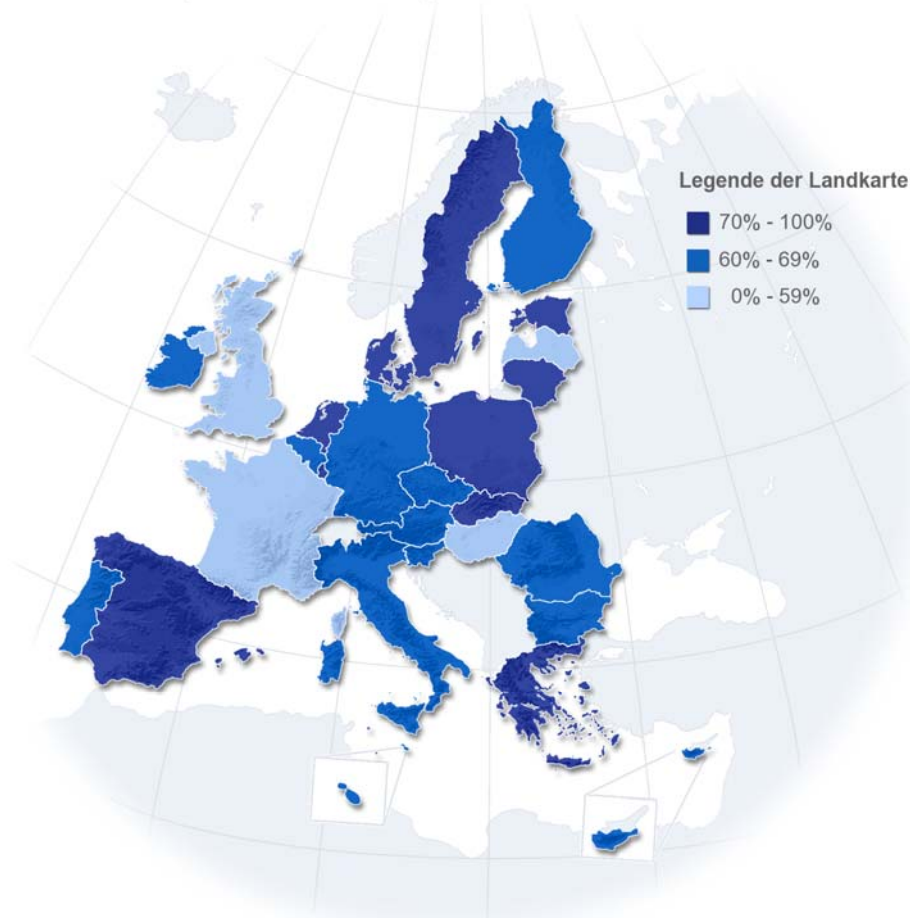
<sup>84</sup> QA25 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?





























Am anderen Ende der Skala vertreten die Befragten in Lettland (45%), Ungarn (42%) und im Vereinigten Königreich (40%) angesichts der Zukunft der Europäischen Union eine pessimistischere Meinung. Diese Meinung teilen auch mehr als ein Drittel der Franzosen (36%) und drei von zehn Portugiesen (30%). Im Vergleich zum Vorjahr ist ein deutlicher Zuwachs der positiven Meinungen in Griechenland zu verzeichnen, wo der Anteil der optimistischen Meinungen angesichts der Zukunft der EU von 54% auf 70% (+16 Punkte) gestiegen ist. Ebenfalls deutliche Zuwächse der positiven Meinungen sind in Luxemburg (+12), Portugal (+10) und Spanien (+8) zu verzeichnen.

 DK	79%
 NL	79%
 LU	78%
 EE	76%
 SK	75%
 ES	75%
 PL	74%
 SE	74%
 LT	70%
 EL	70%
 BE	69%
 IT	69%
 FI	69%
 SI	69%
 BG	69%
 DE	68%
 IE	68%
 EU27	66%
 RO	66%
 CZ	66%
 CY	65%
 MT	63%
 AT	61%
 PT	60%
 FR	58%
 HU	52%
 LV	51%
 UK	50%

Frage: QA25. Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

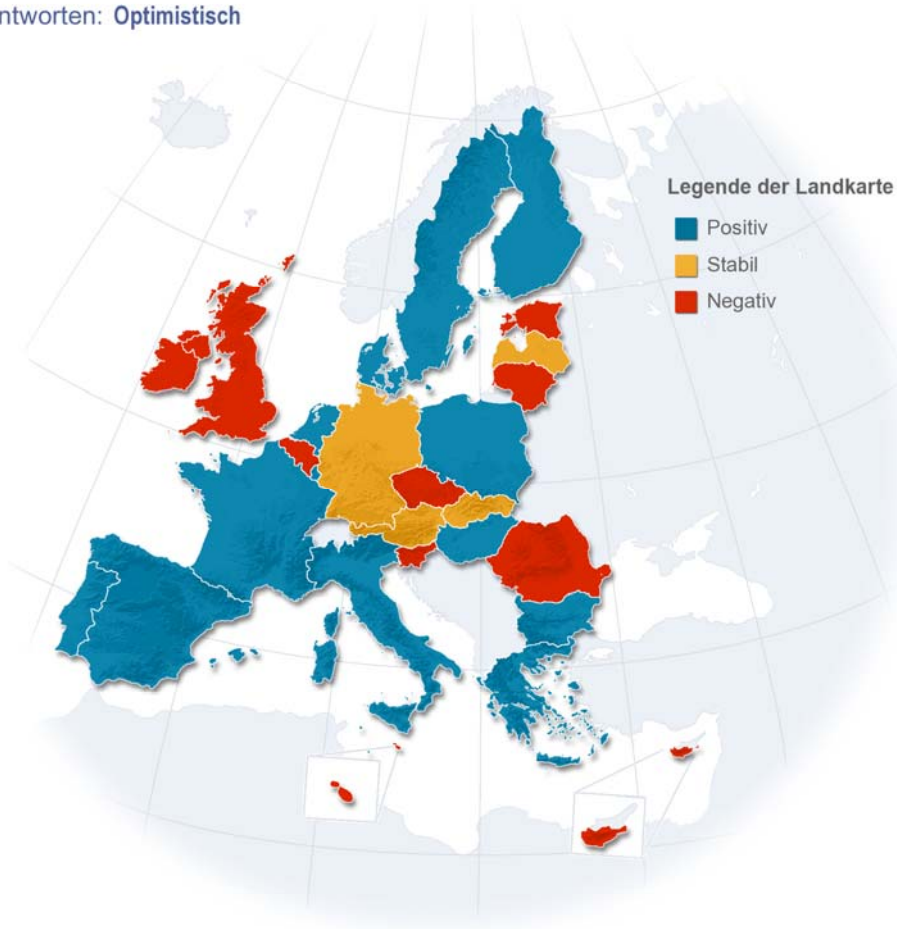
Antworten: **Sehr optimistisch + Ziemlich optimistisch**



 EL	70%	+16
 LU	78%	+12
 PT	60%	+10
 ES	75%	+8
 IT	69%	+6
 SE	74%	+4
 HU	52%	+2
 EU27	66%	+2
 NL	79%	+2
 BG	69%	+2
 DK	79%	+2
 FR	58%	+1
 FI	69%	+1
 PL	74%	+1
 AT	61%	=
 DE	68%	=
 LV	51%	=
 SK	75%	=
 RO	66%	-1
 CZ	66%	-1
 BE	69%	-1
 SI	69%	-2
 EE	76%	-2
 UK	50%	-3
 LT	70%	-4
 IE	68%	-5
 MT	63%	-7
 CY	65%	-7





Frage: QA25. Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

Antworten: Optimistisch



Unt. EB71-EB72

Die soziodemografische Analyse bestätigt einige der Unterschiede, die in diesem Abschnitt festzustellen waren, und zwar aufgrund des Geschlechts der Befragten, wobei die Männer sich leicht optimistischer zeigen als die Frauen (69% bzw. 63%). Wie es häufig bei den Fragen über die Zukunft der Fall ist, ist auch das Alter ein entscheidender Faktor, der die öffentliche Meinung beeinflusst: So ist der Optimismus bei den jüngeren (71%) ausgeprägter als bei den älteren Befragten (62%). Je nach Bildungsniveau der Befragten sind noch deutlichere Unterschiede festzustellen, wobei 75% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, ein gewisses Vertrauen in die Zukunft der EU zum Ausdruck bringen, im Vergleich zu 54% derjenigen, die ihre Ausbildung spätestens mit dem 16. Lebensjahr beendet haben. Diese Unterschiede sind auch je nach der Beschäftigungskategorie der Befragten festzustellen, die mit dem Bildungsniveau korreliert. So zeigen sich die Führungskräfte (75%), die Selbständigen (75%), die Angestellten (72%) und die Studenten (79%) angesichts der Zukunft der Union entschieden optimistischer als die Arbeiter (62%), die Arbeitslosen (57%) oder die Hausfrauen/-männer (61%).

QA25. Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?			
	Total optimistisch	Total pessimistisch	Weiß nicht
EU27	66%	27%	7%
<b>Geschlecht</b>			
 Männlich	69%	25%	6%
Weiblich	63%	28%	9%
<b>Alter</b>			
 15-24	71%	21%	8%
25-39	69%	25%	6%
40-54	66%	27%	7%
55 +	62%	30%	8%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	54%	36%	10%
16-19	64%	28%	8%
20+	75%	20%	5%
Studiert noch	79%	16%	5%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			
 Selbständig	75%	19%	6%
Leitende(r) Angestellte(r)	75%	20%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	72%	23%	5%
Sonstige Arbeiter	62%	30%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	61%	31%	8%
Arbeitslos	57%	35%	8%
Rentner / Pensionäre	61%	30%	9%
Studenten	79%	16%	5%

## SCHLUSSFOLGERUNG

Diese Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009 durchgeführt, d.h. über ein Jahr nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise. Nach der vorherigen Eurobarometer-Standardumfrage (EB71, Frühjahr 2009), die von einem historischen Tiefstand der öffentlichen Meinung über die Wirtschaftslage und die kurzfristigen Erwartungen an die Zukunft geprägt war, scheint die Ergebnisanalyse dieser Umfrage darauf hinzuweisen, dass sich die öffentliche Meinung der europäischen Bürger mittlerweile wieder positiv entwickelt. Während sich nach langen, schwierigen Monaten nun wieder die ersten Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs abzeichnen, bringt diese Eurobarometer-Umfrage tatsächlich eine deutliche Verbesserung des Klimas ans Licht, auch wenn die Ursachen der Krise nicht beseitigt sind.

- So erklären sich die europäischen Bürger nicht nur mehrheitlich mit ihrer persönlichen Lebenssituation, sondern auch mit ihrer beruflichen und finanziellen Situation zufrieden. Alle diese Ergebnisse sind im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 unverändert geblieben.
- Ebenso wie vor sechs Monaten bilden die Inflation, die Lage der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit das Trio der wichtigsten persönlichen Sorgen der EU-Bürger. Hinsichtlich der Sorgen, mit denen nach Ansicht der Bürger das eigene Land konfrontiert ist, wird das Thema Arbeitslosigkeit weiterhin überwiegend genannt, während sich die Sorge angesichts der Wirtschaftslage gewissermaßen gelegt hat.
- Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ist die Mehrheit der europäischen Bürger mit den sozialen Gegebenheiten im eigenen Land nicht zufrieden. Diese Ergebnisse bestätigen die wichtigsten persönlichen Sorgen der europäischen Bürger, die angesichts der Inflation und der Lage der Wirtschaft beunruhigt sind.
- Anders sieht die öffentliche Meinung in den Bereichen Umwelt und Lebensqualität aus: Die Mehrheit der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die Situation in diesen Bereichen in ihrem Land besser sei als im europäischen Durchschnitt.
- Ebenso ist ein deutlicher Zuwachs der optimistischen Meinungen angesichts der Umweltsituation zu verzeichnen, wobei jedoch zu betonen ist, dass diese Umfrage kurz vor der UN-Klima-Konferenz von Kopenhagen stattfand.
- Auch angesichts der Lage der Wirtschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene ist ein Meinungsaufschwung zu verzeichnen. Dies gilt insbesondere für die europäische Wirtschaftslage. Dennoch ist auf allen drei Ebenen nach wie vor eine überwiegende Mehrheit negativer Meinungen festzustellen.

- Der Faktor des „Misstrauens“ angesichts der Entwicklung der Wirtschaftslage scheint nicht weiter zuzunehmen, denn zum ersten Mal seit Herbst 2007 ist bei den Erwartungen an die Entwicklung der Wirtschaftslage in der nahen Zukunft ein positiver Meinungstrend festzustellen. Dennoch ist in der öffentlichen Meinung nach wie vor die Sichtweise vorherrschend, dass sich die Lage am nationalen Arbeitsmarkt weiterhin verschlechtern wird, d.h. die ersten Anzeichen für ein Ende der Krise haben bisher noch keine positiven Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Bezug auf die Lage am Arbeitsmarkt gehabt.
- Dieser erneute Vertrauenszuwachs in der europäischen öffentlichen Meinung ist auch auf politischer Ebene festzustellen: Seit der Frühjahrsumfrage 2009 und auch im Vergleich zum Herbst 2008, ist ein wachsender Anteil der Befragten der Meinung, dass sich die Dinge auf nationaler Ebene, in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten in die richtige Richtung entwickeln. Dieser Trend ist insbesondere in Bezug auf die Europäische Union sehr ausgeprägt.
- Hinsichtlich der Frage zum Vertrauen in die nationalen Institutionen hingegen ist ein negativer Trend zu verzeichnen: So ist das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen, die Justiz, die Streitkräfte und die Medien mittlerweile rückläufig. Nur die regionalen oder lokalen Behörden und das Internet sind nicht von diesem rückläufigen Trend der positiven Meinungen betroffen.
- Während sich die Erwartungen der europäischen Bürger an die nahe Zukunft verbessert haben, so zeigen sich die europäischen Bürger angesichts der Zukunft der künftigen Generationen weitgehend besorgt. So ist eine breite Mehrheit der Befragten nach wie vor der Meinung, dass das Leben der Kinder von heute schwieriger sein wird als ihr eigenes. Demgegenüber ist jedoch nur gut ein Fünftel der Befragten der Meinung, dass die Kinder ihres Landes eine bessere Zukunft hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden, wobei diese Meinung im Vergleich zum Herbst 2008 leicht rückläufig ist.
- Für die meisten Bereiche, die mit der EU assoziiert werden – sowohl die positiven als auch die negativen – sind steigende Trends zu verzeichnen. So wird die Europäische Union vor allem als ein Raum der Freizügigkeit betrachtet, der sich in seinem monetären Symbol, dem Euro, verkörpert.
- Die Meinung, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union eine gute Sache ist, wird nach wie vor von knapp über der Hälfte der Befragten geteilt, wobei ein etwas höherer Anteil der Befragten (nahezu sechs von zehn) der Meinung ist, dass die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land von Vorteil sei. Die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen sind im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 unverändert.



- Die Europäische Union wird als eine demokratische öffentliche Aktionsebene wahrgenommen. Seit der Herbstumfrage 2009 liegt der Anteil der Bürger, die sich mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden zeigen, über den Ergebnissen für die nationalen Demokratien der einzelnen Mitgliedstaaten. Dies ist ein deutlich steigender Trend. Die EU-Bürger sind seltener der Ansicht, dass die Demokratie in der EU schlechter funktioniert als in ihrem eigenen Land. Dennoch liegt der Anteil der „Weiß nicht“-Nennungen für die Europäische Union weitaus höher als derjenige für die nationale Ebene, woraus zu schließen ist, dass die europäischen Bürgern die EU nach wie vor mit relativer Distanz sehen.
- Demgegenüber ist ein wachsender Trend in der europäischen öffentlichen Meinung zu verzeichnen, nach dem die nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten von der EU nicht ausreichend berücksichtigt werden. Im Vergleich zum Frühjahr 2009 wird diese Meinung mittlerweile von einer Mehrheit vertreten.
- Das Vertrauen in das Europäische Parlament und die Europäische Kommission ist leicht zunehmend. Mit etwa der Hälfte der Befragten, die ihr Vertrauen in diese beiden Institutionen setzen, genießen sie bei den europäischen Bürgern mittlerweile ein höheres Vertrauen als die nationalen politischen Institutionen.
- Ein leicht positiver Trend ist hinsichtlich des Vertrauens in die Europäische Union und in Bezug auf das Bild zu verzeichnen, das sie in der öffentlichen Meinung hat. Mit knapp der Hälfte der Befragten, die ihr Vertrauen in sie erklärt, liegt die EU etwas unter den Vereinten Nationen und auf gleichem Niveau mit der NATO, in die das Vertrauen seit der Herbstumfrage 2008 deutlich gestiegen ist.
- Wenn man es näher betrachtet, wird die EU von ihren Bürger einerseits als unverzichtbarer Rahmen wahrgenommen, um den globalen Herausforderungen zu begegnen, andererseits aber auch als Institution, die zu schnell gewachsen ist und in der es heute gewissermaßen an Ideen und Projekten mangelt.
- Nahezu die Hälfte der Befragten erklärt, dass sie die Funktionsweise der EU nicht versteht. Die Fragen über die objektiven Kenntnisse der Bürger über die EU, bestätigen die Tatsache, dass die Union und ihre Institutionen den Bürgern nach wie vor nicht sehr bekannt sind.
- Auch wenn die europäischen Bürger nach wie vor der Meinung sind, dass die nationale Entscheidungsebene den größten Einfluss auf ihre Lebensbedingungen hat, so bringen sie dennoch den Wunsch nach einer wachsenden „Europäisierung“ der Politik zum Ausdruck. Dies sowohl in Bezug auf die globalen Problematiken als auch auf die Probleme, die eher in den Bereich Soziales fallen. Während sie bei ersteren eher gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen, so sind sie nach wie vor der Meinung, dass für letztere die nationale Ebene die bessere Entscheidungsebene ist.

- Sechs von zehn europäischen Bürgern unterstützen den Euro. Der Anteil an Bürgern, die eine zukünftige Erweiterung der EU unterstützen, nimmt zu und bildet fortan eine Mehrheit, auch wenn sie von weniger als einem von zwei Befragten geteilt wird.
- Im Interesse einer künftigen Stärkung der Europäischen Union sollten die Institutionen nach Meinung der Bürger den Wirtschaftsfragen sowie den Sozialen Fragen und der Gesundheitspolitik größere Priorität einräumen, gefolgt von den Einwanderungsfragen und der Bekämpfung der Kriminalität, die von nahezu einem Viertel, und schließlich den Umweltfragen, die von gut einem Fünftel der Befragten genannt werden. Die Ergebnisse zu diesen einzelnen Bereichen sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 relativ unverändert geblieben.
- Angesichts eines Zuwachses der positiven Meinungen in dieser Eurobarometer-Umfrage in Bezug auf die Erwartungen der europäischen Bürger an die nahe Zukunft und der Indikatoren für die Unterstützung der Europäischen Union und ihrer Institutionen ist auch der Optimismus der Bürger angesichts der Zukunft der Union nicht mehr zu leugnen. Auch hierfür können sogar leichte Zuwächse verzeichnet werden, sodass diese Meinung heute von zwei Dritteln der Befragten geteilt wird.



## TECHNISCHER HINWEIS

Zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat "Forschung und politische Analyse", die EUROBAROMETER-Umfrageswelle 72.4 durchgeführt.

Die Befragungswelle 72.4 ist Teil des Standard-Eurobarometers 72 und wurde in allen EU-Mitgliedsländern Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Land haben und die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen. Das Standard-Eurobarometer 72 wurde außerdem in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In allen Mitgliedsländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In jedem EU-Land wurde eine bestimmte Anzahl von Sampling-Punkten nach dem Zufallsprinzip gezogen, die die Struktur der Grundgesamtheit in Bezug auf ihre regionale Verteilung (für eine vollständige Erfassung des Landes) repräsentativ abbildet.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.006	30/10/2009	17/11/2009	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.008	29/10/2009	09/11/2009	6.584.957
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.056	30/10/2009	13/11/2009	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.006	24/10/2009	17/11/2009	4.503.365
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.514	30/10/2009	15/11/2009	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.002	23/10/2009	16/11/2009	916.000
IE	Irland	TNS MRBI	1.011	30/10/2009	15/11/2009	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	28/10/2009	15/11/2009	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.020	30/10/2009	17/11/2009	39.059.211
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.005	28/10/2009	16/11/2009	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.036	30/10/2009	14/11/2009	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	506	26/10/2009	15/11/2009	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.006	30/10/2009	16/11/2009	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.023	27/10/2009	11/11/2009	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	502	27/10/2009	15/11/2009	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.023	29/10/2009	15/11/2009	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	28/10/2009	14/11/2009	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.004	29/10/2009	18/11/2009	13.017.690
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.030	27/10/2009	13/11/2009	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	30/10/2009	15/11/2009	32.306.436
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.025	29/10/2009	15/11/2009	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.021	30/10/2009	11/11/2009	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.015	24/10/2009	15/11/2009	1.748.308
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.040	30/10/2009	15/11/2009	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.018	29/10/2009	18/11/2009	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.032	26/10/2009	15/11/2009	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.322	30/10/2009	17/11/2009	51.081.866
<b>EU27</b>			<b>26.731</b>	<b>23/10/2009</b>	<b>18/11/2009</b>	<b>406.557.138</b>
	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil					
CY(tcc)		Kadem	500	02/11/2009	14/11/2009	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	27/10/2009	12/11/2009	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.002	27/10/2009	15/11/2009	52.728.513
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	TNS Brima	1.005	27/10/2009	02/11/2009	1.678.404
<b>TOTAL</b>			<b>30.238</b>	<b>23/10/2009</b>	<b>18/11/2009</b>	<b>464.856.681</b>

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte